

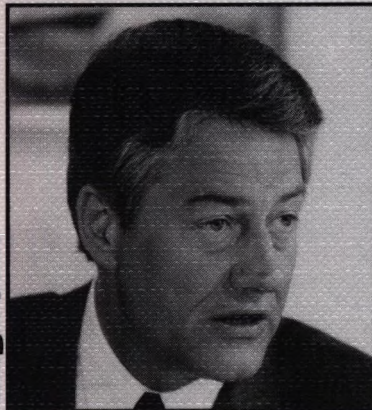
Das rote Quartett

Joachim Siegerist

Joachim Siegerist

Das rote Quartett

Engholm



Klose

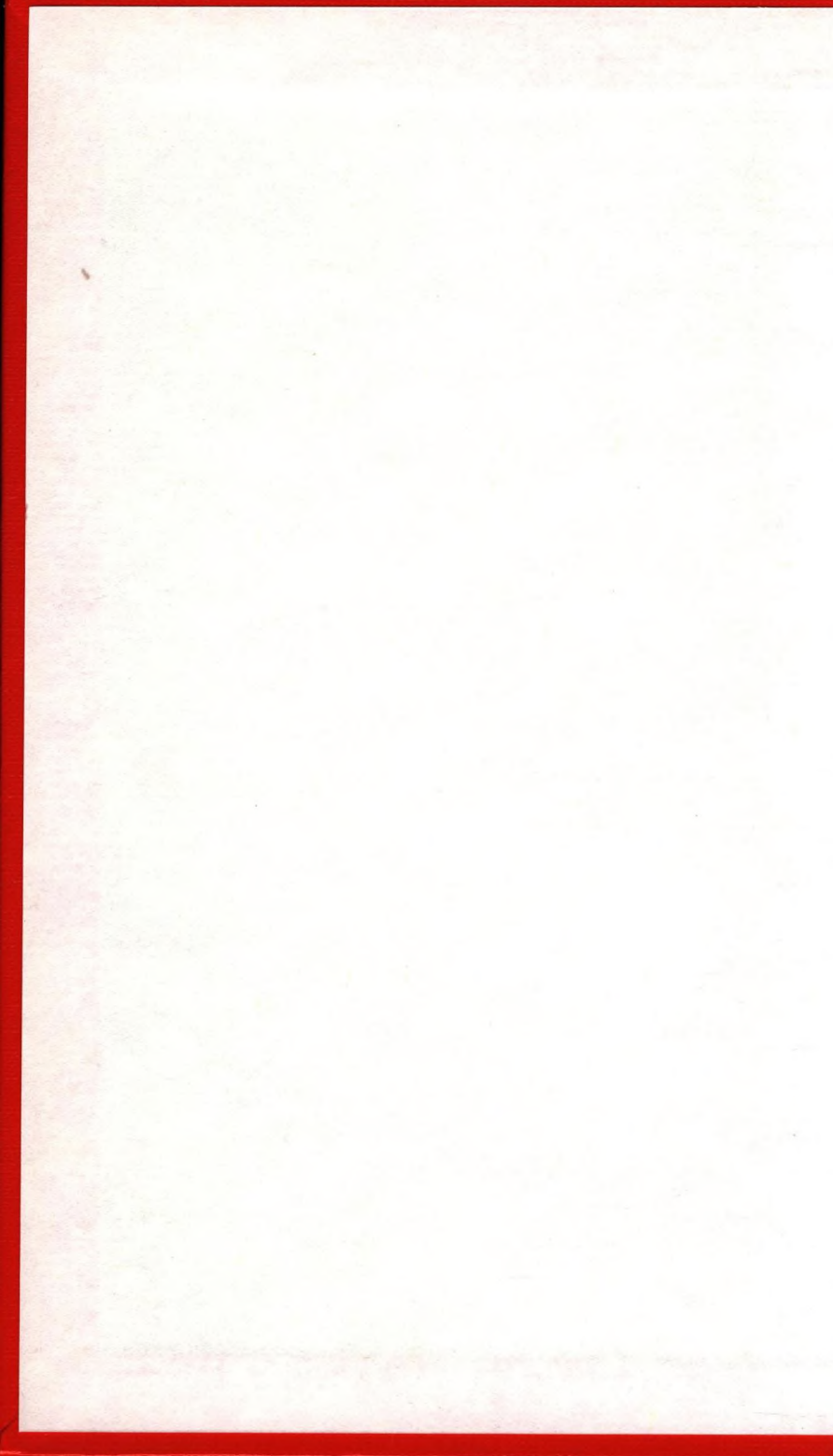


Lafontaine



Schröder





Joachim Siegerist

Das rote Quartett

Joachim Siegerist

***Das rote
Quartett***

Fotoredaktion: Uwe Hempen

Internationale Standard-Buchnummer
ISBN 3-910087-04-3



Sämtliche Rechte bei
WIRTSCHAFTS- UND VERBANDS PR GMBH (WPR)
Hamburger Straße 3, 22083 Hamburg, Telefon: 0 40 / 22 44 58
Telefax 0 40 / 2 27 75 92

1. Auflage März 1994

Verlag:
WPR/Wirtschafts- u. Verbands PR GmbH

Satz und Druck: KÖLLE-DRUCK, Preußisch Oldendorf

Verantwortlich für den Inhalt: Der Herausgeber

Inhalt

Über den Autor	7
Einleitung	8

Was Engholm gern hört und was nicht	11
Engholms Privatleben – doppelte Moral der Linken	15
Engholm und Honecker	25
Siegerist ging wegen Honecker ins Gefängnis	31
Rosa Luxemburg – »Die Sau muß schwimmen«	42
Engholm und die kriminelle Mandela	53
Keiner heuchelt besser	59
Rührselige Lügen	64
Die »glückliche« Ehe	69
So war es wirklich mit Uwe Barschel	79
Weihnachten in Marokko	90
Engholm und der Marshall-Plan	103
Engholm ist ein notorischer Faulenzer	112

Rotlicht, Großmaul und Staatsbankrott	123
Der »Wirtschaftsspezialist« Lafontaine	134
Wenn Kleine auf Kleine schießen	144
Lafontaine und die »DDR«	148
Der Einäugige	159
Anstand ist ein Fremdwort	170
Seine Lebensgefährtin und andere Frauen	172

Hans-Ulrich Klose – »In den Dreck stoßen«	185
»Vielweiberei« ist bei den Sozis Mode	191
Klose und Springer	204
Kloses vorläufiges Ende	213
Das sagt Kloses Ex-Frau	219
Klose und das Geld	226
Unzuverlässig und nicht berechenbar	232
Die politische Moral der Klose-SPD	240
Klose und Asyl	245

Gerhard Schröder – Taktik und Lügen:	
»Ich will die ganze Macht!«.....	255
Falsch, unzuverlässig und »Mit beiden Beinen fest	
in der Luft« – Wer ist Gerhard Schröder?	267
Werben für die Macht – Sogar Schröders Mutter	
mußte in die Partei.....	270
Links und zickig – Schröders »zeitweilig dritte Frau«.....	276
Termine, Bundeswehr und Schützenfest –	
Schröder spielt lieber Tennis	285
Schröders Liebe zum Luxus: Links reden – rechts leben...	290
Der »konsequente Marxist« – was die Medien uns	
verschweigen.....	297
Linke Lehrer – Schröder und der Terrorist	302
Von Castro bis Moskau: Wenn Schröder reist, geht's	
ostwärts	314
Schröder und Erich – viel Lob für Honecker	317
Wer für die Einheit war – war »rechtsradikal«	322
Schröders »Lebenslüge« – immer gegen die Deutsche	
Einheit.....	330
Vertuschen und verschweigen – Schröder und die	
»Salzgitter-Akten«	334
Geschenke für den Diktator – Hohn für die Opfer.....	341
Schröder und die »Grünen« – was uns allen droht	346
»Leute beschießen« und mit Kommunisten regieren	352
Asylanten rein – deutsche Vertriebene raus.....	355
Schröder, ein Lügen-Minister und der böse »Rassismus«...	360
Rot-grüne Feste und Schröders Schreierei.....	363
Gerhard Schröder, der Alkohol	
und das »falsche Gesicht«.....	366
Der rote NDR: Wie Schröder die Medien benutzt	370
Keine Ahnung von Wirtschaft –	
aber dicke Aufsichtsratsposten.....	375
»Im Auftrag« – Die U-Boot-Lüge	380
Lotto, Toto, Pferdchen – wie Schröder	
Steuergelder verschwendet	385

Über den Autor

Joachim Siegerist, 1947 in Neukirchen (Schleswig-Holstein) geboren, ist Journalist und Deutschlands wohl bekanntester und erfolgreichster konservativer Buchautor. Als Chefreporter von »Hörzu« für fesselnde Auslands-Reportagen und hervorragende Wirtschafts-Kommentare hatte er sich schnell einen Namen gemacht. Seine Bücher über Willy Brandt (»Das Ende einer Legende«, »Brandt ohne Maske«), »Das Testament des Uwe Barschel«, »Schreie aus der Hölle – Verschwiegene Verbrechen an Deutschen«, »Oder-Neiße – Verzicht bleibt Verrat« und »Zauberwort Asyl« erreichten insgesamt mehr als 1 Million Auflage. Joachim Siegerist ist Bundesvorsitzender der »Deutschen Konservativen«. Gegenwärtig arbeitet er an einem Buch über Herbert Wehner.



Einleitung

Vor rund einem Jahr schrie der SPD-Pressedienst »Blick nach rechts« Zeter und Mordio. Dieser einäugige Sozialisten-Wisch hatte erfahren, daß ich der SPD unangenehme politische Internas über Engholm für ein Buch verarbeite. Siegerist will Engholm »outen« – verrieten die mehr schreienden als schreibenden Genossen ihren Lesern und interessierten Journalisten. Die Zielrichtung war klar. »Outen« – das gilt als unanständig – hat etwas zu tun mit dem »Veröffentlichen« vom Liebesleben unbescholtener Bürger. Erinnerungen an »Rosa von Praunheim«, dieses Brechmittel der Nation. Keine Sekunde hatte ich an ein »Outen« im Sinne dieses abstoßenden Menschen gedacht. Aber was der »Blick nach rechts« erreichen wollte, war mir klar. Sämtliche politischen Enthüllungen über Engholm sollten schon im Vorweg auf diese billige Schiene geschoben werden, um ihnen so die Brisanz zu nehmen, sie im Vorfeld schon als »schmutzig und unanständig« abtun zu können. Alte sozialistische Taktik, die mich nicht mehr beeindrucken kann. Keine Frage: Wäre ich ein Linker und hätte ein Enthüllungsbuch über Kohl oder Stoiber angekündigt – dann wäre mein »outen« mit Sicherheit »mutig«, »ehrenwert« und »politisch-couragiert«. Die Linkspresse hätte sich überschlagen vor Lob über den »bedeutenden Schriftsteller Joachim Siegerist«. Nun bin ich aber alles andere als links – habe mich nie geniert, darauf hinzuweisen, ein »Rechter« zu sein. Also – raus mit dem dicken Holzhammer. Draufhauen. Am liebsten kriminalisieren. Brechmittel Praunheim – eben noch von den Linken gelobt und gehätschelt wegen seines schriftstellerischen

»Meisterwerks« »50 Jahre pervers« – ist nun plötzlich der Richtige, um – abschreckend – gegen Siegerist angeführt zu werden.

Wie verlogen doch immer wieder »sozialistische Moral« sein kann . . . Ob Engholm mit seiner Urgroßmutter schlafen geht oder mit 16jährigen römischen, marokkanischen oder schlicht Lübecker Lustknaben – das interessiert mich (pardon) einen Dreck. Jedenfalls so lange, bis davon nicht die Sicherheitsinteressen der Nation berührt sind. Was mich allerdings sehr interessiert, sind – die bei Sozialisten üblichen – hohen Moralansprüche, mit denen sie in der Gesellschaft auftreten . . . vor allem dann, wenn sie sich im eigenen Leben so ganz und gar nicht daran halten. Ich habe Engholm nie für einen »guten Menschen« gehalten, weil ich zu viel über ihn und sein Leben weiß.

Ich wußte von Anfang an fast alles über seine Verstrickungen in den angeblichen Fall Barschel, der eigentlich immer mehr ein »Fall Engholm« war. Aber als ich das schon kurz nach dem Tode meines Freundes Uwe Barschel enthüllte (im Buch »Das Testament des Uwe Barschel«), verschloß die Nation ihre Ohren. Engholm war zum Saubermann der Deutschen gekürt worden. Aus. Wir wollen nichts anderes hören.

Mir war klar, daß er eines Tages stürzen würde. Politische Schwäche, schlechte Charaktereigenschaften und extreme Probleme im Privatleben hatten das schon lange vorprogrammiert. Keiner wußte das besser als Engholm selber. Die Deutschen wunderten sich oft darüber, daß er bei bestimmten Entscheidungen – zum Beispiel Kanzlerkandidatur – so zögerlich auftrat. Engholm wußte nur allzu gut, welches Risiko er damit eingehen würde. Als

Ministerpräsident von Schleswig-Holstein – o.k. – damit hatte man sich abgefunden, ließ man ihn in Ruhe. Doch der Griff nach der Kanzlerschaft . . . das war einige Nummern zu viel. Engholm ahnte, daß er sich damit in Gefahr begeben würde. Mehr gedrängt als selbst gewollt, willigte er schließlich in die Kandidatur ein und unterschrieb damit (im voraus ahnend) sein politisches Todesurteil. Das Engholm-Kapitel für dieses Buch schrieb ich schon Monate vor Beginn der neuen Enthüllungen in Schleswig-Holstein und vor seinem Verzicht auf Parteivorsitz und Kanzlerkandidatur. Ich habe mir lange überlegt, ob ich es umschreiben und aktualisieren müßte. Ich habe es nicht getan. Vielleicht bekommt das Kapitel dadurch seinen besonderen Reiz. Die meisten Dinge hatte ich in etlichen Abschnitten nämlich bereits vorausgesagt. Wundern Sie sich also nicht darüber, daß im jetzt folgenden Abschnitt dieses Buches Engholm immer noch als Kanzlerkandidat oder SPD-Chef angeführt wird. Dieses Kapitel bekommt seine besondere Brisanz dadurch, daß mit ihm die eigentlichen Gründe des Engholm-Rücktritts klarwerden. Die SPD mußte ihn in die Wüste schicken, um nicht selber mit ihm unterzugehen. Das ist die Wahrheit – nicht die vielen törichten und veröffentlichten »offiziellen« Rücktritts-Angaben. Die Wahrheit im deutschen Journalismus muß man mit der Lupe suchen.

Joachim Siegerist

Was Engholm gern hört und was nicht

Bekommen Sie keinen Schock, wenn Sie die folgenden Zeilen lesen. Im ersten Moment riecht das verdächtig nach Schlägen unter die Gürtellinie. Stimmt aber nicht. Spätestens nach dem ersten Kapitel dieses Buches werden Sie verstehen, daß man so hart formulieren muß, um Engholms unredlich erworbenen und politisch genutzten »Heiligenschein« als billigstes Trompetengold aus der Kitsch-Küche Hollywoods zu enttarnen. Gleich zur Sache.

● *Das hört Engholm gern:* Er führt eine vorbildliche Ehe mit einer phantastischen und hochbegabten Malerin, einer treusorgenden Mutter – die sich durch ihre Malkunst die Unabhängigkeit vom Ehemann erhalten hat.

Das hört Engholm nicht so gern: Seine Ehefrau Barbara (lat.: Die Wilde) trinkt mehr als manch ein Kutscherknecht, ist vom Alkohol fast krankhaft aufgedunsen und malt Bilder, die sich »Traum« nennen, aber eher den Namen »Alptraum« verdienen. Das törichte Geklecksel eines völlig unbegabten Laien mit großen seelischen Problemen. Mit Farbe und Pinsel wird nach einem Ventil gesucht. Kein Mensch hätte ein Auge für diese »Kunstwerke«, wenn darauf nicht – unübersichtlich groß – der Name »Engholm« prangen würde. Engholm zitiert so häufig das Märchen vom Kaiser und seinen neuen Kleidern. Da gibt es ein besseres Märchen. Das Märchen von Barbara Engholm und ihren neuen Bildern . . . Mit der »phantastischen« Engholm-Ehe (das wird aus politischen Gründen zur Schau getragen) – ist es wie mit Barbaras Bildern. »Alptraum« – kein »Traum«. Eingeweihte Genossen aus der Heimatstadt Lübeck: »Hier wird offen

über Scheidung gesprochen. Aber das könnte Engholm politisch schwer schaden. Politischer Kitt hält die Ehe zusammen.«

● *Das hört Engholm gern:* Ein mutiger, ehrlicher und aufrechter Kämpfer für Gerechtigkeit, der schon als Knabe für die Unterprivilegierten kämpfte und sich deswegen sogar von der Schule verweisen ließ. Autoritäre (wieso nicht »rechtsradikale«?) Lehrer tragen daran natürlich die Schuld. Über das Magazin »MAX« ließ er im Oktober 1991 die Version verbreiten: Engholm ist als 17jähriger von der Schule geflogen, weil er ein Jazzlokal besucht hat. *Das hört Engholm nicht so gern:* Er flog von der Schule, weil er zu faul war und häufig den Unterricht geschwänzt hatte. Diese Faulheit ist bis heute sein Markenzeichen geblieben. Da unterscheidet er sich in nichts von Lebenskünstler Lafontaine. Saisonarbeiter. Arbeitet einige Tage durch, dann die Beine wieder auf den Tisch. Ein SPD-Präside in der »Welt«: »Was könnte aus dem Björn alles werden, wenn er nicht so faul wäre.« Von wegen Ehrlichkeit: Ich kenne kaum einen Politiker, der unaufrichtiger ist als er. Achten Sie einmal auf Fotos und Fernsehauftritte. Der Mann kann einem kaum offen in die Augen sehen. Sein verkniffenes Gesicht kommt nicht nur wegen der total verkommenen Zähne (durchlöchert und von Nikotin vergilbt) zustande – es ist wohl mehr Spiegelbild seines Inneren. Kaum ein Politiker ist eitler als Engholm. Diese Eitelkeit überwog jetzt sogar seine panische Zahnarzt-Angst. Er ließ sich das Monster-Gebiß durch ein strahlendes Blendax-Gebiß instandsetzen. Der bekannte Nürnberger Prominenten-Zahnarzt Dr. Strobel erklärte mir: »Die meisten Prominenten, die panische Angst vor dem Zahnarzt haben, sind auch menschlich ängstlich und

oft feige. Das stellt man immer wieder fest. Bei einem Politiker, der auch einmal sehr mutige Entscheidungen treffen muß, beruhigt mich das nicht gerade.«

● *Das hört Engholm gern:* Seine politischen Vorbilder heißen Helmut Schmidt und Johannes Rau.

Das hört Engholm nicht so gern: Noch vor einigen Jahren nannte er unter anderem die perverse, schwarze Sadistin Winnie Mandela ein »Vorbild« für sich, ja faselte sogar von einer »Heldin der Gegenwart«. Nicht zu vergessen: Rosa Luxemburg, die der SPD-Reichspräsident Friedrich Ebert schlicht und einfach eine »Anarchistin und Kriminelle« nannte, die hinter Gitter gehöre, bezeichnete Engholm als »Heldin der Geschichte«. Mit einem anderen Kriminellen – SED-Boß Honecker – ließ er sich noch stolz in einem Prospekt abbilden, als anständige Politiker dem alten Mauerermörder längst aus dem Weg gingen.

● *Das hört Engholm gern:* Ein bedauernswertes Opfer des »bösen« Uwe Barschel. Ein reiner, unbefleckter Politiker, der von all dem nichts gewußt haben will.

Das hört Engholm nicht so gern: Die SPD, Engholms engste Mitarbeiter und er selbst auch waren in die angebliche Barschel-Affäre, die sich mehr und mehr zu einer Engholm-Affäre entwickelt, tief verstrickt. Ein gewisser SPD-Nilius, auf den ich noch zu sprechen komme, zahlte an den Bremer Strolch Pfeiffer rund 50000 Mark Belohnung, Schweigegeld, Mitleidsgeld – wie immer man das auch nennen mag. Kein Mensch in Deutschland glaubt noch daran, daß Engholm von all dem nichts gewußt haben will.

● *Das hört Engholm gern:* Sein Privatleben ist seine Privatsache. Engholms Privatleben geht niemanden etwas an.

Das hört Engholm nicht so gern: Wenn es ihm propagandistisch nutzt, gibt er ungefragt alle möglichen Details preis: Die Frauen, die angeblich seine »Typen« sind, seine Parfüm-Sorte, seine »Tugenden«, seine Lieblingsblume und so weiter. Ausgerechnet der Mann, der mit seinem Privatleben wie ein Staubsauger-Vertreter hausieren geht – jault mit hängender Unterlippe und treuem Hundeblick, wenn nicht »auf Kurs« gebrachte Journalisten einmal die weniger angenehmen Seiten seines Privatlebens beleuchten wollen. Dabei hat er einen starken Verbündeten. Der Mann heißt Pfeiffer. Reiner Pfeiffer. Schon vergessen? Dieses Kuckucks-Ei in Uwe Barschels Nest. Seitdem der miese Pfeiffer Geschichten aus Engholms Privatleben verbreitete, ist der »private«, schöne Björn aus Kiel für die Medien tabu. Eine total verlogene Einstellung zum Recht der Presse, auch über das Privatleben von Politikern zu berichten. Ein Mann mit dem Privatleben von Engholm hätte in den Vereinigten Staaten von Amerika nicht die geringste Chance. Denken wir nur an die Alkohol-Probleme von amerikanischen Politiker-Frauen, die deswegen jahrelang durch die Gazetten gezogen wurden und die Karrieren der Ehemänner zerstörten. Engholm ist unaufrichtig. Auf der einen Seite krempelt er – soweit es ihm nutzt – sein Privatleben nach außen. Auf der anderen Seite mahnt er mit erhobenem Zeigefinger das Recht auf Privatleben für Politiker an, wenn ihm Berichterstattung darüber schaden könnte.

Wer sich an das hochinteressante Privatleben von Engholm heranwagt, der riskiert es, moralisch »geköpft« zu werden, den Job zu verlieren oder existenziell ruiniert zu werden.

Engholms Privatleben – doppelte Moral der Linken

Selbst der nicht gerade als »konservativ« geltende »SPIEGEL« schrieb dazu auf Seite 91 seiner Ausgabe 22/1989 wörtlich: »Kein anderer Politiker ist moralisch so unangreifbar wie Björn F. Engholm. Barschels Schmutzfeldzug hat ihn über den Tod hinaus geheiligt. Er könnte regelmäßigen Verkehr mit minderjährigen, schwulen Schafen haben oder Opium rauchen oder Steuern hinterziehen, kein Schwein, nicht einmal DER SPIEGEL könnte darauf hoffen, das mit Erfolg anzuprangern.«

Engholms Gezeter beim Recht auf Privatleben ist eine eiskalte politische Rechnung, die unliebsame Kritiker schon im Anfang zum Schweigen bringen soll. Im Grunde nichts anderes als ein geschickt verbrämter Maulkorb-Erlaß für politisch unbequeme Journalisten. Die von Pfeiffer ausgelöste Affäre und die immer größer werdende Abhängigkeit des Journalismus von der Politik haben dazu beigetragen, daß Engholms »Privatleben« in ein Naturschutzgebiet verlegt wurde, in dem der Hirsch zwar querbeet trampeln kann, aber allen anderen am Gelände Interessierten das Schild vor die Nase gehängt wird: »Betreten verboten«.

Knallharte und geschickte Politik ist das – keine »Privatsache«. Ungeniert dürfen Lügen über das Privatleben von konservativen Politikern hemmungslos verbreitet werden. Ob Kohl, Dregger, Strauß, Heinrich Lummer, Filbinger, Späth, Albrecht, Wallmann – das war alles erlaubt und »legal«.

Von der erlogenen Liebesaffäre mit der Sekretärin bei Kohl bis hin zu Heinrich Lummers angeblicher Stasi-Geliebten mit Nackt-Bildern. Keine Hemmungen. Nur immer voll zulangen. »Unanständig« und »Gossen-Journalismus« ist es erst dann, wenn sich konservative Journalisten (gibt es die eigentlich noch?) einmal an das Privatleben von linken Politikern machen.

Kommen wir zum Kern des Themas: Warum möchte Engholm wesentliche Teile seines Privatlebens der Öffentlichkeit vorenthalten? Sind bestimmte Vorwürfe gegen ihn haltbar? Was haben private Dinge mit der Politik zu tun? Habe ich das Recht, so in Engholms Leben herumzustochern?

Man mag es begrüßen oder ablehnen – Tatsache ist: Wer sich heute in die politische Arena begibt – der muß es sich gefallen lassen, daß auch sein Privatleben durchleuchtet wird. Natürlich – es gibt Grenzen, die ein anständiger Journalist einzuhalten hat. Aber die Politiker selber machen es den Journalisten ja alles andere als schwer. Denken wir zum Beispiel an Lafontaine. Er beschwert sich darüber, daß die Blätter über seine gescheiterte Ehe berichten. Das war ihm peinlich. »Recht auf Privat-Sphäre« schreit der linke Chor hier wieder. Überhaupt nicht peinlich war es dem sozialistischen Proleten aus dem Saarland, als er vor versammelter Mannschaft offen über die Größe eines bestimmten Körperteils sprach. Originalton Lafontaine: »An der Nase eines Mannes erkennt man den Johannes.« Wahrscheinlich wollte der kleine Lafontaine damit beweisen, wie »unwiderstehlich« er doch auf Frauen wirkt. Aber man muß sich die Sache nicht nur einmal durchlesen, um den eigentlichen Sinn zu begreifen. Auf der einen Seite das Politiker-Ge-

schrei über die bösen Journalisten, die vor den privaten Dingen nicht haltmachen – auf der anderen Seite der primitiv-billige Lafontaine, der wie ein pubertierender Jüngling Zentimeter-Angaben macht, die wohl eher auf einen tief sitzenden Minderwertigkeitskomplex hindeuten.

Oder denken wir an den Alt-Sozialisten Brandt. Er ließ keine Gelegenheit aus, um darauf hinzuweisen, wie unwiderstehlich ihn doch die Frauenwelt findet. Mit seinen Weibergeschichten brachte er schließlich bei der Guillaume-Affäre sogar die ganze Nation in Gefahr. Er soff bis zur Ohnmacht, schleppte billigste Weiber durch die Öffentlichkeit, fühlte sich aber tief gekränkt und lief vor Gericht, als ich Dinge aus seinem Privatleben aufdeckte, die ganz Deutschland trafen. Und genau hier liegt der eigentliche Punkt.

Für mich ist es überhaupt nicht uninteressant, ob Deutschland Politiker hat, die Ehefrauen wechseln wie andere die Unterwäsche, die sich durch Sex-Eskapaden erpreßbar machen und in menschlicher Hinsicht »Schweine« sind. Keine Wahl, bei der sich die Politiker nicht als »Übermenschen« verkaufen – aber ertappt man diese »Übermenschen« dann bei menschlich wenig anständigen Dingen – dann jammern sie sofort: »Wir sind doch auch nur Menschen – wie alle anderen.«

Bei der durch Pfeiffer ausgelösten Affäre in Kiel forschte ich lange und gründlich im Privatleben von Engholm. Dabei kam einiges zutage. Weitaus mehr negative als positive Dinge. Berichten werde ich nur über Bereiche des privaten Engholm-Lebens, mit dem er selber – wenn auch oft wahrheitswidrig – Propaganda treibt, also mit dem Teil seines Privatlebens, mit dem er auf Wählerfang geht. Die anderen allzu privaten Dinge, die auch ich als

seine »Privat-Angelegenheit« ansehe, erwähne ich nicht. Fangen wir gleich mit Engholms »Redlichkeit« und seinen »Vorbildern« an. Am 9. Dezember 1990 verkündete Björn Engholm auf Seite 7 der »BILD am SONNTAG« den erstaunten Lesern, daß seine politischen Vorbilder Helmut Schmidt und Johannes Rau heißen. Das hört sich zunächst gut an. Bei Schmidt trug er damit vermutlich eine Dankesschuld ab, weil der ihn vor einigen Jahren zum jüngsten Minister seines Kabinetts – zuständig für Bildung – gemacht hatte. Bei Rau war das Vorbild-Bekenntnis schon ein wenig durchsichtiger. Denn nur einen Tag nach dieser »Liebeserklärung« wollte das SPD-Präsidium den schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten in die Pflicht nehmen und zum Nachfolger Vogels als SPD-Chef küren. Ohne Hilfe von Raus mitgliederstarkem Landesverband (Nordrhein-Westfalen) gab es für Engholm keine Chance. Nun gut. Das sei ihm noch verziehen. Was erwartet man heute in politisch-moralischer Hinsicht schon von deutschen Politikern? Das gilt nicht nur für die SPD. Um die für die anstehende Wahl auch noch wichtigen SPD-Bosse Vogel und Lafontaine einzubinden, setzte Engholm schnell noch einen drauf und erklärte der »BILD am SONNTAG«: »Mein Politiker-Ideal ist eine Mischung der Politikertypen Lafontaine, Vogel, Rau – das wäre ideal.« Dummer und politisch charakterloser kann man eigentlich kaum noch formulieren. Schmidt, Lafontaine, Vogel, Rau. Er findet sie alle großartig. Politisch Ungebildete mit starkem Harmonie-Bedürfnis waren zwar entzückt – aber jeder, der nur einen Funken von politischem Verstand hatte, mußte erkennen, daß zum Beispiel das Zusammenwürfeln von Schmidt und Lafontaine (keiner hat Schmidt mehr geschadet und

übler bekämpft als der) eine Menü-Zusammenstellung nach dem Rezept war: »Würstchen mit Schlagsahne« oder »Sauerkraut mit heißer Himbeersoße«. Aber es hörte sich gut an, konnte ihm nutzen, ließ sich nicht schlecht verkaufen. Was gelten schon Grundsätze?

Geradezu abenteuerlich – eher böse verlogen – wird die ganze Geschichte aber erst dann, wenn man sich die Mühe macht, frühere Aussagen Engholms über »Vorbilder« auszugraben. Besser kann man diesen unredlichen Menschen überhaupt nicht demaskieren. Lediglich der Vergeßlichkeit der Menschen hat Engholm es zu verdanken, daß er nicht schon früher als politisch »unzurechnungsfähig« entlarvt wurde. Denn noch am 28. August 1987 erklärte der damalige SPD-Oppositionschef in Schleswig-Holstein im »FAZ-Magazin«: »Meine Heldin in der Geschichte heißt Rosa Luxemburg.« Um besonders glaubwürdig zu erscheinen, gab er noch »Nachschlag« und nannte »Ehrlichkeit« eine Eigenschaft, die er bei Männern ganz besonders schätze. Wie unberechenbar, unzurechnungsfähig und zugleich wetterwendisch Engholm in seiner politischen Urteilskraft ist, erfährt man auch aus einer seiner Veröffentlichungen in »BILD am SONNTAG« vom 19. 11. 1989. Der linkische SED-Genosse Hans Modrow, der in vielen Äußerlichkeiten (vergleichen Sie das einmal selber) große Ähnlichkeit mit Engholm hat, wurde von ihm geradezu umarmt.

Unter der rührenden Überschrift »Jede Weihnacht Kaffee mit Hans Modrow« erklärt Engholm – vier Wochen vor Heiligabend – bewegt: »Es ist wohl knapp fünf Jahre her, daß ich bei meinem regelmäßigen privaten Weihnachtsbesuch in Dresden einen Zettel in meinem Hotel vorfand, mit dem mich der SED-Bezirkschef Hans Modrow zu

einem Gespräch einlud. Natürlich ging ich hin, und seitdem haben wir uns jedes Jahr zu Weihnachten zum Kaffeetrinken in Dresden getroffen. Ich habe Hans Modrow dabei als einen nachdenklichen, leisen und bescheidenen Menschen kennengelernt – sympathisch, unkompliziert und unkonventionell. Völlig zwanglos haben wir politische Fragen diskutiert und unsere Einschätzungen ausgetauscht – er als Kommunist und ich als Sozialdemokrat . . . Er weiß, daß die Hoffnungen vieler, vieler Menschen in der DDR jetzt auf ihm ruhen. Das gibt ihm die Kraft, den politischen Kampf – gegen wen auch immer – an der Spitze aufzunehmen.«

Das muß man sich einmal überlegen. Modrow, oberster SED-Chef in Dresden, damit praktisch auch Stasi-Boss, verantwortlich für Terror, Spitzelei, Schikanen, Morde und alle Gangsterieen des unmenschlichen SED-Systems. Engholm nennt diesen Mann »sympathisch und bescheiden«.

Zur Erinnerung: Damals war der verkniffene Modrow Regierungschef der noch existierenden »DDR«. Offensichtlich hatte Engholm von der »sozialistischen Einheitsfront« immer noch bunte Phantasien in seinem Kopf. Das von Egon Bahr geprägte Wort von »Wandel durch Annäherung« saß noch tief in Engholms grauen Gehirnzellen. Es dauerte nicht lange – da wurden die in Dresden begangenen Verbrechen der SED bekannt, Modrow verlor jegliches Ansehen in der Öffentlichkeit, kam vor Gericht. Engholm drehte sein Mäntelchen wieder einmal nach dem Wind und trommelte nun dem SED-Nachfolger Gysi auf den Schädel. Was er bei seinen gemütlichen Weihnachts-Kaffeepläuschchen mit Modrow ganz offensichtlich versäumt hatte, holte Engholm nun am 21. 10.

1990 – wieder in der »BILD am SONNTAG« – nach. Wörtlich: »Leider bleibt vielen von uns vor lauter Staunen noch immer der Mund offenstehen, statt ihn zur deutlichen Formulierung von Fragen zu nutzen. Fragen an die PDS. Zum Beispiel Fragen nach ihrer Verantwortung für 40 Jahre SED-Willkürherrschaft, für Stasi und Mißwirtschaft . . . Fragen auch nach dem in 40 Jahren zusammenge rafften Parteivermögen. Ich sehe nur eine Fülle von Versuchen, die unzähligen Millionen einer korrekten Prüfung zu entziehen.«

Für mich ist die Engholmsche Logik und Moral nicht ganz nachvollziehbar. Ich sehe diese Bilder noch deutlich vor mir: Modrow und Gysi umarmen sich wie zwei Brüder, geloben enge Freundschaft, wollen das rote Banner des Kommunismus gemeinsam in die lichte Zukunft tragen. Modrow aber ist für Engholm sehr sympathisch. Für Gysi hat er stattdessen nur den Satz übrig: »Es ist schon staunenswert, wie dieser Mann mit einer fast kabarettistischen Leistung einen linksgewirkten Purpurmantel zur Schau trägt, der in Wahrheit aus grobem Sackleinen zusammenge flickt ist.«

Hier tauchen mehrere Fragen auf: 1. Hat Engholm eigentlich an den früheren SED-Bezirksboß Modrow – als er noch in Amt und Würden war – die gleichen Fragen gestellt, die er heute an Gysi stellen möchte? 2. Hat er Modrow gefragt, wer die Verantwortung dafür trug, daß in Dresden Tausende von SED-Gegnern umgebracht worden waren, Unschuldige in Dresdner Zuchthäusern saßen? Hilfloze Menschen, denen ein gutes Wort von Engholm vielleicht die ersehnte Freiheit gebracht hätte. 3. Es ist schon ein wenig seltsam, daß diese weihnachtlichen Gespräche zwischen Engholm und Modrow genau

in die Zeit fielen, als die Affäre um Uwe Barschel in Kiel begann. Zufälle? Seltsame Zufälle. Jetzt plötzlich ist auch die Barschel-Akte aus den Stasi-Unterlagen verschwunden . . .

Was sagte Engholm so schön in seinem FAZ-Fragebogen? »Am meisten verabscheue ich Gewalt in jeder Form. Von den geschichtlichen Diktatoren verachte ich am meisten ›alle Diktatoren‹. Bei Freunden schätze ich am meisten ihre ›Zuneigung‹. Bei einem Mann schätze ich am meisten die Tugend der ›Ehrlichkeit‹.«

Und all das traf offenbar für Engholm auf Modrow zu. Denn es ist ja kaum anzunehmen, daß er einem Kommunisten-Boß so viel Sympathie entgegenbringt und ihn hochleben läßt, wenn er in Modrow einen Mann mit solch negativen Eigenschaften gesehen hätte.

Wie verlogen und unaufrichtig Engholm sein kann, empörte am 6. August 1992 in Nummer 33 selbst den linken »STERN«. Die Hamburger-Linkspostille auf Seite 130: »Dieses Mal wollten die Genossen nicht als Laumänner dastehen. Mit dem Sperrfrist-Vermerk ›Landung des Flugzeugs‹ begrüßte SPD-Chef Björn Engholm am Mittwoch vergangener Woche im Pressedienst seiner Partei ›die längst überfällige Rückführung Erich Honeckers nach Deutschland‹. Der Staatsratsvorsitzende der ehemaligen DDR könne sich nun seiner Verantwortung nicht länger entziehen, triumphierte er. Und falls Honecker strafrechtlich nicht beizukommen sei, dann müsse eben ›die politische und moralische Auseinandersetzung außerhalb von Gerichtssälen weitergehen‹. Ungewohnt markige Worte des SPD-Vormannes.«

Soweit der »STERN«. Dann erinnerte der »STERN« daran, wie westdeutsche Politiker den SED-Verbrecher



Vertrauliches Sofa-Geplauder: Engholms SPD war stolz auf den guten Draht zum Mauererbauer Erich Honecker. Hier bei dessen Bonn-Besuch am 8. September 1987. Heute will sich daran keiner gern erinnern lassen.

1987 hofierten, als er Gast der Bundesregierung auf Schloß Gymnich bei Bonn war. Der »STERN«: »Engholm zum Beispiel – damals noch Kieler Oppositionsführer – erblickte in dem deutschen Chefkommunisten vor allem einen willkommenen Wahlkampfhelfer. Zu Beginn der Unterredung dankte er Honecker artig für die Möglichkeit des Gesprächs. Unmittelbar vor der Landtagswahl in Schleswig-Holstein sei dies »eine große Hilfe«. Honecker wünschte im Gegenzug gutes Gelingen bei der Wahl. Sein Besuch werde der SPD insgesamt helfen, die ja eine Vorreiterrolle für gute nachbarschaftliche Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten habe.« Original »STERN«-Zitat.

Engholm und Honecker

Wie unfähig Engholm ist, politische Situationen richtig einzuschätzen und wie sehr er sich dem Verbrecher Honecker angenähert hatte, macht ein Interview deutlich, das der schleswig-holsteinische Politiker am 4. Februar 1989(!) der Tageszeitung »DIE WELT« gab. Überschrift das Engholm-Zitat: »Honecker hat Zügel fest in der Hand«. Auf dem abgedruckten Foto schütteln sich der alte Mauermörder und Engholm freundschaftlich die Hände. Dieses Interview ist eine völlige Demaskierung Engholms. Lesen Sie selber:

»Herr Ministerpräsident, Sie haben während ihres vier-tägigen Besuchs in der ›DDR‹ fast alle Persönlichkeiten von Rang und Einfluß getroffen. Mit welchen politischen Eindrücken kehren Sie in die Bundesrepublik zurück?

Engholm: Ich gehe mit dem auf Hoffnung setzenden Eindruck zurück, daß, wenn wir offen und vorurteilslos ohne große Träume, wie wir sie in der Vergangenheit vielerorts gehabt haben, Verhandlungen mit der DDR führen, künftig in der Gestaltung des Alltags der Menschen mehr erreichen können. Die DDR ist bereit, in ein Jahrzehnt der engen Vereinbarungspolitik, alltäglicher Kooperation und der Normalität einzutreten. Den halte ich für einen großen Fortschritt. Wenn alle Ministerpräsidenten und der Bundeskanzler die Chancen nutzen würden, die hier vorhanden sind, dann könnten wir sehr schnell aus der Phase der ohnehin abebbenden Konfrontation in eine positive Entwicklung kommen.

Vielleicht greift das etwas hoch, aber so waren die Eindrücke aus vielen Darstellungen von Generalsekretär

Honecker über wichtige Mitglieder des SED-Politbüros bis hin zu unseren Gesprächspartnern im Bezirk Rostock. Hier sehe ich wirkliche Chancen der Bestellung des europäischen Hauses, wie es heute so schön heißt.

Sie haben lange mit Erich Honecker gesprochen. Haben Sie den Eindruck gewonnen, daß er die politischen Zügel weiter straff in Händen hält?

Engholm: Ich kann überhaupt nichts anderes feststellen. Honecker hat eine Reihe von Punkten, die wir ihm vorgeschlagen hatten, wie die Einbeziehung Kiels in den kleinen Grenzverkehr, direkt und autonom entschieden. Er hat deutlich gemacht, daß er im Obersten Gremium die Zügel fest in der Hand hält. Über Probleme, die uns in der Bundesrepublik bewegen, ist er hervorragend informiert.

Honecker sagte Ihnen gegenüber, die Probleme einer Respektierung der ›DDR‹-Staatsbürgerschaft und der Elbgrenze sollten zügig gelöst werden. Sind das Stolpersteine auf dem Wege zur weiteren Normalisierung?

Engholm: Die DDR-Staatsbürgerschaft ist kein Thema, dem wir uns besonders vordringlich zuwenden müssen. Das wirft bei uns Probleme auf, die schwer lösbar sind, was auch Erich Honecker weiß. Es paßt nicht in die Perspektive, die Honecker für die Zukunft der Zusammenarbeit hat. Die Elbgrenze ist in der Tat eine Frage, die die Leute hier samt und sonders sehr beschäftigt. Rund tausend Kilometer Grenze haben wir seit dem Grundlagenvertrag faktisch festgelegt und streiten nicht mehr darüber. Nur noch über diese Elbkilometer wird in einer für mich unverständlichen Form gerungen. Ich denke, daß der bevorstehende Besuch von Ministerpräsident Ernst Albrecht hier in der DDR dazu führen sollte, daß dieser

Streit beigelegt und eine einvernehmliche Lösung gefunden wird. Damit würde ein gutes Stück mehr Koordination und Zusammenarbeit in Zukunft möglich sein, zumal keine Seite bei diesem Thema wirklich etwas verlieren muß.

Woran liegt es, daß sich die ›DDR‹ so schwer tut, Ihre ausgestreckte Hand für eine engere Kooperation im Umweltschutz zu ergreifen?

Engholm: Wir haben mit Umweltminister Hans Reichelt gesprochen, der ein, das muß man fairerweise sagen, hochentwickeltes Bewußtsein für die Gefährdung und Zerstörung der Umwelt besitzt, die auch hier in der DDR stattgefunden hat. Umweltschutz ist auch eine ökonomische Frage. Es ist für die DDR sehr viel schwerer als für die Bundesrepublik, von dem in sich begrenzten Volkseinkommen eine immer größere Scheibe für den Umweltschutz zu verwenden. Den Wettstreit mit der Ökonomie wird die Ökologie in der DDR noch nicht jeden Tag gewinnen können. Ähnliche Probleme haben auch wir. Aber der Druck, wirtschaftlichen Erfolg haben zu müssen, ist in der DDR noch größer als bei uns.

Haben Sie bei Ihren Gesprächspartnern aus Politbüro und Ministerrat auch die Themen Sicherheits- und Abrüstungspolitik angesprochen sowie den Weg der Sowjetunion zu mehr Offenheit und Transparenz in der politischen Landschaft?

Engholm: In der Sicherheitsfrage hat besonders Erich Honecker nach meiner Überzeugung eine eindeutige Auffassung, die sich nicht gewandelt hat. Er hat gegen die Nachrüstung der Mittelstreckenraketen gehalten. Da gibt es eine weitgehende Übereinstimmung mit der sozialdemokratischen Sicht. In Fragen der Weiterentwicklung

des gesellschaftlichen Systems, von Glasnost und Perestrojka – wirtschaftlich und politisch – setzt die DDR eindeutig darauf, ihren eigenen Weg zu gehen. Sie verweist auch sehr deutlich auf die Tatsache, daß schon in der Vergangenheit erhebliche Unterschiede zwischen der DDR und der Sowjetunion bestanden haben und die bestehen auch heute. Eine Kopierung des Weges der Sowjetunion oder der Volksrepublik Ungarn auf das Leben der Menschen in der DDR scheint denen, die hier in der DDR regieren, nach allem, was ich von ihnen gehört habe, nicht möglich zu sein. Daß gleichwohl sehr intensiv diskutiert wird, wie man gesellschaftliche Offenheit besser formulieren kann, diesen Eindruck nehme ich sehr deutlich mit nach Hause. Aber ich vermag gegenwärtig nicht zu sagen, zu welchen Folgerungen dieser Prozeß in der DDR führen wird.«

Damit es kein Mißverständnis gibt: Dieses Interview gab Engholm 1989 – wenige Monate vor dem Sturz Honeckers. Und dieser Mann will Kanzler werden . . .

Die damalige politische Richtung Engholms macht erst deutlich, wie eng er sich seinerzeit mit dem SED-Regime verbunden fühlte. Es ist keine übertriebene »rechte« Propaganda, wenn man nüchtern feststellt, daß Engholm laut die Posaune des Ostens blies. Der Sozialist Engholm hätte dem Verbrecher Honecker damals für dessen Hilfe die Füße geküßt. Und mit seinen jetzt bekanntgewordenen Aussprüchen tat er es ja auch.

Um so schäbiger, wenn man jetzt seine markigen Forderungen gegen Honecker liest. Ich erinnere mich nur noch allzu gut daran, wie Uwe Barschel einmal über Engholm urteilte: »Engholm ist einer der unzuverlässigsten Män-

ner, die ich in der Politik kennengelernt habe. Ich kann fünf Minuten vor einer Landtagssitzung etwas mit ihm genau absprechen. Engholm stimmt zu, um einige Minuten später vor allen Landtagsabgeordneten genau das Gegenteil dessen zu sagen, was wir vorher per Handschlag vereinbart haben. Im guten Glauben auf unsere Absprachen bin ich häufig wegen anderer Termine vom Plenarsaal in mein Büro gegangen, um dann in Eile wieder zurückzukehren, weil ich über meine Lautsprecheranlage hörte, daß Engholm plötzlich mit ganz anderer Zunge sprach.«

Was noch weiter ging und der »STERN« nicht schrieb: Vor dem Sturz Honeckers blies Engholm in der Deutschlandpolitik laut die Posaune des Ostens, bekannte sich eher halbherzig zum Westen.

Er übernahm ungeniert die sogenannten Geraer Forderungen von Honecker und bekannte sich damit klar für die Anerkennung einer eigenen »DDR«-Staatsbürgerschaft, forderte die Auflösung der zentralen Erfassungsstelle für Straftaten von »DDR«-Bürgern in Salzgitter und die Verschiebung der Elbgrenze zugunsten der »DDR«. Die Anerkennung einer eigenen »DDR«-Staatsbürgerschaft hätte vermutlich das SED-Regime auf weitere Jahrzehnte zementiert und die Leidenszeit von 17 Millionen Deutschen unerträglich verlängert. Die Deutschen in der »DDR« wären für uns zu Ausländern geworden, die Berliner staatenlos. Engholm hatte sich also ganz klar zum Interessenvertreter der »DDR« gemacht. Seine Partei warf der CDU damals ein »gefährliche Emotionen wachhaltendes Gerede« vor, wenn sie von der Deutschen Wiedervereinigung sprach. Total verrückt: Einer von Engholms Landtagskollegen aus Kiel, der

SPD-Hinterbänkler Amthor, nahm sogar Anstoß daran, daß er im Plenum des Landtags unter der Fahne Pommerns sitzen mußte – dem Patenland Schleswig-Holsteins. Als der Landesverband der vertriebenen Deutschen am 2. März 1985 in Kiel eine große Gedenkfeier (»40 Jahre Flucht und Vertreibung«) unter der Schirmherrschaft des damaligen CDU-Ministerpräsidenten veranstaltete, verlangte Engholm sogar, daß der Regierungschef seine Schirmherrschaft zurückzuziehen habe, und fand es unerträglich, daß die Vertriebenen für ihren Kongreß das Motto wählten »Treue zu Deutschland«. Gleichzeitig nahm er heftigen Anstoß am Deutschland-Lied »Einigkeit und Recht und Freiheit«.

Adenauer sprach früher immer von den »vaterlandslosen Gesellen in der SPD« . . .

Beim Schreiben dieser Zeilen fallen mir einige Dinge ein, an die ich mich vermutlich mein ganzes Leben erinnern werde.

Siegerist ging wegen Honecker ins Gefängnis

Als klar wurde, daß Bonn Honecker empfangen, den roten Teppich ausrollen, das Wachbataillon der Bundeswehr aufmarschieren und die Spalterflagge der »DDR« hissen würde, zweifelte ich fast am Verstand unserer Politiker. Von den Grünen bis zu Engholm und Strauß. Das offizielle Bonn war von Blindheit geschlagen. »Es gibt keine Alternative zur friedlichen Koexistenz.« Die gleiche Antwort aus allen politischen Richtungen auf meine Proteste. Ich erwiderte: »Durch Kredite verlängert ihr nur die Leidenszeit der unterdrückten Menschen, haltet einen politischen Leichnam mit dem Tropf künstlich am Leben. Der Zusammenbruch des Kommunismus ist absehbar, weil er politisch, moralisch und wirtschaftlich längst am Ende ist. Keinen Pfennig Kredit. Austrocknen lassen, damit das System schneller zusammenbricht.« Ich wurde verlacht, als »politischer Spinner« abgetan. Selbst Franz Josef Strauß war wegen meiner »Starrsinnigkeit« wütend. Als mir klar wurde, daß es von keiner politischen Seite ernste Proteste gegen den Honecker-Besuch geben würde, dachte ich nur daran: Wie kannst Du erreichen, daß später eine jüngere Generation nicht sagen kann, »Alle Deutschen billigten die Verbrechen Honeckers. Keiner hatte den Mut, gegen ihn aufzutreten«.

Manch Jüngling der Konservativen Jugend Deutschlands fühlte sich Tage vor dem Honecker-Besuch wie ein Mini-Stauffenberg. Gemeinsam schmiedeten wir Dutzende von Anti-Honecker-Plänen. Ich selber war entschlossen, der Öffentlichkeit zu zeigen, daß es anständige Deutsche

gibt, die die Charakterlosigkeit der Bonner Politiker nicht stillschweigend hinnehmen, wollte zeigen, daß Wiedervereinigung, Verbrechen der Kommunisten und Tote an der Mauer nicht vergessen sind. Mit allen Tricks und Verbindungen versuchte ich, an eine Einladung für den Honecker-Empfang zu kommen. Mein Plan: Ich wollte mich in die Schlange der devoten Händeschüttler einreihen, die artig vor dem roten Blutsäufer dienerten und knicksten. Vor laufenden Kameras wollte ich Honecker ebenfalls die Hand geben – aber mitten ins Gesicht. Damals wäre das ein weltweiter Skandal ersten Ranges gewesen. Ich war mir klar, daß ich als »Radikaler« und »Fanatiker« verschrien worden wäre. Heute? Millionen von SED-Opfern wären mir dankbar gewesen. Eine klatschende Ohrfeige in das Gesicht dieses Gangsters hätte manche Schuld verwaschen, die westdeutsche Politiker auf sich geladen haben, die auf ehemalige »DDR«-Bürger schimpfen, weil sie mit dem SED-Staat paktierten, aber dabei vergaßen, daß sie es selber waren, die dieses Unrechts-Regime lange am Leben erhielten. Ich weiß bis heute nicht, woran meine Einladung zu dem Empfang scheiterte. Ich vermute, Kohls damaliger Sprecher, Jonny Klein, sah meinen Namen auf der Liste der »in Frage kommenden«. Als er den Namen Joachim Siegerist las – ich bin sicher, daß es da bei ihm geklingelt hat und der Name gestrichen wurde. Aus vielen Wochen gemeinsamer Arbeit kannte er meine kompromißlose Haltung gegen die Kommunisten nur allzu gut – auch meine Eigenschaft, vor spektakulären Dingen nicht zurückzuschrecken, wenn es um die Ehre der Nation geht. Schade, daß dieser Plan nicht klappte.

Ich weiß, daß es viele Leser und auch Freunde von mir gibt, die so etwas nicht billigen. Aber das Dienern vor

Honecker ekelte mich zutiefst an. Mir kamen damals all die schrecklichen Bilder in Erinnerung: Sterbende junge Menschen im Todesstreifen, Gefangene in Bautzen, zerfetzte Körper durch Todesautomaten. Und die Unmoral des Westens würde zu alldem schweigen. Michael Stange, damals Vorsitzender der Konservativen Jugend Deutschlands, zeigte Honecker wegen mehrfachen Mordes an der Mauer an. Er wurde nur verlacht. Honecker hatte Macht – und wer Macht hat, hat Moral. Wer die Macht verloren hat, der ist unmoralisch. Auf diese Formel kann man das ganze Problem Honecker bringen.

Ein Schlag ins Gesicht von Honecker – das wäre mir vorgekommen wie das »Zur-Strecke-Bringen« und Enttarnen eines verkappten Massenmörders. Denn selbstverständlich hatte ich damals schon eine Erklärung über das »Warum« bestens ausgearbeitet.

Ich mußte mir etwas anderes einfallen lassen.

DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN und die KONSERVATIVE JUGEND DEUTSCHLANDS organisierten eine Demonstration gegen den alten Mauermörder. Die einzige Demonstration gegen ihn.

Gemeinsam mit 15 jungen Leuten stellten wir uns vor die »Ständige Vertretung« der »DDR« in Bonn, sangen »Einigkeit und Recht und Freiheit«, hielten Transparente mit der Aufschrift hoch: »Mauermörder Honecker«.

Später schloß sich uns ein kleines Häuflein »Aufrechter« von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) an. In Godesberg war das – vor der »Redoute«, dort, wo die »Großen« des deutschen Westens den »Großen« aus Mitteldeutschland das »große Fressen« spendierten. Damals wirkte es lächerlich, heute tief beschämend. Polizeibeamte machten regelrecht Jagd auf

unsere Anti-Honecker-Transparente, rissen sie den jungen Leuten aus den Händen, zerfetzten die Aufschrift »Honecker Mauermörder«. Wir ließen uns nicht beirren, schrien in die »festliche Stille«: »Ihr freßt mit diesem Banditen – und an der Mauer sterben unsere Landsleute.« Immer mehr Passanten schlossen sich uns an. Eine ältere Frau weinte und sagte leise: »Und wer denkt an Karl?« Karl war ihr Sohn, der zwei Jahre zuvor beim Überqueren der »Staatsgrenze« von Minen zerfetzt worden war. Unsere Rufe gegen den roten Banditen wurden immer lauter. Viele Passanten klatschten Beifall – darunter ausländische Journalisten. Plötzlich stürmten Polizisten auf uns zu. Arme auf den Rücken, ab in die grüne Minna. Sechs Stunden Betonboden im Bonner Polizeigefängnis, dort, wo sonst Kriminelle ausharren müssen. Vorher: Schräg an die Wand stellen. Abtasten nach »Waffen« . . . Eine Schande, für die sich bis heute niemand entschuldigte. Ich sehe noch heute dieses Würstchen von Bonner Polizeipräsident, wie er vor uns rumsprang und törichte Kommentare von sich gab. Später erklärte die Bonner Polizei: »Der würdige Ablauf eines Staatsbesuches mit einem **ausländischen** Staatsoberhaupt sollte nicht gestört werden.« Kein Kommentar.

Ich denke auch daran, wie wir kurz vor dem Fall der Mauer im schleswig-holsteinischen Mölln zum Jahrestag des Mauerbaus am 13. August eine große Gedenk-Demonstration veranstalteten. Ein evangelischer Pfarrer sprach auf dem Marktplatz Gebete für die Deutsche Einheit. Das »Hamburger Abendblatt« empörte sich in kaum noch zu überbietender Dummheit darüber, daß wir mit solch einer »Geister-Beschwörung« die »Entspannung« stören würden. Zu dieser Zeit hatten die Blätter des Hau-

ses Axel Springer bereits beschlossen, daß man die Buchstaben »DDR« in allen Blättern des Hauses künftig ohne Anführungsstriche schreiben werde.

Lediglich Heinrich Lummer, der kleine, mutige CDU-Abgeordnete aus Berlin, glaubte damals noch mit uns an »Einigkeit und Recht und Freiheit«. Massiv hatte ihn die Union unter Druck gesetzt. Er sollte die gemeinsame Kundgebung mit den Deutschen Konservativen absagen. Ich werde es Heinrich Lummer nie vergessen, daß er sich nicht einschüchtern ließ, treu zu uns hielt und in Mölln zu den vielen Teilnehmern sprach. Nur Wochen später erfüllten sich unsere Visionen vom Zusammenbruch des Kommunismus in der »DDR«. Betretenes Schweigen bei denjenigen, die uns so bitter verhöhnt hatten.

Wochen später traf ich auf dem Marktplatz der Eulenspiegel-Stadt den Ortsbürgermeister. Feige sah er zur Seite, wich meinem Blick aus. Er wollte nicht mehr daran erinnert werden, daß er ein fest zugesagtes Grußwort zu unserer Veranstaltung mit seinem Parteifreund Lummer im letzten Moment abgesagt hatte, weil er sich bei der linken Medien-Mafia auf unsere Kosten »lieb Kind« machen wollte. Motto: »Wie kann ein CDU-Bürgermeister bei solch rechten Spinnern, die immer noch von Wiedervereinigung schwafeln, nur auftreten?«

Mindest ebenso peinlich war der letzte 17. Juni vor dem Zusammenbruch des SED-Regimes. Wie jedes Jahr an diesem Tag: DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN waren so ziemlich die einzigen, die durch Demonstrationen an den Tag der Deutschen Einheit erinnerten. In Bonn glaubte – egal bei welcher Partei – kaum noch einer daran. Um die Schlafenden und Vollgefressenen wachzurütteln, hatten wir eine besonders originelle Idee.

Zur Erinnerung noch einmal: Zu der damaligen Zeit hatten die Bonner Politiker – fast alle – den Gedanken an die Wiedervereinigung aufgegeben. Im Bundestag quälte man sich lediglich noch mit einer Gedenkveranstaltung, die als lästige Pflicht und Relikt aus den Zeiten des »Kalten Krieges« empfunden wurde. Zum Thema Wiedervereinigung war Bonn längst in einen Tiefschlaf verfallen. Deswegen wunderte es mich später auch überhaupt nicht, daß Regierung wie Opposition die wirtschaftliche und politische Lage in Mitteldeutschland total falsch einschätzten – was bis heute schlimme Folgen hat.

Wir staffierten einen Lkw als großes französisches Bett aus. Darin lagen in langen Nachthemden junge Leute DER DEUTSCHEN KONSERVATIVEN, verkleidet mit Karnevalsköpfen von Politikern. Vor dem Bundestag verteilten diese ungewöhnlichen Demonstranten als »Schlafpillen« ausgegebene Schokoladen-Bonbons an die Abgeordneten – dazu natürlich Flugblätter. Ex-CDU-General Biedenkopf, der damals in kühnsten Träumen noch nicht daran denken konnte, einmal in Sachsen als Ministerpräsident zu regieren, und SPD-Chef Vogel nahmen Flugblatt und »Schlafpille« artig an. Vogel war überrascht, daß die Nachthemden-Gestalt seinen eigenen Kopf trug – von einem befreundeten Karnevalsverein aus Pappmaché hergestellt.

Ein mitleidiges Lächeln hatte das offizielle Bonn damals bestenfalls für uns übrig. Man hatte sich mit den kommunistischen Gangstern längst arrangiert. Am meisten die SPD und Engholm.

Ergebnis unserer Demonstration: Gegen einige junge Leute und mich wurde ein Strafverfahren wegen »Verletzung der Bannmeile« eingeleitet (siehe auch Schröder-

Kapitel). Das »Autobett« war zu dicht am Bundestag vorbeigefahren. Demonstrieren Grüne direkt im Parlament – rührt sich keine Polizei, kein Staatsanwalt. Aber diese friedliche Aktion zum Nachdenken endete für mehrere Teilnehmer mit saftigen Geldstrafen. Der damalige Bonner Richter zu den jungen Leuten: »Vielleicht wird man eines Tages zu euch sagen, wie recht ihr mit der Aktion hattet. Aber nach den heutigen Gesetzen muß ich euch bestrafen.« Eine »Vorstrafe«, die auch ich bekam und auf die ich besonders stolz bin.

Dr. Günther Ossmann, der ehemalige Strauß-Anwalt, verteidigte die jungen Leute und mußte mir schließlich raten: »Herr Siegerist, nehmen Sie das Urteil an. Wir haben keine Chance durchzukommen.«

Es ist wohl allzu normal, daß mir diese Erinnerungen wieder ins Gedächtnis kommen, wenn ich sehe, wie sich Engholm (aber nicht nur der und nicht nur dessen Partei) gegenüber Honecker verhalten hat. Unglaublich, daß sich diese Politiker heute nicht einmal schämen. Es kann überhaupt keinen Zweifel daran geben, daß Engholm in dem kriminellen Honecker einen Freund gesehen hat, der seiner schleswig-holsteinischen SPD Wahlkampfhilfe leistete. In diesem Zusammenhang: Ich bin sicher, daß sich sehr bald meine alte These beweisen läßt, daß Honeckers Stasi bei dem Komplott gegen Barschel die Finger im Spiel hatte, um den konservativen Ministerpräsidenten in den Schmutz zu ziehen und die SPD an die Macht zu bringen. Leider hat an der Aufklärung dieses Verbrechens aber auch die CDU kein Interesse, weil sie selber Schmutz an den Händen hat.

Beim Thema SED und »DDR« hat sich Engholm als totale politische Niete erwiesen. Als im Dezember 1989

klar absehbar war, daß die Zeit der kommunistischen Verbrecher in Mitteldeutschland abgelaufen ist, hielt er immer noch verbissen an seiner Forderung fest: Die zentrale Erfassungsstelle für SED-Verbrechen in Salzgitter muß sofort aufgelöst werden. Schon fast wie aus dem Tollhaus – und ein Zeichen, was für ein erschreckendes Verhältnis der Super-Demokrat Engholm zum Rechtsstaat hat.

Man muß sich das einmal genauer vorstellen: Diese zentrale Erfassungsstelle war für Hunderttausende von gequälten »DDR«-Bürgern die einzige Hoffnung, daß die Verbrechen der SED eines Tages gesühnt werden. Und noch wichtiger: Diese Erfassungsstelle war für etliche auch ein Schutz. Die Polit-Verbrecher der kommunistischen Zwangsherrschaft fürchteten nichts mehr, als in die Akten der Salzgitter-Behörde aufgenommen zu werden. Ihnen war klar – mehr als manch einem im Westen –, daß das kommunistische Regime politisch, wirtschaftlich und moralisch am Ende war und keine lange Überlebensdauer mehr hatte. Ihnen war auch klar: Eines Tages müssen wir uns verantworten.

Die SED nutzte deswegen all ihre Einflußmöglichkeiten auf die SPD, um den sozialistischen Bruder dafür zu gewinnen, den Juristen aus Salzgitter den Garaus zu machen. Mehrere SPD-Bundesländer sperrten die finanziellen Zuschüsse für Salzgitter. Als die rote Götzen-Herrschaft zu Ende ging, wollte man an die Peinlichkeit des eigenen Verhaltens nicht mehr erinnert werden. Es war peinlich, nachgewiesen zu bekommen, hier nur den »nützlichen Idioten Moskaus« gespielt zu haben.

Ganz anders Engholm. Noch am 9. Dezember 1989 – unfäßbar – tönte er gegenüber dem Journalisten Diethardt

Goos in der »WELT« noch vollmundig: »Wenn sich diese dramatische Entwicklung in der DDR hin zu Demokratie, zu rechtsstaatlichen Verhältnissen und hin zur Souveränität des Volkes stabilisiert, dann wird die zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter endgültig überflüssig.« Dann erblödete er sich weiter und erklärte wortwörtlich: »Salzgitter wird überflüssig, weil das, was an Übergriffen und Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Stellen der DDR künftig von den Menschen selber nach rechtsstaatlichen Grundsätzen aufgeklärt und geregelt wird. Ich denke daher, daß die Idee, die einmal aus anderen Gründen gefaßt wurde, nämlich längerfristig Beruhigung in Europa zu ermöglichen und daher Salzgitter aufzulösen, jetzt erst recht richtig ist.« Zu der Frage, was mit den Aktenbeständen in Salzgitter geschehen sollte, meinte der Ministerpräsident: »Ich meine, daß das Aktenmaterial, was wirklich signifikant ist, den kommenden rechtsstaatlich organisierten DDR-Behörden zur weiteren Auswertung übergeben werden sollte . . . In dem Augenblick, wo sich in der DDR eine unabhängige Justiz als dritte Gewalt etabliert – und das wird sicher bald der Fall sein – da werden auch die CDU-Kollegen, die bisher an der alten Idee von Salzgitter festgehalten haben, sich der Transferidee anschließen.«

Es fällt schwer, Engholmsche Logik und Moral nachzuvollziehen. Nicht nur, daß diese Gedanken von totaler ideologischer Verblendung zeugen – Engholm ist und bleibt Sozialist – sie machen auch ein Höchstmaß politisch-moralischer Verkommenheit deutlich und völliges Unvermögen beim Einschätzen politischer Situationen. Zur Erinnerung: Die SED-Verbrecher, mit denen Engholm freundschaftlich verkehrte, waren noch an der

Macht. Engholm machte sich seinerzeit zum Spießgesellen dieser Gangster und boykottierte die Aufklärung kommunistischer Verbrechen – oder nur die Registrierung – durch die Salzgitter-Behörde. Als er merkte, daß die Zeit seiner roten Gangster-Freunde zu Ende ging, hoffte er aber immer noch auf eine »gemäßigte, sozialistische DDR« – offenbar die mit »menschlichem Antlitz«. Das Interview mit Diethardt Goos macht klar deutlich, daß er von einer Wiedervereinigung nichts wissen wollte. Er hoffte oder glaubte – das ist egal – immer noch fest auf bzw. an eine selbständige »DDR«. Was kratzt Herrn Engholm das Grundgesetz? Bedenkenlos hätte Engholm diesen Leuten dann die Akten aus Salzgitter – vorher noch »gesäubert« – ausgeliefert. Schlimmer kann sich ein sozialdemokratischer Politiker überhaupt nicht diskreditieren.

Man stelle sich nur einmal Engholm als Kanzler bei schwierigen politischen Entscheidungen vor, die ein Mindestmaß an Ideologiefreiheit und politischem Verstand verlangen. Eine Niete an der Spitze Deutschlands. Der Gedanke allein ist gräßlich.

Was mich aber am meisten erschreckt: Da macht sich ein Mann – unter der Tarnkappe »liberal« – zum Fürsprecher von Mord und Totschlag. Erst so begreift man ja auch, weswegen er so schlimme »Vorbilder« (Mandela und Luxemburg) in sein Herz schloß. Ich sehe noch deutlich vor mir, wie Anfang August 1992 die ersten grauenvollen Bilder der Gequälten aus Jugoslawien über den Bildschirm flimmerten. Geschändete Frauen, zerrissene Kinder, verkrüppelte und verhungerte Menschen. Bestien in Menschengestalt als selbsternannte Henker. Statt das Morden durch militärischen Einsatz zu stoppen, was selbst der Papst forderte, raste Engholm zum Bundesver-

fassungsgericht, um dort gegen den humanitären Einsatz eines Bundeswehrschiffes an den Küsten des ehemaligen Jugoslawien zu klagen. Den Einsatz von Soldaten zur Rettung der Gequälten wies Engholm geradezu empört zurück. Was ist das für eine an Sadismus und Perversität grenzende »Humanität«? Die Argumentation von Engholm gehört genau in die Schublade von Politikern, die aus »humanitären Gründen« die Bombardierung der Eisenbahnschienen ins Vernichtungslager Auschwitz ablehnten. Man stelle sich nur die Grausamkeit vor, daß der Lokführer der ins Vernichtungslager rollenden Viehwaggons mit todgeweihten Menschen von Bombensplittern getroffen worden wäre . . .

Für solch eine politische Argumentation habe ich eigentlich nur ein Wort übrig, das mir eine Strafe wegen Beleidigung einbringen würde. Deswegen verschlucke ich es. Ich möchte aber deutlich machen, wie tief meine Verachtung gegen einen Politiker geht, der so zynisch mit gequälten Menschen in Not umgeht.

Ich bin bestimmt kein »eingefleischter Fan« Helmut Kohls. Mir kommt aber die Galle hoch, wenn ich lese, daß ausgerechnet Björn Engholm den Bundeskanzler als »größten Komiker« bezeichnet und im selben Interview ankündigt, daß er als »Chef der Welt« alle »Diktatoren und Unmenschlichen« entlassen würde. Ein Hoch auf Engholms »Menschlichkeit«.

Bei der Auswahl seiner Vorbilder und »Freunde« hatte Engholm schon immer einen ungewöhnlichen Geschmack. Nehmen wir uns da noch einmal »die blutige Rosa« vor. Rosa Luxemburg. Engholm verehrte (verehrt?) sie geradezu. Wir müssen da ein wenig in der Geschichte zurückblättern.

Rosa Luxemburg – »Die Sau muß schwimmen«

»»Die Sau muß schwimmen«, hieß die Parole, als Rosa Luxemburg am 15. Januar 1919 im Berliner Grandhotel Eden, dem Stabsquartier der Garde-Kavallerie-Schützen-division, eingeliefert wurde. Beim Abtransport ins Gefängnis Moabit schleifte man die Gefangene an den Haaren ins Auto, der Husar Runge schlug sie mit zwei Hieben seines Gewehrkolbens zusammen, der Oberleutnant Vogel schoß ihr bei der Fahrt durch den Tiergarten eine Revolverkugel in die Schläfe.« Diesen schockierenden Text über die Ermordung der radikalen Spartakus- und KPD-Führerin Rosa Luxemburg schrieb der Journalist Jürgen Rühle am 1. Februar 1968 in der Tageszeitung »DIE WELT«. »Die Sau muß schwimmen«, hieß die Parole des Mordes an Rosa Luxemburg. Mit diesem bösen Satz sind wir mittendrin in der Weltanschauung des Sozialisten Engholm. Björn Engholms »Heldin in der Geschichte« war eine radikale Fanatikerin übelster Prägung und eine menschenverachtende Frau, der von dem bekannten Sozialdemokraten Franz Mehring »maßlose Herrschsucht und schmutzige Habgier« vorgeworfen wurde. Der Zynismus dieser Engholm-»Heldin« wird aus einem ihrer Briefe an eine Freundin deutlich, den sie 1905 aus Warschau schrieb: »Liebste, hier ist es sehr schön. Jeden Tag werden zwei bis drei Personen in der Stadt von Soldaten erstochen. Sonst ist es aber sehr lustig.«

Wer war diese Rosa Luxemburg? Das wohl angesehenste deutsche Presse-Archiv »Munzinger« schreibt am 18. 4.

1970 über die Engholm-»Heldin«: »Rosa Luxemburg wurde nach amtlichen Unterlagen am 5. März 1870 in Zamosc/Russisch-Polen geboren. Sie selbst hat aber später in einem Brief vom 30. 1. 1907 an Henriette Roland-Holst mitgeteilt, daß sie in Wirklichkeit ein Jahr später, nämlich 1871, geboren wurde. Sie entstammte einer wohlhabenden jüdischen Kaufmannsfamilie und erhielt eine gediegene Ausbildung.« Man kann es auch drastischer – aber wohl treffender – formulieren: Rosa Luxemburg, eine polnische Jüdin, die voller Verachtung ihre polnische Heimat und ihre jüdischen Glaubensbrüder bekämpfte, hieß in Wirklichkeit Roza Luksemburgs und hatte sich durch eine Scheinheirat mit einem Deutschen die deutsche Staatsbürgerschaft erschlichen. Rosa Luxemburg haßte aus tiefer Seele alles Deutsche und Preußische. Daraus machte sie nie einen Hehl. Sie bekämpfte die SPD der damaligen Zeit als Brachial-Marxistin so hinterhältig, daß der spätere Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) kurz vor den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 in einem Aufruf »Gegen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg« an das Deutsche Volk erklärte: »Mitbürger! Spartakus kämpft jetzt um die ganze Macht. Die Regierung, die binnen zehn Tagen die freie Entscheidung des Volkes über sein eigenes Schicksal herbeiführen will, soll mit Gewalt gestürzt werden. Das Volk soll nicht sprechen dürfen. Seine Stimme soll unterdrückt werden. Wo Spartakus herrscht, ist jede persönliche Freiheit aufgehoben . . . Teile Berlins sind die Stätte blutiger Kämpfe. Die Regierung trifft alle notwendigen Maßnahmen, um diese Schreckensherrschaft zu zertrümmern und ihre Wiederkehr ein für allemal zu verhindern.« Darauf spornt Rosa Luxemburg ihren Anhang

weiter an: »Die Erfahrung der letzten drei Tage ruft den Organen der Arbeiterschaft mit lauter Stimme zu: »Redet nicht! Beratet nicht ewig! Unterhandelt nicht! Handelt!« Handeln hieß schießen. Was war der Hintergrund dieser Erklärungen? Rosa Luxemburg hatte die SPD verlassen, die sie vergeblich auf ihren Kurs zu bringen versucht hatte, und den zunächst gegründeten Spartakusbund in KPD umbenannt, um dann am 6. Januar 1919 in der Reichshauptstadt einen Aufstand gegen die sich abzeichnende Demokratie zu entfachen. Rosa Luxemburg wollte die Diktatur. Wer heute das Gegenteil behauptet, ist ein Geschichts-Fälscher, ein Dummkopf oder ein Befürworter der luxemburgischen Politik. Da Engholm studierter Politologe ist, muß ich davon ausgehen, daß er die Verbrechen Rosa Luxemburgs kannte und dafür noch heute Sympathien hat. Wie könnte er sie sonst als »Heldin« bezeichnen? Erst die Aufhellung dieses Hintergrundes macht deutlich, daß Engholm alles andere als ein harmloser, sympathischer Sozialdemokrat ist, der im FAZ-Fragebogen als »größtes Unglück« die »Unfriedfertigkeit« angab.

Der arme Friedrich Ebert würde sich im Grab herumdrehen, wenn er wüßte, was sein Nachfolger im SPD-Amt (Engholm) bis in die jüngste Zeit über Rosa Luxemburg verbreitete. Doch lassen wir die SPD-Führer der damaligen Zeit selber sprechen. Das geringschätzigste Urteil fällte Franz Mehring, mit dem sie in der Redaktion der Leipziger Volkszeitung zusammengearbeitet hatte. In einem Brief an Karl Kautsky schrieb der SPD-Journalist wörtlich: »Was mir bei der Dame Luxemburg mißfiel: Ihre maßlose Herrschsucht und namentlich ihre schmutzige Habgier.« Vielleicht gab es zwischen Rosa Luxemburg und Mehring eine Rivalität. Vielleicht fiel sein Ur-

teil deswegen besonders hart aus. Für den großen, alten Mann der deutschen Sozialdemokratie, für August Bebel, mag das aber sicher nicht gegolten haben. Bebel fühlte sich von der »Grausamkeit« Rosa Luxemburgs abgestoßen und verurteilte sie mit diesen Worten: »Ich habe mit Ausnahme der Jahre, in denen ich mich in ›Staatspension‹ befand, allen Parteikongressen beigewohnt. Aber eine Debatte, in der so viel von Blut und Revolution die Rede gewesen wäre wie in der heutigen, habe ich noch nicht gehört. Als ich das alles hörte, habe ich ein paarmal unwillkürlich auf meine Stiefelspitzen gesehen, ob diese nicht bereits im Blut wateten.« Später sprach August Bebel von einem »unseligen Frauenzimmer« und von »Giftmischerei«.

Die »BERLINER MORGENPOST« vom 25. November 1986 weiß über Rosa Luxemburg zu berichten: »Freundschaftliche Aufnahme fand Rosa Luxemburg zunächst bei Karl Kautsky und dessen Familie. Aber auch Kautskys Sohn sah sich zu dem Vorwurf veranlaßt: ›Es gibt Beweise, daß ihr ein Zug von Grausamkeit eigen war – Grausamkeit nicht nur gegen ihre Feinde, sondern auch gegen ihr nahestehende Menschen.«« Weiter die »BERLINER MORGENPOST«: »Vielen ihrer Zeitgenossen, vor allem in der SPD, erschien Rosa Luxemburg als eine widerspruchsvolle, zerrissene, aber zugleich machtbesessene und harte Persönlichkeit. Nach dem Schulbesuch in Warschau und Studium in Zürich ließ sie sich, die aus einer wohlhabenden Familie stammende Intellektuelle, 1898 in Berlin nieder, obwohl sie, wie ihr Biograph Peter Nettel konstatierte, von einem Haß auf Deutschland und das deutsche Volk durchdrungen war. Alles Deutsche irritierte sie. Nicht anders sah ihre Beziehung zur SPD aus,

die sie als Schlachtfeld ihres Radikalismus benutzte. Irritiert waren diejenigen, die ihr begegneten, nicht nur von diesem rigorosen Extremismus, sondern mehr noch von der damit einhergehenden Grausamkeit, Rücksichtslosigkeit und Unduldsamkeit. In ihren Erinnerungen merkte die sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Hedwig Wachenheim an: »Rosa Luxemburgs Freunde loben ihren Kunst- und Natursinn und ihre Sanftmut. In ihren Gefängnisbriefen . . . schrieb sie poetisch über Blumen, Grillen und Vögel. Doch stehen die Gefängnisbriefe in krassem Gegensatz zu ihrem politischen Gebaren . . . Sie griff alle, die eine andere Politik verfolgten, rücksichtslos und sehr oft gehässig mit verletzenden Schimpfworten an und versuchte, sie politisch zu vernichten.«

Soweit die »BERLINER MORGENPOST«.

Wie antwortete Björn Engholm dem FAZ-Magazin so schön auf die Frage: »Was ist für Sie das größte Unglück?« Lesen Sie die Antwort zweimal: »Unfriedfertigkeit«. Nach seiner Lieblingstugend befragt, gab er die Antwort »Toleranz«. Auf die Frage »Welche Eigenschaft schätzen Sie bei einer Frau am meisten?« kam die Antwort »Charme«. Welchen Charme und welche Toleranz mag Engholm gemeint haben – bei seiner »Heldin in der Geschichte«, die von SPD-Führern mit dem Namen »Blutige Rosa« belegt worden war?

Mit der Demokratie hatte Rosa Luxemburg nichts im Sinn. Sie hatte Vorbehalte gegenüber Lenin. Aber aus vollem Herzen begrüßte sie die Zerschlagung der russischen Demokratie im Oktober/November 1917 durch die Bolschewisten. Für sie war dieser Bluttausch die »Ehrenrettung des internationalen Sozialismus« und ein verpflichtendes Beispiel.

Wieder die »BERLINER MORGENPOST«: »Mit der Gründung des Spartakusbundes, aus dem im Dezember 1918 die KPD hervorging, vollzogen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg 1916 den endgültigen Bruch mit der SPD. Der Spartakusbund war fortan ihr Kampfinstrument. In den Wirren und Unruhen des zusammenbrechenden Kaiserreiches unternahm Spartakus am 9. November 1918 in Berlin den ersten Versuch der Machtergreifung.«

In meinem Buch »Das Testament des Uwe Barschel« schilderte ich über Rosa Luxemburg folgendes:

»Philipp Scheidemann, sozialdemokratischer Staatssekretär, schildert diesen turbulenten Tag, an dem der Grundstein der Republik gelegt wurde, so: ›Am 9. November 1918 glich der Reichstag schon in den Morgenstunden einem großen Heerlager. Arbeiter und Soldaten gingen ein und aus. Viele trugen Waffen. Mit (Friedrich) Ebert . . . und anderen Freunden saß ich hungrig im Speisesaal. Es gab wieder nur dünne Wassersuppe . . . Da stürmte ein Haufen von Arbeitern und Soldaten in den Saal, gerade auf unseren Tisch zu. Fünfundzwanzig Menschen schrien zugleich: ›Scheidemann, kommen Sie gleich mit!‹ ›Philipp, du mußt herauskommen und reden!‹ Ich wehrte ab, – ›ach wieviel habe ich schon reden müssen!‹ ›Du mußt! Du mußt, wenn Unheil verhütet werden soll.‹ ›Draußen stehen Zehntausende, die verlangen, daß Sie reden.‹ – ›Jawohl, Scheidemann, komm schnell, vom Schloßbalkon aus redet Liebknecht . . .!‹ – ›Na wenn schon!‹ ›Nein, nein, kommen Sie mit, Liebknecht will die Sowjetrepublik ausrufen –!‹ Nun sah ich die Situation klar vor Augen. Ich kannte seine (Liebknechts) Forderung: ›Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten!‹

Kein Zweifel! Wer jetzt die Massen vom Schloß her ›bolschewistisch‹ oder vom Reichstag zum Schloß hin ›sozialdemokratisch‹ in Bewegung bringt, der hat gesiegt! Ich sah den russischen Wahnsinn vor mir, die Ablösung der zaristischen Schreckensherrschaft durch die bolschewistische. Nein! Nein! Nur nicht auch das noch in Deutschland nach all dem anderen Elend!«

Scheidemann rief vor dem Reichstag die Deutsche Republik aus. »Schier endloser Jubel ertönte. Dann setzten sich die Massen in Bewegung nach dem Schloß. Die bolschewistische Welle, die an diesem Tag unser Vaterland bedrohte, war gebrochen! Die Deutsche Republik war in den Köpfen und Herzen der Massen lebendig geworden.« Jetzt bereitet Friedrich Ebert freie Wahlen vor. Rosa Luxemburg weiß, daß sie bei freien Wahlen nicht die geringste Chance hat. Der Spartakusbund (KPD) setzt weiter auf Gewalt – die einzige Möglichkeit, doch noch an die Macht zu kommen. Rosa Luxemburg lehnt jede Zusammenarbeit mit der SPD ab. Sie brandmarkt die Übergangs-Regierung Ebert–Scheidemann als »konterrevolutionär« und ruft zum Sturz:

»Auf Proletarier! Zum Kampf! Es gilt eine Welt zu erobern und gegen eine Welt anzukämpfen! In diesem letzten Klassenkampf der Weltgeschichte und die höchsten Ziele der Menschheit vor Augen, gilt dem Feinde das Wort: Daumen aufs Auge und Knie auf die Brust!« Und in der »Roten Fahne« fordert sie: »Nieder mit den Bluthunden Ebert – Scheidemann – Noske!«

»Das Strecken der Waffen« nannte Engholm in seinem FAZ-Interview eine »militärische Leistung, die er am meisten bewundere«. Ein Glück, daß die damaligen SPD-Führer anders dachten. Denn auch Waffen waren es, die die Republik von 1919 retteten.

Am 15. Januar wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von der sozialdemokratischen Regierung verhaftet und in der folgenden Nacht – ohne Wissen der Regierung – erschossen. Die Leiche Rosa Luxemburgs wurde in den Landwehrkanal geworfen. »Die Sau muß schwimmen« – »rechte« Fanatiker hatten diese Parole ausgegeben.

Der Historiker Erich Eyck: »Am 19. Januar 1919, als die Wahlen zur Nationalversammlung vorgenommen wurden, herrschte in Berlin Ruhe, und niemand wagte, den Wahlakt zu stören. Daß es bei der Niederwerfung des Aufstandes nicht ohne Ausschreitung abging, ist tragisch. Das größte Aufsehen erregte die Tötung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 16. Januar. Die große Mehrzahl der Bevölkerung Berlins begrüßte sie als Befreiung von einer großen Gefahr, ohne sich viel den Kopf zu zerbrechen, ob alles mit rechten Dingen zugegangen sei. Bald sangen Berliner Gassenjungen auf den Straßen: ›Es schwimmt eine Leiche im Landwehrkanal.‹ Philipp Scheidemann erklärte für die SPD-Regierung: ›Ich bedaure den Tod der beiden aufrichtig und aus gutem Grunde. Sie haben Tag für Tag das Volk zu den Waffen gerufen und zum gewaltsamen Sturz der Regierung aufgefordert. Sie sind nun selbst Opfer ihrer eigenen blutigen Terrortaktik geworden.‹ Reichswehrminister Gustaf Noske (SPD), der einen entscheidenden Anteil an der Rettung der Republik hatte, faßte zusammen: ›Zu erklären ist der Mord an Rosa Luxemburg und die Tötung Liebknechts nur aus der wahnwitzig erregten Stimmung jener Tage in Berlin . . . – Er und Frau Luxemburg waren Hauptschuldige daran, daß die unblutig begonnene Umwälzung zum Bürgerkrieg mit allen seinen Scheußlich-

keiten ausartete . . . Das Leben hatte bei den Januar-kämpfen eine große Anzahl von Menschen verloren . . . Jeden Mord verabscheue ich. Über den Tod Liebknechts und Luxemburgs haben sich aber zu Unrecht diejenigen am lautesten entrüstet, die bei nicht weniger bösen Fällen eine heitere Gemütsruhe an den Tag legten.«

Die »BERLINER MORGENPOST«: »Der letzte Satz Noskes bezog sich auf die Tatsache, daß schon bald, mit dem Verblassen der Erinnerung an die Schrecken des Spartakusaufstandes, die Legendenbildung um Rosa Luxemburg einsetzte.« Bereits 1920 wurden in einem »VORWÄRTS«-Artikel Luxemburg und Liebknecht als »vom Arbeitervolk so geliebte Führer« betrauert. Noskes grimmiger, aber realistischer Kommentar zu der Klage: »Die vom Arbeitervolk so geliebten Führer hätten sozialdemokratische Führer kaltblütig erschlagen lassen.«

Wenn man die hirnrissigen Lobhudeleien Engholms auf Rosa Luxemburg liest, wird seine ehemalige Seelenverwandtschaft zu Honecker und Modrow verständlicher. Denn das SED-Zentralorgan »NEUES DEUTSCHLAND« feierte die blutige Rosa am 15. Januar 1967 mit der Schlagzeile »Rosa Luxemburg stand zu Lenins Partei«.

Ulbricht-Handlanger Wilhelm Pieck feierte die grausame Anarchistin auf einer ganzen Seite des »NEUEN DEUTSCHLAND« mit dem Thälmann-Zitat: »Wir denken nicht daran, die Bedeutung Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts, Franz Mehrings und der übrigen Genossen, die den linken Flügel in der Vorkriegs-Sozialdemokratie bildeten, abzuschwächen. Wir denken nicht daran, diese wahrhaft revolutionären Kämpfer und Führer und ihre guten revolutionären Traditionen zu verleugnen oder gar

den sozialchauvinistischen SPDistischen oder brandtlerischen Leichenschändern zu überlassen. Rosa Luxemburg gehört uns.«

Engholm müßte es die Schamröte ins Gesicht treiben, wenn er diese Zeilen liest. Engholm, in dessen Lebenslauf ein Politik-Studium angegeben ist, kann so naiv nicht sein. Er ist SPD-Vorsitzender. Mit Sicherheit kennt er die Schriften des früheren SPD-Chefs Friedrich Ebert über Rosa Luxemburg. Da er sich aber trotzdem zu diesem schlimmen Weib bekennt, sie gar als »Heldin« bezeichnet – kann man nur logisch schlußfolgern, daß er mit ihren Mitteln und Wegen – also mit Mord und Totschlag – einverstanden war.

Würde ein Richter heute sagen, daß SS-Chef Heinrich Himmler ein »Held der Geschichte« war – mit Recht würde dann jeder sagen, daß dieser »Rechte« auch die Massenvernichtung der Juden durch Himmler billigte. Wieso soll es bei Engholm und Rosa Luxemburg anders sein?

Entweder ist Engholm dumm, hat seinen »Politologen« auf einem Rummel der »Kieler Woche« »geschossen« – oder aber er stimmt mit den Zielen Rosa Luxemburgs noch heute überein. Ich habe nicht einen einzigen Satz von Engholm finden können, in dem er sich von seinen früheren Aussagen distanziert.

Sein Bekenntnis zu Rosa Luxemburg hat für mich allergrößte Bedeutung bei der Einschätzung seiner Person. Man kann eine Gänsehaut bekommen, wenn man darüber nachdenkt, daß dieser Fan einer antidemokratischen und tief grausamen Polit-Kriminellen Bundeskanzler werden will. Solch ein Bekenntnis kann doch nicht als »Ausrutscher in jugendlichem Alter« bezeichnet werden. Das Be-

kenntnis zu Luxemburg legte Engholm erst am 28. August 1987 ab! Das ist unglaublich.

Bestenfalls könnte man die Entschuldigung gelten lassen, daß er nicht weiß, wovon er spricht. Aber wem ist wohl bei dem Gedanken, einen – entschuldigen Sie bitte – doofen Kanzler zu bekommen?

Engholm und die kriminelle Mandela

Meine Einschätzung: Engholm ist im Grunde seines Herzens ein Linksradikaler geblieben. Er muß sich heute bürgerlich geben, weil er sonst keine Mehrheiten bekommt. Sein Herz schlägt aber nach wie vor für eine fanatische und böse Politik. Beispiel Winnie Mandela. Auch sie wird ja von Engholm so verehrt. Ich habe mit eigenen Augen Filmausschnitte gesehen, in denen auf Geheiß von Mandelas ANC – einer rein kommunistischen Verbrecherbande – schwarzen Südafrikanern mit Diesel getränkte Autoreifen um den Hals gelegt und angesteckt werden. Das flüssige Gummi der Reifen verbindet sich mit der Haut des Opfers und brennt bis auf die Knochen. Ein grausamer und langer Todeskampf. Winnie Mandela begrüßt »diese Halskrausenmorde« – ja ordnete sie mit an und ging mit der »Freiheitsparole« hausieren, daß man das Land »mit unsern Streichholzschachteln« befreien werde.

Entschuldigen Sie meine offenen Worte – aber in Südafrika selber gilt die von Engholm bewunderte Winnie Mandela selbst bei Schwarzen schlicht und einfach als eine perverse Hure, die sich das Mäntelchen Politik umgeworfen hat, um ein flottes Leben zu führen. Kein Wunder, daß sich Nelson Mandela (der im übrigen nicht viel besser ist), von dieser Frau scheiden ließ. Noch am 13. Februar 1989 nannte Winnie Mandela die Sowjetunion »das Ziel all ihrer Hoffnungen und Sehnsüchte«. Den »Terroristen« in der weißen Regierung sagte sie den Kampf bis »auf den letzten Blutstropfen« an. Engholm distanzierte sich nicht von seiner »Heldin«, die von der gesamten SPD geradezu gefeiert wurde, als die Welt er-

fuhr, daß die kriminelle Mandela – (»Lady Tarzan«) sich eine als Fußballteam getarnte Mörder-, Terror- und Sexbande hielt (»Mandela United Football Team«), die Winnies unersättliche körperliche Gelüste befriedigen mußte – aber schlimmer – Kinder zu Tode folterte. Ein mit Mandela befreundeter Arzt, der die verstümmelten Kinder gesehen und manchmal noch behandelt und geplaudert hatte, wurde wenig später von Unbekannten erschossen. In erster Instanz wurde diese brutale Hexe zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Ihre als Fußballteam getarnte Terrorgruppe hatte einen 14jährigen Jungen auf grauenvolle Weise umgebracht. Das Gericht hatte ihr nachgewiesen, daß sie bei den Folterungen selber beteiligt war. Der Schuldspruch wurde wegen Entführung und Mißhandlung ausgesprochen.

Geradezu amüsiert haben sich die ANC-Gangster über Politiker wie Engholm, wenn Winnie Mandela in Deutschland immer wieder als »Mutter der Nation« gefeiert wurde. Im ANC wußte jeder, daß Winnie Mandela mit einem ihrer Geliebten (Dali Mpfu – 27) rund 230 000 Mark aus der »Vereinskasse« geklaut und damit Liebesreisen in die ganze Welt gemacht hatte. Winnies junger Liebhaber gab unumwunden zu, daß er mit seiner älteren Gespielin in Los Angeles einen Luxus-Bungalow bewohnte. Sein Kommentar: »Na und?« Es störte weder Winnie noch ihn, daß arme – um Hilfe suchende – Schwarze von der »Sozialabteilung« des ANC fast nur noch kaltschnäuzig abgewiesen wurden.

Nelson Mandela rief bei dem Liebesabenteuer im Luxus-Bungalow damals selber dort an. Statt Winnie nahm der junge Liebhaber ab. Das »HAMBURGER ABEND-BLATT« am 25. Mai 1992: »Der ANC-Patriarch, der sich

schon lange keine Illusionen über die Treue seiner Frau mehr macht, war über die Dreistigkeit der beiden erschüttert: Er hatte Mporu als Zeichen seiner Wertschätzung sogar eine goldene Uhr geschenkt. Nach 33 Jahren Ehe trennte Mandela sich Mitte April von seiner Frau, die vor Jahresfrist zu sechs Jahren Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden war und auf Kautionsfrei ist. Nun rollt auf Winnie Mandela ein Korruptionsskandal zu. Buchprüfer des ANC haben festgestellt, daß sie und Mporu seit Monaten Abrechnungsschecks über 230 000 Mark für dubiose Zwecke ausgestellt haben.«

Eine Hure, eine Betrügerin, eine Kriminelle, die verurteilt wurde, weil man ihr nachwies, mindestens fünf Jugendliche gefoltert zu haben, von denen einer dabei starb – das ist für Engholm eine »Heldin«. Am 11. 9. 1987 machte Engholm das Maß seiner Mandela-Hirnrissigkeit selber voll: In der »HAMBURGER MORGENPOST« auf Seite 18 schlug er die perverse Folterhexe aus Südafrika für den Friedensnobelpreis vor. Eine Frau übrigens, deren Arbeit von den Sozialisten und von der Evangelischen Kirche immer wieder finanziell unterstützt wurde. Vielleicht verehrt er ja heute noch Frau Mandela, die noch am 24. April 1992 treuherzig erklärte: »Nelson bleibt Mittelpunkt meines Lebens.«

Da ist es geradezu harmlos, wenn Engholm so ganz nebenbei seinen alten Freund Günter Grass als »Lieblingsschriftsteller« angibt und ihn gar in eine Reihe mit Mark Twain stellt und sogar zum Minister machen wollte. Ich hatte eine ganze Zeit lang das zweifelhafte Vergnügen, in unmittelbarer Nachbarschaft zu diesem exzentrischen, politisch nicht ernstzunehmenden Mann zu leben, dessen Bücher heute kaum noch einer lesen will. Dieser linke



Prost! Zwei Linke, die sich verstehen. Engholm mit seinem »Lieblings-schriftsteller« Günter Grass, der den Genossen auch schon mal im Wahlkampf hilft.

Spinner hatte 1986 Deutschland »gern verlassen«, um in Indien zu leben. Ganze fünf Monate hielt er es in Kalkutta aus, desillusioniert über die Philosophie der Gewaltlosigkeit, die »wie unsere eigenen europäischen Ideen jetzt verbraucht ist«.

Grass, der andere erbarmungslos öffentlich kritisiert, trägt selber nicht einen Funken von Kritik. Als sich sein Buch »Unkenrufe« als schwacher Rohrkrepierer herausstellte, klang es schrill von der »Medien-Mafia«, die ihn »fertigmachen« wolle bis zur »üblen Lust an der Vernichtung«, die »ausgebrochen« sei – und es drohe ein Anpassungsdruck wie einst in der »Adenauer-Ära«. Selbst der linke »SPIEGEL« schrieb dazu: »Drahtzieher war Autor Grass selbst. Tatwerkzeug: sein quälendes Buch. Helfershelfer: ein nervtötender Göttinger Verleger, der die Fehlgeburt unbedingt zum nobelpreisverdächtigen Geniestreich hochputschen wollte.« Wie ein zimperliches Mädchen heulte SPD- und Engholm-Helfer Grass, als er merken mußte, daß sein »Werk« als »Schrott« erkannt wurde. Die empfindsame Seele, die gar nicht so empfindsam war, wenn es ums Austeilen ging, bei dem er Politiker schon einmal als »Mehlwürmer« bezeichnete. Das alles sind die Helden, Freunde, Freundinnen, Heldinnen, Nobelpreis-Kandidatinnen und so weiter von Herrn Engholm. Sage mir, mit wem du umgehst – und ich sage dir, wer du bist . . .

Ich kenne keinen Politiker, der beim Thema Privatleben besser heuchelt als Engholm. Noch einmal: Engholm setzt – was an sich normal geworden ist – sein Privatleben als politisches Propagandamittel ein. Was nicht normal ist und nicht akzeptiert werden kann: Er wünscht, daß selbstverständlich nur die positiven Dinge aus seinen

vier Wänden nach außen dringen. Wie ein kleiner Diktator, der mit Rotstift und Schere am Schreibtisch sitzt, um die Bilder und Texte zu vernichten, die ihm nicht gefallen. Oberzensor Engholm.

Keiner heuchelt besser

In einer SPD-Wahlkampfbroschüre über ihn wird gleich auf der ersten Seite geheuchelt: »Diese Broschüre erzählt die Geschichte eines Mannes, der es nicht mag, daß man über ihn Geschichten erzählt.« Und unter der Überschrift »Nur keine Geschichten« wird dann munter drauflos geplappert: »Für ihn, der jede Woche mehr als 60 Stunden dem politischen Tagesgeschäft nachgeht, ist seine Familie das letzte Stück Privatheit, und er fragt sich, was es der Öffentlichkeit bringt, wenn sie sich Einblick in dieses Refugium verschafft. Was hat der Betrachter davon, wenn er weiß, daß Björn Engholm Jazz liebt und Mozart, gerne Pfeife raucht und Weinkenner ist; daß Ehefrau Barbara nicht nur, wie ihr Mann, Kunst sammelt, sondern selber malt. Was erfährt man über den Politiker Engholm, wenn man um seine große Lust am Kriminalroman weiß oder daß er in seiner Bonner Zeit auch schon mit John le Carré, dem berühmten Agenten und Autor, zu Mittag gegessen hat. Björn Engholm kokettiert nicht mit all den kleinen Geschichten, denn sie enthalten seiner Meinung nach keine Informationen, die einen echten Rückschluß auf sein persönliches Leben und sein politisches Tun erlauben. Da haben die Leute schon eher etwas davon, wenn sie erfahren, daß er mit vielen Großen der Welt nach wie vor in persönlichem Kontakt steht.«

Es kann einem speiübel werden bei so viel dämlicher und durchsichtiger Heuchelei. Das Privatleben interessiert nicht – heißt es da. Zugleich plappern die Engholm-Propagandisten ungefragt über alle möglichen Dinge seines Privatlebens. Und wenn Engholm behauptet, daß private Dinge keinen Aufschluß über sein persönliches Leben

geben – dafür aber die »bedeutende« Nachricht, daß er »mit den Großen der Welt gespeist« hat – so dumm kann wohl nur SPD-Propaganda sein.

Da wird in wenigen Sätzen Volksverdummung nach dem Motto betrieben: Engholm arbeitet 60 Stunden pro Woche – ist also fleißig. Die Wahrheit: Er ist faul und war nie ein großer Anhänger von harter Arbeit. Seine Kabinettsitzungen beginnen morgens erst um 11 Uhr. In Ausgabe 22 der »BUNTEN« gab er die Parole aus: »Du sollst Müßiggang pflegen.«

In der Frauenzeitschrift »BRIGITTE« verkündete er am 29. November 1989 gleich in der Überschrift seine Lebensphilosophie: »Faulheit ist etwas Wunderbares«. Offenbar erschrocken über seine eigene Courage, log er der »BRIGITTE« dann aber gleich vor: »Selbst in meinen 80-Stunden-Wochen versuche ich, mich ab und zu zurückzuziehen und Kraft zu tanken.« Die wundersame Vermehrung von Zeit. Eben waren es noch 60 Stunden, jetzt sind es 80 Stunden. Dann gleich munter weiter: »Gelegentliches Nichtstun kann eine unglaublich sinnvolle Beschäftigung sein . . . Bei uns heißt es: Müßiggang ist aller Laster Anfang. Ein bedenklicher Spruch, wenn er sich auf die Freizeit bezieht. Die Italiener sind da wohl wesentlich kultivierter als wir: Mit ihrem ›dolce far niente‹ feiern sie das Nichtstun als süß. Die Menschen der Mittelmeerländer haben besser begriffen als wir, daß Muße eine Chance zur Selbstbesinnung und zur schöpferischen Wiederbelebung ist.«

Wunderbar hört sich das an. Man möchte sofort die Beine auf den Tisch legen und die Augen schließen. Nun brennt in Kiel an der Ostsee allerdings die Sonne nicht so heiß vom Himmel wie auf Engholms geliebtem griechischen

Inselchen Karpathos. Und Rendsburg und Eckernförde liegen nun einmal nicht am Golf von Neapel – in unmittelbarer Nachbarschaft zu Capri. Was Engholm ebenfalls ausläßt: In Italien arbeiten die Menschen inzwischen meist härter und länger als in Deutschland, wo hirnrissige Gewerkschaftsbonzen des DGB – genau wie Engholm – von der 35-Stunden-Woche (und weniger) phantasieren. Engholms Geschwafel ist das typische Geschwätz eines Linken mit rund 300 000 Mark Jahreseinkommen, der »rechts« lebt und mit seinen Weisheiten von weniger Arbeit dafür sorgt, daß in Deutschland Arbeitsplätze zerstört werden – um sie in Japan und Korea zu schaffen. Für wie dumm hält Engholm eigentlich die Öffentlichkeit, wenn er in der »BRIGITTE« darüber jammert, daß ein »Arbeitnehmer hierzulande im Durchschnitt nicht mehr als drei Stunden wirkliche Freizeit pro Tag« hat.

Dieses Reden vom schöneren Leben und Genießen mag sich zwar schön anhören, ist aber verantwortungslos, wenn es als Lebensweisheit von einem Politiker ausgegeben wird, der sich anschickt, Bundeskanzler in einem Land zu werden, das nur durch den Fleiß und den Arbeitswillen seiner Bewohner zur heutigen Größe aufgewachsen ist.

Engholms Faulheitsphilosophie steht – zum Glück – im Widerspruch zur vorherrschenden öffentlichen Meinung in Deutschland. Mehr als die Hälfte der Bundesbürger wäre nämlich bereit, auf Freizeit zu verzichten und für mehr Geld länger zu arbeiten. Die genauen, vom Meinungsforschungsinstitut »FORSA« für »RTL« ermittelten Zahlen: 57 Prozent der westdeutschen Bürger sind für mehr Arbeit. Unter den Mitteldeutschen ist mit 65 Prozent die Bereitschaft zur längeren Arbeitszeit bei höherer

Bezahlung sogar noch höher. Am größten ist die Zustimmung zu Mehrarbeit bei Angestellten (61 Prozent), klar dahinter liegen Selbständige, die ohnehin schon doppelt soviel arbeiten wie andere (54 Prozent), Arbeiter (50 Prozent) und Beamte (49 Prozent).

Die These von Engholms Faulheit, die in gleicher Form ja auch vom DGB vertreten wird, kann für Deutschland lebensgefährlich werden. Ich möchte den Leser nicht mit statistischen Zahlen, die mir vorliegen, langweilen. Aber immer mehr deutsche Renommier-Firmen lassen inzwischen deutsche Produkte im Ausland herstellen. Kein Unternehmen kann auf Dauer bei weniger Arbeit mehr Lohn zahlen – und dabei noch die Preise halten. Die Engholmsche Politik führt zur katastrophalen Vernichtung von Arbeitsplätzen in Deutschland. Engholm wird damit Millionen von deutschen Familien ins Unglück stürzen. Als der Wirtschafts-Journalist Dr. Paul C. Martin im August 1992 in einem »BILD«-Kommentar die Deutschen dazu aufforderte, mehr statt weniger zu arbeiten, da wurde er von den linken Gewerkschaften kritisiert, von einer breiten Zahl der Arbeitnehmer aber gelobt. Ich frage mich täglich, wieso eine Unions-Regierung eigentlich nicht die Courage aufbringt, den unerträglichen Machtmißbrauch des DGB anzugreifen und die Deutschen – wie einst Ludwig Erhard – zu mehr Arbeit aufzufordern. Schließlich dreht es sich um das Überleben der ganzen Nation.

Zurück zur SPD-Broschüre. Da werden auf engstem Raum 22 reine Privatfotos von Engholm hineingepreßt. Versehen mit den unglaublich aufklärenden Zeilen, die sicherlich tiefe Rückschlüsse auf den »Politiker Engholm« zulassen – wie: »Björn Engholm (1942): Wache Augen schon mit drei.« Oder: »Mutter Alma Engholm (1982):

Ein Leben für die Familie.« Für wen sonst? – fragt man sich da unwillkürlich.

Schließlich die alles umwerfende Bildzeile: »Der Fünfjährige: Bücher erzählen von einer besseren Welt.« Dem naiven Leser wird vorgegaukelt, daß Engholm bereits als Fünfjähriger – als Sozialistenkind natürlich in tiefstem Elend lebend – schon Bücher las, die von einer besseren Welt sprachen und dem Knaben Hoffnung auf eine sozialistische Zukunft gaben.

Dann der bei Politikern übliche Schnickschnack, der vermitteln soll: »Ich habe es schwer gehabt. Bin einer von euch«: »Aber da man von guten Worten und Kultur allein nicht leben kann und der Kampf ums Überleben im Nachkriegsdeutschland hart ist, sammeln die Kinder die von Eisenbahnzügen herabfallende Kohle auf und tragen so dazu bei, die Familie mit Heizmaterial zu versorgen.« Tränen der Rührung fließen.

Rührselige Lügen

Es gab wohl kaum eine Familie, die in der damaligen Zeit nicht auf »Kohlenklau« ging – wenn dazu Gelegenheit war. Ich selber weiß das noch. Und natürlich begnügte man sich nicht mit dem Aufsammeln der herabgefallenen Kohle, sondern sprang auf die Waggonen und schnappte sich an Koks, was man konnte. Der legendäre Kölner Kardinal Frings gab dafür indirekt sogar moralische Rechtfertigung – und das Wort vom »fringsen« war geboren.

Engholm, der doch ganz dagegen ist, daß man private Dinge über ihn erzählt, weil das ja »so gar nichts über den Politiker sagt«, läßt dann munter weiterplappern: »1955, Björn Engholm besucht seit vier Jahren das Gymnasium, stirbt der Vater. Von nun an muß die Familie mit einer kleinen Rente auskommen, aber die Mutter, 56 Jahre alt, versteht es, aus sehr wenig ein Optimum zu machen. Sie zählt zur Generation der Frauen, die immer für die Kinder da ist und selber nie Ansprüche stellt. Die Kinder erkennen erst später, längst erwachsen, wieviel sie ihrer Mutter verdanken.«

Unwillkürlich denkt man bei diesen Sätzen an den Politiker Engholm, der sich – fast fanatisch – in der SPD dafür einsetzte, daß ungeborene Babys im Mutterleib straffrei umgebracht werden können – »aus sozialen Gründen« versteht sich natürlich. Engholm selber wäre vermutlich gar nicht zur Welt gekommen, wenn seine Eltern mitten im Krieg so gedacht hätten wie er.

Aufgewachsen in Lübeck, aus propagandistischen Gründen das »Arbeiterkind« nach außen gekrempelt. Engholm hat bei seiner Propaganda von einem anderen »großen«



»Ich schwöre!« Engholm bei seiner Vereidigung als Kieler Ministerpräsident. Mit der Wahrheit nahm er es sonst nicht so genau – über seine Lügen in der Pfeiffer-Engholm-Affäre stürzte er sogar.

Lübecker abgesehen – von Willy Brandt. Allerdings verstand Brandt/Frahm es noch besser zu täuschen, zu lügen und zu vertuschen.

Die größte – total verlogene Rührschnulze – erfährt der Leser dann aus Engholms Schulzeit: »In diesen Jahren beginnt Björn Engholm eine eigene Meinung zu entwickeln und für seine Überzeugung einzutreten, wofür ein Beispiel stehen soll. An seinem Gymnasium gibt es einen Sportlehrer, der den leistungsschwachen Schülern das Leben schwermacht. Er hält sie zu streng zensierten Wettkämpfen an, und Björn Engholm, ein guter Sportler und ausgezeichnete Schwimmer, kann nicht mitansehen, daß seine kleinen, dicken Klassenkameraden die ewig Letzten sind. Beim Anschlag am Startblock immer einer der Ersten, vereinbart er kurzerhand mit seinen Mitschülern neue Wettkampffregeln; von nun an gewähren die Schnellen den Langsamen Vorsprung. Der überraschte Lehrer stellt den 16jährigen zur Rede und versucht mit schallenden Ohrfeigen, die nicht preisgegebene Wahrheit in Erfahrung zu bringen. Der verstockte und unbeugsame Erste, der freiwillig der Letzte sein will, muß schließlich nachsitzen und wird dabei obendrein beim Lesen eines Tom-Mix-Heftchens erwischt. Auf die Frage des aufsichtführenden Lehrers, was er denn da lese, antwortet er offen, daß er ein Tom-Mix-Heftchen lese und sonst gar nichts. So kommt eines zum anderen. Die Zeit der herzlichen Übereinstimmung zwischen Lehrern und Schüler ist Vergangenheit . . .«

Welch ein edelmütiger Mensch. Wahrscheinlich vergaß er vor lauter Selbstmitleid seine spätere Version, daß er angeblich die Schule nur deswegen verlassen mußte, weil er ein Jazzlokal besucht hatte.

Die Wahrheit hatte ich eingangs schon erwähnt: Engholm wurde schlicht und einfach von der Schule gefeuert, weil er ein notorischer Schulschwänzer war.

Amüsieren könnte ich mich über den anschließenden Text – es geht um seine Lehrstelle als Schriftsetzer. Nun kann ich darüber einiges sagen, weil ich diesen Beruf selber drei Jahre beim »WESER KURIER« in Bremen (von 1962 bis 1965) erlernte. Ein simpler handwerklicher Beruf – wie jeder andere. Ganz anders bei Engholm – wo auch die Entscheidung für diesen »phänomenalen Beruf« wie ein Heißluftballon aufgepustet wird:

»So sucht er nach einer Lehrstelle, die eine interessante und vielseitige Ausbildung ermöglicht, und findet eine Lehre als Schriftsetzer. Schon längst ein Anhänger des Musischen, bestärkt das Handwerk des Setzers Björn Engholms Gefühl für formale Schönheit.« Weiter: »Einen entscheidenden Beitrag leistet er 1958 mit dem Eintritt in die IG Druck und Papier.« Mit Grausen denke ich an diese fanatische Kommunisten-Gewerkschaft und meine eigene Lehrzeit.

Als 16jähriger beim Bremer »WESER KURIER« weigerte ich mich strikt, diesem linksradikalen Haufen beizutreten. Der kommunistische Betriebsratsvorsitzende wollte mir deswegen das Leben zur Hölle machen. Als ich gar Mitglied der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands wurde und bei den Wahlen zur Betriebsjugendvertretung eine eigene Liste gegen die IG Druck einreichte, lief der rote Pöbel nahezu Amok. Engholm dagegen fühlte sich bei der IG Druck und Papier unter Gleichgesinnten. Ich selber habe kaum üblere, linksradikale Fanatiker gesehen – als die in der IG Druck. Ihnen verdanke ich im wesentlichen meine heutige politische Einstellung,

die mir schon mit 16 klarmachte, daß Linke von Toleranz sprechen, aber roten Gesinnungsterror meinen. »Und willst du nicht mein Bruder sein – so schlag ich dir den Schädel ein.«

Jahre später ging ich als junger 23jähriger Polizeireporter zurück zum »WESER KURIER«. Eigentlich noch zu jung und zu wenig ausgebildet für diese Funktion. Aber die Zeitung wollte mich, und sicherlich fühlte ich mich deswegen als junger Kerl geschmeichelt.

Den linken Peinigern aus meiner Schriftsetzer-Lehrzeit war es unangenehm, daß ich als Journalist zurückkam, mir aber von den miesen Jahren nichts anmerken ließ. Im Gegenteil: Zu den übelsten IG-Druck-Leuten meiner Lehrzeit war ich besonders höflich – was sie noch mehr beschämte. Aber das nur am Rande – und der Zufälligkeit wegen, daß Engholm den gleichen Beruf erlernte wie ich.

Die »glückliche« Ehe

In der gleichen Broschüre gaukelt Engholm dann dem Leser eine »glückliche Ehe« mit seiner Barbara vor. »Glücklich verheiratet – Die Hochzeit – Ja zum gemeinsamen Leben.« Dann gleich zwei Verlobungsfotos mit Barbara, eng umschlungen, Zigarette qualmend – mit der Zeile: »Die Lübecker Verlobung (1964): Alte und neue Werte der Beat-Generation.« Es weiß zwar niemand, was damit gemeint ist. Aber Verwirrung ist dabei System. Es soll ja nur die heile Freundschaft, Verlobung und Ehe vorgegaukelt werden. Es folgt eine Vielzahl rührseliger Schnulzentexte und sehr privater Familienfotos, die ganz und gar nicht zu dem Ausspruch passen, daß seine privaten Dinge nicht an die Öffentlichkeit gehören. Wie so häufig bei Engholm: Er enttarnt sich selber als Mann der doppelbödigen Aussprüche und Moral. Offenbar fehlt ihm das Gedächtnis, um dieses Lügengebäude bis zum Ende aufrechtzuerhalten.

Thema Ehefrau – Frauen und Engholm. Als die Pfeiffersche Dreck-Kampagne »Engholm und AIDS« bekannt wurde, war Engholm tief getroffen. Der Schuß sollte ja tiefer sitzen. Nicht die Krankheit war das Thema – nicht die eheliche Treue. Es sollte ja bewußt der Verdacht gestreut werden: »Engholm ist irgendwie andersrum.« Kein Vorwurf traf ihn härter als der. Ich habe das immer als eigenartig empfunden. Auf der einen Seite die so offen gepredigte Engholm-Liberalität – auf der anderen Seite der so »tief Getroffene«. Getroffen sein kann man aber doch nur dann, wenn man solche Verdächtigungen als »ehrverletzend« empfindet oder aus anderen naheliegenden Gründen eine dünne Haut hat. Mich amüsiert das Verhal-

ten und die gespielte Empörung lediglich. Ich denke mit Schmunzeln an Berichte aus linken Schmutzblättern, die an meiner Hamburger Bürotür das Schild »Chlodwig Prinz zur Lippe/Joachim Siegerist« fotografierten und daraus eine »Männer-Lebensgemeinschaft« bastelten. Die Zielrichtung war ganz eindeutig. Der 83 Jahre alte Prinz zur Lippe ist Ehrenpräsident der Deutschen Konservativen, ich Vorsitzender der Organisation. Der alte Herr ist seit über 50 Jahren glücklich verheiratet. Wir lachten über diesen Quatsch der linken Medien-Mafia und faßten uns nur an den Kopf. Es nahm auch kein linker Journalist Anstoß daran, daß man – vor allem mich – mit dieser Methode abwerten wollte. Gegen Konservative ist erlaubt, was gefällt. »Liberalität« gilt nur für Linke. »Moralische Verkommenheit bis in die Wurzeln« dagegen schallte es aus dem linken Blätterwald, als Engholm die gleichen Vorwürfe hören mußte. Transportiert von Pfeiffer, nicht von Uwe Barschel, wie immer wieder zu Unrecht behauptet wurde.

Wie auch immer: Engholm war so schwer gekränkt, daß er sogar an Rücktritt dachte. Als er den »Schock« überwunden hatte, wurden eilfertig immer die gleichen Zeitungsgeschichten »gestrickt«: Engholm und seine glückliche Ehe, Engholm der Frauentyp usw. Hier einige amüsante Kostproben aus dieser Kampagne:

»Ein Frauentyp, der mit Raissa übers Kochen spricht«, schreibt »BILD am SONNTAG« am 9. Dezember 1990. Und Engholm plaudert offenherzig: »Meine Frauentypen sind Isabelle Adjani, Senta Berger, Catherine Deneuve, Silvana Mangano.« Und über die Ehe: »Gut. Seine Frau heißt Barbara, sie malt begabt, abstrakt und wild. Früher war er oft eifersüchtig, gibt er zu. Zwei hübsche Töchter:

Kerstin (24), Britt (21) – die ältere studiert Kunst, die jüngere will Journalistin werden.«

»Seit dem 18. Mai ist Bonns Bühne um eine Attraktion reicher.« Nur allzu gern läßt Engholm diese Schlagzeile für eine SPD-Broschüre übernehmen – nicht ohne den Hinweis, daß das in einer »großen, deutschen Frauenzeitschrift« gestanden hat. Gleich danach wieder in »BILD am SONNTAG« die große Eheliebe: »Perfekte Schönheiten reizen mich nicht«, sagt Engholm, der als Twen für Silvana Mangano, das kurvige Vollweib aus »Bitterer Reis« schwärmte und jetzt gern Isabell Adjani und Senta Berger sieht. Soweit »BILD am SONNTAG«. Das Springer-Blatt weiter: »Sind Sie eifersüchtig? Wie weit geht die Toleranz in Ihrer Ehe?« »Früher war ich es – und wohl auch hitziger. Ich bin kein Chauvi. Heute freue ich mich, wenn meine Frau auch anderen Männern gefällt.« Ob das nicht ein gutes Zeichen sei, fragte er lachend, und seine blaugrauen Augen lächeln mit. »Wir sind ein gutes Vierteljahrhundert verheiratet. Schön, nicht? Und selten in der Politik!«

Nun will ich nicht allzu gehässig werden – aber die Wahrheit ist: In der Lübecker SPD redet man offen darüber, daß die Engholm-Ehe nur noch auf dem Papier existiert und Barbara . . . Ein langjähriges SPD-Mitglied sagt es mir ziemlich drastisch: »Sehen Sie sich die Frau an. Das Gesicht. Alles vom Alkohol aufgedunsen. Kein Wunder. Die arme Frau.«

Natürlich ist es nicht schön, darüber so offen zu sprechen. Aber ist es nicht Engholms eigene Schuld? Ich kenne kaum einen Politiker, der Frau und Kinder so hemmungslos in seine Wahlbroschüren eingebaut hat wie er. Ganz anders der Bundeskanzler: Für ihn ist das Thema



Blümchen für die Frau – das war einmal. Bei Journalisten und eigenen Genossen ist es kein Geheimnis, daß die Engholm-Ehe eigentlich nur noch auf dem Papier steht. Sie trinkt – er reist alleine.

»Privat- und Familienleben« nicht nur ein propagandistisches Lippenbekenntnis. Bei etlichen Fotoagenturen waren private Engholm-Bilder – selbst aus dem Familienalbum – im Massenangebot zu kaufen. Von Helmut Kohl ist so gut wie nichts aufzutreiben – und private Fototermine mit der Familie lehnt der Kanzler kategorisch ab. Ich kann diesen entscheidenden Punkt nur noch einmal wiederholen: Wenn man Engholm politisch treffen will – dann muß man seinen privaten Heiligschein zerschlagen, der absolut durch nichts gerechtfertigt ist. Das journalistische Recht – ja geradezu die Pflicht – hat die schreibende Zunft, weil Engholm sein Privatleben selber wie Sauerbier feilbietet. Allerdings verdreht und geschönt.

Etwas vorsichtiger formuliert das schon erwähnte Magazin »MAX« Engholms Verhältnis zu Frauen: »Frauen gegenüber verhält sich Engholm eher zurückhaltend. Trotzdem oder gerade deswegen ist er ein Mann, wie ihn die Frauen lieben: immer galant, freundlich, vertrauenerweckend, verständnisvoll. Für ältere Zeitgenossinnen ist Engholm die Verkörperung des braven, zielstrebigem Sohnes, der mit Fleiß und Ehrgeiz den Aufstieg von unten in die gesellschaftliche Elite geschafft hat. Eine normale deutsche Ehefrau schätzt an ihm, daß er seine Hemden zum Waschen und Bügeln außer Haus bringt. Der sonst so vorsichtige und vernünftige Engholm wird, wenn es um die Zukunft von Männern und Frauen geht, geradezu leidenschaftlich. ›Es geht darum, Schluß zu machen mit der geschlechterspezifischen Trennung der öffentlichen und privaten Sphäre und damit einhergehender Aufspaltung von Rationalität und Emotionalität, Vernunft und Gefühl, Kopf und Bauch.«



Schmale Lippen, verkniffenes Gesicht: Björn Engholm – der »schönste Mann der SPD«? Armes Deutschland, wenn die Genossen nicht mehr als »Schönheit« zu bieten haben . . .

Was immer dieser blödsinnige Engholm-Spruch auch bedeuten mag . . .

Allzu gern hat Engholm es, wenn er immer wieder als der von den Frauen Umschwärmte dargestellt wird. Zu gut muß es ihm gefallen haben, als die »QUICK« ihn im Februar 1990 in der Überschrift fragte: »Machen Frauen Ihnen Angebote?« »QUICK«: Schließlich sei Engholm ja »Deutschlands schönster Mann«.

Das Entscheidende an diesem Interview: Engholm findet es wieder einmal völlig normal, daß er über alle möglichen Internas seines Privatlebens offen redet – wo er doch angeblich »so sehr dagegen« ist. Hier der wörtliche »QUICK«-Text, den man einfach in voller Länge gelesen haben muß:

»Bei diesem Mann kann man einfach nur ins Schwärmen geraten: Dieses markante Gesichtsoval unterm dichten, grausträhnigen Haarschopf, blaugrau blitzende Augen, schmale Lippen, die gern an einer Pfeife nuckeln – ein sanfter Herr, den selbst Hollywoods Film-Mogulen begierig in die Arme schließen würden. Aber er gehört uns allein: Der vornehme Klare aus dem Norden, 50 Jahre alt, 79 Kilo Gewicht, die sich auf eine Körpergröße von 1,84 Meter recht ansehnlich verteilen, ist Deutschlands schönster Mann. Außerdem: Nur Schimanski hat unter Deutschlands Kerlen noch mehr Erotik als dieser Björn Engholm, nur der Bundespräsident kleidet sich noch vorteilhafter. Was ist so besonders an Schleswig-Holsteins Regierungschef? Ein Interview:

QUICK: *Wie fühlen Sie sich als Deutschlands schönster Mann?*

Engholm: Wenn die Menschen finden, daß ich ordentlich und gut aussehe, ist das keine Schande. Es führt mich

nicht zu erhöhter Eitelkeit. Aber eigentlich finde ich es ganz schön, wenn die sagen, er sieht gut aus. Warum soll das in der Politik nicht vorkommen?

QUICK: *Was bedeutet Ihnen Garderobe?*

Engholm: In der Regel wahre ich parlamentarischen Kleidungsstand. Das finde ich wichtig, da bin ich konservativ von Hause aus. Trotzdem versuche ich zunehmend meine Kleidung etwas legerer anzulegen – ohne allerdings an Form und Anstand zu verlieren: weitere Jackets, weitere Hemden, nichts mehr tailliert, so daß ich mich sowohl bei einer Veranstaltung als auch anschließend in einer schönen Kneipe damit bewegen kann.

QUICK: *Tragen Sie Schmuck?*

Engholm: So gut wie nicht. Ich hatte mal vor einiger Zeit einen Krawattenklemmer, den habe ich aber verloren. Ich trage auch keine Manschettenknöpfe, nur eine Uhr.

QUICK: *Benutzen Sie Kosmetik?*

Engholm: Nichts außer Gesichtscreme.

QUICK: *Wenn Männer viel Aufwand mit ihrer Körperpflege treiben, empfinden kernige Typen das häufig als weibisch. Und Sie?*

Engholm: Wenn es ein bestimmtes Maß nicht übersteigt, finde ich es selbstverständlich, daß man auf sich achtet.

QUICK: *Haben Sie einen Schneider?*

Engholm: Ich kaufe von der Stange.

QUICK: *Wer kauft, Sie oder Ihre Frau?*

Engholm: Die Kleidung kaufe ich meistens selbst, manchmal kommt die Frau mit, manchmal die Kinder; das ist ganz hilfreich, weil die mich auch bremsen. Die sagen: zu jugendlich ist in deinem Alter nicht mehr gut . . .

QUICK: *Wie ist Ihre Stilrichtung?*

Engholm: Ich habe eine hemmungslose Vorliebe für

dunklere Farben. Dunkelblau, alle Grautöne. Schwarz, dann aber mit einem etwas modischeren Schnitt. Auch für offizielle Anlässe muß es nicht immer völlig unmöglich sein.

QUICK: *Was trägt Björn Engholm am liebsten?*

Engholm: In der Freizeit trage ich nur selten Jeans, dafür um so lieber weite Baumwollhosen, die sind leichter und flatteriger.

QUICK: *In der Liste der erotischen Männer stehen Sie international auf Platz acht, national (nach Götz George) auf Platz zwei. Gefällt Ihnen das?*

Engholm: Mein Gott, dessen muß man sich erst mal richtig bewußt werden. Das ist unglaublich.

QUICK: *Ist Ihnen Ihre Ausstrahlung etwa nicht bewußt?*

Engholm: In diesen Dimensionen ist mir meine Ausstrahlung noch nicht bekannt gewesen. Ich weiß, daß ich leicht kommunizieren kann mit Menschen, und ich glaube, daß ich die Sprache der Menschen treffe. Aber daß meine erotische Ausstrahlung dermaßen stark sein soll, habe ich erst durch QUICK erfahren.

QUICK: *Setzen Sie Ihre erotische Ausstrahlung bewußt ein?*

Engholm: Wenn ich merke, daß es zu doll werden könnte, gehe ich tiefstapeln. Man darf nicht anfangen, mit sich selbst zu kokettieren.

QUICK: *Sind Sie eitel?*

Engholm: Meine Eitelkeit beschränkt sich darauf, auf mich selbst zu achten. Ich finde, Eitelkeit ist ein Instrument, sich nicht völlig gehenzulassen. Gelegentlich schon, aber nicht auf Dauer.

QUICK: *Hören Sie es gern, wenn man Ihnen Komplimente macht?*

Engholm: Das macht mich, ehrlich gesagt, etwas verlegen.

QUICK: *Bekommen Sie Fanpost?*

Engholm: Fanpost? Gelegentlich. Eigentlich mehr Sympathie-Bezeugungen wie etwa: Auch wenn Sie mal einen Fehler machen, bleiben Sie so, wie Sie sind: oder So stellen wir uns einen guten Politiker vor.

QUICK: *Bekommen Sie manchmal auch Offerten von Frauen?*

Engholm: Es kommt schon mal vor, daß ich Avancen bekomme, nicht allzu häufig, aber doch. Solche Ansinnen beantworte ich aber grundsätzlich nicht.

Das Interview führte Jerry Hofer.«

Langsam durchatmen. Dieses Interview hat tatsächlich stattgefunden, ist kein Karnevalsscherz. Engholm will Kanzler werden. Können Sie sich vorstellen, daß Adenauer, Erhard, Kiesinger, Kohl – ja selbst Brandt oder Schmidt solch ein Interview jemals gegeben hätten? Ich habe nie verhehlt, daß ich selber als Redaktionsleiter und Chefreporter bei Unterhaltungsblättern gearbeitet habe (»BILD« und »HÖRZU«). Aber in meiner gesamten beruflichen Laufbahn ist mir noch nie ein Politiker begegnet, der in einem Interview derart dümmliches und plattes Gerede von sich gegeben hat – bar jeglicher Politik, tiefpeinlich privat – getragen von krankhafter – aber hohlköpfiger – Eitelkeit. Wie kann ein Politiker nach solch einem Interview noch darüber jammern, wenn Journalisten in seinem Privatleben herumstochern? Mit diesem Interview lädt Herr Engholm doch persönlich dieses ekelhafte Brechmittel Rosa von Praunheim zum Tanz ein.

So war es wirklich mit Uwe Barschel

Wie infam Engholm dagegen hochpolitische Berichte aus seinem Privatleben niedermacht, weil sie ihm politisch nicht ins Konzept passen, möchte ich mit einem Paradebeispiel verdeutlichen – von dem die Öffentlichkeit bis heute nicht die Hintergründe kennt. Thema Uwe Barschel und Axel-Springer-Verlag. Ich hatte vor Jahren – als es den schrägen Pfeiffer noch nicht in Kiel gab – Uwe Barschel im Wahlkampf geholfen. Er fuhr satte 49 Prozent an Wählerstimmen ein. Dieser Wahlkampf hatte mir Freude gebracht. Schleswig-Holstein, mein Heimatland. Dort wurde ich 1947 in der Nähe von Niebüll geboren. Uwe Barschel war Ministerpräsident, und unsere politischen Auffassungen deckten sich in nahezu allen Bereichen. Mit seiner Frau, seinen Kindern, der Schwester und der Mutter verband mich von den ersten Momenten eine tiefe Sympathie. Ich geniere mich nicht, darauf hinzuweisen. Ganz im Gegenteil. Denn ich bin noch heute davon überzeugt, daß Barschel durch Tricks in eine Falle gelockt und umgebracht wurde. Eines Tages wird man die verschwundene Stasi-Akte über Uwe Barschel finden. Der linke »Stern« weiß das – und fängt schon heute an, sich zu korrigieren, schreibt klar von »Mord«. Aber das in diesem Zusammenhang nur am Rande.

Bei Axel Springer war ich über die Dauer von etwa 10 Jahren eine Art journalistische Wahlkampf-Feuerwehr für mit dem Verlag befreundete Politiker. Peter Tamm, Vorstandsvorsitzender des Verlages, entschied: »Siegerist hilft Barschel.« Sehr gern übernahm ich diese Aufgabe. Zu dieser Zeit hatte ich im Auftrag Springers bereits an die 150 Politiker der Union »betreut« und ein Auge für

charakterlich gute oder miese Polit-Typen bekommen. Wie bei allen Politikern – egal welcher Partei – werde ich heute gefragt, wer mir menschlich am angenehmsten in Erinnerung geblieben ist – von 150 an der Zahl . . . ich könnte keine fünf nennen. Zwei gehören mit Sicherheit dazu: Uwe Barschel und der ehemalige Postminister Schwarz-Schilling. Nebenbei zu Schwarz-Schilling: Die verzweifelte Mutter eines stark körperbehinderten jungen Mannes (aber hochintelligent) wünschte sich für ihren Sohn nichts mehr als eine soziale Sicherheit für das spätere Leben – sprich einen Beamtenjob bei der Post. Seine Chancen waren gering. Die Körperbehinderung erschien allzu hinderlich. Der Wahlkampf und mein Einsatz für Schwarz-Schilling war längst vorbei. Er war auf meine Hilfe nicht angewiesen. Dank von Unions-Politikern? Das hatte ich mir – aber auch Axel Springer – längst abgeschminkt. Die verzweifelte Mutter bat mich immer wieder: »Bitte, sprechen Sie doch mit Schwarz-Schilling.« Ich tat es. Sofort unternahm Schwarz-Schilling alles, was legal und möglich war, um diesem Jungen zu helfen. Ergebnis: Der Körperbehinderte bestand mit besten Zensuren die Post-Aufnahmeprüfung, bekam zunächst eine Angestelltenposition, wurde später – nach bestandener Beamtenprüfung – in das Beamtenverhältnis übernommen. Schwarz-Schilling weiß bis heute nicht, wie glücklich er mit seiner einfachen Hilfestellung eine verzweifelte Mutter und einen vom Leben geschlagenen Jungen machte. Da ich selber mit Politikern so viele miese Dinge erlebt habe, bleiben einem solche Ausnahmen besonders in Erinnerung.

Zurück zu Engholm, Springer und Barschel. Wochen vor dem Wahlkampf gab es im Büro des Vorstandsvorsitzenden

eine Besprechung mit Uwe Barschel, Tamm, mir und anderen. Einer der anwesenden CDU-Mitarbeiter aus dem schleswig-holsteinischen Landesverband berichtete davon, daß eine der Engholm-Töchter sehr schlechte Noten in der Schule habe. Jedes andere Kind hätte man mit solchen Noten »backen bleiben« lassen – die Engholm-Tochter aber sei versetzt worden, weil der Vater selber die Lehrer unter Druck gesetzt habe. Ich empfand das Engholmsche Verhalten skandalös. Jedes »normale« Kind wäre bei der Versetzung durchgerutscht – aber Tochter Engholm hat ja einen prominenten Vater. Unglaublich – aber in sozialistischen Diktaturen des Ostens (nicht nur da) war so etwas durchaus üblich. Sofort plädierte ich dafür, diesen Skandal breit in die Blätter des Verlages zu bringen. Unabhängig vom Wahlkampf – das war ganz klar ein journalistisches Thema. Uwe Barschel bremste. Ich ärgerte mich darüber. Sein Argument: »Ich finde das nicht ganz fair. Was kann Engholm für seine Tochter?« Nachvollziehen konnte ich die Logik Uwe Barschels nicht – und ich sorgte dafür, daß dieser Skandal »temperiert« in der »BILD am SONNTAG« veröffentlicht wurde. Chefredakteur Ewald Struwe, einer der erfolgreichsten ehemaligen Chefredakteure aus der alten Springer-Garde: »Wenn das kein journalistisches Thema ist, habe ich meinen Beruf verfehlt.«

Am 23. Januar 1983 erschien der Bericht – einwandfrei recherchiert, absolut fehlerfrei, mit klaren Fakten. Überschrift: »Mathe sechs und noch drei Fünfen – aber Engholms Tochter versetzt.«

Dann der Text: »Lübeck 23. Januar. Am vergangenen Dienstag forderte Björn Engholm (42), SPD-Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten in Schleswig-Holstein, in den Schulen dürfe es keine Zensuren und kein Sitzen-

bleiben mehr geben. Klassenwiederholungen sollten nur noch mit Einverständnis der Eltern möglich sein.

Was Engholm der Allgemeinheit erst für die Zukunft verspricht, hat Helmut Schmidts ehemaliger Bildungsminister für sich privat offenbar bereits erreicht: Seine Tochter Britt (13) wurde versetzt, obwohl sie das schlechteste Zeugnis der Klasse hatte!

Der Fall, jetzt bekanntgeworden, beschäftigt nun die Schulbehörden.

Nach Informationen von ›BILD am SONNTAG‹ besuchte Britt Engholm, deren Vater sich als Politiker sonst für die Gesamtschule stark macht, bis zum Sommer die 7. Klasse des feinen Lübecker Gymnasiums ›Johanneum‹. Doch sie kam nicht gut mit: Zuletzt stand sie in Mathematik auf 6, in Englisch auf 5, in Französisch auf 5, in Religion auf 5, in Geschichte auf 4 minus. Es gab also keine Chance auf Versetzung.

Auch Vater Engholm sah ein: Britt wäre wohl besser auf der Realschule aufgehoben. Er wollte aber nicht, daß seine Tochter – wie normalerweise üblich – die 7. Klasse auch auf der Realschule wiederholen muß, und bat schriftlich um Versetzung in die 8. Klasse.

Tatsächlich besucht Britt heute die 8. Klasse einer Lübecker Realschule. Das Kultusministerium in Kiel: ›Der Fall wird geprüft.‹

Björn Engholm zu ›BILD am SONNTAG‹: ›Ich habe keinerlei Druck ausgeübt, sondern nur zu bedenken gegeben, daß Britt zwar erst 13 ist, aber aussieht wie 16. In die 7. Klasse hätte sie deswegen nicht mehr gepaßt.‹

Der Vater einer ›Johanneum‹-Schülerin: ›Was wäre wohl passiert, wenn ein Nicht-Prominenter so einen Versetzungsantrag gestellt hätte?‹«

Die Veröffentlichung in der Sonntagszeitung machte Engholm schwer zu schaffen. Körbeweise kamen Briefe von wütenden Eltern. Immer wieder der gleiche Tenor: Ist es das, was die SPD unter Gleichheit versteht?

Engholm war tief getroffen. Noch Jahre später verfolgte ihn dieses Thema, über das man schon allein aus der Funktion der journalistischen Kontrolle unbedingt berichten mußte. Natürlich, es war ein Stück aus dem Privatleben. Aber ein Teil, der Engholm nicht ins Konzept paßte. Und der ansonsten nicht sehr erfindungsreiche und wenig talentierte Politiker lief in dieser Frage zur Hochform auf, die aber für seine gesamte Strategie des »zensierten Privatlebens« – das die Journalisten gefälligst zu akzeptieren haben – nur allzu typisch ist.

Er sprach von übelsten Kampagnen des bösen Springer-Verlages, von Tiefschlägen und wer weiß was.

Im »STERN« jammerte er: »Es begann vor Jahren mit der Veröffentlichung der Schulunterlagen meiner Tochter, die zu jenem Zeitpunkt einen kräftigen Durchhänger hatte. Das kommt bei Kindern vor und darf auch sein. Wir machen keine Maschinen aus unseren Kindern. Die Sache hat damals in einer großen Zeitung gestanden und ist dann zum Gegenstand von Wahlauseinandersetzungen geworden. Wer so etwas macht und es bewußt steuert, riskiert es, ein Kind in den Selbstmord zu treiben . . . Wer das bewußt in Kauf nimmt, der zahlt einen überzogenen Preis für die Macht. Und so ging es dann über die Jahre weiter. Mal bin ich ein schlimmer Marxist gewesen, der sich bürgerlich tarnt, mal bin ich ein bürgerlicher Luxus-Jet-Setter, der sich links tarnt. Mal war ich jemand, der die Posaune des Ostens bläst, dann bin ich jemand gewesen, der den Kindersex begünstigt, es mit der Gewalt

nicht so ernst nimmt, für Abtreibung bis zum Tag der Geburt eintritt . . .«

Das liest sich böse – und ist böse. Hier wird Engholmsches Fehlverhalten im Privatbereich zu Recht angeprangert. Statt sich zu ducken, zu entschuldigen und zuzugeben, einen Fehler gemacht zu haben, dreht Engholm demagogisch den Spieß herum und faselt von einer »Selbstmordgefahr« der Tochter, phantasiert noch einige Dinge dazu, die nie einer so gesagt hat und blockt damit alle weitere berechtigte Kritik an seiner Person und seiner Politik ab. Hat der Sozialist Engholm die Goebbels-Tagebücher gelesen? Selbst Hitlers Propagandaminister hätte hier keine bessere Presse-Schelte betreiben können. Ich erinnere mich noch deutlich daran, wie nach der Engholmschen Kritik an der viel zu weichen Berichterstattung über sein Skandal-Verhalten selbst »hartgesottene Konservative« im Springer-Verlag ein wenig den Kopf einzogen.

Natürlich: Engholm ist der Prototyp eines eitlen »Fatzkes«. Aber man macht es sich zu einfach, ihn nur auf dieses Gleis zu schieben. Die politischen Inhalte Engholms sind tief vom Marxismus geprägt und atmen einen Geist, der aus der Mottenkiste des Klassenkampfes aus dem vorigen Jahrhundert stammt.

»Der Gockel in Rot« schrieb die »BUNTE«. »Björn Engholm, 52, SPD, Wattebausch von der Waterkant. Gockel im roten Federkleid. Der eitelste Vogel im Bonner Regierungspark. Trägt den schönsten Kamm (reist nie ohne Fön). Eitelkeits-Faktor: An seine Haut nur Eau Sauvage/Dior, Seide, Leinen. Schwarze Rollis, weiße Hemden (stets gestärkte Kragen). Manikürte Fingernägel. Lebt nach »Fit for Life« (Trennkost, morgens Obst).

Kuren (wg. Bauchansatz). Wichtigstes Gockel-Utensil: die Pfeife. Muß auf jedes Foto.«

Solche Berichte können schnell vergessen lassen, daß Engholm ein eiskalter Machtpolitiker ist, der aus politischen Gründen von der krankhaften Eitelkeit besessen ist, daß sein Äußeres und sein »makellooses« Privatleben nur in bestem Licht erscheinen. Der am Anfang dieses Buches erwähnte Prominenten-Zahnarzt Dr. Strobel legte mir ein schreckliches Engholm-Bild auf den Schreibtisch. Ein ekelhaftes, gelbes Gebiß, ungepflegt, von Löchern und Plomben übersät. Unter diesem äußeren »Makel« muß Engholm schrecklich gelitten haben. Er hat deswegen nie herzlich gelacht, versperrte die Sicht mit einer dampfenden Pfeife, preßte die schmalen Lippen zusammen und wirkte dadurch noch verkniffener – als er ohnehin schon ist.

Es ist lächerlich, wenn jemand behauptet, daß solche Dinge keine Rückschlüsse auf den Menschen und Politiker Engholm zulassen. Ich habe mir von drei unterschiedlichen Psychologen Urteile über die Persönlichkeit Engholms eingeholt. Einschränkung: Diese Urteile waren per »Fern-Diagnose« – also durch ARD- und ZDF-Auftritte Engholms – entstanden. Aber alle drei gaben die gleiche grobe Richtung an: Verkniffen, gehemmt, krankhaft eitel, gefühlskalt, machtbesessen.

Alles Zufälle? Ich glaube nicht.

Kommen wir noch einmal zurück auf Barbara Engholm, seine Frau und deren genialen Malkünste. Da gab es einen Skandal besonderer Art. Ein Skandal, der als solcher eigentlich verhältnismäßig harmlos ist – interessant aber erst durch Engholms hysterische Reaktionen darauf wurde. Ganz ähnlich wie seine Reaktion mit der Selbst-



Barbara und Björn Engholm in ihrer Lübecker Wohnung bei seiner Lieblingsbeschäftigung: Die Deutsche Presseagentur (dpa) nennt dieses Foto: »Mußestunde«!

mord-Theorie bei der berechtigten Kritik an seinem Fehlverhalten bei der Versetzung seiner Tochter. Ein Beispiel, mit dem deutlich wird, daß in Engholms »Empörung« bei nach »privat« riechenden Angriffen System liegt.

Vorweg: Barbara Engholm ist keine unsympathische Frau, keine üble Emanze – etwa so wie die Brandt-Witwe Seebacher. Sie wirkt eher wie ein unbedarftes, zu früh gealtertes, dickliches Mütterchen, für das man sofort Sympathie – oder vielleicht Mitleid – empfindet. Man muß kein Eheberater sein, um festzustellen, daß diese Frau innere Kämpfe auszutragen hat. Sie selber gibt offen zu, unter Schlaflosigkeit und Herzrhythmusstörungen zu leiden (»Hamburger Morgenpost« vom 22. Dezember 1987).

Eine Ehe – die entgegen der offiziellen Polit-Propaganda – keinesfalls glücklich ist. Bei einer zurückliegenden Wahl in Schleswig-Holstein irrte Barbara Engholm durch das Kieler Landeshaus und suchte den damaligen CDU-Wahlverlierer Heiko Hoffmann. Als sie ihn entdeckte, fiel sie ihm spontan um den Hals, drückte ihm einen großen, bunten Blumenstrauß in die Hand. Beim Ehemann wäre das berechnende Show gewesen – bei Barbara Engholm sicher nicht. Sie wird es auch ernstgemeint haben, als sie einem Journalisten anvertraute: »In der schweren Zeit hätte ich Freya Barschel am liebsten mit den Kindern zum Lübecker Weihnachtsmarkt eingeladen. Aber ich hatte Angst vor einer Absage.«

Ich weise nicht hämisch darauf hin, daß Barbara Engholm Alkohol-Probleme hat. Der Frau kann man daraus am wenigsten einen Vorwurf machen. Ich finde es nur unredlich, der Öffentlichkeit die »perfekte und harmonischste Ehe« vorzugaukeln, was bei der Frau zu ständig



Weihnachten läßt er sie allein – doch wenn es politisch nützt, müssen Engholms Töchter Kerstin und Britt sogar mit dem Papa vor die Kamera – so wie hier in der Talk-Sendung »Boulevard Bio« mit Alfred Biolek. »Wahlkampfhilfe« – schimpfte die CDU auf den zuständigen WDR. Wie heuchelte Engholm doch noch: »Privatleben gehört nicht in die Öffentlichkeit.«

größeren Problemen führen muß. Ein Mitarbeiter der »Anonymen Alkoholiker«: »Hier hilft nur schonungslose Ehrlichkeit. Sonst wird das Problem immer größer. Man muß offen darüber sprechen – was amerikanische Politiker ja schon gemacht haben. Alkoholismus ist eine Krankheit, die man aber kurieren kann. Mit ständigem Versteckspiel erhöht man die Probleme, verschärft den Druck auf den Kranken und verschlimmert die Krankheit.«

Hilfe in ihrer seelischen Not kann Barbara Engholm von ihrem Mann nicht erwarten. Selbst Weihnachten läßt er sie und seine Familie allein. Im Grunde ist das unvorstellbar. Gehen wir einen Moment von den harten Fakten ab und stellen uns das Familienleben eines Politikers mit Kindern vor. Richtig ist zweifellos, daß Engholm – bei aller Faulheit – viel arbeiten muß. Da bleibt nur wenig freie Zeit für Frau und Kinder. Jeder vielbeschäftigte Mann, der seine Familie liebt, müßte sich auf die freien Weihnachtstage ganz besonders freuen. Fest der Freude, Fest der Familie. Und Björn Engholm? Die »BILD am SONNTAG« vom 27. Dezember 1992 berichtete das so: »Einen Tannenbaum, Weihnachtsmusik, ein Festessen (Roastbeef mit Bratkartoffeln). Bei Familie Engholm in Lübeck war am Heiligen Abend alles so wie bei Millionen Deutschen auch – mit einer Ausnahme: Der Familienvater war nicht dabei.

Weihnachten in Marokko

Björn Engholm (53), SPD-Kanzlerkandidat und Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, feierte Weihnachten ohne seine Familie, 3000 Kilometer entfernt unter der Sonne Marokkos, gemeinsam mit fünf Jugendfreunden. Schon seit dem 18. Dezember ist er weg, hinterließ seiner Frau Barbara (52) als Weihnachtsgeschenk ein paar CDs mit Rossini-Opern und meldete sich täglich telefonisch. So auch am Heiligen Abend, als seine Frau mit den Töchtern Kerstin (28) und Britt (25) sowie einer Schwester Engholms unterm Tannenbaum saß.

Sind Sie und ihre Töchter nicht traurig darüber, Frau Engholm? Die Politiker-Frau sagt: »Na ja, es ist nicht so schön, aber die Vernunft siegt. Mein Mann braucht nach diesem anstrengenden Jahr viel Ruhe, und die findet er am besten weit weg von zu Hause, wo nicht täglich das Telefon für ihn klingelt. Meine Töchter und ich sind deshalb zu dem Schluß gekommen, daß er ruhig fahren soll. Schließlich sind wir alle erwachsen.«

Der Ministerpräsident verbringt nicht zum erstenmal Weihnachten ohne seine Familie. Ein Mitarbeiter zu »BamS«: »Letztes Jahr war er in Nairobi.«

Nur wenn man die Seelenstruktur von Barbara Engholm ein wenig kennt und als Journalist zwischen den Zeilen lesen kann, begreift man die menschliche Tragweite dieses kurzen Berichtes.

»Von zu Hause weg, wo das Telefon nicht so viel klingelt und wo man allein ist, seine Ruhe hat.«

In Wirklichkeit ist es doch so: Wenn Engholm seine Familie, die er sonst so sehr für Propagandazwecke mißbraucht, wirklich lieben würde . . . dann hätte er einen ge-

meinsamen Urlaub in Marokko gebucht. Stattdessen zieht er aber die »Ruhe« mit fünf Jugendfreunden vor. Und das törichte Schutz-Argument mit dem klingelnden Telefon? Schlichter Blödsinn. Erstens ist niemand gezwungen, das Telefon abzuheben, und außerdem: Anrufbeantworter dürften selbst Herrn Engholm nicht unbekannt sein. Ganz offensichtlich »liebt« der »treusorgende« Familienvater seine Familie nur dann, wenn Fotografen und Fernsehkameras anrücken – und wenn es um politische Propaganda geht. Ehrlichkeit im Stile Engholms.

Die Malerei mag für Barbara Engholm ein Ventil zur Flucht aus der eigenen Misere sein. Sie redet sich damit vermutlich ein, neben ihrem Mann mit einer anderen »Kunst« gleichwertig dazustehen und nicht nur ein Anhängsel zu sein. Geradezu ängstlich bedacht, weist sie deswegen Journalisten auch immer wieder darauf hin, daß ihre Malerei – völlig unabhängig von dem Namen Engholm – so große Beachtung findet. Auf die Frage, ob nicht erst der Name Engholm die Aufmerksamkeit auf ihre Bilder lenkt, antwortet sie: »Anfangs war das wohl der Fall, davor habe ich mich gefürchtet. Doch mein Mann macht seine Sache, ich die meine.« Schließlich noch der Satz, mit dem deutlich wird, daß ihre »Mal-kunst« für sie der einzige Weg ist, aus der eigenen Gefangenschaft auszubrechen: »Malen war plötzlich für mich ein anderes Leben.« Oder: »Publicity durch die Position meines Mannes geniert mich meinen Freunden aus dem Umfeld der Malerei gegenüber. Deshalb nehmen sie sich bei diesem Thema lieber zurück. Damit bin ich bisher ganz gut gefahren.«

Zum Thema: Anfang 1991 kaufte der Kieler Landtag Frau Engholms abstraktes Werk »Traum« und eine

Collage mit dem Namen »Brief an Erich Mühsam« für insgesamt 7500 Mark Steuergelder. Der Engholm-»Traum« wurde in der Lobby des Hohen Hauses aufgehängt, die Collage wanderte in das Vorzimmer der inzwischen verstorbenen SPD-Landtagspräsidentin Lianne Paulina Mürl, die die Bilder angeblich im Alleingang gekauft hatte.

Der »Traum« war eher ein Alptraum. Ein Gekleckse aus schwarz, rot, gold, grau und ocker. Einer der besten deutschen Maler, ausgezeichnet mit angesehensten Kunstpreisen, erklärte unumwunden zu dem »Traum« der Hobby-Malerin Barbara Engholm: »Ein sinnloses, schwachsinniges Kinder-Geklecksel. Peinlich. Offenbar ein Spiegelbild seelischer Probleme.« Diese abwertende Beurteilung war offenbar das Stichwort für Engholms Hofstaat, der armen Frau den Kopf noch verrückter zu machen.

Joachim Köhler, Sprecher der Präsidentin, wies darauf hin, daß vor Jahren ein Bild von Kersten Paulsen gekauft worden sei, Tochter des CDU-Landtagsabgeordneten Carsten Paulsen, woran sich niemand gestoßen habe. Er unterschlug, daß diese Frau aber eine der begabtesten Meisterschülerinnen Schleswig-Holsteins ist und großes künstlerisches Ansehen genießt, Frau Engholm dagegen eher nur eine belächelte Autodidaktin, die nur wegen ihres Namens beachtet wird. Die Antwort: »Wir wären dankbar, wenn wir die Bilder eines so berühmten Autodidakten wie Vincent van Gogh kaufen könnten.«

Peng – was fällt einem da noch ein?

Kein Wunder – daß Vergleiche mit van Gogh der kleinen Lübeckerin den Sinn für die Realität und ihr eigenes Können vernebeln. Wer wundert sich da noch, daß Bar-

bara Engholm »Emil Nolde« als ihr großes »Vorbild« angibt – und nicht nur das, sich vermutlich in Ansätzen mit ihm vergleicht? Mit »Vorbildern« hat das Ehepaar Engholm offensichtlich seine Probleme. Was dem einen seine Mandela und seine Luxemburg ist – ist der anderen ihr Emil Nolde. Der arme Nolde. Ich wurde als Kind 1947 in einer kleinen Kirche bei Niebüll (Neukirchen) getauft. Emil Nolde, einer der bedeutendsten Expressionisten, dessen Kunst von den Nazis als »entartet« eingestuft wurde, war damals in der Kirche. Als er die Taufe sah, nahm er seinen Skizzenblock und hielt die Feier auf Papier fest. Wieviel würde ich dafür geben, wenn ich in den Besitz dieser Skizze kommen könnte. Da schmerzt es fast, daß sich die Klecks-Liese Barbara Engholm – wenn auch nur andeutungsweise – in die Klasse eines Emil Nolde einstufen möchte. Vermutlich würde er Entsetzensschreie ausstoßen, könnte er die Engholmschen Bilder sehen.

Natürlich hatte die CDU – immer noch eingeschüchtert durch die Pfeiffer-Affäre – nicht die Courage, dagegen zu protestieren, daß 7500 Mark Steuergelder für den Ankauf von künstlerischem Schrott verschleudert worden waren. Mist der Ministerpräsidenten-Gattin – als Kunst ausgegeben und aufgehängt an exponiertester Stelle im Landtag. Unübersichtlich groß versehen mit dem Namen Engholm. Fraktionschef Klaus Kribben piepste nur verhalten, daß seine Fraktion bei dem Kauf »in keinem Stadium beteiligt gewesen« sei. Meinhart Füller, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, hakte etwas mutiger nach und säuselte: Er habe nichts gegen die Malerei von Barbara Engholm, aber: »Erhebliche Zweifel habe ich jedoch, ob es der politisch richtige Stil ist, die

autodidaktische Kunst der Ehefrau des Regierungschefs an so herausgehobener Stelle auszustellen.« Lediglich die JUNGE UNION zeigte etwas mehr Mut und forderte den Rückkauf der Bilder.

Aber niemand wagte zu sagen: »Diese Bilder sind Schwachsinn, eine Verhöhnung echter Kunst und sie wurden nur deswegen gekauft, weil die Verkäuferin zufällig Engholm heißt.« Denn genau das ist die Wahrheit. Nur am Rande sei Engholms »Geschmack« erwähnt, der eine herrliche mir gut bekannte Holzvertäfelung in seinem Amtszimmer mit weißer Rauhfaser-Tapete überklebte und IKEA-Möbel Stilmöbeln vorzieht. Sozialistische Kunstauffassung dieses »Ästheteten« . . .

Wenn die ganze Sache nicht den bitteren Beigeschmack von Steuergeldverschwendung und sozialistischer Vetternwirtschaft tragen würde – man könnte fast darüber schmunzeln. Ein Engholm-Kunst-Jubler ließ sich zu den Zeilen hinreißen: »Die ihrem Temperament entsprechende Vorliebe für Gestik und Farbexplosionen, die sie ihrer ererbten Anlage – die heute 87jährig in Dresden lebende berühmte Ausdruckstänzerin Gret Palucca ist eine Tante mütterlicherseits – zuschreibt, schlägt sich in vorwiegend großformatigen Bildern nieder, deren teils tachistische, teils skripturale Formen ›Urkräfte in Bewegung‹ veranschaulichen und dabei oft beachtliche malerische Qualitäten aufweisen. Die sorgsam erprobten Techniken von Acryl, Gouache und Collage sind dabei oft unlöslich miteinander verschmolzen.«

Die »Urkräfte in Bewegung«. Gute Nacht, Marie . . .

Natürlich halfen auch diese törichten und für 95 Prozent der Bürger unverständlichen Zeilen nicht darüber hinweg, daß sich in Schleswig-Holstein die Bürger über die

teuren Engholm-Bilder furchtbar aufregten. Zunächst erklärte Ehemann Björn der eher linken »SÜDDEUTSCHEN« noch, daß er sich dazu nicht äußern möchte. Aber als er dann merkte, daß die Kritik immer lauter wurde und ihn in seiner »Privatheit« wieder einmal ganz empfindlich treffen könnte, holte er – wie üblich in solchen Situationen – zum das »Privatleben« rettenden Keulenschlag aus und schimpft von »Berufsverbot« und wer weiß was. Keiner kommentierte das treffender als die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« am 15. März 1991 unter der Überschrift »Korruptionssucht?«:

»Das Bedürfnis deutscher Medien (und Bürger?), das Privatleben deutscher Politiker unter irgendeinen Verdacht auf ›Korruption‹, also auf Verdorbenheit zu stellen, scheint täglich zu wachsen. Am Ende wird wohl gar noch das unentgeltlich über den Tisch geschubste Feuerzeug mit Werbe-Emblem ein Bestechungspräsent genannt. Da hatte unsereiner, auch eingedenk des letzten ›Arbeitsessens‹ mit einem Politiker, wenig Lust, sich öffentlich darüber zu wundern, daß die Kieler Landtagspräsidentin mit Landesmitteln zwei Bilder einer Landeskünstlerin erworben hat, die mit dem Landesvater Engholm verheiratet ist. Was sind schon 7500 Mark für zwei Bilder? Was kann Engholm für den Übereifer der Landeshausherrin, die womöglich bloß um seine Gunst buhlt wie andere Damen auch? Soll er da etwa autoritär intervenieren und somit doch tun, was ihm in Bezug auf den Ankaufsvorgang unterstellt wird? Und vielleicht sind die Bilder ja auch ganz hübsch, Engholm, der Schumacher und Hoehme schätzt, soll auch diese Bilder schätzen. Peinlich berührte uns an alldem höchstens die Vorstellung, Engholm selbst könnte peinlich berührt sein, wenn er in Begleitung die Lobby

des Kieler Landeshauses betritt und am farbenfrohen ›Traum‹ – so heißt das dort Aufgehängte – seiner Ehefrau vorbei muß, um anschließend über ›Stil in der Politik‹ zu referieren. Er kann in diesem Moment nur das Falsche tun: demonstrativ hinschauen oder demonstrativ wegschauen oder hinschauend-wegschauend vorüberhuschen. Bei dieser Vorstellung hatten wir Mitgefühl, zumal uns das Ganze, ähnlich der Debatte über Frau Süssmuths Dienstwagengeheimnisse, viel zu kleinkariert schien. Bis vorgestern früh. Vorgestern früh wurde Engholm vom Deutschlandfunk interviewt. Die letzte Frage tangierte die öffentliche Kritik an jener Ankaufspolitik der Landtagspräsidentin. Engholms Antwort war so heftig, daß wir uns nun doch öffentlich wundern müssen. Die Frage sei ›unfair‹, sagte er, ausnahmsweise barsch wie Lafontaine; man solle sie seiner Frau stellen, er wehre sich gegen diese ›Art von Sippenhaft‹, die Landtagspräsidentin habe selbständig gehandelt und sammle schon längere Zeit ›Frauenkunst‹ (?); wenn der Landtag seiner Frau kein Bild abkaufen dürfe, dann dürften das auch die Museen und die Stadtverwaltungen des Landes nicht tun, sogar die Landesbanken müßten sich zurückhalten, das laufe, bedenke man den landestypisch hohen Anteil öffentlicher Kunstkäufe am Kunsterwerb überhaupt, fast auf ein ›Berufsverbot‹ hinaus. Nun, das war eine verdächtig ausführliche und grundsätzliche Antwort auf zum Teil gar nicht gestellte Fragen. Wer soviel rechtfertigt, erweckt den Eindruck, es gebe da doch allerhand zu rechtfertigen – der knappe Hinweis, die Landtagspräsidentin habe so eigenmächtig gehandelt, wie sie es auch dürfe, hätte genügt. Auch provoziert er die Replik, es gehe weniger um Sippenhaft als um die eheliche Zugewinnge-

meinschaft, und die betreffende Landtagspräsidentin sei doch immerhin SPD-Mitglied und stehe dem Landesvater Engholm wohl nicht so fern wie irgendein beamteter Museumsdirektor im fernen Flensburg, der womöglich noch CDU wählt. Mit dem Kampfruf ›Berufsverbot‹ versuchten einst Kommunisten, Beamte zu werden. Träumt Engholm davon, dieses Privileg überall da, wo ›der Markt versagt‹, den schleswig-holsteinischen Frauenkunst-Produzentinnen zu verschaffen? m. s.«

Soweit die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«.

Selbst dem politisch unbedarftesten Leser dürfte inzwischen klargeworden sein, was Engholm unter dem »Schutz seines Privatlebens« versteht. Stellen Sie sich einmal die »Toleranz« und die »Zurückhaltung« der linken Medien-Mafia vor, wenn (reine Phantasie von mir) bekannt werden sollte, daß: 1. Helmut Kohl homosexuell sein könnte. Am Rande: Ich gebe zu, daß diese Vorstellung in der Tat schwer nachvollziehbar ist – aber jetzt einfach einmal als Fakt dahingestellt. 2. Einer der beiden Kohl-Söhne hätte in wichtigen Schulfächern etliche Fünfen und Sechsen. Kohl würde einen Brief an die Lehrer des Juniors schreiben und auf seine Versetzung drängen. 3. Hannelore Kohl, die Frau des Kanzlers, wäre eine unbegabte Hobby-Malerin und der Bundestag würde ihre »Kunstwerke« für horrenden Preise aufkaufen und öffentlich im Parlament ausstellen!

Stellen Sie sich nur einmal das Geschrei unserer Journaliste vor. Sondersendungen in linken Magazin-Sendungen und Serien in »STERN« und »SPIEGEL« würden sich gegenseitig ablösen. Ein bundesweiter Skandal wäre die Folge. Vermutlich müßte Kohl seinen Hut nehmen. Das ist die Realität.

Engholm aber spielt sich bei solcher Kritik auf wie ein orientalischer Despot – und möchte alle Kritiker am liebsten gleich köpfen lassen.

Engholms seltsames Demokratie-Verständnis – und das seiner Partei – wird eindrucksvoll am 2. Juli 1992 im »Hamburger Abendblatt« beschrieben. Da heißt es unter der Überschrift: »SPD besitzt Arroganz der Macht«:

»Kiel – Der CDU-Fraktionschef im Kieler Landtag, Ottfried Hennig, hat bei der SPD-Mehrheitsfraktion ›Arroganz der Macht‹ ausgemacht. Die Sozialdemokraten seien offensichtlich bestrebt, die legitimen parlamentarischen Rechte der stärksten Oppositionspartei zu beschränken«, sagte Hennig.

›Die SPD hat mehrfach CDU-Anträge in Ausschüssen von der Tagesordnung abgesetzt, Anhörungswünsche abgeblockt, die Behandlung von Anträgen im Plenum verhindert, die Redezeit zu Lasten der Opposition verschoben«, und sie pflege ›einen oberlehrerhaften Stil‹ gegenüber den Volksvertretern.

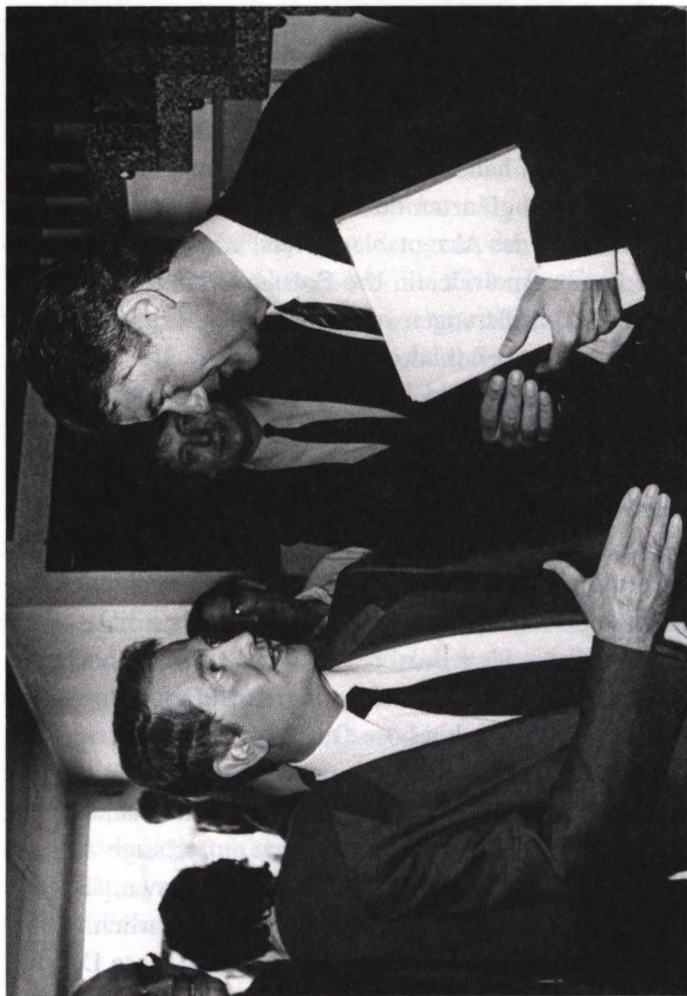
Anstoß nahm Hennig vor allem an der Redezeit in der Debatte über die Regierungserklärung Engholms – alles in allem 580 Minuten. Während die Regierung 180 und die SPD-Fraktion 100 Minuten beanspruchte (48,2 Prozent), hätten sich die Oppositionsfraktionen 240 Minuten teilen müssen, so daß auf die CDU nur 17,2 Prozent entfielen.

›Regierung und Mehrheitsfraktion bilden im Parlament eine Schicksalsgemeinschaft«, sagte Hennig. Deshalb müsse die Redezeit der Regierung auf die der SPD angerechnet werden. Zudem sollten die kleineren Fraktionen Zeit an die CDU abgeben, damit sie künftig 30 Prozent Redezeit erhalte, forderte Hennig.

›Stillos‹ sei auch das Verhalten der SPD während der Debatte. Bei Engholm habe sie zugehört, bei seiner eigenen Jungfernrede im Landtag jedoch habe ›geradezu eine Völkerwanderung‹ stattgefunden. Ein Drittel der SPD-Abgeordneten habe Kaffee getrunken, andere hätten geschwätzt und ›glänzten durch dämliche Zwischenrufe‹. ›Die Grenzen des Akzeptablen‹ überschritten habe auch die neue Landtagspräsidentin Ute Erdsiek-Rave. Sie habe sich angewöhnt, Äußerungen von Abgeordneten zu bewerten.« Soweit das »Abendblatt«.

Es wird mir niemand verübeln können, daß ich immer wieder der Versuchung erliege, Ehrenrettung für meinen toten Freund Uwe Barschel zu betreiben, weil ich seinen Charakter besser kenne als die meisten und auch die Hintergründe der Affäre. Ich weiß detailliert von den damaligen Kontakten Pfeiffers zur engeren Umgebung Engholms, die ich in meinem Buch beschrieben habe »Das Testament des Uwe Barschel«. Ich muß einfach noch einmal darauf hinweisen, daß es damals SPD-Kreise waren, die immer wieder drei böse Dinge über Barschel verbreiteten: 1. Barschel führt eine unglückliche Ehe mit seiner Frau Freya und hat sie nur wegen des Geburtsnamens von Bismarck geheiratet. 2. Barschel hat auf schräge Art und Weise sein schönes Haus in Mölln bekommen. 3. Barschel ist bei seinen Steuerzahlungen nicht ehrlich.

Mir kann niemand erzählen, daß Engholm diese Dinge – längst vor der Pfeiffer-Affäre – nicht kannte. Von einer Mißbilligung Engholms gegen diese drei erlogenen und frei erfundenen Vorwürfe habe ich nie etwas lesen können. Ich las, sah und hörte hinterher nur all die »gemeinen Vorwürfe«, die aus der Umgebung Barschels gegen Engholm erhoben worden sein sollten.



Uwe Barschel und Björn Engholm (11. 9. 1987) – wenige Tage, bevor die Schmutzkampagne gegen Barschel losbrach. Welche Rolle Engholm spielte – stückweise kommt die Wahrheit jetzt ans Tageslicht.



Zwei Männer, die offenbar viel zu verbergen hatten: Engholm und sein früherer Sozialminister Günther Janssen. Er mußte zurücktreten, weil er Pfeiffer 40 000 Mark »aus der Schublade« zukommen ließ – Belohnung, Schweigegeld?

Die doppelböckige Politik-Moral Engholms trieft aus allen Ritzen und Knopflöchern . . .

Engholm ist weder ein Mann von umfassender Bildung und hat schon gar keine Begabung für das Erfassen politischer Vorgänge. Kraß spürt man das immer wieder an seinen – oft dramatischen Fehleinschätzungen (Beispiel »Honecker hat die Zügel fest in der Hand«) und an seinen leichtfertig dahergeplapperten politischen Bekundungen. Ein Beispiel kommt mir da besonders in Erinnerung. Stichwort: »Marshallplan für den Osten«.

Engholm und der Marshall-Plan

Mit flotter Zunge formulierte er am 30. Dezember 1990 in der »WELT am SONNTAG« die Zeilen: Wir brauchen »einen neuen Marshallplan für ganz Osteuropa, an dem sich neben der EG auch Japan, die USA und die EFTA-Staaten beteiligen müßten«. Für Engholm ist das eine besondere Pflicht der Deutschen, denn schließlich hätten »uns hier im Westen« nach dem Krieg auch kräftig die Amerikaner »und Franzosen« geholfen. Der Hinweis auf die Franzosen, die uns geholfen haben, ist so töricht, daß man darauf näher nicht eingehen muß. Aber kommen wir zum Marshall-Plan der Amerikaner, von dem Engholm offenbar nur Fragmente aus seiner Gewerkschaftsschule kennt.

Dr. Bruno Bandulet, den ich für einen der fähigsten deutschen Wirtschafts-Journalisten halte, verweist das ständige Hochhalten des Marshall-Planes in den Bereich der »Geschichtslegenden« und pflückt diese Engholmsche Traumversion total auseinander:

»Die Umverteilung von Geldern ist längst zur Hauptbeschäftigung der Politiker und zum Hauptzweck der staatlichen Haushalte geworden. Nun wird dieses ›soziale‹ Prinzip immer mehr auch auf die internationale Ebene übertragen. In Rio versprach der deutsche Kanzler eine drastische Anhebung der Bonner Entwicklungshilfe, auf dem Münchener Gipfel wurden der ehemaligen Sowjetunion neue Milliarden in Aussicht gestellt, und im Vertrag von Maastricht wurde der Grundsatz der innereuropäischen Umverteilung zum ersten Mal verankert.

Das populäre Stichwort heißt immer wieder: Marshall-Plan. Man ist sich darüber einig, daß Rußland einen sol-

chen bräuchte, Osteuropa auch, der Balkan nach dem Kriegsende ganz besonders – und warum nicht auch Schwarzafrika? Die ehemalige DDR hat ihn schon, nur ist er offenbar nicht groß genug.

Hinter dem Schlagwort verbirgt sich völliges Unverständnis der Ursachen wirtschaftlicher Entwicklung sowie eine krasse Unkenntnis der Bestimmungen des Marshall-Planes. Lassen Sie uns eine große Legende auf die nüchternen Fakten zurückführen:

– Nach dem Zweiten Weltkrieg organisierten und finanzierten die USA ein Europäisches Wiederaufbauprogramm (European Recovery Program, abgekürzt ERP). Der US-Außenminister Marshall hatte am 5. Juni 1947 den Anstoß gegeben. Westeuropa erhielt bis 1951 12,4 Milliarden US-Dollar, mit denen hauptsächlich aus den USA Rohstoffe, Nahrungsmittel und Investitionsgüter gekauft wurden.

– An 14 west- und südeuropäische Länder wurden die Mittel praktisch verschenkt. Der 15. Empfänger jedoch, die Westzone des besiegten Deutschland, mußte sich verpflichten, alles zurückzuzahlen. Die Einzelheiten sind nachzulesen im ›Abkommen über die Wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland‹ vom 15. Dezember 1949. Fazit: Es gab zwei Klassen von Marshall-Plan-Hilfe: eine für die Deutschen und eine für die anderen.

– Was an die Bundesrepublik geliefert wurde, entschieden die Amerikaner weitgehend selbst. Getreide gab es reichlich, weil die US-Landwirtschaft Überschüsse produzierte. Investitionsgüter und Erdöl machten hingegen einen geringen Teil der Hilfe aus. Von den 631,4 Millionen Dollar Hilfslieferungen nach dem Marshall-Plan, die

bis zum 31. Januar 1950 an die Bundesrepublik flossen, entfielen nur 15,5 Millionen auf Maschinen und Fahrzeuge sowie 14,3 Millionen auf Erdöl. Als der deutsche Wirtschaftsdirektor Semler die Getreidelieferungen als ›Viehfutter‹ abqualifizierte, wurde er entlassen.

– Wenig bekannt ist, daß nach dem oben erwähnten Abkommen vom 15. Dezember 1949 nachträglich auch die Hilfslieferungen rückzahlungspflichtig wurden, die im Einklang mit dem Völkerrecht nach dem Kriegsende notwendig waren, damit die besiegten Deutschen nicht verhungerten. Darunter befanden sich auch ›Liebesgaben‹, ›Hochwasserhilfe für Bayern‹ und ähnliches. Der Titel dieses Programms zur Versorgung der besetzten Gebiete: GARIO (= Government and Relief in Occupied Areas). Laut einer Dokumentation des Bonner Wirtschaftsministeriums vom Juli 1983, die uns vorliegt, bezifferte sich die ganze GARIO-Hilfe auf \$ 1.730.990.677. Dies war eine humanitäre, weniger eine wirtschaftliche Hilfe. Der Gegenwert der eigentlichen Wirtschaftshilfe nach dem Marshall-Plan wird vom Ministerium mit \$ 1.282.984.000 angegeben. Die Rechnung sah also so aus:

GARIO-Hilfe 1,73 Milliarden + Wirtschaftshilfe 1,28 Milliarden = 3,01 Milliarden.

– Aus währungstechnischen Gründen, deren Erörterung hier zu weit führt, ergeben sich manchmal auch andere Zahlen für die amerikanischen Hilfsleistungen. So wird in der Literatur die Marshall-Plan-Hilfe für Deutschland oft auch mit 1,4 Milliarden angegeben. Die damaligen 1,4 Milliarden sind nach heutiger Kaufkraft nicht ganz zehnmal soviel wert. An Rußland ist aber jetzt schon ein Vielfaches davon bezahlt worden – ohne die geringste erkennbare Wirkung. Oder man vergleiche die damalige

Starthilfe für Westdeutschland mit den endlosen EG-Subventionen an Irland und Südeuropa oder mit dem gigantischen Geldtransfer in die ehemalige DDR!

– Ebenfalls unbekannt: Während die USA mit der einen Hand gaben, nahmen sie mit der anderen. Der erste Haushalt der Bundesrepublik Deutschland basierte auf Steuereinnahmen in Höhe von 9,2 Milliarden Mark. 4,6 Milliarden davon mußten an die Militärgouverneure und Hohen Kommissare abgeführt werden. Und: Was die Alliierten nach 1945 an deutschem Auslandsvermögen, an Patenten und Technologien enteigneten, überstieg den Wert der Marshall-Plan-Hilfe bei weitem. (Von den Reparationen ganz zu schweigen.)

– Wie erwähnt, handelte es sich um Kredite, nicht um Geschenke. Wieviel wurde zurückgezahlt? Im Londoner Schuldenabkommen vom 27. Februar 1953 gelang es den deutschen Unterhändlern, die Schulden aus der amerikanischen Wirtschaftshilfe auf eine Milliarde Dollar zu drücken. Diese Milliarde sollte ab 1. Juli 1958 in 60 Halbjahresraten getilgt werden. Über 30 Jahre später verlangte der britische Europa-Parlamentarier Richard Cottrell, die Bundesrepublik solle endlich die Marshall-Plan-Gelder zurückzahlen. Am 30. Februar 1989 klärte der Bankier Hermann Josef Abs, der für die Bundesrepublik verhandelt hatte, den Sachverhalt auf: Die Bundesrepublik habe schon 1966 vorzeitig alles zurückerstattet, es gebe keinerlei Altschulden mehr gegenüber den USA und Cottrell mache sich mit seinen Behauptungen lächerlich. Soweit die wichtigsten Fakten. Warum ist die Berichtigung der Marshall-Plan-Legende heute wichtiger denn je? Weil die weitverbreitete Vorstellung, man könne den Osten und Süden der Welt mit Hilfe einer finanziellen

Gießkanne entwickeln, nicht nur den Empfängern nichts nutzt, sondern auch die Geberländer finanziell ruinieren würde. Worauf beruhte denn das deutsche Wirtschaftswunder in erster Linie?

(1) Auf der guten Ausbildung, der Motivation und Disziplin der arbeitenden Bevölkerung.

(2) Auf dem richtigen Wirtschaftssystem, nämlich einer freien (nicht »sozialen«) Marktwirtschaft und einem heute unvorstellbaren Mindestmaß an staatlicher Einmischung und Bürokratie.

(3) Auf einer fast barbarischen Sparsamkeit der öffentlichen Hand, also auf geordneten Finanzen, für die das Verdienst dem damaligen Finanzminister Schäffer gebührt – und übrigens auch auf einer Unterbewertung der Deutschen Mark im Außenverhältnis, wodurch der Aufbau der Exportwirtschaft enorm erleichtert wurde.

Dieses Rezept kann allen, die immer nur mit dem Hut in der Hand herumstehen, zur Nachahmung empfohlen werden. Kredite können helfen, aber die eigene Anstrengung ersetzen sie nie.

Wie sagte doch Ludwig Erhard im Juni 1950: »ERP und Auslandshilfe haben zu diesem Aufschwung nicht das geringste beigetragen. Der Wirtschaftsaufschwung wurde ausschließlich aus eigener Kraft erreicht.«

Klartext von Bruno Bandulet. Sachkundiger kann man es überhaupt nicht formulieren. Engholm versteht von wirtschaftspolitischen Dingen praktisch nichts. Immer noch hängt er seinen alten Juso-Vorstellungen von »Umverteilung« nach. Soviel Marxismus wie möglich und sowenig Marktwirtschaft wie nötig.

Um seiner eigenen Inkompetenz in solchen Fragen die Krone aufzusetzen, beendet er seine Forderung nach dem

Marshall-Plan für den Osten mit der »Kinderhymne« von Berthold Brecht von 1949: »Anmut sparet nicht noch Mühe/Leidenschaft nicht noch Verstand/Daß ein gutes Deutschland blühe/wie ein andres gutes Land.«

Ich kenne die Situation in Osteuropa aus eigener Anschauung gut – ich kann ohne Übertreibung sogar sagen »sehr gut«. Sinnlos in den Osten gepulverte Milliarden bringen nichts, gar nichts. Ein Großteil dieses Geldes wird schlicht und einfach gestohlen, versickert in der Korruption. Was besonders schlimm ist: Die »östlichen« Menschen haben überhaupt keine Maßstäbe beim Geldeinsatz. Eine Million Rubel, eine Million D-Mark oder Dollar. Das ist kein Unterschied . . .

Ich habe aus meinen Sympathien für die Vereinigten Staaten nie ein Hehl gemacht. Ich war es, der in Deutschland die Öffentlichkeitskampagne für den von mir verehrten Präsidenten Ronald Reagan machte. Und ich weiß auch, daß der Marshall-Plan nach dem Krieg für Deutschland eine Hilfe war. Aber ich weise es als dumme Lüge und erschreckende politische Unkenntnis zurück, wenn an der Spitze dieses Staates stehende Männer den Eindruck erwecken: Deutschland ist nur durch Ami-Dollars nach dem Krieg auf die Beine gekommen. Genauso müssen die Deutschen jetzt den Russen mit »deutschen Dollars« auf die Beine helfen. Ein totaler Quatsch. Im ehemaligen Ostblock kann jeder, der offene Augen hat, folgendes feststellen: Die Arbeitsmoral der Menschen – besonders der Russen – ist fast bösartig schlimm. Der Ausbildungsstand ist so abenteuerlich schlecht, daß »studierte Architekten« oft noch nicht einmal das Wissen eines Hilfsarbeiters an einem westlichen Bau haben. Bände könnte ich davon schreiben. Alles eigene Erleb-

nisse, nicht angelesen aus sozialistischer Juso-Literatur ohne Sinn und Verstand.

Wer – wie Engholm – der marxistischen Idee von der »Gleichheit aller Menschen« anhängt, kann beim Thema Marshall-Plan überhaupt nicht klar denken. Denn im Nachkriegs-Deutschland gab es auch einen völlig anderen Menschentyp. Es hat Jahre eigener Anschauung gebraucht, bis ich mir erklären konnte, weswegen die Menschen in Osteuropa so völlig anders sind. Folgendes Leben hat sie geprägt: »Hoffentlich habe ich morgen noch zu essen, hoffentlich werde ich nicht denunziert, hoffentlich verlieren wir nicht die Wohnung, hoffentlich plaudern meine Kinder in der Schule keine Dinge aus, die sie zu Hause gehört haben, hoffentlich muß meine Frau nicht in eines dieser schrecklichen Krankenhäuser, hoffentlich, hoffentlich, hoffentlich.« Jahrzehnte wurden die Menschen im Osten von solch existenziellen Fragen geplagt. Nächstenliebe, Mitgefühl, Phantasie – das alles erstickte unter der gewaltigen Last des täglichen Überlebenskampfes. Nirgendwo war die von der SPD so beklagte »Ellenbogengesellschaft« des Kapitalismus stärker ausgeprägt als im kommunistischen Osten. Ich wiederhole das an einer anderen Stelle dieses Buches: Die Gehirne trockneten ein, Seelen wurden zu Wüsten und Herzen zu Stein. Phantasie war verboten. Der Egoismus feierte Triumphe.

Noch heute ist das im Osten zu spüren. Wenn ich alle Dinge berichten würde, die ich im Osten mit eigenen Augen gesehen habe – in Deutschland würde niemand mehr für Rußland spenden. Deswegen verkneife ich mir in diesem Fall einige Informationen, weil Berichterstattung darüber vor allem zu Lasten der Menschen ginge,



Engholm mit seinem politischen Ziehvater Helmut Schmidt unter dem kritischen Blick früherer großer Sozialdemokraten: Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer würden sich im Grabe drehen.

die dafür am wenigsten können: Die Hilfsbedürftigen und ganz Armen, die Kinder.

Ein Sozialist mit einem völlig anderen Menschenbild kann so etwas nicht begreifen. In Südafrika sind für ihn die Schwarzen nicht anders als die Weißen. Daher auch Engholms völlig unverständliche Liebeserklärungen an Mandela, den kommunistischen Mordbrenner. Deswegen muß bei Engholm zwangsläufig dieser Unsinn vom auf Rußland anzuwendenden Marshall-Plan im Kopf herumspuken, weil die deutschen Menschen in seinen Gedanken nach 1945 ja die gleichen Menschen waren wie die russischen Menschen im Jahre 1993. Ein Sozialist wird wohl nie begreifen können, daß kein Mensch ist wie der andere. Engholm wird auch nie begreifen, daß es in Südafrika eher ein Problem schwarz gegen schwarz – statt weiß gegen schwarz – oder umgekehrt – gibt.

Die zwölf Jahre Nationalsozialismus hatten die Köpfe und die Schaffenskraft der Menschen in Deutschland nicht annähernd so zerstört wie die Jahrzehnte kommunistischer Zwangsherrschaft im Osten.

Engholm ist ein notorischer Faulenzer

Es paßt natürlich nicht in das Weltbild des notorisch faulen Engholm, daß Fleiß und Wissen die wichtigsten Partner des Aufbaus im Osten sein müssen. Wenn man mit dem Fleiß selber auf Kriegsfuß steht und vieles durch die marxistische Brille gesehen hat – wie soll man da die Lage im Osten Europas richtig einschätzen können?

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal zurückkommen auf Engholms Faulheit, die von ihm selber als »Muße zum Nachdenken« getarnt wird. Natürlich hört sich das wunderbar an – aber es ist im Grunde menschenverachtend, böse und egoistisch.

Zunächst einmal eine ganz simple Feststellung: Engholm bekommt vom deutschen Steuerzahler jährlich genau 297 000 Mark als »Gehalt« gezahlt. Eine gewaltige Summe, die er als Schriftsetzer oder Diplom-Politologe mit Sicherheit nicht verdient hätte. Für dieses Geld soll er nicht »Muße« treiben, sondern hart arbeiten. Das vorab. Aber die Sache geht tiefer – und ich möchte es mit Beispielen aus meiner eigenen Tätigkeit, die im Vergleich zu Engholms Tätigkeit winzig ist, begründen. Ich bin Inhaber eines kleinen Buchverlages, Teilhaber in lettischen Firmen, Vorsitzender des Kinderhilfs-Vereins AKTION REISKORN und Vorsitzender der Deutschen Konservativen e.V. Ich liebe Kunst, gutes Essen, Natur, Kinder, Tiere, Reisen und Schönheit in allen Bereichen. Meine wirtschaftliche Lage ist – durch Bucherfolge – dem Herrgott sei Dank – so, daß ich mich all diesen wunderbaren Dingen in Ruhe widmen könnte. Auch ich würde gern – so wie Engholm es macht – oft »faulenzten«, meine Lieblingsplätze Capri, Madeira oder Grainau an der Zugspitze

besuchen, mich mit meinen italienischen Freunden treffen, bei denen ich in der Toskana Trauzeuge und Taufpate bin – das Leben genießen, »nachdenken«, wie Engholm es geschickt verpackt.

Aber mein Leben sieht völlig anders aus. Ich arbeite tatsächlich oft achtzig Stunden in der Woche. Aber nicht, weil ich nach Arbeit süchtig bin – sondern weil jeder Mensch mit Pflichten auf diese Welt gekommen ist. Am Ende des Lebens möchte ich mein Gesicht noch im Spiegel betrachten können und sagen: »Du hast nicht nur für dich allein gelebt und warst kein egoistischer Genießer, der die Augen vor der Not anderer verschlossen hat.« Engholm faselt in seinen sozialistischen Bekenntnissen ständig von Hilfe für die Armen und Unterprivilegierten. Den größten Teil meines Lebens habe ich solchen Menschen gewidmet. Ich weiß aber nicht, wie ich diese Arbeit ohne größten Zeiteinsatz bewältigen sollte. Ich spreche nicht gern darüber, weil es für mich selbstverständlich ist: Aber ich habe rund 250 Kindern und bettelarmen Menschen aus allen Teilen der Welt das Leben erträglicher gemacht, oft ihr Leben gerettet. Aber oft muß ich bis in die Nachtstunden dafür kämpfen, daß ich genügend Spenden für ein an Blutkrebs erkranktes Kind aus Rumänien zusammenbekomme, muß an Wochenenden mit Ärzten, Unternehmern und guten Menschen sprechen, daß sie mein Projekt im »Goldenen Dreieck« unterstützen, mit dem wir den Anbau von Opium verhindern wollen, aus dem Heroin gewonnen und in die westliche Welt geschleust wird. Ich höre mir oft bis Mitternacht geduldig die Anrufe von verzweifelten Menschen an, die – was mich beschämt – in mir die »letzte Rettung« sehen. Komme ich in die Heimat meiner Väter nach Lettland –

stehen Mütter oft mit sterbenden Kindern vor meiner Hotteltür. Oft kann ich nicht helfen, weil das Geld fehlt. Allein für die Behandlung eines an Leukämie erkrankten Kindes in Deutschland muß ich oft mehr als 100 000 Mark aufbringen.

Wie kann ich da ständig von »Muße« reden, von »Ausspannen« und »mehr Lebensqualität für mich selbst«? Wenn ich als kleiner Mann ohne politisches Amt so vielen Menschen helfen kann – wie segensreich könnte dann ein deutscher Ministerpräsident wirken, der über die finanziellen Möglichkeiten und einen riesigen Mitarbeiterstab verfügt, aber zu faul ist, es zu machen.

Diese Gedanken sind es, die mich wütend machen, wenn ich Menschen in bedeutenden Funktionen sehe, die mit der Faulheit eine Liebesbeziehung eingegangen sind. Mich verfolgt oft ein schlechtes Gewissen, wenn ich der Mutter eines kranken Kindes sagen muß, daß ich das Geld für die notwendige Behandlung in Deutschland noch nicht beisammen habe.

Da sind die dringend notwendigen Polit-Aktionen der Deutschen Konservativen für Deutschland, da gibt es Angestellte, die Monat für Monat pünktlich ihr Gehalt bekommen müssen, Briefberge warten. Das alles kostet enorm viel Zeit, und nur in den Träumen und an wenigen Tagen im Jahr werden Capri oder Madeira Realität – und dann meist mit schlechtem Gewissen.

All solche Gedanken scheinen aber Herrn Engholm völlig fremd zu sein. Er genießt die Faulheit, bekennt sich vollmundig zu »den Armen«, lebt aber das Leben eines faulen, weit überbezahlten Müßiggängers. Und in diesem Zusammenhang finde ich seine Bekenntnisse von »Muße und Bequemlichkeit« in höchstem Maße unsympathisch.

Wer für andere Menschen da sein will, den Bedürftigen helfen will – der muß sehr viel mehr arbeiten als jeder andere. Und weil Herr Engholm das nicht macht, halte ich ihn für einen Großsprecher, der nur gut klingende Lippenbekenntnisse von sich gibt – den die Not der Welt aber ansonsten einen feuchten Kehricht interessiert.

Noch einmal: Links reden, »rechts« leben. Genau wie seine anderen drei Kollegen: Lafontaine (der sowieso), Schröder und Klose.

»Nein« – Kanzler, das möchte er nicht werden. Auf keinen Fall. Da gibt es andere. Engholm am 20. April 1989 in der »BUNTEN«: »Wir haben sehr gute Kandidaten, zum Beispiel Hans-Jochen Vogel oder Oskar Lafontaine . . . Ich halte es auch für möglich, daß eine Frau als Mitbewerberin für die Kanzlerkandidatur auftritt. Anke Fuchs ist eine denkbare Kandidatin. Sie ist standhaft und stabil, hat eine lange politische Erfahrung und schnelle Auffassungsgabe.«

19. Juni 1989 in »BILD DER FRAU«: »Auch Johannes Rau kommt als Kanzlerkandidat in Frage. Ich mache meine Arbeit in Schleswig-Holstein. Dafür bin ich übrigens auch gewählt worden . . . Ich glaube, das Rennen entscheidet sich zwischen Vogel, Lafontaine und Rau, auch wenn ich Anke Fuchs eine ganze Menge zutraue. Es wäre falsch, nur aus Quotengründen eine Frau aufzustellen.«

2. September 1989: Fast trotzig sagt er es gleich zweimal hintereinander: »Ich will nicht Kanzler werden! Ich will nicht Kanzler werden!« Auf dem Tisch im italienischen Nobel-Restaurant »Roma« verbreiten Steinpilze und Meeresfrüchte einen edlen Geruch – ein wenig vermischt mit Eau Sauvage, dem Engholmschen Lieblingsparfüm.



Werbehilfe vom öffentlich-rechtlichen ZDF: 1992 durfte Engholm in der Serie »Der Landarzt« mitspielen – mit Filmblut auf dem Arm. In Wahrheit steckte Engholm da schon mit beiden Armen tief im Affären-Sumpf.

»Ich brauche Erholungspausen, Weinproben, Musik und Distanz zur Aufgabe und zum politischen Umfeld – sonst frißt es mich auf! Das Politikerleben in Bonn entsinnlicht nur.« Mit Faulheit hat das – so Engholm – nichts zu tun: »Ich habe immer viel gearbeitet, bin nicht faul, habe auch gar keine Zeit zum Faulsein.«

Die ideale Mischung eines SPD-Kanzlerkandidaten muß aus einer Mischung Vogel, Rau und Lafontaine bestehen – erzählt er bald darauf der »BILD am SONNTAG« und setzt nach: »Für Oskar spricht, daß er aus der jüngeren Generation kommt und vielleicht mehr jüngere Leute anziehen kann als Vogel. Johannes Rau ist die menschlich angenehmste Persönlichkeit in der SPD – und Hans-Jochen Vogel hat weitaus größere Qualitäten, als die begreifen, die ihn immer nur als Oberlehrer hinstellen.«

Ja, ja die Mischung aus allen dreien – das wäre ideal.

Im »WIENER« lehnt er eine mögliche Kanzlerkandidatur fast schroff ab: »Es gibt einen sehr einfachen Grund, warum ich nicht nach Bonn will: Ich bin hier gerade gewählt worden, unter erheblichen Schwierigkeiten. Ich habe hier Jahre hindurch eine sehr schwierige und leidvolle Opposition durchgemacht. Ich möchte jetzt erst recht durchhalten.

Die Leute haben mich gewählt, und ich bleibe so lange auf diesem Posten, wie ich den Eindruck habe, daß die Leute glauben, ich sei gut dafür. Der Bonner Alltag ist nicht sehr sinnlich. – Nein, der Anreiz, dahin zurückzugehen, müßte schon sehr groß sein. Und der Anreiz liegt bei mir nicht in Positionen. Die habe ich ja hier.«

In der SPD gärt es. Man will über einen Kanzlerkandidaten nicht nur reden, die Genossen wollen entscheiden. Für Engholm kommt die Diskussion ungelegen – in zwei-

facher Hinsicht. Einmal stehen in Schleswig-Holstein Landtagswahlen vor der Tür – er will nicht als Ministerpräsident gelten, der nur mit einem Bein in Kiel (mit dem anderen in Bonn) steht, und ganz simpel: Engholm verspürt in diesem Moment noch nicht die geringste Lust, sich als »Kanzlerkandidat« noch mehr Arbeit aufzuhalsen. Die Genossen werden sich schließlich einig, daß die Kandidatenfrage erst im Frühjahr 1993 entschieden werden soll. Und Engholm im sozialdemokratischen »VORWÄRTS«: »Liebe Genossinnen und Genossen, eine lange, wenig hilfreiche Personaldebatte ist beendet. Wir haben die Weichen für die SPD-Kanzlerkandidatur gestellt und vereinbart, daß sich die Gremien der Partei im Frühjahr 1993 mit der Nominierung befassen. Die Wahl des Kanzlerkandidaten soll dann auf dem Ordentlichen Parteitag im Herbst 1993 stattfinden. Damit ist die Weide für weitere Spekulationen abgegrast.«

Die Weide war noch längst nicht abgegrast. Da gab es immer noch Ochsen mit kräftigem Appetit, die das Aufatmen von Björni nicht sonderlich beeindruckte. Schließlich – kurz vor Weihnachten 1991 – räumte Engholm in der »Westdeutschen Allgemeinen Zeitung« ein: »Wenn es die Partei will, werden wir im kommenden Jahr – also nicht erst 1993 – entscheiden.«

Aber recht entscheiden konnte sich Engholm immer noch nicht. Drei Seelen in seiner Brust: Macht, Karriere, Faulheit. Noch überwog die letzte Eigenschaft. Vielleicht auch Angst vor dann zu erwartenden Enthüllungen. Und als der eigensinnige SPD-Fraktionschef Klose, wegen der Kandidatenfrage mehr und mehr in Interviews vor laufenden Fernsehkameras nervte, wurde Björn Engholm fast böse und schimpfte im »Hamburger Abendblatt« vom 21. Fe-

bruar 1992 unter der Überschrift »Letzte Warnung an Klose«: »Eine deutliche Grenze hat der SPD-Vorsitzende Björn Engholm dem Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Hans-Ulrich Klose, gezogen. Auf die Frage, wie viele Querschüsse Klose sich noch erlauben könne, antwortete Engholm gestern bei einem Besuch des ›Hamburger Abendblattes‹: ›Ich würde sagen; keinen.‹ Der Fraktionschef müsse jetzt ›seine Rolle definieren lernen‹ und seine ›Anfangsschwierigkeiten‹ überwinden. Und erstmals ließ Engholm Kanzler-Lust verspüren: ›Natürlich habe ich Lust, Kanzler zu sein.‹ Ihm sei es nur um den Zeitpunkt der Erklärung gegangen, weil es ›nicht so lustvoll‹ sei, zweieinhalb Jahre lang immer nur unter dem Vorzeichen der Kandidatur beobachtet zu werden. Ironisch merkte Engholm an, er hätte nichts dagegen gehabt, wenn Klose in einer Arbeitsteilung die Rolle des Kandidaten übernommen hätte und er dann die des Kanzlers spielen würde.« Soweit das Hamburger Abendblatt.

Und der Schlagzeile »Die Lust, Kanzler zu sein« folgte dann schnell die nächste Schlagzeile: »Kanzlerkandidat Engholm: Ich gehe ins Rennen«. Volle acht Monate dauerte die »Endphase« dieser nervenden, unaufrichtigen und für Engholm typischen Debatte. Zum gleichen Thema ging Engholms Argumentation von »Das wäre absolut schwachsinnig« – bis »Ich mache es gern«. Aber als verängstigte Bürger, die sich vor giftigem Hamburger Hafenschlick fürchteten und Engholm vorwarfen, auch bei diesem Thema nicht die Wahrheit zu sagen, antwortete er nur knapp: »Und wenn sie sagen, daß ich lüge, werde ich mit ihnen kein einziges Wort mehr wechseln.« Den Gefallen des Schweigens wird Engholm uns sicher nicht erfüllen.

Karriere und Macht – haben (so scheint es) über die Faulheit gesiegt. Natürlich wird er versuchen, die drei Punkte auch künftig miteinander zu verbinden. Engholm will Kanzler werden. Mit den Grünen, mit einer Ampelkoalition aus Grün, Rot und FDP – das ist ihm schnuppe. Hauptsache, daß er am Hebel sitzt.

Wenn es um die fachliche Kompetenz dieses Mannes ginge – keine Chance. Aber leider urteilen die Wähler danach weitaus geringer. Der strahlende, ehrliche, saubere, gut aussehende und sympathische Engholm, der edle Mensch und erstklassige Familienvater – mit diesem Image allein kann und will er die Schlacht schlagen. Ich wiederhole: Engholm setzt ein total geschöntes Privatleben auf fast schamlose Weise für diesen Kampf ein. Dieses Buch ist erst der Anfang zum Durchkreuzen dieser Konzeption. Ich kann nicht von mir behaupten, ein ergebener Kohl- oder CDU-Fan zu sein. Aber Engholm als Kanzler? Nein, danke.

In einem seiner vielen Interviews wurde Engholm gefragt, warum er überhaupt in die Politik gegangen sei. Die rührende Antwort: »Es ist wunderbar, Menschen zu helfen. Als Ministerpräsident von Schleswig-Holstein hatte ich schon oft Gelegenheit dazu. Mit dem Amt kann man viele gute Dinge tun.«

In Jugoslawien hätte Engholm viele Menschen retten können. Sehr viele. Geschändete Frauen, verstümmelte Kinder, ganze Familien. Aber offensichtlich ließ ihn deren Schicksal kalt. Als die Bundeswehr zu humanitären Zwecken ein Schiff an die jugoslawische Küste schickte, raste Engholms SPD zum Bundesverfassungsgericht nach Karlsruhe. Und Engholm? Der »STERN« beschrieb das so:



Aus und vorbei: Engholm nach seinem Rücktritt von allen Ämtern am 3. Mai 1993.

»Unermüdlich war SPD-Chef Björn Engholm diesen Sommer im Einsatz, um seinen Anspruch auf die Kanzlerschaft anzumelden: Er fing 40 Pfund Krabben in Büsum, pulte davon 20 Stück in fünf Minuten. Er segelte auf der Schlei, fuhr auf einer historischen Dampfloch und debütierte zum Höhepunkt als ›Verletzter‹ bei Dreharbeiten für die ZDF-Fernsehserie ›Der Landarzt‹. Und die Presse war immer dabei . . .

Als im Bundestag über den Krieg im ehemaligen Jugoslawien und den Einsatz deutscher Soldaten debattiert wurde, ging der SPD-Chef zum (echten) Zahnarzt und erklärte später, er könne doch nicht wegen jeder Frage jeden Urlaub unterbrechen und jeden Zahnarzttermin absagen. Engholm: ›Ich habe meine Rolle in einer gewissen Bescheidenheit gefunden, die wird auch so bleiben.«

Engholm als Kanzler? Das kann heiter werden. Ich bin mir noch nicht einmal sicher, daß er bis zur Bundestagswahl 1994 der letzte SPD-Kanzlerkandidat bleibt.

Am 3. Mai 1993 trat Engholm von allen Ämtern zurück – als Lügner ertappt.

Rotlicht, Großmaul und Staatsbankrott

Er ist wirklich das größte Großmaul, das sich unter Gottes blauem Himmel in der deutschen Politik tummelt. Unser Oskar. Der aus dem Saarland. Als er vor acht Jahren mit der SPD im Saarland die Macht übernahm, tönte er lauthals: »Wir haben eine schwarze Regierung und rote Zahlen – wir brauchen eine rote Regierung und endlich schwarze Zahlen.« Und heute?

Das Saarland steht vor der größten Wirtschafts- und Beschäftigungskrise seiner jüngeren Geschichte. Klarer formuliert: Das Saarland ist pleite. Bankrott. Die Schulden des kleinen Landes (2570 Quadratkilometer) betragen heute 13 Milliarden Mark – 13 000 Mark pro Kopf der eine Million Einwohner. Mit genau 14,9 Prozent hatte die Arbeitslosenquote im Juli 1993 fast schon das Niveau der neuen Bundesländer (15,3 Prozent) erreicht. Alarmmeldungen der Saarbrücker Industrie- und Handelskammer: »Das Saarland muß 1993 mit einem dreiprozentigen Rückgang seines Sozialproduktes und einem Verlust von rund 15 000 Arbeitsplätzen rechnen.«

Natürlich: Lafontaine allein trägt nicht die Schuld daran. Die Saar war einseitig auf Kohle und Stahl ausgerichtet – und ausgerechnet da kriselt es europaweit, nicht »weltweit«, wie die Sozis gern behaupten. Aber diese Entwicklung war voraussehbar. Lafontaine hätte strukturell »umschalten« müssen. Dazu aber hat er sich als völlig unfähig erwiesen.

Lafontaine, der am 16. September 1993 seinen 50. Geburtstag feierte (»Bitte keine persönlichen Geschenke, sondern Spenden an die Stahlstiftung«), wird als Schulden- und Pleitemacher Nr. 1 in die Geschichte der saar-

ländischen Ministerpräsidenten eingehen. Aber ausgerechnet dieser Mann soll in einer möglichen SPD-Regierung unter einem Kanzler Scharping Wirtschafts- und Finanzminister werden. Die derzeit wichtigsten deutschen Ministerien speziell für den Wirtschaftsversager Lafontaine zusammengefaßt zu einem Super-Ministerium. Aus meinen Sympathien zu Scharping mache ich keinen Hehl. Aber ausgerechnet den Mann zum bedeutendsten Minister der Nation machen zu wollen, der sich bislang nur durch Großmäuligkeit, Rotlichtaffären, Wirtschaftskrise und Pensionszwickeligkeiten ausgezeichnet hat – das wertet auch Scharping in kaum noch zu überbietender Weise ab – und kostet ihn vermutlich den Kanzlerstuhl.

Bei folgender Kombination wäre Scharping mit absoluter Sicherheit deutscher Bundeskanzler: Scharping frei entscheidender SPD-Chef und in seinem Schattenkabinett Mercedes-Chef Edzard Reuter (SPD-Mitglied und Sohn des legendären Berliner Bürgermeisters) als Wirtschaftsminister und Hans-Otto Pöhl (SPD-Mitglied und Ex-Bundesbankpräsident) als Finanzminister. Die Christdemokraten hätten einem solchen Kabinett nichts Gleichwertiges an Wirtschaftskompetenz entgegensetzen können. Das sichere Aus der Regierung Kohl. Die Entscheidung für Lafontaine zeigt aber, daß der sonst so von mir geschätzte Scharping bei der Bundestagswahl nicht wählbar ist. Er liegt in politischen Ketten und ist nicht Herr seiner »eigenen« Entscheidungen. Die Kaderpartei SPD würde regieren – der solidarische Genossenfilz, nicht aber ein Kanzler Scharping.

Jeder, der mich kennt, weiß, daß Kohl als Kanzler für mich ein Unglück ist. Durch seine Entscheidung für La-

fontaine ist Scharping aber ein noch größeres. Was immer man auch über Kohl denken mag: Er ist mit Sicherheit Herr seiner Entscheidungen und weitgehend unabhängig von der eigenen Partei.

Wer ist dieser Oskar Lafontaine überhaupt? Was gibt es über ihn zu sagen? Vor allem, was weiß man über ihn nicht aus der veröffentlichten Meinung? Fragen über Fragen.

Meist sind die Meinungen von »Freunden« und Gegnern über ihn vernichtend.

– Wer ist dieser Mann, über den CDU-Verteidigungsminister Volker Rühe sagte, er habe »kein Herz für Deutschland«?

– Wer ist dieser Mann, der sich vom linken »Spitzenagitor der Friedensbewegung« (»SPIEGEL«) auf wunderbare Weise zum staatstragenden Politiker wandelte?

– Wer ist dieser Mann, der Parteifreund und Ex-Kanzler Helmut Schmidt »Sekundärtugenden« bescheinigte, mit denen »man auch ein KZ leiten kann«?

– Wer ist dieser Mann, den Willy Brandt eine »gelungene Mischung aus Napoleon und Mussolini« nannte?

– Wer ist dieser Mann, der erklärte, »vielleicht ist Lech Walesa freier als mancher Konsument in der westlichen Wohlstandsgesellschaft«, und behauptet, er sei bereit, »wie in Polen zu leben«, für seine saarländische Vertretung in Bonn aber einen Spitzenkoch engagiert und ihm mehr als 6000 Mark Gehalt zahlt – mit den Worten, »ein Spitzenkoch leistet mehr als mancher Sesselfurzer«?

– Wer ist dieser Mann, der Reden hält, die von den SPD-freundlichen Gewerkschaftsführern als »hundsmiserable Demagogie« (Rappe), »Schweinerei« (Wulf-Matthies), »Büttenrede« (Heinz Kluncker) bezeichnet werden?

- Wer ist dieser Mann, den die Treuhand-Chefin Birgit Breuel als »Chamäleon und unkalkulierbaren Opportunisten« bezeichnet?
- Wer ist dieser Mann, über den der SPD-freundliche »STERN« schreibt, »mit untrüglichem Machtinstinkt verstärkt er Differenzen zu eigenem Nutzen und sucht nach Partnern, mit denen sich politische Geschäfte machen lassen«?
- Wer ist dieser Mann, der sich nicht scheut, öffentlich zu sagen, daß die Lebensweisheit, »man soll nie nie sagen, sich auch in der Politik bewährt«?
- Wer ist dieser Mann, über den Graf Lambsdorff sagt: »Der ist in der Lage, bei RTL für Schnaps zu werben, nachdem er eine halbe Stunde zuvor bei den Abstinenzlern als einer der ihren aufgetreten ist«?
- Und schließlich: Wer ist dieser Mann, der sich nicht scheut, von sich selber zu sagen: »Ich bin ein Kartenspieler, und ich versuche ein möglichst gutes Blatt auf die Hand zu bekommen.«?

Wie so viele Sozialisten: Lafontaine liebt Luxus, Macht und Geld – vor allem, wenn er es aus der Tasche anderer Leute ziehen kann.

Unrühmlich bekannt wurden vor allem seine Pensionsgelder, »Ruhegelder« als Bürgermeister von Saarbrücken. Als die Affäre immer höhere Wellen schlug, zahlte er 228 772,08 Mark der einkassierten Pensionen an die Ruhegehalts- und Versorgungskasse des Saarlandes zurück. Die Affäre um die Rentenbezüge Lafontaines aus seiner Zeit als Saarbrücker Oberbürgermeister hatten für erheblichen Wirbel gesorgt. So hatte unter anderem der Landesrechnungshof die Ruhegehaltszahlungen als unrechtmäßig bewertet. Lafontaine selber hatte darauf ver-

wiesen, er sei aufgrund eines Fehlers im saarländischen Ministergesetz »ungewollt« in den Genuß der Zahlungen gekommen. Das Ministergesetz war daraufhin vom Landtag rückwirkend geändert und Lafontaine zur Rückzahlung der Pensionsleistungen verpflichtet worden.

Viel weniger bekannt wurde in der Öffentlichkeit eine im letzten Moment verhinderte Steuergeld-Affäre, die nicht weniger abenteuerlich gewesen wäre – hätte die Öffentlichkeit nicht rechtzeitig Wind davon bekommen.

Martin S. Lambeck berichtete darüber am 11. März 1993 im »Hamburger Abendblatt« folgendes unter der Überschrift »Nur ein Hauch von Amigo«: »Das hätte so eine schöne Osterreise des Bundesratspräsidenten Oskar Lafontaine werden können! Die Dienstvisite sollte ihn vom 28. März bis zum 7. April nach Bolivien und Argentinien führen. Schade nur, daß die lästigen Journalisten von der Lust-Tour Wind bekamen. Sie fanden heraus, daß die Bundesrats-Delegation außergewöhnlich klein ausfallen sollte. Genauer gesagt bestand sie aus Oskar Lafontaine, seiner Lebensgefährtin Christa Müller, zwei Leibwächtern, einer Mitarbeiterin aus der Staatskanzlei Saarbrücken sowie einem Vertreter des Bundesrates. Für den Ratspräsidenten und Frau Müller war auf den Linienflügen Erste Klasse gebucht. Zunächst hieß es in der Pressestelle des Bundesrates, das sei ein »ganz normaler Besuch«. Lafontaine erwidere die Visite des argentinischen Staatspräsidenten aus dem Jahre 1986. In der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires wollte Lafontaine die Altstadt, das wundervolle Antiquitätenviertel und den Flohmarkt sowie das Hafenviertel besuchen. Gute Essen waren eingeplant – eines davon bei einer Tango-Show. Politik sollte es auch geben: Die Botschaft hatte einen

Empfang und einige Gespräche organisiert. Ein Termin mit Staatspräsident Carlos Menem platzte. Dafür hatte die Deutsche Botschaft in Buenos Aires alle Hände voll zu tun, um einen besonderen umweltpolitischen Aspekt der Reise zu gestalten: Lafontaine wollte die 72 Meter hohen Wasserfälle von Iguazu besichtigen und von da aus gleich nach Bolivien weiterreisen. Um dies zu ermöglichen, mußte ein Wasserflugzeug beschafft werden. Ähnlich wie in Argentinien hatte auch das bolivianische Programm eher touristischen Charakter: Eine Fahrt zum Titicaca-See, viel Kultur und ein paar politische Gespräche waren vorgesehen.

Irgendwann muß der Saarländer dann selbst den Hauch von Amigo bemerkt haben, der auf der Fahrt lastete. Er sagte die Tour ab.

Die Schuld erhielt die Botschaft in Buenos Aires: Sie habe die Reise unzureichend vorbereitet, hieß es. Der Steuerzahler wird es zu danken wissen.« Soweit das »Hamburger Abendblatt«.

Grobe Überrechnung: Die geplante Vergnügungsreise – etwas anderes war es nicht – hätte rund 200 000 Mark gekostet.

Man stelle sich einmal das Geschrei linker Genossen vor, wenn bekanntgeworden wäre, daß ein reicher Privatmann solch eine Reise mit so ungeheuren Geldausgaben aus eigener Tasche finanziert hätte. Das Elend der gesamten Welt wäre beschworen worden. 11844 Mark – soviel kostet allein ein First-Class-Ticket der »Lufthansa« von Frankfurt nach Buenos Aires. Zusätzlich die Kosten für Lafontaines »Lebensgefährtin«, die er inzwischen heimlich geheiratet hat.

Ähnliche Geldsummen gaben eigentlich nur gekrönte Häupter zur Finanzierung ihrer Konkubinen aus. Aber bei

Sozialisten ist das normal. Mich reizt ein Vergleich. In Lettland zum Beispiel bekommen Rentner umgerechnet rund dreißig Mark Rente im Monat. Von einem Lafontaine-Flugticket allein hätte man einer Rentnerin dort für etwa 33 Jahre die Pension zahlen können. Wieso stellt eigentlich niemand solche Rechnungen auf? 6000 Mark für den Leibkoch, dicke Pensionen, die sich »Normalsterbliche« im ganzen Leben nicht erarbeiten können, Luxusreisen . . . Geld spielt keine Rolle. Man hat es ja. Der Staat als Selbstbedienungsladen für Politiker, die das Geld rausschmeißen wie betrunkene Seeleute ihre Heuer. An der Spitze Lafontaine. Und der will Wirtschafts- und Finanzminister werden. Armes Deutschland.

Als Lafontaines unrühmliche Rotlichtaffäre Schlagzeilen machte, schrie er Zeter und Mordio, sprach von »Schweine-Journalismus« und fragte, ob Politiker in dieser Republik noch einen »Mindestehreenschutz« haben. Es ist seltsam, wenn »rechte« Politiker diffamiert und durch die öffentlich-rechtlichen Medien herabgewürdigt werden – dann ist das völlig normal. »Pressefreiheit« heißt es dann. Keiner darf daran rütteln. Wenn ich mir all die unwahren Berichte über mich in den Medien zu Herzen nehmen würde . . . ich müßte von »Super-Schweinejournalismus« reden. »Ehreenschutz« für konservativ denkende Journalisten oder Politiker – wir sind weit entfernt davon. Erlaubt ist was gefällt. Je dreister die Lügen, desto besser. Schließlich muß die Nation vor »rechtsradikalen Gewalttätern« geschützt werden.

»Links reden – rechts leben.« Wie auf so viele Sozialisten: Auf Lafontaine trifft dieser Spruch hervorragend zu. Was für ein fabelhafter Gourmet der Genosse in der Tat ist, belegt eine Reportage in »BILD am SONNTAG«



Frech wie Oskar: Nachdem Lafontaine beim Zuviel-Abkassieren von 228 000 Mark Pension erwischt wurde (mit 48 Jahren!), präsentierte er eine Grafik, die seine Einkünfte darstellte.

Oskars Botschaft: Alle Vorwürfe sind ungerecht. Warum er dann wohl zurückzahlte?

vom 18. Juni 1989: »... Der Kellner macht sich die Arbeit, zum Bavette-Fleisch einen 86er Beaujolais zu empfehlen. Flugs zieht Lafontaine ein Kärtchen des Wein-schmeckern bekannten Savour-Clubs aus der Tasche und bemerkt mit Blick darauf: »Der 86er Beaujolais ist dünn – ob das Haus nicht einen 88er oder 85er feilbiete.« Nein, aber ein 83er Chianti sei zu empfehlen. . .«

So lebt ein Genosse, der sich angeblich um das Wohl der Arbeiter sorgt. Interessant, was die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« im Mai 1988 unter der Überschrift »Lafontaine wie er leibt und lebt« schrieb:

»Was Oskar Lafontaine recht ist, scheint vielen seiner Genossen noch längst nicht billig zu sein. Weder der Koch für seine Bonner Botschaft mit mehr als 6000 Mark Monatsgehalt, noch die 17-Millionen-Villa für das arme Saarland in Paris, noch sein jüngstes, 36 Mark kostendes Buch. Da sich SPD-Mitglieder von ihren parteilosen Mitbürgern wenig unterscheiden, können auch sie sich unter einem Koch, einer Villa und einem Buch mehr vorstellen, als unter Lafontaines Varianten der Politik. Manche sagen: Links reden und rechts leben.

Aber Lafontaine ist um Antworten nie verlegen. Als er nach dem Koch gefragt wurde, der in der saarländischen Landesvertretung eine bessere Anrichte zu verwalten hat und bisher als Küchenchef eines Saarbrücker Feinschmecker-Restaurants wirkte, ob er mit dieser Stelle nicht zwei arbeitslose Köche beschäftigen könnte, erwiderte er: »Dieses Problem ist strukturell und nicht personnel zu lösen.«

Und die Villa in Paris? Sie war zwar teuer, da sie aber im Jahr eine Million Mark Mieteinnahmen bringen soll, habe sie sich bald bezahlt gemacht. Die anderen Länder-

politiker schauen halb neidisch, halb amüsiert zu. Bayerns Bevollmächtigter in Bonn, Freiherr von Waldenfels, meinte: ›Das ist für uns kein Grund, eine Villa in London zu kaufen.<

Das Buch? Auch hier ist Lafontaine der beste Verkäufer seiner selbst, was nicht allen Genossen gefällt. Der oberfränkische Abgeordnete Bächler hat deshalb an den Vorsitzenden Vogel geschrieben: ›Vielen Genossinnen und Genossen sind die 36 Mark, die das Buch in den Buchhandlungen kostet, viel zu viel Geld.< Natürlich verstehe er Lafontaine und andere Autoren wie Egon Bahr, die auf ihre Honorare nicht verzichten wollen und sollen. Aber wenn sich ein Präsidiumsmitglied äußere, könnte dann nicht den SPD-Mitgliedern das ›kostbare Privileg< gegeben werden, ›besser, billiger und schneller< als der Rest der Bevölkerung informiert zu werden? ›Warum wird nicht im Parteivorstand ein billiges Broschüren-Exemplar gedruckt?<

Vogel gab den Brief an Lafontaine weiter, der darüber nicht erschrak. Die Anfragen wegen verbilligter Buchexemplare und Kopien häuften sich. ›Mir fällt es außerordentlich schwer, insbesondere dann, wenn sich Arbeitslose, Schüler und Studenten melden und um Sonderkonditionen bitten, ihnen abschlägig antworten lassen zu müssen.< Aber: Auch ein stellvertretender SPD-Vorsitzender müsse die Möglichkeit haben, ›sich mit seinen Ideen über das zentrale Medium, das es nun einmal in diesem Bereich gibt, nämlich das Buch, an alle interessierten Menschen zu wenden. Diese Form unterliegt selbstverständlich gewissen Regeln der vertraglichen Einkünfte, denen auch ich mich nicht entziehen kann.< Lafontaine wie er lebt und lebt.«

Es wird niemand verwundern, daß ich mich über diesen Punkt besonders aufrege. Ich bekomme täglich Anfragen, in denen ich um verbilligte Bücher von mir gebeten werde. Alte Menschen mit geringer Rente, Studenten, Soldaten, Schüler. Die Vorstellung, solchen Menschen ihre Bitte nicht zu erfüllen – für mich ist das schier unbegreiflich. »Herzlos« und »Kassemachen« – anders kann ich Lafontaines Verhalten nicht bezeichnen. Vielleicht muß man Sozialist sein, um das zu begreifen und so zu handeln. Von wegen ein Herz für kleine Leute. Richtiger wäre wohl »Ein Herz für die eigene Brieftasche«. Auf kaum einen Sozialisten trifft das besser zu als auf Lafontaine.

Der »Wirtschaftsspezialist« Lafontaine

So gut Lafontaine ist, wenn es um das Aufbessern der eigenen Kasse geht – so schlecht ist er, wenn der Möchtegern-Finanz- und Wirtschaftsminister im Saarland für wirtschaftlich bessere Verhältnisse sorgen soll. Ich nehme da überhaupt kein Blatt mehr vor den Mund. Lafontaine ist wirtschafts- und finanzpolitisch eine ausgesprochene Flasche, ein Amateur und Abenteurer, dem man noch nicht einmal die Kasse eines provinziellen saarländischen Fußballvereins anvertrauen dürfte. Wirklich ein Großmaul. Sehen wir uns einmal die nüchternen Zahlen an: Oskar Lafontaine an der Macht – viel versprochen, wenig gehalten. Die Bilanz der Regierung Lafontaine ist eine Bilanz der Minusrekorde. Die Bilanz ist negativ. Das Saarland ist für Oskar Lafontaine nur eine Zwischenetappe auf dem Weg nach Bonn. Politische Defizite, Skandale und nicht eingehaltene Versprechen sind das Kennzeichen Lafontainischer Politik im Saarland.

Dabei greift die Bundesregierung dem Saarland finanziell stark unter die Arme. Bonn zahlte zwischen 1983 und 1986 520 Millionen Mark an direkten Finanzhilfen für Saarstahl; an Saarberg in den letzten Jahren 712 Millionen Mark. Außerdem gewährt der Bund dem Saarland Finanzhilfen für strukturverbessernde Maßnahmen von 300 Millionen Mark. Von 1980 bis 1986 hat die Landesregierung Bundesmittel in Höhe von 4,871 Milliarden Mark erhalten. Damit nimmt das Saarland eine Spitzenposition unter den Bundesländern ein (vgl. »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 10. Juli 1987).

Aber Oskar Lafontaine interessiert die Hilfe aus Bonn überhaupt nicht. Anfang Dezember 1988 reiste er, statt

der Einladung von Bundeskanzler Helmut Kohl zu einem Gespräch über die Erhöhung des Kohlepfennigs und die geplante Übertragung des Revierausgleichs auf die Kohleländer zu folgen, lieber zu einer Firmenveranstaltung in die Schweiz. Ein Vortrag über »Kommunikation gleich Kulturverlust« war ihm bedeutsamer als der Meinungsaustausch über ein Thema, das für das Saarland geradezu lebenswichtig ist.

Die Politik von Lafontaine ist schon bankrott, kaum daß sie begonnen hat. Lafontaine versäumt heute zukunftsweisende Investitionen für morgen. Das Saarland hätte heute bei einer richtigen Politik die Möglichkeit, eine Zukunftsregion in der Mitte Europas zu werden. Lafontaine aber flickt Löcher, statt in die Zukunft zu investieren. Er gestaltet nicht die Zukunft, sondern paßt sich opportunistisch an. Die SPD-Regierung ist heute ein Mühlstein am Hals der Zukunft des Saarlandes. Von den Versprechungen Lafontaines vor der letzten Landtagswahl ist nichts geblieben: Im Umweltschutz, z. B. bei der Müllbeseitigung, steht das Saarland heute nicht besser, sondern schlechter da. Das Urteil nach fünf Jahren Regierung Lafontaine ist: die Bilanz ist negativ.

1. Minusrekord: Mehr Schulden

Heute ist das Saarland der am höchsten verschuldete »westliche« Flächenstaat. Nach einer Mitteilung des Statistischen Landesamtes stieg das Defizit des Landeshaushaltes allein im Jahr 1987 um 10,4 Prozent auf 9,1 Milliarden Mark (»Stuttgarter Nachrichten«, 7. September 1988). 1988 übersteigt die Pro-Kopf-Verschuldung die Höhe von 10000 Mark pro Bürger (vgl. »Spiegel«, 7. März 1988). Bis 1991 sollen die Schulden nach der mit-

telfristigen Finanzplanung der Regierung Lafontaine um weitere rund 25 Prozent auf 12,7 Milliarden Mark ansteigen. Selbst der Finanzminister Lafontaines, Hans Kasper, sprach von einer »bedrohlichen Lage der Landesfinanzen« (»Saarbrücker Zeitung«, 4. Dezember 1987).

2. Minusrekord: Weniger Wirtschaftswachstum

Diese Politik auf Kosten der kommenden Generation findet ihre Entsprechung im absoluten Mißerfolg in der Wirtschaftspolitik. Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts lag 1986 um 27 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt; 1987 fiel das Saarland bereits über 31 Prozent hinter die anderen Bundesländer zurück (vgl. dpa, 17. Februar 1988).

Auch im Außenhandel führt die SPD-Wirtschaftspolitik zu Minusrekorden. In den ersten 10 Monaten des Jahres 1986 ging der saarländische Außenhandel um 6,2 Prozent zurück (vgl. »Saarbrücker Zeitung«, 10. Februar 1987).

3. Minusrekord: Mehr Arbeitslosigkeit

Daß die Zahl der Arbeitsplätze unter diesen Bedingungen nicht zunimmt, sondern abnimmt, kann nicht verwundern. Im Gegensatz zu Zeiten von CDU-Regierungen werden im Saarland unter Oskar Lafontaine Dauerarbeitsplätze nicht neu geschaffen, sondern fallen weg (vgl. »Saarbrücker Zeitung«, 20. Dezember 1987).

1987 hatte das Saarland die niedrigste Beschäftigtenzahl seit der Eingliederung in die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1957. Die Arbeitslosenquote betrug 13,3 Prozent und liegt damit um über 4 Prozent über dem Bundesdurchschnitt (vgl. »Spiegel«, 7. März 1988).

4. Minusrekord: Verschwendung statt Politik für die kleinen Leute

Nur bei der Verschwendung von Steuergeldern ist Oskar Lafontaine Spitze. Wenn es um den eigenen Arbeitsbereich geht, ist er auch in der Lage, neue Stellen zu schaffen. Während Wohnungsbaudarlehen im ganzen Land gekürzt oder abgeschafft wurden, während innerhalb von zweieinhalb Jahren 36 Grund- und Hauptschulen und vier Krankenhäuser geschlossen wurden, stieg die Zahl der Bediensteten in Lafontaines Staatskanzlei um 42 Prozent (vgl. »Spiegel«, 7. März 1988). Die saarländische Landesvertretung in Bonn stellte einen Koch mit mehr als 6000 Mark Monatsgehalt ein. Die Frau des Kochs, eine Duzfreundin von Oskar Lafontaine, erhielt dort ebenfalls eine Stelle (»Münchner Merkur«, 24. Oktober 1987). Lafontaines Kommentar dazu: »Ein Spitzenkoch leistet mehr als mancher Sesselfurzer« (»Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 6. Mai 1988).

Um den Repräsentationswünschen des Ministerpräsidenten nachzukommen, veranlaßte die Landesregierung außerdem den Kauf einer Villa in Paris für 17 Millionen Mark (vgl. »FAZ«, 6. Mai 1988). Für sich schafft Lafontaine Arbeitsplätze, für das Saarland nicht.

5. Minusrekord: Umweltpolitik – Müllexport statt Müllvermeidung

Besonders augenfälliges Beispiel für die Konzeptionslosigkeit der Regierung Lafontaine ist ihre Umweltpolitik. Als eine ihrer ersten Taten stoppte die Regierung die Errichtung einer geplanten Müllverbrennungsanlage. Statt dessen wurde der Müllexport nach Frankreich verstärkt. Heute schafft das Saarland fast die Hälfte des anfallenden



Rotlicht-Affäre, Pensions-Skandal, »private« Dienstlustreisen: In Italien wird schon gegen Hunderte Politiker aus ähnlichen Gründen ermittelt. Auch Lafontaines Bergarbeiter-Hemd könnte an gestreifte Gefängniskleidung erinnern. Doch der Lebemann mußte trotz aller Affären noch nicht einmal zurücktreten.

Mülls, nämlich 250 000 von 560 000 Tonnen, über die von Umweltminister Jo Leinen als »Giftgrenze« bezeichnete Grenze nach Frankreich (nach: »FAZ«, 18. März 1987; vgl.: auch »Rheinische Post«, 15. August 1987).

Sehr spät erst hat die SPD-Landesregierung eingesehen, daß Müllexport keine Umweltpolitik, sondern Unsolidarität mit dem französischen Nachbarn ist: Jetzt soll doch eine Müllverbrennungsanlage gebaut werden.

Ein Beispiel für den Kompetenzwirrwarr in der Landesregierung war das Fischsterben an der Saar Ende Juli 1986. Tote Fische wurden zu Zigtausenden an die Ufer geschwemmt. Bis heute gibt es keine endgültige Aufklärung über die Straftäter (vgl. dpa, 5. August 1986). Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) nannte die verschleppte Aufklärungsarbeit eine »unentschuld-bare Schlamperei sondergleichen« (»Welt«, 31. Juli 1986).

Die Abwässer der Industriestadt Völklingen gehen immer noch zu 75 Prozent ungeklärt in die Saar. Die Abwässer der Landeshauptstadt Saarbrücken, in der Oskar Lafontaine bis 1985 Oberbürgermeister war, werden nahezu vollständig ungeklärt in den Fluß geleitet (vgl. »Rheinische Post«, 15. August 1987).

6. Minusrekord: Nicht mehr Rechtsschutz, sondern Handschellen für die Polizei

Für Oskar Lafontaine geht offensichtlich Täterschutz vor Opferschutz. Die Innenpolitik seiner Landesregierung ist ein Beispiel dafür, wie die polizeiliche Suche nach Verbrechern bestmöglich verhindert werden kann.

So schafft das Saarland z. B. keine Lesegeräte für die am 1. April 1987 neu eingeführten computerlesbaren und fäl-

schungssicheren Personalausweise an, da dies angeblich ein »Klima des anonymen Mißtrauens« in der Bevölkerung schaffe (Innenminister Friedel Läßle; nach: dpa, 8. April 1987). Das erschwert nicht nur die Verbrechensbekämpfung. Bei Routinekontrollen wird zudem der unbescholtene Bürger länger warten müssen, bis festgestellt worden ist, daß nicht nach ihm gefahndet wird.

Außerdem will das Saarland die Rasterfahndung stark reduzieren. Die Rasterfahndung hat sich in der Vergangenheit als ein wirksames Instrument bei der Verfolgung von Terroristen erwiesen. Die rechtlich einwandfreie Regelung des finalen Rettungsschusses soll ebenfalls unterbleiben. Auch in Zukunft will die Regierung Lafontaine lieber die Verantwortung über den Schußwaffeneinsatz auf den Polizeibeamten vor Ort abschieben, anstatt sie selbst zu tragen (vgl. »Spiegel«, 7. März 1988).

Die Bilanz ist negativ.

Die Kommentare der Presse

Oskar Lafontaine hat sein Amt als Ministerpräsident nicht zum Wohle des Saarlandes genutzt. Die Kommentatoren der Zeitungen vermissen genauso wie Gewerkschaften und Verbände eine erfolgreiche Politik seiner Regierung:

»Wen auch immer man fragt, die Antwort ist immer gleich: Die Probleme des Saarlandes sind geblieben; nach Jahren ist nicht zu erkennen, daß die sozialdemokratische Regierung auch nur Ansätze zur Lösung wenigstens einiger Probleme erarbeitet hätte.« . . . »Manches an der Saar erinnert an Nordrhein-Westfalen. Nicht nur die Themen Kohle und Stahl, sondern auch der Strukturwandel. Hier wie dort bremsen die Landesregierungen eher den Wan-

del, der aber nicht aufzuhalten ist. Hier wie dort werden ansiedlungswillige Unternehmen nicht motiviert, sondern sie müssen eher fürchten, als ›Kapitalisten‹ unwillkommen zu sein. Das hat wohl dazu beigetragen, daß im Saarland die Zahl der Arbeitsplätze um 900 zurückgegangen ist, während sie im übrigen Bundesgebiet um einige hunderttausend gewachsen ist« (»Rheinische Post«, 15. August 1987).

»Aufwärts geht es an der Saar noch nicht« (»FAZ«, 26. August 1987).

»Wo bleiben Deine beschäftigungspolitischen Taten, wo Du als Arbeitgeber selbst Beispiele setzen könntest?« (Monika Wulf-Matthies in einem Schreiben an Lafontaine, »Handelsblatt«, 11. März 1988).

Außerhalb des Saarlandes hatte sich Lafontaine nie engagiert. »Ich bin ein Provinz-Onkel«, sagte er einmal. Damals und später immer wieder beteuerte er: »Ich will im Saarland bleiben. Ich habe keine anderen Ambitionen.« Bei dieser Behauptung blieb er. Im Januar 1986 erklärte er in einem Interview mit der »Saarbrücker Zeitung«: »Ich werde meiner Partei nicht als Kanzlerkandidat für die Bundestagswahl 1990 zur Verfügung stehen. Diese Entscheidung ist unwiderruflich.«

Im »Spiegel« sagte er: »Ich sage es jetzt zum hundertsten Male, auch wenn's immer noch niemand glaubt: Ich bin nicht an höheren Weihen interessiert.«

Aber was kümmerte ihn sein Geschwätz von gestern? Kein anderer Politiker ist so geschmeidig, so opportunistisch wie Lafontaine: Bei den Arbeitern der Arbeiter-
sohn, bei den Intellektuellen der humanistisch Gebildete, für die Wirtschaft der Diplom-Physiker und fürs fromme Volk der katholische Internatszögling. Kein Mäntelchen,

das er nicht in den Wind dreht. Kein Fettnäpfchen, in das er nicht tritt. »Mut zum falschen Zeitpunkt«, so bekennt Lafontaine freimütig, »ist eine Frage der Dummheit.« Bezeichnend, was Parteifreund Hans Apel vor der letzten Bundestagswahl über Lafontaine sagte: »Vor zwei Jahren hätte ich selbst noch gesagt, Lafontaine ist der richtige Kanzlerkandidat. Der bewegt wenigstens etwas, im Gegensatz zu Vogel. Aber heute sehe ich in Lafontaine nur noch einen, der seinen eigenen Vorteil sucht, der nur noch seinen Machthunger stillen will. Aber Politik hat ja auch was mit Moral zu tun.«

Lafontaine und die Macht – ein besonders entlarvendes Kapitel. »Lafontaine ist verliebt in die Macht«, schrieb die »Frankfurter Allgemeine« im Juni 1987. »Macht ist das Wort, das in diesem Gespräch am häufigsten fällt«, meinte das »Zeitmagazin«.

Andere nennen Lafontaine den Machiavelli von der Saar. Doch der Vergleich mit dem italienischen Politiker und Geschichtsschreiber (1469–1527), der propagierte, daß die Staatsraison jede Treulosigkeit und jedes Verbrechen rechtfertige, hinkt sehr. Das stellte auch der »Spiegel« fest: »Oskar, der Wundermann, ist beim ersten Anlauf zu kurz gesprungen. Zum richtigen Machiavell fehlen ihm noch ein paar Karat, und zum großen Volkstribun noch ein paar Jahresringe. Er kann den Königsmantel, den er sich schon umgeworfen hatte, vorerst wieder ablegen.«

Wenn man es freundlich formulieren will, würde man sagen, Oskar Lafontaine liebt nichts mehr, als wenn die Menschen ihn umschmeicheln. Jahrelang freute er sich, wenn die Säle bei seinen Veranstaltungen überfüllt waren. »Wie bei den Beatles«, sagte er dann lachend. Inzwischen ist ihm diese Freude nicht mehr gönnnt.

Richtig ist: Lafontaine weiß, wie er sprechen muß, um den Massen zu gefallen. »Meine Popularität«, sagte er einmal, »läßt sich nicht mehr steigern.« Aber die Methoden, die er anwendet, um zu gefallen, sind unseriös, ja demagogisch. Szene aus einer seiner Wahlkampfveranstaltungen.

Wenn Kleine auf Kleine schießen

»Ja richtig!« rufen die Zuhörer ihm zu, und er holt Luft zum Austeilen. Erst imitiert der 1,70-Meter-Mann Blüm (1,67 Meter), den »netten Kleinen mit der Nickelbrille«, der, wenn man ihm nur beweist, daß er etwas Falsches behauptet hat, »noch kleiner wird, als er ohnehin schon ist!« Ein Hüne unter den Zuhörern grinst: »Wenn kleine Männer auf Kleine schießen . . .«

Dann haut Lafontaine auf die Saarland-CDU ein: »Wenn Lügen kurze Beine hätten, dann könnten die unterm Teppich Fallschirmspringen.« Er spottet über Kohl: »Er spricht Familie wie Vanillie aus.«

»Manchmal erinnert Lafontaine seine Umgebung an den kleinen Häuptling von damals, den er so gerne spielte«, findet die Illustrierte »STERN«. »Politik muß auch Spaß machen, und ein bißchen Krawall gehört schon dazu. Da wirkt er dann wie aus einer Fabelwelt entsprungen, Peter Pan, der Junge, der nicht erwachsen werden will und doch die Welt der Großen aufmischt.«

Um »die Welt der Großen« aufzumischen, greift Lafontaine gerne zu schreierischen Mitteln. Beim SPD-Partei-tag in Berlin Ende 1989 verstieg er sich zu der Formulierung: »Im nächsten Jahr seien die Konservativen ›zu jagen, ja zu jagen.«« Und die Genossen beklatschten ihn. Ein Leser aus Hamburg schrieb daraufhin an »Die Welt«: »Menschen wurden in der DDR gejagt, in China, in Rumänien, und Oskar Lafontaine, der Anwärter der SPD auf das Bundeskanzleramt, klappt das ›Wörterbuch des Unmenschen‹ auf. Es ist unfassbar. Die Öffentlichkeit sollte es zur Kenntnis nehmen. Vor diesem Mann, der den politischen Gegner jagen will, muß gewarnt werden.«

Und ein Bremer Leser zum selben Thema: »Mit einem von wenig Sachkenntnis zeugenden, bombastisch demagogischen Wortgetöse brachte es wieder einmal der profilierungssüchtige, machthungrige SPD-Vize Lafontaine fertig, daß selbst besonnene SPD-Mitglieder auf dem Parteitag in Berlin seiner Kanzlerkandidatur zustimmten. Noch vor wenigen Monaten gehörte er mit zu den Befürwortern der DDR-Staatsbürgerschaft und des SED-Regimes, ja, er hofierte den damaligen Staatsratsvorsitzenden Honecker während seines Besuches im Saarland. Heute möchte die SPD diese Verbindung totschweigen. Sie lehnt es strikt ab, überhaupt auch nur mit einem Vertreter der noch Amtierenden zu sprechen. Das ist in meinen Augen schwierigste Wahlkampfaktik und gibt uns einen Vorgeschmack auf das, was uns erwartet, wenn die SPD unter Lafontaine ans Ruder käme . . .«

Selbst der Lafontaine-freundliche »Stern« zitierte ein Mitglied der Fraktionsspitze der SPD, das formulierte: »Oskar ist der bessere Kanzlerkandidat. Vogel wäre der bessere Kanzler.« Und die Ansicht eines Mannes aus der Führungsetage einer SPD-Landesregierung haut in dieselbe Kerbe: »Ich halte Lafontaine für gänzlich ungeeignet als Regierungschef.«

Nun ja – das Thema Lafontaine als Kanzler hat sich inzwischen von allein erledigt. Ich frage mich nur, welcher Teufel die SPD geritten haben muß, als sie den ehemaligen »Kanzlerkandidaten« in einen »Superminister-Kandidaten« für Wirtschaft und Finanzen verwandelte.

Politische Moral und politische Prognosen. Ein besonders interessantes Kapitel bei Lafontaine. Am Beispiel Honecker läßt sich das hervorragend aufzeichnen.



Genossen unter sich: Spitzen-Sozis wie Oskar Lafontaine gaben sich bei Diktator Erich Honecker die Klinke in die Hand. Der saarländische Ministerpräsident wollte die »DDR«-Staatsbürgerschaft anerkennen.

Der 12. März 1987 war ein sonniger und kalter Vorfrühlingstag. Die Frühnachrichten in beiden Teilen Berlins meldeten die erfolgte Wahl von Bundeskanzler Helmut Kohl in Bonn und den Besuch des saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine in der »DDR«. Über den Kanzler berichteten viele Medien nur widerwillig – über Lafontaine berichteten sie gern.

Während der Staatsgast aus dem Saarland im Schloß Niederschönhausen im »DDR«-Gästehaus beim Frühstück saß, hackte eine Arbeiterkolonne von der VEB-Stadtwirtschaft die letzten Eisreste auf der alten Prachtstraße Unter den Linden vom Bürgersteig des ehemaligen Kronprinzessinnen-Palais. Wenn dort um 12.30 Uhr die Staatslimousinen vorfahren würden und Gastgeber und Besucher sich zum Mittagessen trafen, mußte alles propper sein . . .

Lafontaine und die »DDR«

Lafontaine und die »DDR« – ein ganz besonderes Kapitel. Kein anderer westdeutscher Politiker (vielleicht noch Gerhard Schröder) hat sich so um Honecker bemüht wie Lafontaine. Keinem anderen Politiker hat das SED-Regime so gedankt: Das Parteiorgan »Neues Deutschland« erkor den Saarländer regelrecht zu seinem Liebling. So kommentierte die Hamburger »Zeit« (der man wirklich kein konservatives Lustgejubil vorwerfen kann): »Mit fünf Oskars auf der Titelseite hat ›Neues Deutschland‹ einen Rekord aufgestellt. Im Rahmen der deutsch-deutschen Polit-Festspiele in Berlin und Leipzig ließ Erich Honecker seinem Landsmann Oskar Lafontaine die höchste Auszeichnung zuteil werden. Der SPD-Politiker in der Rolle des saarländischen Kurfürsten bekam die Titelseite des SED-Zentralorgans exklusiv reserviert. Fünf Fotos (drei mit Honecker, zwei ohne) von Lafontaine und eine zwei mal siebenspaltige Schlagzeile verdrängten alle anderen Nachrichten von der ersten Seite; auch die zweite Seite war noch zur Hälfte dem Gast gewidmet. Nie zuvor hatte bisher das SED-Blatt für einen westdeutschen Politiker die Trommel so gerührt wie für Oskar. Nach diesem Wirbel blieben den anderen Bewerbern um Honeckers neue Friedenspalme . . . nur noch die zweiten Preise beim SED-Festival.«

Soweit die »Zeit« am 19. März 1987. Dies war bereits die zweite Reise Lafontaines zu seinem saarländischen Bruder Erich Honecker. Sechsmal haben die beiden einander gesehen. Das internationale »Munzinger-Archiv« nennt – wie denn auch sonst – diese Begegnungen »Auslandsreisen«.

Die erste Reise war gleich die spektakulärste. Denn der in den sensiblen Ost-West-Fragen unerfahrene Senkrechtstarter von der Saar patschte in einen Fettnapf, der auch im Ausland die Wellen hochwirbelte. Er sagte nämlich: »Wenn man tatsächlich einen normalen Reiseverkehr will, dann wird man irgendwann in der Frage der Staatsbürgerschaft so entscheiden müssen, daß man eben die Staatsbürgerschaft anerkennt . . .«

Im Klartext hieß das: Lafontaine war bereit, auf das zu verzichten, wofür Hunderte im Osten ihr Leben gelassen hatten: Bürger der Bundesrepublik, Deutsche sein zu dürfen. Mit einem demagogischen Satz verwarf Lafontaine, was unsere Väter ins Grundgesetz geschrieben hatten – ob aus Flensburg oder Gera, aus Freiburg oder Rostock – jeder hat das Recht, deutscher Staatsbürger zu sein.

Natürlich gefiel dem SED-Regime diese Position des forschenden Mannes von der Saar. »Neues Deutschland«, 14. November 1985: »Schon unmittelbar nach der Begegnung mit Erich Honecker erklärte Oskar Lafontaine vor dem Staatsrats-Gebäude gegenüber Journalisten, er komme mit einem sehr guten Eindruck aus dem Gespräch.«

Einen Tag später berichtete das Zentralorgan über Hermann Axen, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, und Lafontaine: »Axen und Lafontaine unterstrichen die geschichtliche Verantwortung, die die beiden im Herzen Europas gelegenen deutschen Staaten für die Bewahrung des Friedens und die Beseitigung der Gefahr eines neuen, die Menschheit vernichtenden Weltkrieges tragen.«

Lassen wir einen Augenzeugen jenes Besuches zu Worte kommen, den Korrespondenten der Nachrichtenagentur

AP, H.-R. Karutz: »Ganz im Sinne Honeckers spielte der mit frischen Teint und glänzenden Augen seinen ersten großen nationalen Auftritt absolvierende SPD-Politiker den bevorstehenden Besuch des SED-Chefs in der Bundesrepublik herunter: ›Spekulationen zum unnötigen Zeitpunkt halte ich für völlig falsch‹, sagte Lafontaine in seiner Residenz. Die ›Aktuelle Kamera‹ Ost-Berlins schickte diese Aussage in alle Wohnstuben der Republik.«

Der AP-Korrespondent weiter: »Schließlich erwies sich Lafontaine für seine Gastgeber noch auf einem weiteren Feld, dem sensiblen Umgang zwischen Ost-Berlin und Moskau, als guter Interpret: Auf eine Frage des DDR-Fernsehens über die Genfer Gipfel-Chancen und Beiträge Europas dazu, lobte er indirekt Honeckers Einfluß-Versuche auf die Russen.

Als der wohlgelittenste »DDR«-Weltgast dieses Jahres vor dem Staatsrat vorfuhr, wehten die Klänge preußischer Präsentiermärsche herüber: Er kam zur Stunde der allwöchentlichen traditionellen Wachparade vor Schinkels ›Neue Wache‹. Honecker hatte sich für seinen Landsmann (›Ich heiße Sie herzlich willkommen‹) eine Begrüßungszeremonie ausgedacht, die unter dem Brandt-Protokoll, aber weit über dem Empfang für Ex-Bundeskanzler Schmidt 1983 lag. Honecker kam Lafontaine vor dem Sitzungssaal entgegen. Drinnen im Saal nahm Lafontaine stolz auf dem Sessel Platz, den im Juni noch Frankreichs Premier Laurent Fabius eingenommen hatte . . .«

Die Reise war trotz Jubels und Fanfarenklang ein Flop. Was blieb, war Lafontaines Fettnäpfchen-Satz von der »Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft«. Der damalige Kanzleramts-Minister Wolfgang Schäuble warf Lafontaine vor, mit seinen Äußerungen die Grundlagen der

gemeinsamen Deutschland-Politik völlig verlassen zu haben. Wer menschliche Erleichterungen wie Verbesserungen im Reiseverkehr mit einer Anerkennung der »DDR«-Staatsbürgerschaft in Verbindung bringe, schade den Interessen der Menschen, sagte Schäuble der »Neuen Osnabrücker Zeitung«. »Solche fundamentalen Zugeständnisse, die eine Abkehr von der Rechtsposition der Bundesrepublik bedeuten würden, gefährden den gesamten Prozeß, bei Offenhalten der deutschen Frage Schritt für Schritt humanitäre Erleichterungen zu erreichen.« Er stellte sich die Frage, ob der saarländische Regierungschef den Vorreiter für die Durchsetzung von Positionen spielen wolle, die bisher nicht einmal der »DDR«-Staats- und Parteichef Erich Honecker vertreten habe . . .

Der nächste Besuch Oskar Lafontaines beim Genossen Honecker wurde noch mehr gefeiert, erregte noch mehr Aufmerksamkeit. Die Arbeiterkolonne hatte 1987 – wir erwähnten es vorher – gerade noch rechtzeitig die letzten Eisreste Unter den Linden weggefeigt. Kurz nach 9.30 Uhr war es dann soweit: Die Türen zu beiden Enden des langgestreckten Saals im Gebäude des Staatsrates am Marx-Engels-Platz in Ost-Berlin öffneten sich. Erich Honecker, dunkelblau gekleidet, ging zusammen mit Joachim Herrmann, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Herbert Weitz, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats und Minister für Wissenschaft und Technik, Frank-Joachim Herrmann, Staatssekretär und Leiter der Kanzlei des Vorsitzenden, sowie Günther Rettner, dem Abteilungsleiter des ZK der SED, auf die saarländischen Gäste zu.

Man begrüßte sich freundschaftlich und stellte sich gegenseitig die Begleitung vor. Dann bat Hausherr Erich



So sieht sich der Saar-Napoleon am liebsten: Er schmückt sich gern mit populären Stars wie hier mit Sänger Peter Maffay. Der Musiker trat im Wahlkampf 1990 mit vielen anderen linken Fernsehstars für Lafontaine auf. Motto: »Stimmen für Oskar«.

Honecker an den runden Tisch. Während die Fotografen herumsprangen, erkundigte sich der SED-Chef nach dem Besuch des Maffay-Konzerts, fragte launig, ob denn die Stühle heilgeblieben seien. Dann schlossen sich die Türen, und die Gesprächspartner waren unter sich.

Auf der gut besuchten Pressekonferenz, die Lafontaine abhielt, fehlte Otto Bräutigam, Staatssekretär von der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in der »DDR«. Offensichtlich war er verstimmt, daß das Pressegespräch nicht in seinem Haus stattfand. Lafontaine spielte seine Taktlosigkeit mit »organisatorischen Gründen« herunter. Nach 30 Minuten war das Frage-Antwort-Spiel zu Ende. Der Saarländer Oskar Lafontaine wollte den Saarländer Erich Honecker nicht warten lassen und eilte zum gemeinsamen Mittagessen ins Kronprinzessinnen-Palais Unter den Linden.

Die »Saarbrücker Zeitung« kommentierte Lafontaines Honecker-Besuch am 17. März 1987 wie folgt: »Nichts gegen Entspannung – die wünscht sich wohl jeder . . . Wenn dazu neue Wege einzuschlagen sind, dann ist daran nichts auszusetzen. Nur, Würde und Stil müssen bei solchem Tun ja nicht unbedingt geopfert werden.

Genau dieser Eindruck jedoch kann sich manch einem aufdrängen, bei Anblick der Prozession bundesdeutscher Politiker, die sich dieser Tage zu Erich Honecker nach Berlin und Leipzig drängelte. Sie machten dem SED-Chef nicht nur artig ihre Aufwartung, sondern setzten diesen einer geradezu inflationären Umwerbung aus. Die besten Absichten jedoch, verfallen sie erst einmal der Inflation, verlieren dabei an Wert. Warum, so muß man fragen, diese geradezu euphorische Hektik? . . .« Wen die Zeitung eigentlich meinte, daran gab es in der Woche des

Lafontaine-Besuches bei Honecker keinen Zweifel: ihren Ministerpräsidenten.

Im September 1987 durfte Oskar Lafontaine sich für die Gastfreundlichkeit, die er bei den Freunden in Ost-Berlin erfuhr, revanchieren: Erich Honecker besuchte Bonn. Wie herzlich das Verhältnis der beiden Saar-Genossen inzwischen geworden war, dokumentiert Lafontaines Tischrede am 10. September 1987 im Gästehaus der Dillinger Hütte in Dillingen:

»Sie, verehrter Herr Generalsekretär, kommen gerade aus Wiebelskirchen und Neunkirchen – Ihrer ersten Begegnung mit der Heimat seit 40 Jahren. Diese Begegnung wird Sie bewegt haben. Manches ist Ihnen wohl noch vertraut gewesen, das meiste allerdings dürfte Ihnen fremd geworden sein, so sehr hat sich in all den Jahren unsere Welt verändert . . .

Deutsche Demokratische Republik und Bundesrepublik verbindet nicht mehr nur ein enges Geflecht von zwischenmenschlichen, verwandtschaftlichen oder landsmannschaftlichen Beziehungen, die noch in unserer gemeinschaftlichen Geschichte wurzeln, hinzugekommen ist inzwischen ein neues Geflecht von wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen, die den unterschiedlichen Gesellschaftssystemen in beiden Staaten Rechnung tragen. Es gilt nach wie vor, die alten Beziehungen zu hegen und die neuen auszuweiten . . .

Meine Damen und Herren, zu einer friedlichen und vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik gibt es keine Alternative, wenn wir endlich zu einer wirksamen internationalen Abrüstung und einem dauerhaften Frieden kommen wollen. Darauf erhebe ich mein Glas.«

Im August 1988 war Lafontaine schon wieder bei Honecker. Und wieder war man herzlich miteinander, sogar noch herzlicher als zuvor.

Augenzeuge Alfred Schön von der »Saarbrücker Zeitung« am 19. August 1988: »Saarländisch kumpelhaft gibt sich der ›DDR‹-Staatsratschef im gedeckt grauen Anzug, als er Lafontaine, jugendlich hellgrau bekleidet, begrüßt. Zum sechsten Mal begegnen sich die beiden Politiker, und weitere Runden sollen folgen. Zuletzt hatte Honecker im Herbst 1987 das Saarland besucht. ›Ich war ja erst da‹, antwortete er locker einer Journalistin, die ihn fragt, wann er wieder ›hemm kommt‹.

Daß Honecker sich von der Journalisten-Schar ansprechen läßt, gilt als protokollarisch außergewöhnlich. Folklore und Volkstümlichkeit nach dem Motto Saarländer unter sich gelten, und die Berliner Todes-Mauer ist 80 Kilometer entfernt. Lafontaine hat ihn wieder an die Saar zum Gegenbesuch eingeladen. Ob er noch die Mundart seiner alten Heimat kennt? Honecker: ›Nadärlich‹.«

Die linke Tageszeitung »taz« bemerkte: »Oskar, 45, wirkte gutgelaunt, und auch sein saarländischer Blutsbruder Erich, 75, – er könnte sein Vater sein – war gut drauf.«

Erstaunlich war das politische Fazit, das Honeckers Lieblingsgast nach seiner Rückkehr mitbrachte. Es zeigt viel von Lafontaines politischem »Weitblick«, beweist, wie blauäugig der Mann von der Saar dem Mann aus Ost-Berlin Glauben schenkte. Lafontaine sagte, er habe bei seinem zweitägigen Besuch in der »DDR« den Eindruck gewonnen, daß die »DDR«-Führung geschlossener und selbstsicherer ist, als dies im Westen angenommen wird. »Honecker hält die Zügel fest in der Hand.«

Es war August 1988. Ein Jahr und drei Monate später fiel die Mauer . . .

Diese groteske Fehleinschätzung war der Höhepunkt in einer Kette von Irrtümern, Träumereien und Wunschvorstellungen, die sich im Kopf Lafontaines gebildet hatten. In einer ausführlichen politischen Analyse befaßte sich die wohl angesehenste politische Stimme in der Bundesrepublik mit Lafontaines Honecker-Aufwartungen – die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«. Sie kommentierte am 19. August 1988: »Während die Häufigkeit der Begegnungen des saarländischen Ministerpräsidenten mit dem Staatsratsvorsitzenden dazu führt, daß dieses Ereignis in der Bundesrepublik eher als Routine bewertet wird, feiert es die ›DDR‹ als ganz große Staatsaktion. Sowohl das Fernsehen als auch die Zeitungen nehmen diesen Besuch unerhört wichtig und schildern ihn in allen Einzelheiten, obwohl soviel Spektakuläres gar nicht passierte.

Oskar Lafontaine scheint sich in der ›DDR‹ nicht nur wie zu Hause zu fühlen, er darf sich auch so benehmen. Fast wie seinen ›Enkel‹ empfängt ihn Erich Honecker. Nach dem fast hemdsärmeligen Zusammentreffen der beiden ›Staatsmänner‹ auf dem Jagdschloß Hubertusstock mischte sich Lafontaine unter das Volk. Dafür ausgewählt war der ›weltberühmte‹ Stadtteil Köpenick, wo man Lafontaine in einer Kneipe am Zapfhahn erleben konnte . . .

Dies ist nicht nur ein Symptom dafür, wie vertraut man inzwischen miteinander geworden ist. Für die ›DDR‹ ist dies offenbar auch die Voraussetzung, daß sie einem Gast etwas erlaubt, das sie sonst nicht erlaubt . . . Es war auch gar nicht entscheidend, daß Lafontaine nichts Neues zu sagen hatte . . .«

So liebedienerisch und »flexibel« sich Oskar Lafontaine im Umgang mit dem alten Mauermörder Honecker und anderen kommunistischen Verbrechern zeigte – so unbarmherzig geißelte er die engsten westlichen Verbündeten. Hier einige besonders gravierende Beispiele:

Lafontaine hat sich oft zum Thema Verteidigung geäußert. In kaum einem anderen Bereich hat er so offen ausgesprochen, was er wirklich denkt. Im August 1983 bezeichnete er auf einem »Friedensfest« der SPD in Bremen Kriegsdienstverweigerung »im Zeitalter der nuklearen Bedrohung geradezu als moralische Pflicht«. Den Nachrüstungsbeschluß der NATO nannte er eine »Option auf unseren Selbstmord«.

Die Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion in Genf seien »lächerlich. Wenn man bei 50 000 existierenden Atomwaffen darüber verhandele, ob 50 oder 75 da oder dort abgebaut werden sollten, hätten die Verhandlungspartner überhaupt nicht begriffen, was uns bewegt«, sagte Lafontaine.

»Der Nachrüstungsgedanke ist eine Perversion, denn die Waffen, die es bereits heute gibt, können uns schon hundertmal töten.«

Lafontaine ließ im Laufe der Jahre keinen Zweifel darüber, wer für ihn Freund, wer Feind ist. Die »Rheinische Post« brachte seinen Kurs auf die treffende Formel: »Scharf links und anti-amerikanisch«. Belege für diese Formel gibt es in Fülle. So nannte der »Spitzenagitator der Friedensbewegung« (»Spiegel«) das strategische Konzept der USA »Idiotie«, einen »Ratschlag des absoluten Wahnsinns« und »das Ende aller Sicherheitspolitik«.

Und auch auf die französischen Nachbarn hat er es seit seiner Cattenom-Kampagne abgesehen – wie wohl Cattenom

nom allenfalls durch die Regierung Schmidt hätte verhindert werden können.

Der Einäugige

Erschreckend ist die Einäugigkeit der Argumentation von Lafontaine, die Ex-Kanzler Schmidt bereits 1981 zu der Bemerkung veranlaßte, die »Eppler-Lafontaines« spielten zwar nicht subjektiv, wohl aber objektiv das Spiel der Sowjetunion.

Bei den Ostermärschen 1983 der sogenannten Friedensbewegung gegen Aufrüstung und Atomraketen war Oskar Lafontaine – natürlich – wieder zur Stelle. Bei der Auftakt-Kundgebung zum »Ostermarsch Ruhr« in Duisburg, an der sich etwa 10 000 Menschen beteiligten, stellte er erneut die NATO in Frage.

Eine Woche, nachdem er vom ehemaligen Bonner Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel für eine ähnliche Äußerung gerügt worden war, sagte SPD-Vorstandsmitglied Lafontaine, durch die US-Sicherheitspolitik sei »die Geschäftsgrundlage der NATO entfallen«. Die USA betrieben »unverantwortliche Umrüstungspolitik«, ihre Strategie sei »idiotisch«. Lafontaine rief zum Widerstand gegen den Versuch auf, »unser Land zum nuklearen Schlachtfeld der Weltmächte zu machen«. Um seine Meinung über die NATO und den Doppelbeschluß klarzumachen, scheute Lafontaine nicht davor zurück, Anzeigen aufzugeben. Berühmt-berüchtigt wurde eine ganzseitige Anzeige in der »Saarbrücker Zeitung« vom Oktober 1981. Unter der Überschrift »Die atomare Bedrohung« hieß es: Die Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles stelle eine nicht zu verantwortende Gefährdung der Zivilbevölkerung dar. Auftraggeber war die SPD Saar, die dafür mehr als 20 000 Mark auf den Tisch blättern mußte. Lafontaine war damals SPD-Oberbürgermeister.



Der Opportunist: In Deutschland hetzte Lafontaine gegen die NATO, beschimpfte Amerikaner als »Verrückte«. Doch in Washington bat er um einen werbewirksamen Termin mit US-Präsident George Bush – 1990, Wahlkampf in Deutschland.

Beim Landesparteitag in Saarbrücken im November 1981 hielt Lafontaine ein Referat zur Rüstungspolitik – er beschrieb zwei Stunden lang ein bedrohliches, düsteres Szenario und bezeichnete die Bundesrepublik gleichsam als ein Land, das über dem Abgrund schwebe, Atomraketen als Massenvernichtungsmittel, als etwas, das so unvorstellbar sei wie die »permanente Vorbereitung zum Versengen von Millionen Mitmenschen«. Wohldosiert ließ der SPD-Chef Lichtblicke durchschimmern. Amerika, sagte er beispielsweise, sei ja genausowenig Ronald Reagan wie die Bundesrepublik Strauß und Dregger. Und wenn man rechtzeitig eigene Überlegungen anstelle, sei es für eine Wende noch nicht zu spät.

Die 379 Delegierten des Parteitages spendeten pflichtgemäß Beifall.

Die »Berliner Morgenpost« berichtete am 29. März 1983 über Lafontaine: »Unter dem Jubel nicht nur der Jungsozialisten ritt Lafontaine förmlich auf einer Woge anti-amerikanischer Emotionen. Als sei er ein Vertreter des linken Spektrums der Grünen, stellte Lafontaine die deutsche Mitgliedschaft der NATO in Frage. Einmal in Fahrt, bezeichnete er Amerikaner als ›Verrückte‹, die niemals unsere Bündnispartner sein könnten.

Mehr gedrängt als aus eigenem Antrieb, distanzierten sich einige führende SPD-Politiker von ihrem ungebärdigten Genossen . . . Der Parteivorsitzende Brandt schwieg. Während Lothar Löffler den Parteivorstand zu einem eindeutigen Wort aufforderte, hüllte sich Fraktionschef Vogel in zurückhaltende, abwiegelnde Formulierungen.« Was sollten die Genossen auch sagen zu einem der ihri-gen, der öffentlich behauptet, die Amerikaner könnten niemals unsere Bündnispartner sein.

Noch einmal ein Kommentar der »Berliner Morgenpost«: »Raketen-Angst schürend und ihr selbst erliegend, hat Oskar Lafontaine empfohlen, die Bundesrepublik solle aus der integrierten Militärstruktur des NATO-Bündnisses ausscheiden. Er stellt damit die einzig wirksame Sicherheitsgrundlage dieses Staates zur Disposition. Wenn es in seiner Partei noch mit rechten Dingen zugehe, müßte der Vorsitzende der Saar-SPD zügig das Ende seines langen Marsches ins Abseits erreicht haben.«

Bleibt nachzutragen, daß das SPD-Präsidium Lafontaines Vorschlag nach einem NATO-Austritt der Bundesrepublik abgelehnt hat.

Wie lange?

Um die wütenden Attacken Lafontaines gegen die Amerikaner und die Nachrüstung zu verstehen, müssen wir etwas tiefer in die militärische Debatte einsteigen.

Interessant ist hierbei, daß sich der damalige Saarbrücker Oberbürgermeister als ein Waffenexperte ersten Ranges aufspielt und vorgibt, mehr von dieser komplizierten Thematik zu verstehen als jene, die sich hauptberuflich damit befassen.

In einem Brief an »seine lieben Parteifreunde« lehnte Lafontaine im Juni 1981 den Begriff »Nachrüstung« für das Vorhaben der NATO ab, die neuen Waffensysteme Pershing II und Cruise Missiles in Westeuropa zu stationieren. Unter Anspielung auf den Bundeskanzler Schmidt, der die Cruise Missiles (Marschflugkörper) als Äquivalent zu den SS-20-Raketen einführen wolle, schreibt Lafontaine: »Die neuen Waffensysteme sind Waffentechniken, die es bisher nicht gibt. Insbesondere die Pershing II ist eine Präzisionswaffe, der der Osten auf absehbare Zeit nichts Wesentliches entgegenzusetzen hat . . .«

Weil global gesehen Amerika zwar bei der Zahl der Trägerwaffen (2283 zu 2504) im Hintertreffen sei, aber dafür 50 Prozent mehr Sprengköpfe (9200 zu 6000) für seine nuklear-strategischen Waffen besitze, weil die amerikanische Rakete treffsicherer als die sowjetische sei, . . . »ist weder von der Zahl her noch von der Qualität der westlichen Waffen der Begriff ›Nachrüstung‹ für das Vorhaben, Cruise Missiles und Pershing II in Europa zu stationieren, gerechtfertigt«.

In der »Welt« heißt es am 14. August 1981 unter der Überschrift »Oskar Lafontaine und das große Raketen-Einmaleins – Wenn man land- und seegestützte Waffen durcheinander wirft« u. a.: »In Deutschland gibt es kein wichtiges politisches Betätigungsfeld, auf dem Unkenntnis und Demagogie so fröhlich Urständ feiern wie nukleare Rüstungskontrolle und Abschreckung. Ein klassisches Beispiel lieferte Oskar Lafontaine . . .

Lafontaine fordert, auf die Nachrüstung in Europa zu verzichten, wenn die Sowjetunion die Zahl der Gefechtsköpfe nicht erhöhe, die seit über 20 Jahren auf Europa gerichtet sind. Damit wendet er sich gegen den von Bundeskanzler Schmidt konzipierten NATO-Doppelbeschluß . . .

Mit anderen Worten: Die Kräfte in Europa, die für Aufrüstung und Bedrohung und gegen Abrüstung sind, sollen sich belohnt und bestärkt fühlen. Was das mit Friedenssicherung zu tun haben soll, ist unklar. Die völlige Unkenntnis allerdings, die dahinter steht, ist klargeworden.«

Die völlige Unkenntnis von Oskar Lafontaine ist gemeint.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« bei einer Analyse über Lafontaines

sicherheitspolitischen Aussagen. Die »FAZ« zitiert den Kölner Politik-Wissenschaftler Kaiser. Der weist vor allem die Auffassung Lafontaines als falsch zurück, die Vereinigten Staaten seien in den vergangenen Jahren die »vorrüstende« Großmacht gewesen. Die Interkontinental-Raketen seien von beiden Ländern im Jahre 1957 getestet worden, von der Sowjetunion sogar einige Monate vor den Vereinigten Staaten und nicht, wie Lafontaine behauptet habe, von Washington zwei Jahre zuvor.

Kaiser weist auch den Hinweis einer amerikanischen Überlegenheit bei strategischen Waffen zurück. Der Wissenschaftler, der in Bonn das Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik leitet, korrigiert damit auch das Argument der »Friedensbewegung«, in der Bundesrepublik stationierte Mittelstreckenwaffen seien wegen ihres Zielscheiben-Effektes eine Gefährdung nationaler Interessen.

Mit einem Blick auf die Zeit nach dem 2. Weltkrieg schreibt Kaiser, das militärische Gleichgewicht habe den Frieden in Europa gewährleistet. Radikale Veränderungen des nuklearen Abschreckungspotentials in die eine oder andere Richtung würden dieses gefährden. Einseitige Schritte des Westens, wie Carters Verzicht auf den Bau des Bombers B 1 oder auf die Herstellung der Neutronenwaffe, seien von der Sowjetunion nicht beachtet worden. Methoden der »sozialen Verteidigung« seien ohne Wirkung gegen einen Gegner, den man nach den Erfahrungen – Kaiser weist auf Afghanistan hin – keine Humanität oder Aufgabe machtpolitischer Ziele unterstellen dürfe.

Soweit die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«.

Zum Abschluß die Stimme des »Handelsblatts« vom März 1983. »Oskar Lafontaine gebärdet sich als frie-

denspolitische Quelle der Weisheit. Sein im Gleichklang mit den Jungsozialisten vorgetragenen Tiraden gegen den NATO-Doppelbeschluß und seine Gedankenspielerien über einen Austritt der Bundesrepublik aus der NATO haben den SPD-Fraktionschef Vogel auf den Plan gerufen: »Die äußere Sicherheit ist für unser Land nur im atlantischen Bündnis zu verwirklichen«, sagte Vogel.

Klipp und klar. Doch repräsentiert dieses NATO-Bekenntnis des Märzwahl-Verlierers die sicherheitspolitische Grundüberzeugung der Gesamt-SPD? Oder sind die Gewichte im Lager der Sozialdemokraten schon soweit nach links verlagert, daß der saarländische Fabulier-Künstler innerparteiliche Mehrheiten für solche Nonsens-Thesen findet wie: Die für den Fall eines Scheiterns der Genfer Abrüstungsgespräche geplante Nachrüstung mit Pershing-II-Raketen sei »eine Option auf den eigenen Selbstmord«? . . .

Das Lafontaine- und Juso-Szenario einer heilen, kernwaffenfreien Zone, vor der die Sowjetunion respektvoll ihre längst ausgefahrenen SS-20-Krallen einzieht, ist gefährlich naiv.«

Im gleichen Maße, wie Lafontaine gegen die Amerikaner wetterte, biederte er sich bei den Sowjets an. Und die Kommunisten im Mutterland des »real existierenden Sozialismus« machten dem Saarländer ihre Aufwartung – wie es auch Honecker im sozialistischen Bruderland tat. Im Mai 1986 besuchte Oskar Lafontaine als Ministerpräsident Moskau. Die »Saarbrücker Zeitung« berichtet: »Lafontaine, wegen seiner inhaltlichen Positionen ein interessanter Gesprächspartner der sowjetischen Führung, und die von ihm geführte Saar-Delegation werden bevorzugt behandelt. Das Protokoll sieht für einen reinen Lan-

desfürsten eigentlich einen geringeren Aufwand vor. Das feudale Gästehaus, die hochrangigen Gesprächspartner (immerhin der dritte Mann der Moskauer Führung, der Präsidiumsvorsitzende des obersten UdSSR-Sowjets, Andrej Gromyko, gleich drei stellvertretende Ministerpräsidenten, die Spitze der internationalen Abteilung des Zentralkomitees der kommunistischen Partei) zeugen davon.

Lafontaine spricht offen von einer ›Narrheit der Regierenden‹ . . . von ›Apokalypse-Blindheit‹ und von der offenbar verlorengegangenen Fähigkeit der Menschen zum ›Mitleiden‹. Lafontaine sieht einen Erfolg darin, seinen Gesprächspartnern bedeutet zu haben, daß die westliche Anti-Nuklearbewegung nicht anti-sowjetisch ausgerichtet sei.

Als er bei einer internationalen Pressekonferenz ein gewisses Verständnis für die Warnungspannen von Tschernobyl äußert, wobei die Versorgung der Opfer Vorrang gehabt habe vor dem Interesse ›Informationshungriger‹ (wohl ein Ausrutscher in der Wortwahl) nach Meßwerten, stößt er auf Kopfschütteln vieler Auslandskorrespondenten. Als ob Sanitäter und Ärzte für die Unterrichtung der Öffentlichkeit zuständig gewesen wären. Wie der parallel in Moskau weilende ranghöchste Sozialist, der spanische Regierungschef Gonzales (›Tschernobyl – ein Unfall, der jedem passieren kann‹), liefert Lafontaine damit Stoff für sowjetische Selbstverteidigung in Sachen Reaktor-Sicherheit . . .«

Zwei Tage später, am 25. Mai 1986, kommentiert die »Saarbrücker Zeitung« die Moskau-Reise Lafontaines wie folgt:

»Da genierte sich Lafontaine auch nicht, der internationalen Presse in Moskau eine falsche Alternative aufzubinden.

Er verstehe vollkommen, wenn sich die Sowjets in den ersten Tagen nur um die Versorgung der Opfer gekümmert hätten, anstatt Informationshungrige im Westen zu befriedigen. Da konnte man nur erstaunt fragen: Haben denn die Skandinavier, die Polen, die Österreicher, die Deutschen, die Italiener und die Jugoslawen verlangt, auf Kosten der Menschen in der Ukraine informiert zu werden?

Aber Oskar Lafontaine blieb dabei: Ohne Kenntnis der Reaktor-Temperaturen und der meteorologischen Daten hätten die Sowjets das Ausland nicht vernünftig warnen können, wohin die radioaktive Wolke treibt. Wichtig schien ihm dagegen zu sein, die Amerikaner zu tadeln . . .«

Die CDU-Opposition im Landtag stellte nach der Reise Lafontaines fest: »So schäbig habe sich wohl kaum je ein bundesdeutscher Politiker im Ausland verhalten (Günther Schwarz).«

Horst Rehberger (FDP) betonte, »die Liberalen hätten kein Verständnis dafür, wenn Lafontaine für die sowjetische Desinformationspolitik gewisses Verständnis äußere«.

Daß Moskau mit Lafontaine zufrieden sein konnte, ist nur zu verständlich. Schon früher, als Lafontaine gerade Ministerpräsident im Saarland geworden war, zeigten die Sowjet-Kommunisten ungeniert ihr Wohlwollen. Den Beschluß, Extremisten im Saarland im öffentlichen Dienst zu beschäftigen, nannte die sowjetische Parteizeitung »Prawda« einen »mutigen Schritt« der neuen saarländischen SPD-Regierung unter ihrem Ministerpräsidenten Lafontaine. Die Entscheidung gleiche einem »Lichtstrahl in einem dunklen Reich«. Damit sei eine erste Bresche in die verfassungswidrige Praxis der »Berufsverbote« geschlagen.

Für die »reaktionären Kreise« in der Bundesrepublik sei die Anwendung der »Berufsverbote« ein Mittel zur »Hetzjagd« auf progressive Kräfte und Teilnehmer der Friedensbewegung, hieß es weiter. Die Vertreter dieses reaktionären Blocks forderten eine noch härtere »Inquisition gegen Andersdenkende«, obwohl dies nicht nur gegen Gesetze der Bundesrepublik, sondern auch gegen die humanitären Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki und gegen elementare Menschenrechte verstoße. Lafontaines Entscheidung demonstrierte, daß der »Kampf der demokratischen Kräfte nicht umsonst ist«.

Was für ein Lob! Das gleiche Land, das Lafontaine Respekt zollte, ermordete in Afghanistan Kinder, Frauen und Greise, zerstörte ein friedliches Land. Dazu hat sich Lafontaine nicht geäußert.

Klar und deutlich dagegen artikulierte sich Lafontaine, wenn es um die vermeintlichen Unrechttaten der Amerikaner ging und geht. Im Vorfeld des Deutschland-Besuchs von US-Präsident Ronald Reagan und des Bonner Weltwirtschaftsgipfels Anfang Mai 1985 bliesen die Gegner der amerikanischen Regierungspolitik zu Gegendemonstrationen. Dazu gehörte – wie sollte es anders sein – auch Oskar Lafontaine. Der saarländische Ministerpräsident war mit rhythmischem Klatschen frenetisch gefeierter Star in Neustadt an der Weinstraße bei der sozialdemokratischen Gegen-Veranstaltung zum Hambach-Besuch von US-Präsident Ronald Reagan. Wie in den heißesten Nachrüstungs-Schlachten geißelte Lafontaine die »sogenannten Großmächte«, die ihre »Vor- und Hinterhofmentalität« endlich aufgeben sollten, die sie »von Verbrechen zu Verbrechen stolpern läßt«.

»Der neue, noch ungewohnte Mantel des Staatsmannes war wohl im Auto geblieben«, schrieb die »Welt« am 6. Mai 1985 . . ., »Lafontaine lief wieder zu großer demagogischer Form auf, stieß mit gefalteten, fast ineinander verkrampften Händen seine Abscheu vor den ›gigantischen weltweiten Rüstungsausgaben‹ heraus. Er teilte die USA in eine Zwei-Klassen-Gesellschaft und bestimmte das Maß, das dann in die guten und in die schlechten Amerikaner unterteilt wurde, wobei Reagan automatisch in die zweite Kategorie gestellt worden war.«

Anstand ist ein Fremdwort

Die vielleicht ungeheuerlichste Entgleisung Lafontaines war seine Reaktion auf den Abschluß einer Boeing 747 der »Korean Airlines« durch die Sowjetunion im September 1983. Damals nahm Lafontaine an den Aktionen der sogenannten »Friedensgruppen« in Mutlangen und Schwäbisch Gmünd gegen amerikanische Militäreinrichtungen teil. Die Demonstranten blockierten die Eingänge vor dem US-Waffendepot. Die Aktionen wurden durch den Abschluß des Verkehrsflugzeuges überschattet. Während einer der Initiatoren und Sprecher der Blockierer, Klaus Vack, noch die »Trauer und Betroffenheit« über den Tod von 269 Passagieren, die »von sowjetischen Militärmaschinen abgeschossen« wurden, zum Ausdruck brachte und eine »Schweigeminute« für die Toten erbat, versuchten andere Redner, das unfassbare Verbrechen zu bagatellisieren und zu relativieren.

An erster und prominentester Stelle Oskar Lafontaine. Der entschiedene Nachrüstungsgegner erklärte – man muß diese Worte zweimal lesen, um sie zu begreifen – man dürfe sich nicht durch den »Flugzeugabsturz«, dann verbesserte er sich – »Flugzeugabschuß« nicht »irremachen«: »In dieser Minute sterben 100 Menschen vor Hunger, niemand denkt daran, deshalb irgendetwas abzubrechen.« Er sei dagegen, so der prominente SPD-Politiker weiter, wenn »Tote erhalten müssen für polemische Propaganda«.

Selbst der linke Theologe Professor Gollwitzer sprach von einer »tiefen Erschütterung« über den Vorfall.

Die Reaktion aus Moskau kam blitzschnell: »TASS« zitierte Lafontaine als Entlastungszeugen. Der SPD-Lan-

desvorsitzende durfte sich von der sowjetischen Nachrichtenagentur mit folgenden Worten gewürdigt fühlen:
»Bestimmte Kreise benutzen den Vorfall im Flugzeug, einen eigenen Kurs des Wettrüstens zu verwirklichen. Mag es auch schrecklich klingen, diese Kreise verschmähen nicht einmal Menschenopfer zur Realisierung ihrer Wettrüst-Philosophie.«

Seine Lebensgefährtin und andere Frauen

Lafontaine und seine neueste Ehefrau Doris Christa Müller – die Geschichte einer Polit-Liebe. Ende 1988 holte er die Regierungsdirektorin aus der Hessischen Staatskanzlei in die Bonner SPD-Zentrale – als Referentin für das Grundsatzprogramm der SPD. Die selbstbewußte Blonde mit der strohblonden Punkfrisur hatte ihr Büro direkt neben seinem. Sie kamen sich auch menschlich näher. Politisch verstehen sie sich sowieso.

Doris Christa Müller, heute 39, denkt und argumentiert wie Lafontaine – messerscharf, provokant, populistisch. Und ihr Herz schlägt dort, wo seines heute nicht mehr schlagen darf, weil er inzwischen die Jacke des ausgewogenen Staatenlenkers übergestreift hat: linksaußen.

In der Reihe »Linke Argumente Nr. 13, SPD-Jungsozialisten, Bezirk Hessen-Süd«, schrieb sie ein Buch unter dem Titel: »Für ein Recht auf Faulheit, Arbeiten, um zu leben«. Auszüge:

»Wir wollen das Recht auf Erwerbsarbeit für alle, die arbeiten wollen.

Das muß aber verbunden sein mit dem Recht auf Faulheit für alle, die heute Arbeit haben.

Zuviel Arbeit, wenn man daran denkt, wieviel Menschen heute vorzeitig wegen Krankheit aus dem Erwerbsleben ausscheiden, wieviel Arbeitnehmer aus Streß alkoholabhängig werden usw. Sie müssen deshalb ihr Recht auf Faulheit verwirklichen. Damit wäre die Umsetzung einer gesellschaftlichen Utopie eingeleitet, einer Utopie, die bedeutet:



Küßchen, Küßchen: Oskar Lafontaine und seine dritte Frau Christa Müller – zwei Genossen haben sich gefunden. Linke Sprüche, Luxusleben, Affären – und der Steuerzahler ballt die Faust in der Tasche.

- wir arbeiten in Zukunft alle, aber alle arbeiten weniger;
- in unserer Arbeit sind wir autonomer, kreativer, selbstbestimmter, unabhängiger, einflußreicher;
- unsere Freizeit in einer gesünderen Umwelt können wir freier gestalten, sowohl zeitlich wie inhaltlich;
- die Möglichkeiten unserer Teilhabe am öffentlichen Leben erweitern sich . . .«

Christa Müller zitiert in ihrem Buch Paul Lafarquet, französischer Sozialist und Schwiegersohn von Karl Marx:

»Eine seltsame Sucht beherrscht die Arbeiterklasse aller Länder, in denen die kapitalistische Zivilisation herrscht, eine Sucht, die das in der modernen Gesellschaft herrschende Einzel- und Massenelend zur Folge hat. Es ist dies die Liebe zur Arbeit, die rasende, bis zur Erschöpfung der Individuen und ihrer Nachkommen gehenden Arbeitssucht. Statt gegen diese geistige Verirrung anzukämpfen, haben die Priester, die Ökonomen und die Moralisten die Arbeit heiliggesprochen. (Das Recht auf Faulheit, Berlin 1891)« . . .

Christa Müller weiter: »Rund zwei Drittel der Bevölkerung bezeichnet sich als ›materiell gesättigt‹. Vor diesem Hintergrund haben gesellschaftliche Probleme wie zunehmende Gesundheitsbelastungen, Umweltzerstörung und Gefahren, die durch den Einsatz neuer Technologien entstehen, an Bedeutung gewonnen. Deshalb wird das herrschende Produktionssystem von immer größer werdenden Teilen der Bevölkerung in Frage gestellt.

Unreflektiertes Karrieredenken, Anpassung und Unterordnung möchten viele gegen Selbstverwirklichung, Persönlichkeitsentfaltung und Partizipation gerade im Arbeitsprozeß eintauschen. Diese neue Bedürfnisstruktur strahlt auch in den Freizeitbereich hinein.

Die Menschen wollen ihr Leben stärker selbstbestimmen, Spaß daran haben und sich emanzipieren . . .«

»In einem hochindustrialisierten und kapitalistischen Land wie der Bundesrepublik zeichnet sich die Erwerbsarbeit durch ein hohes Maß an Fremdbestimmung aus. Sie ist unvermeidliche Folge der Vergesellschaftung des Produktionsprozesses und erwächst aus der Aufteilung und Organisation der Produktion in großen Wirtschaftsräumen . . . Viele dieser negativen Aspekte der fremdbestimmten Arbeit ließen sich beseitigen – die hierarchische Unterdrückung, die Mühsal, Eintönigkeit und Langeweile . . . Selbst bei einer Aufhebung kapitalistischer Ausbeutung und den damit verbundenen Herrschaftsstrukturen zugunsten einer demokratischen Organisation der Produktion und Distribution löst sich der bestehende Widerspruch zwischen individuellen Bedürfnissen und gesellschaftlichen (demokratisch-legitimierten) Anforderungen nicht vollständig auf . . .

Die vorhandene Arbeit muß auf alle verteilt werden.

Das bedeutet konkret, daß noch in diesem Jahrzehnt die 30-Stunden-Woche (bei vollem Lohnausgleich für niedrige und mittlere Einkommen) gefordert werden muß. Vorrang vor allen anderen Lösungen hat die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, denn

- sie vergrößert den Spielraum für die Emanzipation von Frauen,
- sie erleichtert neue Formen gesellschaftlicher Arbeitsteilung,
- sie ermöglicht eine gleichberechtigte Teilnahme aller an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen.

Da es keineswegs naturgegeben ist oder dem freien Willen der einzelnen Arbeitnehmer entspricht, ausgerechnet

fünf Tage pro Woche und acht Stunden pro Tag zu arbeiten, sollte in Zukunft das Privileg einer freien Zeiteinteilung den abhängig Beschäftigten nicht länger verschlossen bleiben . . .

Daß Muße in der Freizeit notwendig ist, damit wir uns wohler fühlen, hat sich – zumindest in unserem Lande – unter den Menschen noch nicht herumgesprochen. Es herrscht ganz allgemein das Leistungsdenken, und zwar nicht nur bezogen auf die Berufswelt, sondern auch auf die Freizeit. Aber beschweren sich nicht viele über Hektik, Streß, Schnellebigkeit und Zeitmangel? Daß dieses Problem nicht aus der Welt zu schaffen ist, indem man die Erwerbsarbeit verkürzt, ist jedem von uns klar: schließlich herrscht heute ein Freizeit- und Konsumstreß, der uns teilweise ähnlich belastet wie die Arbeit.«

Soweit die Weltanschauung von Doris Christa Müller, der Frau an der Seite Lafontaines. Er hat sich politisch nie von ihr distanziert – im Gegenteil. Er schätzt sie so sehr, daß er sie zu sich holte. Nach Hause. Am 15. September 1990 machte BILD die Schlagzeile: »Lafontaine glücklich – Christa zog ein«.

Die Volkswirtin war aus Bonn weggezogen – nach Saarbrücken, Auf den Hügel 20, in die Villa von Oskar Lafontaine. Aus der anderthalb Jahre dauernden Partnerschaft war eine »Ehe ohne Trauschein« geworden. Doris Christa Müller hat sich in seinem Haus ein eigenes Telefon legen lassen . . .

Oskar Lafontaine hat eben eine starke Anziehungskraft auf Frauen. Und er nutzt sie hemmungslos. Er ist ein Genießer, und er macht kein Geheimnis daraus.

Warum nicht, mögen viele fragen. Laß' ihn doch, wenn er Spaß daran hat.

Diese Ansicht ist zweischneidig. Natürlich kann der Privatmann Lafontaine machen, was er will, wo er will und wann er will. Aber er ist kein Privatmann, er will es nicht sein. Er will immer und zu jeder Zeit Politiker sein, ein Staatenlenker, ein Staatsmann. Und deshalb ist es unerträglich, daß der Mann, der das politisch bedeutendste Amt im Staat anstrebte, immer wieder als »Playboy«, als »flotter Oskar«, als »Oskar die Frohnatur« bezeichnet wird. Es liegt nicht an den viel gescholtenen Medien. Es liegt an Oskar Lafontaine selber, daß soviel über sein Liebesleben berichtet wird. Wie man in den Wald ruft, so schallt es eben heraus.

Oder ist es erfreulich, wenn man sich über den Mann, der Kanzler werden wollte, Gedanken macht, wie sie in der auflagenstarken »Freizeit-Revue« zu finden waren? Was ist denn dran an Lafontaine? fragt die Zeitschrift. »Biederes Outfit, die Haare kämmt er quer über den Schädel, um kahle Stellen zu vertuschen, die Pinocchio-Nase – ob die wohl beim Küssen stört? Aber warum dann die vielen »Eroberungen des Saar-Napoleons«? Die haben fünf Gründe, aus denen Männer nur lernen können. 1. beherrscht Lafontaine die Kunst des Flirtens. »CSU-MdB Michaela Geiger: »Er guckt die Frauen richtig ausdauernd an, ganze Ewigkeiten.« 2. hassen Frauen »breitgesessene Langeweile«, und die läßt Oskar zwischen NATO-Austritt und Sonntagsarbeit gar nicht erst aufkommen. 3. »Oskar kann genießen«, sein Superkoch für die Bonner Saar-Landesvertretung beweist das. 4. ist Oskar ein aufrechter Ehebrecher, »er hält öffentlich Händchen stolz wie Bolle«. 5. »zelebriert« er die Liebe und »zielt damit auf die erotischste Stelle der Frau: auf den Kopf.«



Lafontaine-Ehefrau Nummer 2: Auf dem Hamburger Presseball im Februar stellte Lafontaine noch stolz seine Margret der Schauspielerin Ida Ehre und Hamburgs damaligem Bürgermeister, Klaus von Dohnanyi, vor. Ein Jahr später war auch diese Ehe kaputt.

Soviel zur Seriösität des ehemaligen Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine. Lafontaine und die Frauen – ein besonders heikles Kapitel.

Da war seine erste Frau Ingrid, Saarländerin, zwei Jahre älter und einen Kopf größer als er. Sie ist Kunsthändlerin, hat ein Glaskunstgeschäft am St.-Johannermarkt in Saarbrücken. Bekannte sagen: »Die hat ihm erstmal Manieren beigebracht, das richtige Essen mit Messer und Gabel . . .« Mit ihr begann er, Frankreichs Küche zu lieben. Lafontaine über die Zeit: »Käse schmeckt am besten, wenn man ihn mit einer jungen Frau auf einer Wiese in Frankreich, in Sancere ißt und dazu eine Flasche Sancere trinkt.«

Vor 15 Jahren ließ er sich scheiden und heiratete Margret, zehn Jahre jünger und einen Kopf kleiner als er. Bildhauerin und Keramikerin. Mit ihr hat er seine Liebe zur Kunst kultiviert. Ihren Sohn, heute zehn, nannten sie Frédéric. Erklärung: »Frédéric Chopin steht uns nicht ferner als Karl Marx.« Sie habe ihm dringend »abgeraten, Kanzlerkandidat der SPD zu werden«, sagt sie heute. Oskar sei »noch viel zu jung«. Durch eine Kanzlerschaft würden »viele seiner lebenswerten Eigenschaften verschüttet«. Nach sieben Jahren, 1988, zerbrach auch diese Ehe. Weil Margret, die äußerlich so mädchenhafte, »unregierbar« war, wie sie über sich selbst sagte? Oder weil sie, wie Freunde vermuten, Oskars Frauengeschichten nicht mehr ertragen konnte. In seiner Staatskanzlei, so schrieb der »Spiegel«, scharf er »die schönsten Frauen des Saarlandes um sich«.

Da war die Romanze mit der Sängerin Bettina-Helena Schlesinger, besser bekannt als Bettina Wegner (43). Sie ist 1,56 Meter groß, hat lange braune Haare. Sie kommt

aus Ost-Berlin, lebt aber in West-Berlin. Ihr Lied »Sind so kleine Hände« machte sie populär. Im August 1988 sagte eine Freundin aus der Familie der Sängerin zu BILD: »Lafontaine und Bettina sind miteinander befreundet, treffen sich häufig, in Saarbrücken, in Berlin und in Frankreich.«

Beide wollten nichts über ihre Beziehungen zueinander mitteilen. Bettina Wegner sagte auf die Frage, ob sie Oskar Lafontaine kenne: »Ja, klar, wir haben ja zusammen gegen Atomkraftwerke gesungen.«

Was ein paar Lieder bewirken können! Am 6. Februar 1988 fand in der Kapernaum-Kirche in Berlin-Wedding ein Gedenk-Gottesdienst für die »DDR«-Dissidenten statt, die nach einer Demonstration für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Ost-Berlin verhaftet worden waren. Bettina Wegner und Lafontaine saßen nebeneinander. Pfarrer Linke: »Die beiden sind sehr, sehr gut befreundet.«

Im gleichen Jahr, im Oktober 1988, war eine andere Affäre Lafontaines in den Schlagzeilen – die Lovestory mit der Schauspielerin Beate Jensen. Die Hamburger »Morgenpost« nannte sie die neue Frau im Leben des saarländischen Ministerpräsidenten. Die (sozialdemokratisch sehr freundlich gesinnte) Zeitung schrieb: »Er bewundert sie, seit sie 1984 in Saarbrücken für ihre Rolle in Doris Dörries ›Mitten ins Herz‹ Preise kassierte.«

Bei der Premiere ihres neuen Films »Der Kuß des Tigers« traf er sie wieder, ließ seine Begleiterin für sie sitzen. »Inzwischen besuchte er sie und ihren zweijährigen Sohn schon zu Hause in München«, schreibt das Blatt weiter. Beate Jensen – ein Mädchen mit Bubikopf, 29 Jahre alt, 1,65 Meter klein, 48 Kilo leicht, ledige Mutter des zwei-

jährigen Max' – formuliert dunkel über ihre Zuneigung zu Lafontaine: »Mich interessieren Extreme, die Lust am Risiko, Liebe und Rücksichtslosigkeit.«

Lust am Risiko, Rücksichtslosigkeit – Eigenschaften, die Oskar Lafontaine ebenfalls schätzt.

Die Münchener »Abendzeitung« berichtete am Donnerstag, dem 13. Oktober, über die Filmpremiere »Kuß des Tigers«: »Lafontaine, der vor kurzem mit seiner Affäre mit der DDR-Liedermacherin Bettina Wegner durch die Presse ging, hatte vier Karten für den Film im Camera-Kino vorbestellt. Zu seiner Begleitung zählte eine attraktive, exotisch aussehende Lady. Von ihr verabschiedete sich der SPD-Ministerpräsident – zur Empörung mancher streitbarer Damen aus seiner Umgebung – nach der Vorstellung und begleitete Beate ins Abendlokal ›La Guitarra‹.

Dort kaufte er dem Wirt und Maler Olivares ein wunderhübsches kleines Bild mit goldenen Ornamenten für Beate Jensen ab. Lafontaine blieb bis 4 Uhr an der Seite der reizvollen Kindfrau aus München, flirtete heiß und sang mit anderen Gästen ›Quanta la Mera‹ und andere gängige Schlager und begleitete seinen Schwarm dann zum Hotel.« Daß die Begegnung kein Strohfeuer entfacht, sondern den SPD-Mann ›mitten ins Herz‹ getroffen hat, wurde den Verleihbüros vom Filmverlag der Autoren bald klar: Als Beate Jensen in Berlin zu tun hatte, wurde aus Saarbrücken von Lafontaines Büro nach dem Namen des Hotels geforscht, später ihre Münchener Wohnadresse ermittelt.«

Interessant, was das Büro eines Ministerpräsidenten so alles zu tun hat. Auf Steuerkosten, versteht sich . . .

Kurz darauf besuchte Lafontaine ganz privat die Schauspielerin in München-Bogenhausen und lernte Max, ihren

zweijährigen Sohn, kennen. Beate über ihre neue Eroberung: »Ich finde, daß er ein unheimlich guter Typ ist, und freue mich, daß ich ihn kenne.«

Was hat Oskar, was andere Männer nicht haben? fragte auch »BILD am SONNTAG«. Hier die Analyse der Zeitung:

Eigentlich ist Oskar Lafontaine keiner, nach dem sich auf der Straße die Frauen reihenweise umdrehen würden. Komisch: Trotzdem soll er einer sein mit einem ganzen Koffer voller Frauengeschichten – die Leute erzählen sie, jede Menge Geschichten.

Der Oskar schaute der jungen Frau in die Augen und sagte: »Sehen Sie mich mal genau an. Fällt Ihnen etwas auf?«

Die junge Frau sah ihn an und sagte: »Nein.«

Oskar fragte: »Fällt Ihnen an meiner Nase etwas auf?«

Die junge Frau sagte: »Die ist sehr spitz.«

Da grinste der Oskar und reimte: »Wie die Nase eines Mannes, so auch sein Johannes . . .«

Das war vor ein paar Jahren, auf einem Parteitag der SPD. Eine Szene aus dem Stück »Oskar und die Frauen«. Hauptdarsteller: Oskar Lafontaine (44), Ministerpräsident im Saarland. »Der Oskar ist ein Casanova«, behaupten Parteifreunde, »er braucht viele Frauen, das ist sein Lebensstil.«

Daß er sich von seiner zweiten Frau Margret scheiden ließ, hat, so vermuten Freunde, folgenden Grund: »Die Margret hat Oskars Frauengeschichten nicht mehr ertragen.« Wie ist das, die Ehe mit Oskar Lafontaine? Margret Lafontaine selbst hat mal gesagt: »Ich hasse Idylle. Sie ist beschönigend, unaufrichtig.« Im gemeinsamen Wohnzimmer hat sie zwei Tonplatten aufeinander und einen

leeren Stuhl davorgestellt: »Abwesenheit« hat sie das Werk getauft.

»BILD am SONNTAG« am 21. August 1988: »Oskar und die anderen Frauen – da gibt es eine Journalistin, Mitte 40, blonde Haare, liebe blaue Augen, geschieden. Schon seit Jahren ist sie mit Oskar auf Du und Du. ›Ja«, sagt sie, ›er hat mich auch schon in meiner Wohnung besucht.« In Saarbrücken ist es ein offenes Geheimnis: Bei seinen Besuchen soll Oskar mit dieser Frau nicht nur über Tarifpolitik gesprochen haben . . . Sie selbst sagt, fast etwas enttäuscht: ›Der Oskar macht vielen Frauen schöne Augen.««

»BILD am SONNTAG« berichtet weiter: »›Der Oskar macht rum wie in den 68er Jusozeiten«, sagt ein SPD-Genosse in Saarbrücken. Da soll es noch eine Journalistin geben: Sie schrieb in der Lokalzeitung immer nur gut über ihn, sie bekam einen Job in einem Ministerium. Und weil Oskar ja viel rumkommt, soll da auch noch was mit einer Theaterfrau des Ost-Berliner Brecht-Theaters gewesen sein.

›Einmal«, erzählt jemand, ›flog Oskar mit ein paar Freunden im Privatflugzeug einer Baufirma nach Südfrankreich, in die Ferienvilla eines Bekannten. Es war eine reine Männerrunde, keine Frauen. Denn, da waren die Herren sich einig: ›Wer trägt schon Eulen nach Athen?« Es wurde kräftig gefeiert, der Pilot mußte noch einmal nach Saarbrücken zurückfliegen, um für eine Party das kalte Bufett ans Mittelmeer zu bringen . . .«

Oder die Geschichte mit dem Dienst-Citroen. Als die Saarbrücker Altstadt noch ein Rotlicht-Viertel hatte, rammte Oskar dort mit seinem Citroen zwei parkende Autos, ›versteckte« sich in der Bar ›El Greco«. Dort ent-

deckte ihn die Polizei, stellte fest: Oskar hatte kräftig getankt – da war sein Führerschein weg.

Diese Woche erschien in der Gewerkschaftszeitung »Der Gewerkschafter« ein Comic: Da sieht man den Oskar, wie er einer Frau fröhlich zum Abschied winkt. Auf dem zweiten Bild geht er ebenso fröhlich auf die nächste zu. Darunter steht: »Wer wird denn weinen, wenn man auseinandergeht, wenn an der nächsten Ecke schon 'ne andere steht . . .«

Ausführlicher habe ich Lafontaine in meinem 1990 erschienenen Buch beschrieben »Genosse Kandidat – Alles über Lafontaine«.

Dieses Buch kann über folgende Verlagsadresse bestellt werden: Firma WPR, Hamburger Straße 3, 22083 Hamburg.

Lassen Sie mich am Schluß dieses Kapitels folgende Prognose stellen: Natürlich wird sich Lafontaine nicht mit der Rolle eines möglichen Bundesministers – wie mächtig der auch immer sein mag – zufriedengeben. Seine Spekulation: Scharping scheitert. Lafontaine wird dann erneut »auf der Matte« stehen und sich als Kanzler anbieten. Dabei wird es zu einer erbarmungslosen Auseinandersetzung zwischen ihm und dem niedersächsischen Schröder kommen. Aus den „Freunden von einst“ werden mit Sicherheit die »Hauptfeinde von jetzt«.

Man kann – im Interesse Deutschlands – nur hoffen, daß keiner der beiden jemals deutscher Bundeskanzler wird.

Hans-Ulrich Klose – »In den Dreck stoßen«

»Den Klose muß man so lange in den Dreck stoßen, bis er erwachsen wird.« Der leidet an »Selbstüberschätzung und Wichtigtuerei«. Peng! Hört sich an wie Originalton Herbert Wehner. Ist es aber nicht. Hier hat Helmut Schmidt gesprochen. Seines Zeichens Ex-Kanzler der SPD, Hamburger mit Fleisch, Blut und Seele.

Deswegen vermutlich besonders an Klose interessiert. Denn der war immerhin Regierungschef in der Freien und Hansestadt. Die kritischen Hamburger waren schnell Klose-müde und schickten ihn wegen erwiesener Unfähigkeit als Regierungschef in die Wüste. Was sie ihm – nach einer »Besserungszeit« im politischen »Untergrund« als Trostpflaster gaben: Den roten Arbeiter-Wahlkreis 18 – Hamburg-Harburg. Und der ist geschichtlich nicht »ohne«. Denn hier residierte Jahrzehnte SPD-Zuchtmeister Herbert Wehner – wie Klose Fraktionschef der SPD im Bundestag. Kloses Problem: Ein »Enkel« mit Schuhgröße 37 wird niemals in Opas Schuhen laufen können – denn die hatten in etwa die politische Größe 45. Allerdings wußte da noch niemand, daß »Onkel Herbert« möglicherweise zwei Herren diene und früher eigene Genossen verriet.

Helmut Schmidts Urteil über Klose ist nicht taufrisch, rund 20 Jahre alt. Zutreffend ist es immer noch. Klose sieht nicht nur äußerlich aus wie ein spät-pubertärer Jüngling von der Sorte Spätlese. Seine politischen Auffassungen und sein privater Lebenswandel – das ist immer noch wie bei einem unausgegorenen Jüngling, der

wie ein Pfadfinder auf der Suche nach dem richtigen Weg ist.

Fangen wir beim privaten Weg an – und gehen gleich »in die Vollen«. Klose hat aus zwei gescheiterten Ehen vier Kinder und ist seit einem guten Jahr zum drittenmal verheiratet – wie Lafontaine und Schröder.

Und so ähnlich wie bei Willy Brandt: Je älter er selber wurde, desto jünger wurden die Ehefrauen. Solange die Frauen gut für Karriere und Eitelkeit waren, wurden sie öffentlich ausgestellt, publikumswirksam herumgereicht und fotografiert. Hatten sie ausgedient und waren nicht mehr jung genug – ausrangieren, Abstellgleis. Hamburg-Harburg hat einen großen Bahnhof.

Mit nichts kann man die Unaufrichtigkeit von Politikern besser belegen als mit ihren eigenen Worten von gestern. Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« fragte ihn: »Was ist für Sie das vollkommene irdische Glück?« Kloses Antwort: »Lieben und geliebt werden. Kinder.« Wie gesagt – Klose hat vier Kinder. Klose, der sich nach »Liebe und Geliebtwerden« sehnt und Kinder angeblich über alles liebt, ließ zwei Frauen mit vier Kindern sitzen und angelte sich eine 44jährige, gesellschaftlich »gut verkäuflich«, weil Doktor-Titel und gut aussehend. Interessant schon allein dadurch, daß die Zeitungen bald posaunten: »Kloses Neue hat ein Mittel gegen Aids entdeckt.« Blödsinn zwar. Aber es machte sich gut.

Das Thema »Männer und ihre vielen Ehefrauen« betrifft sicherlich nicht nur Sozialisten. Ich habe als Konservativer nie begreifen können, wie die von mir so verehrten Männer Axel Springer oder Hans Habe ihre Ehefrauen »im Dutzend billiger« wechseln konnten. Bei Sozialisten aber fällt das doppelt auf. Sie treten mit höchsten mora-

lischen Ansprüchen an die Gesellschaft auf, kritisieren die »Hack- und Ellenbogengesellschaft«, schimpfen gegen die Diskriminierung der Frauen und finden Baby-mord im Mutterleib immer noch besser als »ungeliebte Kinder«. Die Spielregeln aber, die sie für die Gesellschaft predigen, halten sie aber noch nicht einmal in der eigenen Familie ein.

Um es klar zu sagen: Ich finde es schlimm, wenn Männer ihre Frauen abstoßen, weil die »bessere Hälfte« zu alt geworden, dem Mann nicht mehr gut genug ist – oder ihren Zweck als ruhender Pol beim Aufbau der Männerkarriere erfüllt haben. Wie kann ich einem Politiker vertrauen, der von mehr Menschlichkeit in der Gesellschaft faselt, seine Ehefrauen aber wechselt wie andere die Oberhemden, die Kinder im Stich läßt und sich mit einer Jüngeren auf- und davonmacht? Sie reden von Menschlichkeit, praktizieren aber Unmenschlichkeit. Vielleicht bin ich da – schon mit 46 Jahren – zu »altmodisch«. Wie auch immer: Jedenfalls kann solch ein Mann in meinen Augen kein guter Mensch sein.

Mitte 1992 wurden die Erinnerungen von Ruth Brandt veröffentlicht. Es verwundert sicherlich niemanden, wenn ich sage, daß ich für Frau Brandt nicht viel übrig hatte. Als ich aber las, wie sehr sie unter ihrem einst so geliebten Willy und dessen Weibereskapaden gelitten hat – da tat mir die Frau ganz einfach leid. Bei Brandt war es ja ähnlich wie bei Klose: Er legte größte moralische Ansprüche an die Gesellschaft – aber als Ehemann und Vater war er ganz einfach ein ausgesprochen mieser Geselle. Auch in Kloses Wahlkreis gibt es viele ältere Frauen. Frauen, ohne deren Stimmen er keine Chance hätte, gewählt zu werden. Ich frage mich immer, wie er solchen

Frauen gegenübertritt. Jede dieser Frauen muß doch daran denken, wie es ist, wenn der eigene Mann sie sitzenläßt – weil er eine jüngere, äußerlich attraktivere gefunden hat. Solche Frauen müssen sich vorkommen wie ein auf den Schrottplatz gefahrener Volkswagen, der durch einen »aufgemotzten« Jaguar ausgewechselt wird. Kein Wunder, daß Hans-Ulrich Klose seine dritte Eheschließung am liebsten verheimlicht hätte. »Diesmal ist es wirklich meine letzte Ehe«, räumte er verschämt ein, nachdem die »BILD-Zeitung« die Schlagzeile gebracht hatte: »Kloses heimliche Hochzeit«. Wieviel Verlogenheit vor den Menschen und wieviel Leid der »verflossenen« Ehefrau liegt in den Zeilen der »BUNTE« über Kloses Hochzeit: »Am 10. April Happy-End eines Liebesmärchens: Hans-Ulrich Klose, 54, SPD-Fraktionschef, heiratet Anne Steinbeck-Klose, 44, Ärztin. Liebe auf den ersten Blick, vor 16 Jahren. Er war Bürgermeister von HH, sie Studentin. Glück, das nur im Verborgenen blühen durfte, weil Klose noch verheiratet war (seine zweite Ehe). Im April ausgelassene Trauung. Z. Z. bummeln die zwei Hand in Hand am Hafen von Amalfi. ›Es war immer mein Traum, mit Anne hier zu sein.‹ Highnoon des Glücks.« Da sitzt zu Hause eine Ehefrau mit Kindern – eine andere, bereits abgeschobene Ehefrau ist schon aus dem Gedächtnis gestrichen. Auch sie hat Kinder von Klose. Aber der Herr Bürgermeister bündelt bereits wieder mit einer 28jährigen Studentin an. Und das zu einer Zeit, in der die Sozialisten von der »Ausbeutung« der Frau durch den Mann faseln – Herr Klose an der Spitze. Nach der Trauung verkündete Standesbeamter Robert Wipperfurth lauthals: »Ich habe noch nie so ein fröhliches Paar getraut.«



Schauspiel für die Wähler: Klose als stolzer Vater von Tochter Elisa und Sohn Johannes mit Ehefrau Nummer 2 (Elke). Das war im August 1980, wenige Tage nach Elisas Geburt.

Und weil das Privatleben von Politikern die Öffentlichkeit ja angeblich so gar nichts angeht, hatten Kloses für dieses Foto extra einen Pressetermin angesetzt. Sozialistische Glaubwürdigkeit . . .

Die ganze Verlogenheit Kloses von den »geliebten Kindern« wird aus wenigen Zeilen deutlich, die am 8. Februar 1992 vom »Hamburger Abendblatt« über Klose gedruckt wurden. »Hans-Ulrich mag Kinder ausdrücklich, und er hat auch vier aus zwei Ehen: Die beiden ›Großen‹ Regina und Tobias, 1960 und 1962 geboren, und die ›Kleinen‹ Johannes und Elisa, dreizehn und elf Jahre alt, denen er dieses Wochenende widmen will. ›Der Gedanke an die Kinder war der einzige, was mich hat zögern lassen, für den Fraktionsvorsitz zu kandidieren. Politik ist oft hart. Es ist für Kinder schlimm, erleben zu müssen, daß der Vater angegriffen wird.«

Diese Sätze muß man zweimal lesen. Mit Rücksicht auf die Kinder will er darüber nachgedacht haben, ob er vielleicht doch nicht Fraktionsvorsitzender wird. Mit Rücksicht auf die Kinder hatte er offenbar nichts am Hut, als er die Mütter seiner Kinder bloßstellte und sich die dritte Ehefrau nahm. Wie rührend kinderlieb von diesem Mann . . .

»Vielweiberei« ist bei den Sozis Mode

Das Thema „Vielweiberei“ trifft Klose hart. Als ein schwerbehindertes Kind gleich nach der Geburt starb, kamen Scheidungsgerüchte auf. Motto: Klose will sich jetzt von seiner zweiten Ehefrau, Elke, trennen. Klose dementierte wütend. Und die Ehefrau – ob noch gutgläubig oder gezwungen – lief mit ihrem Hans-Ulrich sogar vor Gericht, als eine Illustrierte von geplanter Scheidung schrieb. Die arme Frau. Bald darauf war sie abgeschoben. Was sie damals nicht wissen konnte: Klose hatte während der schlimmen Schwangerschaft seiner zweiten Frau ja längst ein Auge auf eine »Neue« geworfen.

Die dritte Ehe Kloses hätte für ihn politisch nachteilige Folgen haben können. Biedere Sozialdemokraten wollen keinen moslemischen Scheich, der nach Belieben seine Frauen verstoßen kann. Die Öffentlichkeit wurde deswegen langsam und schrittweise auf die neue Ehe vorbereitet. So etwas fängt immer mit Dementis an. »Nein, wir sind noch nicht verheiratet«, sagte Dr. Anne Steinbeck „BILD“ am 13. November 1991 per Telefon. Konnte auch schlecht möglich sein. Denn erst am 4. Februar 1992 brachte das »Hamburger Abendblatt« die winzige Elf-Zeilen-Meldung: »Klose geschieden« und schrieb: »Seit gestern vormittag 11.00 Uhr ist der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Ulrich Klose (54), zum zweitenmal geschieden. 1973 hatte er seine Frau Elke (50) geheiratet. Seit acht Jahren lebt er von ihr getrennt. Seine Lebensgefährtin, die Ärztin Dr. Anne Steinbeck (44), kennt der ehemalige Hamburger Bürgermeister (1974–1981) seit 1976.«

Diese kleine Meldung hätte Klose die Karriere kosten können. Kein Wunder, daß er deswegen über das Eingreifen der Presse in sein »Privatleben« nicht erfreut sein konnte.

In dieser Beziehung ist er wie Engholm: Wenn die »Verkäufe« des Privatlebens politisches Kapital versprechen, gibt Hans-Ulrich Klose gern Einblicke in sein Privatleben – aber wehe, es könnte schaden. Als die Ehewelt mit Frau Nummer 2 – der Lehrerin Elke Ernst – zumindest nach außen noch in Ordnung war, ließ Klose sich nur allzugern mit ihr privat fotografieren. Fast rührend mutet da ein Artikel der SPD-orientierten »Hamburger Morgenpost« vom 30. Dezember 1977 an: »Ein steifer Ost peitscht Gischtwolken über die Wellenbrecher am Strand von Kampen. Ein Mann in Jeans, Parka und blauen Gummistiefeln, und eine Frau im wadenlangen, braunen Tuchmantel und gelben Gummistiefeln waten durch das den Strand rauflaufende Wasser: Bürgermeister Hans-Ulrich Klose und seine Frau Elke.

›Bürgermeisters‹ machen Kurzurlaub in ihrer Ferienwohnung auf ›Hamburgs Insel‹: Er tankt Kraft für den kommenden Bürgerschaftswahlkampf, sie erholt sich von einer schweren Grippe (am Montag wird der Amtsarzt feststellen, ob sie wieder ihre Klasse in einer Sonderschule unterrichten darf).

Seit Jahren sind Kloses Sylt-Fans – vor zweieinhalb Jahren kauften sie sich eine Ferienwohnung in einem neuen, rotgeklinkerten Haus mit tief heruntergezogener ›Reet-Haube‹: Ein Wohnraum mit Pantry, zwei kleine Schlafräume. Das ganze hat Elke Klose mit viel Liebe, viel Farbe und einigen hübschen alten Stücken eingerichtet. Ulli Kloses liebste und wichtigste Stücke im Wohnraum

sind zwei Regale: Ein modernes aus Anbauteilen für Wein, Bier und Malt-Whisky, ein altes aus Mahagoni für Bücher. Im Urlaub liebt es das Ehepaar Klose unkonventionell: Sie schlafen bis mittags, ersetzen Mittagessen durch Frühstück und teilen sich alles möglichst arbeitssparend ein. So wurde Kartoffelsalat nicht nur für den Heiligen Abend produziert, sondern gleich für die nächsten vier Tage mit. Hauptbeschäftigung sind Wanderungen – bis zu vierzehn Kilometer täglich.«

Auch das liest sich zunächst harmlos schön. Als Journalist dagegen riecht man den Braten sofort. Wahlen stehen an. Da muß ein heiles Eheleben demonstriert werden. Denken Sie nur, wie sehr US-Präsident Bush im August 1992 darunter zu leiden hatte, als die amerikanischen Zeitungen von angeblichen Seitensprüngen mit einer Mitarbeiterin berichteten. Diese Meldungen schadeten mehr als Arbeitslosigkeit, Verfall des Dollars und Saddam Hussein. Was stört es da Herrn Klose, wenn seine Frau schwer angeschlagen von einer Grippe für die Fotografen der »Hamburger Morgenpost« durch den eisigen und nassen Dezemberwind der Nordseeinsel Sylt »bis zu 14 Kilometer« latschen muß? Ich selber bin dort oben im Norden geboren. Kenne den »Sylter Winter« von Kindheit an. Gelobt sei, was hart macht. Gelobt sei, was der Karriere Kloses hilft . . .

Zurück ins Jahr 1991: Die dritte Ehe steht bereits fest. Dementis und Gerichtsverfahren würden nichts mehr bringen. Da hilft nur noch die in solchen Fällen bei Politikern übliche »Offensiv-Kampagne in weich«. Und »BILD« – in Hamburg besonders wichtig – erfährt: »Er lebt seit zwei Jahren von seiner Hamburger Frau Elke (Lehrerin) getrennt, ist aber noch nicht geschieden. Mit

Elke hat er zwei Kinder, zwei weitere aus erster Ehe. Die Bonner Ärztin Anne Steinbeck (eine Tochter), ist seit Jahren seine Lebensgefährtin. Mit ihr war er auch im Mexico-Urlaub, von wo er seine Kandidatur angemeldet hatte. Wie ist Hans-Ulrich Klose privat? Frau Steinbeck verriet es BILD-Hamburg: Hobbys: Er zeichnet, sammelt Kunst, liebt Krimis, schreibt Gedichte, kocht gern, spielt Skat und Stichling, ein wenig bekanntes Kartenspiel. Darin ist er Meister.

Autos: In Bonn fährt er mit dem VW-Jetta Pacific seiner Lebensgefährtin, in seinem Wahlkreis Harburg mit einem Ford Fiesta. Allerdings setzt er sich ungern selbst ans Lenkrad. Dr. Anne Steinbeck dafür um so lieber.

Lieblingssessen: Klose ißt für sein Leben gern Suppen, Gemüsesuppen, die er selbst kocht. Außerdem schätzt er italienische Küche und italienischen Wein (weiß und rot).

Kleidung: Die Anzüge werden von der Stange gekauft – gute Qualität – und lange getragen. Manchmal zu lange, meint Frau Dr. Steinbeck.

Wohnung: In Bonn wohnt Klose bei seiner Lebensgefährtin, in seinem Wahlkreis hat er mitten in Wilhelmsburg eine Zweieinhalb-Zimmer-Wohnung . . .« und so weiter.

Diese rührenden Detailgeschichten sollen die Schurkerei vergessen machen, daß er zwei Frauen mit Kindern sitzen ließ. Aber nicht nur das. Es ist besonders pikant, daß Klose all diese privaten Internas seiner Lebensgefährtin ausgerechnet über »BILD« hinausposaunen läßt. Vergessen wir für einen Moment den menschlichen Aspekt, bei dem ich mir immer die Frage stelle, wie wohl den Kindern und verflochtenen Ehefrauen zumute sein muß, wenn sie dieses Liebesgeklingel lesen müssen.

Ein echtes Politikum ist die Tatsache, daß Kloses damalige Lebensgefährtin die privaten Internas ausgerechnet über das Springer-Blatt »BILD« in die Öffentlichkeit bringen läßt. Denn was die meisten vergessen haben:

Klose bekämpfte Ende der siebziger Jahre den Springer-Konzern und die »BILD-Zeitung« wütend. Das hatte einen simplen Grund: Die in Hamburg erscheinenden Springer-Zeitungen »BILD«, Lokalausgabe der »WELT« und das »Hamburger Abendblatt« kritisierten Klose hart, weil er sich »über Nacht« politisch total gewandelt hatte – vom angeblich »Rechten« – hin zum Parteilinken. Zum Thema Chamäleon Klose später mehr. Zunächst sein Verhältnis zu Springer und »BILD« damals. Kloses Ansehen in Hamburg sank rapide. Man wollte ihn loswerden. Die eigene SPD am schnellsten. Klose, zunächst von den Springer-Zeitungen als »Rechter« verwöhnt, stellte sich 1975 dem Verlag sogar für eine Werbekampagne zur Verfügung und ließ ein Porträt von sich veröffentlichen, mit dem für Springer geworben werden durfte. Wütend bekämpfte er den Verleger dann, als der Kloses Grundsatzlosigkeit anprangerte. Klose verweigerte »BILD« Interviews und erklärte: »Ich kann bei meinen Erfahrungen kein Appeasement mit dem Haus Springer machen.«

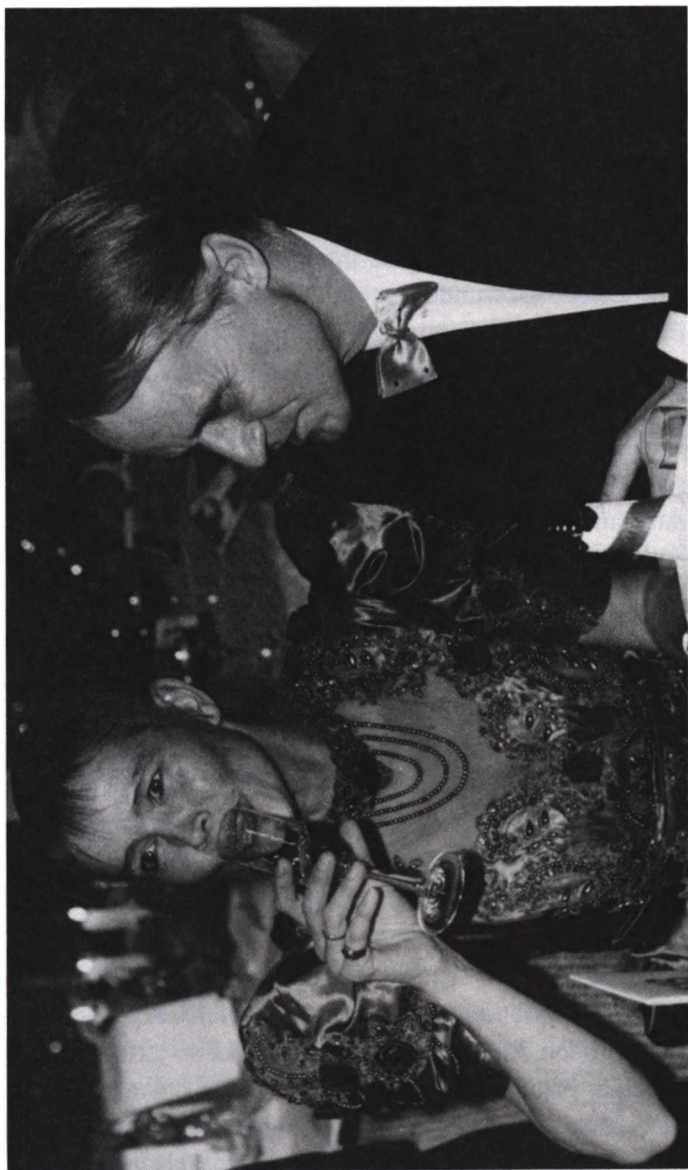
Helmut Schmidt riet Klose zur Mäßigung und wies darauf hin, daß eine Auseinandersetzung mit Springer in Hamburg nur tödlich enden könne. Andere Genossen: »Hans-Ulrich gibt Springer die Schuld für eigenes Versagen.« Was die Genossen besser wußten als Klose – oder der nicht wahrhaben wollte: Gerade Axel Springer war es, der in Hamburg den dort regierenden Sozialdemokraten immer wieder half. Springer, der ohne das Wohlwollen eines SPD-Bürgermeisters (Brauer) nie groß gewor-

den wäre, hätschelte die sozialdemokratischen Bürgermeister der Hansestadt geradezu mit seinen Blättern. SPD-Bürgermeister Professor Herbert Weichmann wurde von Springer zu einer Art »Gottvater der Hansestadt« aufgebaut, gegen den kein einziger CDU-Kandidat auch nur den Hauch einer Chance bekam. Den beleidigten Klose focht das alles nicht an. Springer war Schuld an der Unfähigkeit Kloses. Klose suchte die Schuld überall, nur nicht bei sich selber. Selbstüberschätzung. Eine seiner ganz wesentlichen, unangenehmen Charaktereigenschaften.

Der Hamburger Journalist Dr. Paul C. Martin schrieb einmal über Klose den entlarvenden Satz »Sein liebstes Wort ist ICH«.

Keinen Frieden sollte es mehr mit Springer geben. Klose wollte sogar eigene Fernsehzeitzungen der öffentlich-rechtlichen Anstalten herausbringen lassen, um so Springers Programm-Zeitschrift »Hörzu« zu treffen. Spätestens bei seiner dritten Ehe brauchte Klose aber diesen Frieden. Flugs wurden die alten Anti-Springer-Grundsätze über Bord geworfen, und die Auserwählte für den dritten Ehebund durfte ihre Liebesgeständnisse an Hans-Ulrich über »BILD« ans Publikum verkünden.

Auf der Sonderseite »Extra für die Frau« ging es noch vor der Scheidung von Elke Ernst (Ehefrau Nr. 2) noch tiefer ins private Eingemachte. »Uli ist der liebevollste Mann der Welt«, vertraute Anne Steinbeck der Journalistin Susanne Opalka an, die auch gleich davon zu berichten wußte, daß Dr. Anne Steinbeck höllisch leidet, wenn er angegriffen wird. Und dann die perfekt inszenierte Politpropaganda Klosescher Art, der doch so gar nichts mit Springer zu tun haben wollte und total gegen die Veröffentlichung seines Privatlebens ist: »Ihre wa-



Klose und seine Ehefrau Nummer 3: Ärztin Dr. Anne Steinbeck.

chen braunen Augen glänzen plötzlich, der energische Zug um den Mund weicht einem wissenden, glücklichen Lächeln. So strahlt nur eine Frau, die verliebt ist: die Ärztin Dr. Anne Steinbeck (44). Wenn sie von ›ihm‹ erzählt, von Uli, ihrem ›Mann‹, verändert sich ihr Gesicht.

Die Lebensgefährtin des SPD-Fraktionschefs Hans-Ulrich Klose (54) macht aus ihren Gefühlen kein Geheimnis. Liebe, Bewunderung und Stolz klingen in jedem ihrer Sätze über ihn an. ›Uli ist ein faszinierender Mann: klug, souverän, nachdenklich – und der liebevollste der Welt.‹ Direkt zum Neidischwerden.

Die Komplimente seiner künftigen Ehefrau dürften Balsam für die Seele des Fraktionschefs sein. Seit seinem Amtsantritt hört und liest Hans-Ulrich Klose sonst ganz andere Töne: Er sei ein Querdenker, Unruhestifter, Schuld am Chaos in der Partei, am mangelnden Vertrauen der Wähler in die SPD. Was empfindet Anne Steinbeck, wenn ihr Uli so gescholten wird? ›Ich leide höllisch, wenn sie ihn so anmachen‹, sagt sie und setzt sich energisch im Stuhl auf, bereit, gegen jeden weiteren Angriff auf ihn zu kämpfen. ›Ich bin dann sauer, zornig und rege mich furchtbar auf. Ausgerechnet ihm lastet man die Probleme der Partei an. Die sollen bloß froh sein, daß sie es mit ihm zu tun haben . . .‹, sprudelt es aus ihr heraus.

Uli hingegen reagiere auf Kritik zurückhaltend, denke erst mal nach, ob er nicht doch Fehler gemacht habe, erzählt sie stolz, ›und dann nimmt er mich auch noch tröstend in den Arm, wenn ich mich dabei so aufrege.‹

Einziger Nachteil: In solchen Momenten bekommt Anne Steinbeck (seit 1983 SPD-Mitglied) kein einziges Wort mehr heraus aus ihrem Uli. Er zieht sich zurück und schweigt – manchmal Tage.

Sie fährt sich mit der rechten Hand kurz über die streichholzkurzen feinen Haare. Ein paar kleine Haarbüschel dürfen weiter nach oben abstehen. ›Aus Neid und Mißgunst greifen sie ihn an‹, schimpft sie weiter und springt aus dem Stuhl auf – das Telefon hat geklingelt. Uli ist am anderen Ende der Leitung. Das geht vor – vor allem.

Das Privatleben ist den beiden heilig. Wann immer es geht, jede freie Minute verbringen sie zusammen. ›Für uns ist der Beruf nicht alles.‹ Seit neun Jahren leben die praktische Ärztin und der Politiker zusammen. Demnächst ist die Hochzeit. ›Der Termin steht fest, wird aber nicht verraten‹, sagt sie. Für beide wird es die zweite Ehe sein. (Anmerkung: Es ist Kloses dritte.) Warum plötzlich, nach neun Jahren, der offizielle Lebensbund? Ist er nötig, weil ein Fraktionschef seine Verhältnisse ordnen sollte? Darüber kann Anne Steinbeck nur lachen: ›Das entscheiden wir – und nicht ein Amt. Nein, seine Scheidung ist jetzt durch – deshalb!‹

Aus den Augenwinkeln wirft sie einen kurzen Blick auf den geliebten Mann, der da als Foto hinter der Glasscheibe ihres Sekretärs steht. ›Als ich ihn kennenlernte, hatte ich mein Leben im Griff, Männer hatten für mich nicht die Bedeutung. Und dann kam er. Das hat richtig reingehauen!‹ lacht sie. Und sogar heute, nach neun Jahren, knistert es noch heftig zwischen den beiden. ›Er hat nie versucht, mich umzukrempeln, obwohl ich sicher schwierig bin. Er hat mich nie in meiner Entwicklung, nie meine Persönlichkeit behindert‹, schwärmt Anne Steinbeck vom glücklichen Zusammenleben. Sie weiß, daß es auch anders sein kann. Die ehrgeizige Kinder- und Krankenschwester Anne Steinbeck ließ sich 1974 nach fünf Jahren von ihrem ersten Ehemann, einem Bonner Taxi-

fahrer, scheiden. ›Er hat mich ständig gebremst!‹ Tochter Viola (heute 20) blieb bei ihr. Per Abendschule holte die junge Mutter ihr Abitur nach, begann '76 mit dem Medizinstudium – finanziert durch Taxifahren, Kellnern und Nachtwachen in Krankenhäusern. Eine Frau, die zäh ist und kämpfen kann.

1987 eröffnete sie in Bonn ihre eigene Praxis und behandelt seit drei Jahren auch viele Aidskranke – mit Hypericin, einem Wirkstoff der Johanniskrautpflanze. ›Den wahren Erfolg meiner Behandlungsmethode wird man erst nach Jahren sehen. Aber das Leben meiner Patienten läßt sich durch diesen Wirkstoff verlängern – vor allem lebenswert verlängern; denn Johanniskraut hat, anders als die üblichen Aidsbehandlungen, keine unangenehmen Nebenwirkungen‹, erklärt die engagierte Ärztin selbstbewußt.

Noch 1990 wurde ihre Entdeckung des Viruskillers Johanniskraut von Kollegen belächelt. Unverblümt, direkt, wie es ihre Art ist, sagt sie, warum: ›Erstens hat's kein Professor erfunden, zweitens bin ich nur 'ne Frau, und drittens geht's nur um ein Kraut.‹ Heute wissen's aber auch viele Kollegen besser.

Ihr Vertrauen in die Heilkräfte der Natur hat einen dramatischen Grund: Im Alter von sieben Jahren erkrankte ihre Tochter Viola nach einer schweren Mandelentzündung an Rheuma. ›Trotz intensivster Behandlung durch Schulmediziner ist die Krankheit mit jedem Jahr schlimmer geworden. Alles, was man falsch machen konnte, ist falsch gemacht worden‹, sagt sie. Im letzten Sommer lag Viola nach einem Autounfall erneut im Krankenhaus, innerhalb einer Woche nahm sie 15 Kilo ab, die Ärzte gaben das junge Mädchen auf. ›Die hatten ihr Todesurteil schon gesprochen.‹

Anne Steinbeck holte ihre Tochter nach Hause, behandelte sie mit Naturheilmitteln. Heute geht es Viola den Umständen entsprechend gut.

Ständig unter Druck und Streß, mit der Krankheit der Tochter und den Schicksalen todkranker Patienten belastet – woher nimmt diese zierliche Frau ihre überschäumende Energie und Kraft? Dumme Frage! Das Telefon klingelt. Hans-Ulrich Klose ist noch mal dran. Er fühlt sich nicht wohl, ist krank, fragt, wann Anne endlich komme . . . Jetzt hält sie nichts mehr. Sie muß nach Hause. ›Wenn's der richtige Mann ist, beflügelt er‹, sagt sie noch schnell und eilt zu ihrem Uli.«

Wie gesagt: Diese rührende Geschichte stand in der Springer-Zeitung »BILD am SONNTAG«. Und das bei Kloses Erfahrungen mit diesem »bitterbösen Konzern auf der äußersten Rechten«. Grundsätze und Hans-Ulrich Klose.

Aber über »BILD« und »BILD am SONNTAG« ließ sich die Vorbereitung der Öffentlichkeit auf eine neue Ehe natürlich am besten deichseln. Und als es dann so weit war, hatten Leser der Springer-Blätter natürlich wieder einen Platz in der ersten Reihe – mit Blick ins neue Eheparadies. Und mit der Überschrift »Diesmal ist es wirklich meine letzte Ehe« war »BILD« so dabei:

»Eigentlich müßte Uli Klose (54) schon Routine haben im Heiraten – Freitag schloß er in Bonn immerhin den dritten Bund fürs Leben. Doch der SPD-Fraktionsvorsitzende war aufgeregt wie ein Pennäler, bekam kaum den Personalausweis aus der Brieftasche gefingert! Ärztin Anne (44), die kurz darauf mit dem Doppelnamen Steinbeck-Klose unterschrieb, mußte helfen.

Bei der Trauungszeremonie wurde viel gelacht. ›Die mögen sich wirklich gern, ein sympathisches Paar‹, sagte

Standesbeamter Robert Wipperfurth (60). Zur Trauung waren nur die engsten Freunde, die Verwandten und Kloses Büroleiter Karlheinz Maldaner eingeladen. Sie stießen hinterher im nüchternen Foyer des Bonner Stadthauses mit Sekt auf die dritte – und, wie Klose mehrfach betonte, »meine wirklich letzte Ehe« an. Das Hochzeitsgeschenk seiner Frau, ein großes Bild von Venedig, packte er in den grauen Ford Scorpio, mit dem es dann zum Hochzeitsessen ins Restaurant »Cäcilienhöhe« ging. Im Lieblingslokal von Bundeskanzler Helmut Kohl servierte Prominentenwirt Bruno den zehn Gästen ein viergängiges Menü, das er mit dem Brautpaar schon Wochen vorher zusammengestellt hatte. Als Vorspeise hatte sich Uli Klose Carpaccio von Rind und Lachs mit gebratenen Gambas gewünscht. Hinterher gab's eine Suppe von grünem und weißem Spargel, dann dreierlei Fleisch: Lamm in Kräuterkruste, Rindermedaillons in Gorgonzolacreme und Kalbsfilet in Salbeisoße; zum Dessert eine prickelnde Erfrischung: eine italienische Eisbombe.

Die war auch die Einstimmung auf die Flitterwochen: Die beiden fuhren in die Toskana. Vielleicht treffen sie dort auf Oskar Lafontaine, der auch bald heiraten wird. Da könnten die Kloses ja schon mal Tips geben.«

Es ist nur logisch, daß die geschmähte »BILD« auch einiges über die Flitterwochen in Italien erfuhr. Und auch die bürgerliche »FAZ« durfte schließlich berichten, daß für Hans-Ulrich Klose ein Spaziergang mit Anne am Hafen von Amalfi sein Traum vom Glück sei. Denn schließlich – so Klose in der »FAZ« weiter – schätzt er unter Männern besonders »jene, die Verstand und Herz erkennen lassen«.

Verstand oder politische Raffinesse – das ließ er bei seiner dritten Ehe sicherlich erkennen. Herz? Ich denke, daß seine verflochtenen Ehefrauen da ein wenig härter urteilen würden als andere.

Seine dritte Eheschließung – vermutlich nicht die letzte – inszenierte Klose propagandistisch meisterhaft. Die eigentliche Hochzeitszeremonie war verschwiegen worden. Auch im Aushang für das Aufgebot waren die Namen Klose/Steinbeck nicht erwähnt. Was blieb der wißbegierigen Journaille also anderes übrig, als Informationen von Klose oder dessen Ehefrau direkt zu beziehen?

Anschauungsunterricht und Lehrmaterial, wie angeblich »Privates« knallhart politisch richtig vermarktet wird.

In diesem Zusammenhang eine Anmerkung: Stellen Sie sich einmal das genüßliche Geschrei der Linken vor, wenn es bei Kohl, Strauß, Dregger oder einem anderen CDU- oder CSU-Politiker drei Ehen gegeben hätte. »Lustmolch« – das wäre vermutlich noch die harmloseste Bezeichnung gewesen.

Die Moral unserer Linken . . .

Klose und Springer

Dieser Abschnitt wäre unvollständig, wenn man nicht nach den tieferen Gründen der früheren Auseinandersetzung zwischen Klose und Springer fragen würde. Um es kurz zu machen: Klose hatte die Wähler getäuscht, sich als »Konservativer« ausgegeben und dann zum Linken gewandelt. Springer, politisch grundsatztreu, war deswegen erbost, fühlte sich von »diesem grünen Piffi und Hampelmann Klose« verschaukelt. Zu Recht. Denn bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen 1978 war Klose mit einem fast konservativ anmutenden Wahlkampf in die Schlacht gezogen – unter dem Motto: »Gutes bewahren – Besseres schaffen«. Der Spruch hätte von den Deutschen Konservativen e.V. aus dem Programm abgeschrieben sein können. Klose erschlich sich mit diesem Blendwerk 51,5 Prozent der Wählerstimmen in der Hansestadt und drückte sogar die FDP aus dem Parlament des Stadtstaates. Doch nach der Wahl las sich das »Konservative« ganz anders.

Zunächst waren alle hin- und hergerissen von diesem Mann. In Hamburg war er fast so populär wie einst HSV-Star Uwe Seeler (so der »SPIEGEL«). »Der Mann«, schwärmte SPD-Abgeordneter Conrad Ahlers, »hat was vom Format Willy Brandts.« An »den Hamburger Helmut Schmidt« fühlte sich die »FAZ« erinnert – und nannte den hansestädtischen Strahlemann aus Breslau einen »Hans im Glück«. Vielleicht kein ganz glücklicher Vergleich. Denn der richtige Hans im Glück vertauschte schließlich – realitätsfern und falsch »beraten« – einen kindskopfgroßen Goldklumpen gegen einen Schleifstein, der ihn verdammt drückte.

Aber noch war alles in Jubelstimmung. Im Januar 1978 hatten Hamburger SPD-Delegierte aller Flügel ihn mit 94 Prozent der Stimmen zum Bürgermeister-Kandidaten erhoben. Wie von den Propagandamanagern bestellt: Mitten im Wahlkampf kommt ein Sohn zur Welt – Johannes. 51,5 Prozent der Wähler stimmten für Klose. Der spielte noch bescheiden, wiegelte ab und warnte: »Wir dürfen nicht übermütig werden.«

Alle glaubten Klose. Vor der Wahl war er klar gegen Extremisten im öffentlichen Dienst, machte sich stark für die friedliche Nutzung der Kernenergie, gab sich in jeder Beziehung als Mann der Mitte.

In der damaligen Zeit entsprach das dem Kurs der Hamburger SPD, die traditionell konservativ in der Arbeitnehmerschaft verankert war. Aber auf Bundesebene wurden in diesen Jahren bereits andere Positionen gesetzt – Richtung links. Der eitle und ehrgeizige Klose wollte auf Dauer nicht in Hamburg bleiben, hatte Karriere im Kopf. Und so wandelte er sich über Nacht – wie die »FAZ« schrieb – »von rechts nach links zur Mitte«. Besonders kraß war aber zunächst der Schwenk nach links. Bürgerlicher Geruch wurde über Bord gekippt. Hatte er vorher noch davon geschwafelt, daß er am liebsten Pastor in Morsum auf Sylt geworden wäre und als Hobbymaler künstlerische Neigungen hat . . . kein Wort mehr davon. Es war ihm fast peinlich, wenn Journalisten darauf hinwiesen, daß er einmal Staatsanwalt und Bundeswehroffizier gewesen war.

Klose bezog Position für den Pöbel der Straße, der gegen das Kernkraftwerk Brokdorf mobil machte, und überraschte – nicht nur Hamburg – plötzlich mit der These, daß ihm 20 kommunistische Lehrer im Dienst immer



Ein Foto mit großer Symbolkraft: Es zeigt Hans-Ulrich Klose und Ex-Verteidigungsminister Hans Apel. Zwei Männer, die nicht mehr zusammenpassen, obwohl sie Mitglied einer Partei sind. Klose steht für den linken Kurs der Genossen-Schickeria, Apel für die in der heutigen SPD fast ausgestorbene Tradition der Schumachers, Reuters, Schmidts.

noch lieber seien als 200 000 verunsicherte Schüler. Er entdeckte sein Herz für die sandinistischen Kommunisten in Nicaragua und gab sich urplötzlich als strammer Linker. Ich erinnere mich noch allzu gut an die damalige Zeit. Für die Deutschen Konservativen formulierte ich harte Anzeigen gegen den roten Straßenpöbel. Die Überschrift »Moskaus Partisanen sind unter uns«. General Bastian, der sich angesprochen fühlte, zog in Hamburg vor Gericht. Er fühlte sich von mir zu hart angefaßt. Ich hatte ihn kritisiert, weil er sich an Kasernenblockaden beteiligte und wie ein dummer Junge von der Polizei von der Straße wegtragen ließ.

Ein Aufschrei der Empörung bei den deutschen Linken – und nicht nur da. Ausgerechnet General Bastian – ein »Heiliger der Politik«. General Bastian – das »Gewissen der Bundeswehr«. Ein feines Gewissen – dieser gewisse General. Alles deutet darauf hin, daß dieses »Gewissen der Bundeswehr« seine junge Geliebte im Schlaf erschöß. Kopfschuß. Danach richtete er sich selbst. Mord und Selbstmord. Vorbilder der Nation . . . Ich muß hier kurz einflechten, mit welcher doppelten Maßstäben in der veröffentlichten Meinung gemessen wird. Der Fall Barschel: Schon Stunden nach dem Tode Uwe Barschels in Genf deutete fast alles auf Mord. Ich erinnere noch einmal an die wesentlichen Fakten: Uwe Barschel hatte auf dem Kopf eine große, blutunterlaufene Schlagstelle. Später wurde behauptet, sie sei beim Fall der Leiche von der Trage entstanden. Ein Wunder in der Geschichte der Medizin: Bei einem Toten entsteht durch den Sturz ein Bluterguß! Es fehlte eigentlich nur der Hinweis, daß Uwe Barschel eine Art Vampir war, bei dem der Blutkreislauf – wie auch immer – noch funktionierte. Im Magen Uwe

Barschels wurden Wirkstoffspuren von Medikamenten gefunden, die es nur im Ostblock zu kaufen gab. Kurze Erklärung: Jede Tablette besteht aus Füllstoffen und Wirkstoffen. Die Füllstoffe sind notwendige – aber medizinisch wirkungslose Beigaben – die die Wirkstoffe erst in die gewünschte Tabletten- oder Pillenform bringen. Nur in einem höchst komplizierten Hitzeverfahren – das nur Pharmazeuten oder Chemiker beherrschen – kann man Füll- und Wirkstoffe voneinander trennen. Selbst für politisch nicht voreingenommene Laien konnte es nur diese Version geben: Uwe Barschel war durch einen Schlag auf den Hinterkopf betäubt worden. Dann hatte man ihm durch einen Schlauch die betäubenden Wirkstoffe in den Magen gefüllt. Jahrelang wurde das einfach ignoriert. Obwohl ich in Genf selber nahezu lückenlose Beweise für die Ermordung Uwe Barschels erbringen konnte (siehe mein Buch »Das Testament des Uwe Barschel«), dachte niemand daran, die Ermittlungen in dieser Sache noch einmal neu aufzunehmen. Es wurde nur zu Randerscheinungen neu ermittelt. Selbst als später der »Vorverurteiler« »STERN« meine Mordthese weitgehend übernahm, rauschte nichts im deutschen Blätterwald. Uwe Barschel blieb der »charakterlose Selbstmörder«.

Wie anders war das doch bei Bastian und Petra Kelly. Nichts – aber auch gar nichts – deutete auf Mord. Aber Bastian und Kelly waren »Linke«». Barschel war »Bandit«, die beiden Linken »Heilige«. Die abstrusesten Mordtheorien tauchten auf. Tagelang wurden sie in allen Gazetten diskutiert, verrückteste »Zeugen« aufgeboten. Was wahr war, durfte nicht wahr sein. Bastian ein Mörder. Selbst als es an dieser Tatsache nichts mehr zu deu-

teln gab – wurde das Verbrechen glorifiziert. »STERN« und »SPIEGEL« brachten ganze Serien – herzzerreißend und Tränen erzeugend. Was waren das doch für wunderbare Menschen . . . Es ist gut, wenn man als Christ daran glaubt, daß Menschen nicht die letzte Instanz sind. Man könnte an der sogenannten Gerechtigkeit sonst verzweifeln.

Die bodenlose Verlogenheit unserer Medien und deren doppelbödige Moral wird an dem Vergleich der Berichte zum Fall Barschel und zum Fall Bastian und Kelly extrem deutlich. Es ist nur gut, daß die Öffentlichkeit das zunehmend begreift.

Ermordete werden Täter. Mörder werden zu Opfern. Perversion der veröffentlichten Meinung in Hochkultur.

Klose sympathisierte mit solchen »Heiligen« wie Bastian. In Hamburg fand sich natürlich ein Staatsanwalt, der mich anklagte. Man muß sich das einmal vorstellen. Einer Geldstrafe entging ich nur deswegen, weil der sonst so übereifrige Staatsanwalt Klein Termine verpennt hatte. Später rächte er sich an mir mit einer Hausdurchsuchung bei der Gerichtsauseinandersetzung mit Brandt/Frahm, bei der er allerdings nicht erfolgreich war. Geheime Unterlagen über die dubiose Vergangenheit Brandts, die interessierte linke Kreise nur allzu gern in die Hände bekommen hätten, hatte ich damals längst bei Freunden der Konservativen Partei in London sicher untergebracht.

Dafür ließen die Durchsuchungsbeamten dann Kopien einer privaten Korrespondenz zwischen mir und Postminister Schwarz-Schilling mitgehen, die dann prompt im »SPIEGEL« abgedruckt wurden. Staatsanwalt Klein wusch sich die Hände in Unschuld. Eine feine Gesellschaft, diese rote Hamburger Justiz. Politisch unabhängig . . . Aber das nur am Rande.

Das Chamäleon Klose hielt Hamburg mit seinen politischen Kapriolen weiter in Atem. Die Hamburger CDU – unter ihrem Chef Echternach (Spitzname: echt danach) war völlig unfähig, Klose deswegen zu brandmarken. Klose hatte sich einen mächtigeren Mann zum Feind gemacht: Axel Springer. Der hatte zunächst noch Loblieder auf den Hamburger Bürgermeister singen lassen. »DIE WELT« bezeichnete Klose als einen »Staatsmann«, der selbst »für die konservative Wählerschaft Hamburgs akzeptabel« sei. »BILD« berichtete geradezu überschwenglich vom »Hof« des Regierungschefs. Schlagzeile 1978: »Elke Klose ißt dauernd Marzipantorte – das muß ja ein süßes Baby werden.«

Klose nahm die Warnung Helmut Schmidts nicht ernst: »Selbstmord, wer sich in Hamburg mit Springer anlegt.« Unmittelbar nach der Bürgerschaftswahl rief Klose die „Neue Politik“ aus. Selbst Hamburger SPD-Genossen waren geschockt. Der »SPIEGEL«: »Was zum Teufel ist in diesen Kerl gefahren«, wird SPD-Chef Paulig von Genossen bestürmt, »nimmt der Uli neuerdings Hasch? Hat er die Midlife-Krise? Steckt eine Frau dahinter? Oder was?« Paulig pflege dann platt zu antworten: »Weet ick nich.«

Die Wahrheit: Klose wollte sich bei Linken und Grünen beliebt machen, seine Karriere auf Bundesebene vorbereiten, bei der ihm ein »konservatives« Image seinerzeit schädlich gewesen wäre. Was interessieren Herrn Klose die Grundsätze von gestern?

»DIE WELT« sah Klose jetzt im »Marx-Expreß nach Utopia« rollen und ließ den Hauspoeten »Bonnifaz« reimen:

Klose kommt mit Lenins Knochen
quer im Munde hervorgekrochen . . .
Seit dort bürgermeister Klose,
geht's in Hamburg in die Hose . . .
Extremisten, ob sie stinken
oder nicht, putzt er die Klinken . . .
Mehr als die hat Grips und Pose
Klose schon in seiner Hose.

Ziemlich massiv setzte sich Klose schließlich von der Sozialen Marktwirtschaft ab. Er bezeichnete den Staat als »Reparaturbetrieb des Kapitalismus«, sah in den Grünen eine »Jahrhundert-Bewegung«. Sein bösester Ausrutscher, mit dem er sich endgültig als Marxist demaskierte: »So würde ich heute nicht mehr ohne weiteres bereit sein, die Analyse von Stamokap als ganz und gar falsch zurückzuweisen . . . ! Ich halte Therapievorschläge von Stamokap nach wie vor für nicht richtig. Es ist aber absolut notwendig – auch aus staatspolitischer Sicht –, daß es einen linken Flügel in der SPD gibt.« Die Industrie- und Handelskammer in Hamburg war geschockt.

Nur logisch, daß Klose sich langsam, aber sicher auch äußerlich anders gab. Es paßte nicht mehr zu ihm, im vornehmen Hamburg 13 (Pöseldorf) zu wohnen und Tennis zu spielen. Es sollte nicht zu auffällig werden – aber im Laufe der Jahre verlegte Klose schließlich seinen Wohnsitz vom Nobelviertel Pöseldorf ins Hamburger »Trkenrevier« Wilhelmsburg, in dem »Mieten mit dem Revolver einkassiert« werden, wie viele Hamburger sagen. Er spielte nun den kleinen Mann, begnügte sich mit einer 61,3 Quadratmeter großen 3-Zimmer-Wohnung für 330 Mark Miete (kalt) beim „Bauverein Reiherstieg“.

Vergessen Sportwagen, Tennisplatz und Schicki-Micki.
Wandel vom vornehmen Nadelstreifen-Bürgermeister hin
zum Wilhelmsburger Proletarier.

Kloses vorläufiges Ende

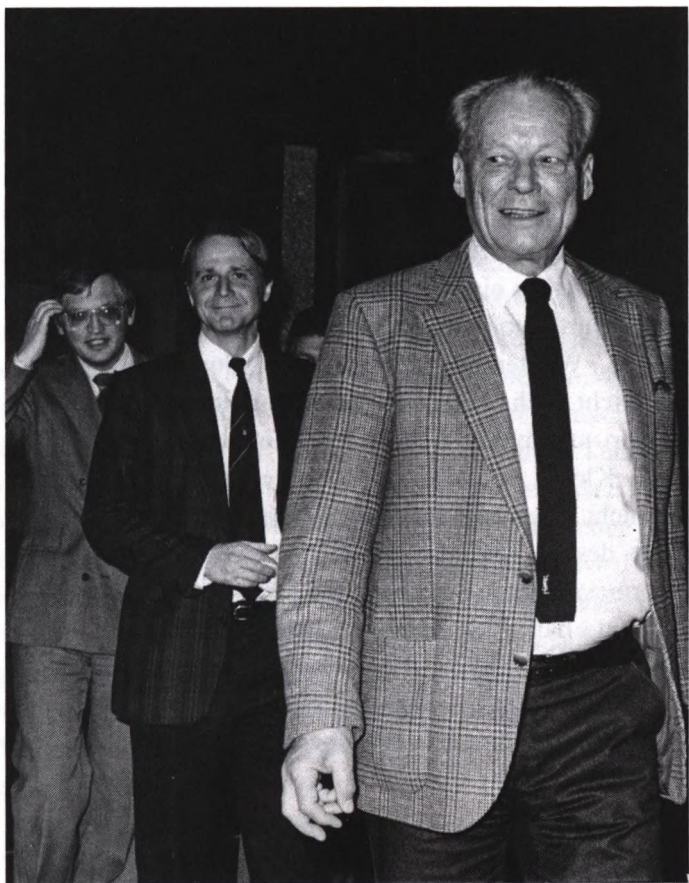
Doch noch vorher ging es in Hamburg mit Klose zu Ende. Heute völlig vergessen: Es gab einen Giftmüll-Skandal in Hamburg, mit dem die eigenen Genossen schließlich Klose an die »Wand backten«. Bereitwillig lieferten eigene Genossen den Springer-Blättern das Material gegen den ungeliebt gewordenen Klose. »Klose sagt nicht die Wahrheit – Der Beweis« oder »Klose schwer belastet« und »Klose – 2 Senatoren belasten ihn! Das Ende?« Schließlich in »BILD am SONNTAG«: »Stürzt jetzt Klose?« Er stürzte. Die Genossen waren ihn leid. Trotz Wahlerfolg bei den Bürgerschaftswahlen und anschließenden Europawahlen, bei denen die Hamburger SPD sogar besser abschnitt als alle anderen sozialdemokratischen Landesverbände im Bundesgebiet. Man wollte nur noch eins: Klose loswerden, in die Wüste schicken, wieder frei werden von diesem unglaublichen Politiker, dem man leichtfertig vertraut hatte.

Nach seinem Rücktritt erschien ein neues »Handbuch der Hamburger Bürgerschaft«. In die Rubrik »Gegenwärtig ausgeübte Berufe« hatte Klose einen Strich machen lassen. Klose, sechseinhalb Jahre Bürgermeister, gelernter Jurist, hatte noch keinen neuen Job. Brauchte auch keinen. Knapp eineinhalb Jahre bekam er noch pro Monat 7500 Mark (die Hälfte seines Bürgermeistergehalts). Zusätzlich 1650 Mark steuerfreie Diäten als Bürgerschaftsabgeordneter. Damals redete er davon, in Hamburg wieder als Anwalt tätig zu werden. Ein frommer Spruch – mehr nicht. Sein 280er Dienst-Mercedes war weg. Klose fuhr Fahrrad. Die Eigentumswohnung in Keitum (Sylt) verkaufte er, erwarb bei Drochtersen,

südlich der Elbe, ein Bauernhaus (rund 200 000 Mark). Kloses damalige Frau Elke ging wieder für 1500 Mark im Monat als Französisch-Lehrerin arbeiten. Der dunkle Anzug mit Krawatte wurden gegen Pulli mit offenem Hemdkragen getauscht. »Ich kehre wieder dorthin zurück, wo ich mal angefangen habe – an die Basis«, sagte er fast weinerlich. Stimmte natürlich nicht. Zunächst versuchte er mit Hilfe der SPD-Linken ein Comeback als stellvertretender SPD-Landesvorsitzender – und scheiterte. Beliebter war er dafür als Redner. Er sprach vorm Marketing-, vorm Anglo-German-Club, vor Genossen in Schleswig-Holstein, Studenten in Bielefeld und auf »Friedens-Demos«. Überall dort kritisierte er seine SPD und die anderen Parteien. Er sprach von Vergesellschaftung, kritisierte die NATO-Strategie (die er früher deutlich unterstützte), forderte »alternative Politik«. Es ist heute fast müßig darauf einzugehen, daß ohne die klare Strategie der NATO der Kommunismus nie zusammengebrochen und Deutschland noch heute geteilt wäre. Natürlich war es nur allzu schick, damals auch US-Präsident Reagan als »Faschisten« und »Radikalen« zu verleumden – den Mann, dem die westliche Welt mehr verdankt als jedem anderen US-Präsidenten zuvor, den ich stets verehrt habe.

Als »Nicht-Bürgermeister« fabrizierte Klose »am laufenden Band« neue Polit-Kapriolen.

Klose sah seine Fehler nicht ein, schob sie anderen zu, sprach vom »Nachdenken« – nur nicht über sich selbst. In der ihm typischen Selbstüberschätzung verkündete er arrogant, daß die Partei ihn überhaupt nicht scheitern lassen könne, weil danach für die SPD das ewige Aus kommen würde.



Klose Wendehals: Als Hamburger Bürgermeister gab er sich verhältnismäßig konservativ. Dann drehte Klose nach linksaußen, um in die Karrierefußtapfen von Willy Brandt/Frahm zu treten. Hier mit Brandt und Günther Verheugen im Februar 1987 nach Kloses (Deutsche Presseagentur: »der den Parteilinken zugerechnet wird«) überraschenden Wahl zum SPD-Schatzmeister.

Das Aus kam über Nacht – und die SPD in Hamburg lebt immer noch . . . auch ohne Klose.

Die offizielle Begründung für Kloses Rücktritt war sein Scheitern im Streit um das Atomkraftwerk Brokdorf. Die Hamburger SPD und die Hamburger Electricitäts-Werke (HEW) wollten Kloses Ausstiegskurs nicht folgen. Die wahren Gründe für den Rücktritt des Gescheiterten, der bereits damals eine neue Karriere als »Linker« im Kopf hatte, wurde vom »SPIEGEL« erkannt. Der fragte Klose direkt: »Wollten Sie mit Ihrem Brokdorf-Rücktritt nicht vielleicht auch, nachdem Sie sich in eine ausweglose Situation manövriert hatten, in Schönheit nach links fallen?« Kloses Antwort war so ausweichend und dünn, daß sie nicht zitiert werden muß. Er war ertappt worden.

Statt dessen forderte er »eine Vergesellschaftung der Energieversorgung«, die er »im Grunde« auch für »konsequent« hält. Also Marxismus reinsten Wassers.

Und statt wenigstens jetzt – zumindest ein wenig – die Schuld für sein Scheitern bei sich selbst zu suchen, verkündete er den abenteuerlichen Blödsinn, daß ihn die Atomkraft-Lobby in die Knie gezwungen habe. Wörtlich: »Fest steht, daß ich nicht mehr im Amt bin. Sicherlich hat das letztendlich auch etwas mit dem Einsatz der Atomlobby . . . zu tun.«

Verstärkung für die Theorie, daß Bösewichte Klose gestürzt haben, bekam der Gescheiterte natürlich flugs von den Jungsozialisten. Sie trugen Plakate durch die Stadt, auf denen die Horror-Parole stand: »Hartmann und Staak, Euch klebt noch das Blut am Messer«. Gemeint waren damit zwei führende Hamburger Sozialdemokraten, die mit dem Linkskurs von Klose nicht einverstanden waren und zu seinem Sturz beigetragen hatten.

Klose war nicht bereit, auch nur andeutungsweise zuzugeben, daß er inhaltlich schwere Fehler gemacht und seine eigenen (angeblichen) Ideen und Wähler durch linkes Geschwafel verraten hatte. Lediglich taktische Fehler räumte er ein: »In der Extremistenfrage hätte ich anders vorgehen können. Bevor ich öffentlich gesagt habe, 20 Kommunisten im öffentlichen Dienst seien mir lieber als 200 000 beunruhigte junge Leute, hätte ich ein bißchen ausführlicher diskutieren können. Das würde ich einräumen.« Und weiter: »Ich habe bei den Problemen, die ich angepackt habe, mehr als einmal den Fehler gemacht, es zu schnell machen zu wollen. Ich habe einige Themen nicht gründlich genug vorberaten und es unterlassen, mit vielen, vielen Leute Kontakt aufzunehmen, mit denen ich eigentlich hätte reden müssen. Das sind objektive Fehler.« Anders vorgehen und die Einsicht, es zu schnell gemacht zu haben – das ist alles, was Klose sich selber eingesteht. Im Klartext: Mit keinem Wort bedauerte er seinen durch Purzelbäume begangenen Wählerverrat, bedauert lediglich, »zu schnell« und »taktisch nicht klug« genug vorgegangen zu sein.

Es langweilt, auf alle Einzelheiten des Klose-Rücktritts von damals einzugehen. Das Fazit ist wichtiger: Klose war gescheitert, weil er aus anpasserischen Gründen Grundsätze verraten hatte, die er vor der Wahl vertrat. Die Schuld suchte er bei anderen, nicht bei sich. Um aber auch noch aus der Niederlage Kapital zu schlagen, motivierte er seine Fehlentscheidungen politisch – um sich damit bereits wieder eine Eintrittskarte in eine neue Karriere zu schaffen. Ich bin wahrhaftig kein Freund des »SPIEGEL«. Aber kein Blatt »lag« in Sachen Klose besser als das Hamburger Nachrichtenmagazin. Denn schon

in der Ausgabe 28 im Jahr 1981 fragte der »SPIEGEL« Klose – sechs Monate nach dessen Rücktritt als Bürgermeister: »Die Hamburger CDU gibt vor, Ihre geheimen Absichten schon zu kennen: Sie hätten sich mit Ihrem Rücktritt nicht nur einen Ausweg aus Ihren selbstverschuldeten politischen Schwierigkeiten eröffnet, sondern sich auch als ein ›Eppler des Nordens‹ profilieren wollen, um auf diese Weise eine ›bundesweite Karriere‹ vorzubereiten – mit dem Ziel, ›Nachfolger Willy Brandts‹ zu werden.

Antwort von Klose: Ich habe zwar eine hohe Meinung von mir, aber eine so hohe nun auch wieder nicht.«

Am 9. Dezember 1991 verkündet Hans-Ulrich Klose im »Hamburger Abendblatt«: »Ich bin bereit, gegen Kohl anzutreten.« Und »DIE ZEIT« läßt er wissen: »Wer bin ich denn, daß ich nicht Lust hätte, gegen Kohl anzutreten?«

Das sagt Kloses Ex-Frau

Es mag Leute geben, die so etwas als taktisch besonders raffiniert empfinden. Ich selber habe Schwierigkeiten zu beschreiben, wie sehr ich solche Menschen verachte. Wer in der Familie kein guter Mensch ist – der kann auch in der Politik kein guter Mensch sein. So habe ich es eingangs über Klose gesagt. Eine knallharte Bestätigung liefert dafür Elke Ernst, also die geschiedene Frau Klose (Ehefrau Nr. 2). Am 16. Juli 1992 machte sie im »STERN« ihrem Herzen Luft. Eine phantastische Anklage gegen charakterlose Politiker, die schamlos ihr Privatleben als politische Waffe einsetzen und sich nicht im geringsten um Frau und Kinder kümmern. Hier der nur leicht gekürzte Bericht:

»Um Scheidungsfolgen gemeinsam leichter zu überwinden, haben sich in Amerika Frauen unter dem Namen ›LADIES‹ zusammengeschlossen. ›LADIES‹ steht für ›Life After Divorce Is Eventually Sane‹, was soviel heißt wie ›Nach der Scheidung ist ein normales Leben möglich‹.

Denn – und das ist die Besonderheit dieser Frauen – von einem ›normalen‹ Leben konnte schon vor der Scheidung keine Rede sein. Sie sind die Ex-Frauen berühmter Hollywood-Männer. Zu den Gründungsmitgliedern gehören Sandi Nimoy, die Geschiedene von ›Mr. Spock‹ Leonard Nimoy, und Patty Lewis, Ex-Ehefrau von Komiker Jerry Lewis.

Nach der Scheidung ein normales Alltagsleben zu führen wird ihnen erschwert, da sie auf Schritt und Tritt damit rechnen müssen, dem Konterfei ihrer Ex-Gatten zu begegnen. Ob sie eine Zeitschrift aufschlagen oder den

Fernseher einschalten. Obendrein befindet er sich oft noch in Begleitung der strahlenden Nachfolgerin.

Nun ist mein Ex-Mann keine Hollywood-Größe, sondern Politiker. Und deren Gepflogenheiten sind mit denen von Hollywood-Berühmtheiten zum Glück (noch) nicht vergleichbar.

Dennoch lassen sich Parallelen ziehen. Auch bei Politikern ist die Hemmschwelle für das Ausschlachten privater Ereignisse zu PR-Zwecken zuweilen erschreckend gering. Die prominenten Ex-Gatten verschwenden meist keinen Gedanken daran, wie sehr die Begleiterscheinungen ihrer Publicity in das Privatleben der Ex-Familie eingreifen.

In unserem Fall sieht das so aus: Beim Einkaufen erfahre ich durch eine fette Schlagzeile ›Uli Klose – 3. Heirat‹. Ein offenbar eifriger Zeitungsleser ermahnt mich bei einem Straßenfest freundlich: ›Auf deinen Uli hättest du aber besser aufpassen müssen.‹

Irritiert hört mein Sohn von seinem Freund: ›Gestern hab' ich deinen Vater, deine Mutter und deine Schwester im Fernsehen gesehen.‹ Er korrigiert, daß es sich außer um seinen Vater um dessen dritte Frau und seine jüngere Schwester gehandelt haben muß.

Die Verkäuferin auf dem Markt wickelt meinen Fisch in eine Zeitung ein, die mir die ganze Angelegenheit zu Hause in Wort und Bild ein weiteres Mal auf den Tisch bringt: ›Uli Klose: Heimliche Liebe seit 1976‹ – und unsere Kinder, Jahrgang 1978 und 1980, sitzen an eben diesem Tisch . . .

Sicher, ein Ausweg wäre der auf eine Südseeinsel. Will ich aber nicht. Ein zweiter wäre der, meinen Namen zu ändern. Will ich nach 19 Jahren auch nicht. Meine Kin-



Linker Strahlemann: Klose mit Ehefrau Nummer 2 (Elke) beim Landesparteitag der Hamburger SPD. Das lachende Eheglück trägt: Elke Klose wehrte sich später öffentlich gegen Kloses Familienheuchelei.

der, mit denen ich mich auch jetzt als eine Familieneinheit verstehe, heißen so, und im übrigen drückt der Name ein Stück Identität aus, die ich im Laufe der Jahre gewonnen habe und die nicht allein an die Person meines Ex-Mannes geknüpft ist.

Es fällt mir leichter, das Phänomen, um das es geht, nicht an meinem Ex-Mann, sondern – seine Frau möge mir verzeihen – am Beispiel Klaus von Dohnanyis darzustellen, seines Nachfolgers als Hamburger Bürgermeister, der die Gazetten großzügig mit Statements über die Gründe seiner Trennung versorgte. ›Meine Frau sieht toll aus‹, schreibt er in ›Bunte‹, und ›in so vielem ist sie phänomenal.‹ Ein fairer Ex-Mann, wie es scheint. ›Ich mach' meiner Frau keine Vorwürfe.‹ Und obwohl ich das über mich in keiner Zeitung der Welt lesen möchte, horche ich auf. Schließlich spricht das für eine gewisse Reife, und die ist nicht aller Ex-Gatten Art. Der ›BamS‹ verriet er. ›Der Großteil der Schuld liegt bei mir.‹ Direkt sympathisch wird einem der Mann.

Aber dann lesen wir wiederum in ›Bunte‹, daß seine Frau ja nur das Feuilleton und kaum die Seite eins, die Neue dagegen jeden Tag alle Zeitungen von vorne bis hinten lese und er mit ihr besser reden könne, während das Gespräch mit der bisherigen Frau doch sehr mühsam gewesen sei und er immer bei Adam und Eva habe anfangen müssen.

Und die Neue, die endlich Richtige, die Schriftstellerin Ulla Hahn, ›die mich annimmt, wie ich bin‹, wird gleich mitzensiert, wenn auch fürs erste noch etwas milder. Ihr Buch ›Ein Mann im Haus‹ findet er ›sehr interessant, stilistisch habe ich aber ein paar Sachen zu bemängeln.‹

Damit es keine Mißverständnisse gibt: Jeder mag denken, wie, und lieben, wen er will, solange das privat geschieht.

Aber wenn Politiker höchst persönliche Dinge nicht nur von sich, sondern auch von ihren Ex-Partnern preisgeben, ist das nichts anderes als ein Mißbrauch von Macht, mit dem die Integrität und die Würde von Menschen in verheerender Weise angetastet werden.

Politiker haben ihren Frauen gegenüber einen uneinholbaren Vorsprung: Sie können Einfluß nehmen, auch auf die Presse. Manche scheuen sich nicht, diesen Einfluß für das Marketing ihres eigenen Privatlebens zu nutzen. Sie verteilen Zensuren über ihre Ex-Frauen und Kinder, verfügen und befinden öffentlich über sie.

Im Normalfall ist ihre Intimsphäre tabu. Selbst bestens unterrichtete Kreise halten sich an dieses ungeschriebene Gesetz, solange das Image gegenüber dem Leser und Wähler nicht angekratzt werden darf.

Doch wenn eine Politikerfamilie auseinandergeht und es dann nur noch um die Imagepflege des Mannes geht, ist es häufig aus mit der Diskretion. Der Restfamilie wird kein Schutz mehr gewährt, sie ist einer wie immer gearbeteten Berichterstattung ausgeliefert.

Soll ich also eine deutsche ›LADIES‹-Gruppe gründen? ›EX-FIRST LADIES‹ vielleicht? Potentielle Mitglieder gibt es genug. Von Rut Brandt über Margret Lafontaine bis zu Christa von Dohnanyi. Und, warum nicht, Herrn Adam, den Ex von Frau Schwaetzer, die angeblich auch erst seit der Vermählung mit Herrn Philipp zu voller Weiblichkeit erblühte.

Doch damit würde der Vergangenheit wohl ein Stellenwert eingeräumt, den sie nun auch wieder nicht hat. Aber gesagt mußte es mal werden – in aller Öffentlichkeit.«
Alle Achtung vor einer Frau, die so schreibt. Das ist nicht das Wehklagen einer verlassenen und deswegen gekränk-

ten Ehefrau – das geht tiefer. Eine moralische Abrechnung nicht nur mit Hans-Ulrich Klose. Geradezu ein Standgericht gegen alle Politiker, die schamlos ihr Privatleben vermarkten – ohne Rücksicht auf die Folgen für Frau und Kinder. Dieser Bericht von Frau Klose gehört in den Unterrichtsplan der zwischen Verleger- und Journalistenverbänden beschlossenen Ausbildungsrichtlinien für Journalisten-Nachwuchs und in die politischen Seminare der großen Parteien-Stiftungen.

Ob Brandt, Lafontaine, Biedenkopf, Engholm oder Schröder. Es trifft auf alle zu, egal von welcher Partei. Hut ab, Frau Klose. Dieser Artikel ist eine politische, journalistische, moralische und argumentative Meisterleistung, wie ich sie zu diesem Thema noch nirgendwo gelesen habe.

Und nehmen Sie es mir ab: Ich sage es nicht nur deswegen, weil es mir momentan ins Konzept paßt.

Nur darf auch eines nicht vergessen werden. Vor Elke Ernst, also der zweiten Ehefrau, die diesen Bericht im »SPIEGEL« schrieb, gab es noch eine andere. Und sie wurde von Klose auf ähnliche Weise durch die Medien gezogen. Damals wurde Ehefrau Nr. 2 zu Lasten von Ehefrau Nr. 1 in den Himmel gehoben. Das hörte sich so an: »Meine erste Ehe ist gescheitert«, sagt er, »weil ich, wenn ich nach Hause kam, gar nicht mehr da war, gar nicht mehr sensibel genug für die Reaktionen des anderen . . . Wenn im persönlichen Bereich etwas nicht stimmt, kann man solche Anforderungen nicht durchstehen . . . Meine jetzige Frau trägt das innerlich mit, und es ist wohl ganz wichtig, daß sie trotz der zusätzlichen Belastungen, die jetzt auf sie zukommen, ihren eigenen Beruf hat. Sie ist Sonderschullehrerin im Karolinenvier-

tel und will es bleiben, so lange es irgend geht.« Damals stand Ehefrau Nr. 2, die sich heute so bitter beklagt, noch auf der Klose-Sonnenseite. Bereitwillig ließ sie sich mit Ehemann und niedlichen Kaninchen ablichten, gewährte Einblicke ins Privatleben.

Und die Klose-Botschaft nach der Ehe Nr. 1 war ja unüberhörbar deutlich: Schuld hatte an der Trennung die erste Ehefrau, die für den gestreßten Politiker nicht so viel Verständnis aufbrachte wie Ehefrau Nr. 2. Was wird eines Tages Ehefrau Nr. 4 sagen? Ich bin sicher, daß da noch etwas kommt, obwohl Klose ja von seiner »endgültig letzten Ehe« gesprochen hatte.

Klose und das Geld

Politiker und Privatleben – Politiker und Geld. Zwei Themen für die »unendliche Geschichte«. Klose und Geld – das ist ein ganz besonderes Kapitel. Von Lafontaine und der Parteilinken wurde er in das Amt des SPD-Schatzmeisters gehievt. Ausgerechnet der Schuldenmacher Klose, der nur eines kann: Für sich selber genügend Geld scheffeln.

Allein 128 Millionen Mark kassierte die SPD 1990 an öffentlichen Geldern vom Staat. Zuschüsse an die SPD-orientierte Friedrich-Ebert-Stiftung nicht eingerechnet. Trotz dieser gewaltigen Summe machte die SPD unter ihrem Schatzmeister Klose Bankschulden in Höhe von rund 25 Millionen Mark. Als er nach sechsjähriger Amtszeit den Stuhl des Hamburger Regierungschefs räumen mußte, war die Landeskasse geplündert. Als Andenken hinterließ Klose den Hamburgern den »roten Platz«, einen simplen Rathausmarkt, für dessen Umgestaltung Klose dem Steuerzahler fast 40 Millionen Mark aus der Tasche gefingert hatte. Der bei Regen rot schimmernde Pflasterstein verschlang das meiste. Nein wirklich – wenn es darum geht, das Geld anderer Leute zusammenzuhalten, ist Hans-Ulrich Klose nicht gerade erfolgreich.

Sehr viel erfolgreicher dagegen ist der SPD-Fraktionschef, wenn es um die eigene Schatztruhe geht. Da kann er rechnen – und kassieren. 20661 Mark kassiert er als Fraktionsvorsitzender. Ganze 56 Jahre alt, stehen ihm zusätzlich Monat für Monat 11000 Mark Pension aus der Hamburger Staatskasse zu. Das sind die offiziellen Zahlen. Aber Hans-Ulrich Klose klagt: »Im Vergleich zu führenden Funktionsträgern in der Wirtschaft verdienen

Politiker eher zu wenig.« Im übrigen müsse er ja auch viel für seine Ehefrau Nr. 2 zahlen – die Hälfte der Hamburg-Pension.

Ein dummer Spruch. 1. Herr Klose hat als ehemaliger Staatsanwalt keinerlei Befähigung für die freie Wirtschaft, in der er auch nie tätig war. 2. Er kann sein jetziges Einkommen bestenfalls mit dem eines Staatsanwalts vergleichen. Das aber würde rund 6000 Mark betragen und nicht 20661 Mark – plus Bürgermeister-Pension. 3. Jedem Politiker steht es frei, seinen politischen Job aufzugeben und sich eine Tätigkeit in der freien Wirtschaft zu suchen.

Aber genau bei Punkt drei liegt der Haken. Die deutschen Parlamente bestehen zu rund zwei Dritteln aus Beamten, Angestellten aus dem öffentlichen Dienst, Partei- und Gewerkschafts-Funktionären. Handwerksmeister, Ärzte oder leitende Angestellte aus der freien Wirtschaft sind kaum mit der Lupe zu finden. Wer selbständig ist oder eine leitende Funktion in der Wirtschaft bekleidet – der kann es sich heute überhaupt nicht mehr leisten, in die Politik zu gehen. Vier Jahre Parlament – und was dann? Wer kümmert sich in den vier Jahren um das eigene Geschäft?

Ich habe im Hause Axel Springer immer wieder erlebt, wie Abgeordnete, Minister, ja selbst Ministerpräsidenten »auf der Matte« standen und um Anstellungen »gebetelt« haben. Nicht nur Unions-Politiker. Springer hatte ein großes und soziales Herz. Selbst Klose fand in seiner Studentenzeit einen Job als Bürobote im Hamburger Verlagshaus. Am Rande bemerkt.

Von den Bewerbern aus dem politischen Bereich verfügte fast keiner über die notwendige Qualifikation in der

freien Wirtschaft. Ich selber war der höchstbezahlte Chefreporter im Hause Springer. Mein damaliges Gehalt betrug nicht die Hälfte dessen, was Herr Klose heute in der Politik kassiert. Und ich war mit meinem Gehalt überglücklich.

Herr Klose soll sich einmal die Mühe machen, in der freien Wirtschaft einen Job zu suchen, bei dem er im Monat die Summe verdient, die er jetzt in der Politik einstreicht. Unsere Politiker haben jegliches Maß zur finanziellen Realität verloren. Sie verschleudern unsere Steuergelder wie betrunkene Seeleute ihre Heuer. Die SPD ist darin der größte Meister. »Die Sozialisten konnten noch nie mit Geld umgehen«, stellte Konrad Adenauer ganz simpel fest. Für Herrn Klose gilt das eingeschränkt – mit dem eigenen Geld kann er bestens umgehen . . .

In diesem Zusammenhang: Wäre ich Vorsitzender einer konservativen Partei, würde ich mit Sicherheit zwei Punkte ins Programm nehmen: 1. Kein Politiker darf mehr verdienen als zuvor in seinem erlernten Beruf. 2. Politiker, die auf kriminelle Weise Steuergeld verschwenden, müssen juristisch verfolgt und bestraft werden können.

Als politischer Journalist, der die Politiker und die politischen Hintergründe – schon von Berufs wegen – besser kennt als manch ein anderer, kann ich mir ein Urteil erlauben: In unseren Parlamenten sitzen zum größten Teil Flaschen, die wissen, daß sie in der freien Wirtschaft ungeeignet sind und keine Chance haben. Sie entwickeln deswegen all ihre Talente und Fähigkeiten darauf, politische Karriere zu machen. Der Unmut breiter Bevölkerungskreise gegen die Politik kommt maßgeblich aus diesem Grunde zustande. Was soll das Gejammer von Herrn

Klose, der die Politiker für »unterbezahlt« hält? Er ist Jurist. Wer hält ihn davon ab, sich eine Anwaltskanzlei aufzubauen, in der er dann die Honorare kassieren kann, die er jetzt in der Politik einstreicht – vorausgesetzt, er hat als freier Jurist dazu die Qualifikation und den notwendigen Arbeitseifer?

Herr Klose ist ein Paradebeispiel dafür, wie Politiker den Staat für sich selber und ihre Parteien zum Selbstbedienungsladen degradiert haben. Ich kann und ich will nicht einsehen, weswegen Parteien und Politiker Unsummen kassieren, zugleich aber den »normalen« Bürger zur finanziellen Enthaltksamkeit ermahnen. Das kann doch nicht normal sein. Ein Bäckermeister zum Beispiel, der sich neue Maschinen kauft, sich verkalkuliert und pleite geht – der wird mit Sicherheit den Konkursrichter auf den Hals bekommen. Wenn er Pech hat, wandert er hinter schwedische Gardinen. Wie aber ist es mit unseren Politikern? Sie verkalkulieren sich täglich, die Schuldenberge wachsen. Sie müssen sich dafür aber nicht einmal juristisch verantworten. Es werden einfach die Steuern erhöht. Das ist ein feiner Parteien-Staat, der so etwas zuläßt. Kaum ein Gebiet, auf dem das Vertrauen der Menschen in die Demokratie mehr untergraben wird als auf diesem.

Die totale Unfähigkeit unserer Politiker bei wirtschaftlichen Dingen ist an den jeweiligen »Wirtschaftsrepräsentanten« abzulesen. Bei der SPD wurde Wirtschaftsminister Karl Schiller durch den früheren Juso-Funktionär Roth ersetzt. Der Mann für die Wirtschaft in der Union hieß bis vor kurzem Matthias Wissmann. Seines Zeichens Jurist, früher einmal Vorsitzender der CDU-Jugendorganisation JUNGE UNION. Sein Vorgänger hieß einmal

Ludwig Erhard. In der CSU geht es seit dem Tode von Franz Josef Strauß ebenfalls bergab. Die völlig hirnrissige Zustimmung von CSU-Chef Waigel zum Monopoly-Geld »ECU« und die geplante Abschaffung der D-Mark sind nur auf totalen wirtschaftspolitischen Unverstand zurückzuführen. Auch Herr Waigel ist ja kein Mann aus der Wirtschaft. Er ist Jurist. Finanzpolitisch eine Niete. Auch bei Ex-FDP-Chef Lambsdorff ist das Mundwerk größer als der Sachverstand. Er beklagt sich zwar öffentlich darüber, daß Kohl nichts von der Wirtschaft versteht und gelangweilt notwendige Kabinettsvorlagen zu diesem Fachgebiet durchblättert – aber denke ich an seine wirtschaftspolitischen Prognosen bei der Deutschen Wiedervereinigung zum Thema Finanzierbarkeit – dann kommt mir das Bauchgrimmen.

Herr Klose ließ sich im »SPIEGEL« demonstrativ mit einer nach unten gestülpten, leeren Parteikasse fotografieren. Leere Kassen, große Klappen – das scheint zum Markenzeichen deutscher Politiker zu werden.

Geldverschwender Klose besaß sogar die Stirn, in einem Interview öffentlich darüber zu klagen, daß er wegen seiner Sparsamkeit nicht gelobt wird. Wörtlich: » . . . es hat mich keiner gelobt. Aber ich hätte es ganz gerne, daß man mit mir über den Haushalt der SPD redet und mich dafür lobt, wie sparsam ich mit dem Geld umgehe.«

Kohl hat die Kosten der Deutschen Einheit falsch eingeschätzt und Unsinn darüber verbreitet. Harmlos gegen das, was die Sozis (besonders Klose) an wirtschaftspolitischem Quatsch über die finanzielle Seite des Aufbaus in Mitteldeutschland verbreitet haben. Das Geld anderer Leute konnten Sozialisten schon immer gut ausgeben. Da unterscheiden sie sich aber nicht sehr von den anderen.

Was bei Klose und der SPD erschwerend hinzukommt – ihre ideologische Verbohrtheit, von der CDU/CSU und FDP meist frei sind. Bei Engholm hatte ich das Thema schon angeschnitten. »Alle Menschen sind gleich«, träumen die Sozialisten – und meinen damit auch die Menschen im ehemaligen Ostblock. Sind sie es wirklich?

Finanzielle Hilfe ist nötig. Natürlich. Wer könnte das bestreiten. Aber die vergessene (weil verboten gewesene) Phantasie zu fördern – das ist mindest ebenso wichtig. Oder Leistungsbereitschaft, die durch eine Verteufelung der Leistungsgesellschaft kriminalisiert wurde – das braucht Deutschland. Von den Sozialisten ist so etwas nicht zu erwarten. Mehr als 60 Prozent aller Deutschen würden gern mehr arbeiten und finanzielle Einbußen hinnehmen – vorausgesetzt die Wirtschaft ließe sich dadurch stabilisieren. Als im August 1992 erstmals eine deutsche Gewerkschaft (die DAG bei der LUFTHANSA) solch einen Vorschlag machte, zogen Kloses Sozis gleich wieder den dicksten Knüppel aus der alten, vermotteten Klassenkampfkiste des Frühkapitalismus hervor.

Unzuverlässig und nicht berechenbar

Klose ist politisch in höchstem Maße unzuverlässig und nicht berechenbar. Er hat keine Hemmungen, »Gesinnungen« spontan zu wechseln. 1971 trat er im Parteiverfahren gegen den damaligen Juso-Vize Wolfgang Roth auf, weil der an Rote-Punkt-Aktionen gegen Fahrpreiserhöhungen – zusammen mit Kommunisten – teilgenommen hatte. Das SPD-Blatt »Vorwärts« jubelte damals über Klose: »Ein Staatsanwalt will Ordnung schaffen.«

Verrückt. Dieser Wolfgang Roth ist heute wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD, will angeblich die Marktwirtschaft verteidigen. Klose redete – nach dem Roth-Verfahren – den schon erwähnten Stamokap-Blödsinn und setzte sich von der Marktwirtschaft ab. Dann visierte Klose die Kanzlerkandidatur an – und wandelte sich erneut. Er machte es so stümperhaft, so unkollegial und rabiatisch, daß es ihm fast wieder einmal die rote Karte durch die SPD eingebracht hätte.

Sein vergeblicher Griff nach der Kanzlerkandidatur begann mit dem – für seine Überheblichkeit typischen Spruch: »Die SPD muß noch lernen, gewinnen zu wollen; wenn es kein anderer tut, muß ich es tun.« Der Spruch kam zur politischen Unzeit. Genau das hatte Klose einkalkuliert. In Schleswig-Holstein standen Wahlen an. Engholm als SPD-Spitzenkandidat in Kiel. Der wollte nicht als einer gelten, der nur mit einem Bein in Kiel, mit dem anderen schon in Bonn steht. Es hätte Stimmen im Wahlkampf kosten können. Lafontaine – der war noch allzusehr angeschlagen. Gefährlich war für Klose Ende 1991 nur Engholm. Seine Hoffnung: Eng-

holm sagt wegen der Wahlen in Kiel »Nein«. Kein Engholm, kein Lafontaine. Das hätte seine Stunde sein können. Kräftig spielte er auf diesem Klavier. Im September 1981 hatte er noch zum besten gegeben: »Das mit der Karriere ist schnuppe. Eine so große Lust empfinde ich am politischen Geschäft, wie es bisher gelaufen ist, nicht mehr, um nun unbedingt eine besondere Funktion haben zu müssen.« Zehn Jahre später ganz anders. Klose war SPD-Fraktionschef, hatte seinen Fraktionsvorstand umgebastelt, drängte darauf, möglichst früh den Kanzlerkandidaten zu benennen, schloß nicht aus, selber benannt zu werden. Schließlich die neue Idee: Der Kanzlerkandidat soll nach amerikanischem Vorbild von allen eingeschriebenen Parteimitgliedern bestimmt werden.

Die »BUNTE« fragt Klose: »Wollen Sie Kohls Herausforderer werden?« Und Klose antwortet: »Über den Herausforderer entscheidet die Nummer eins, der Parteivorsitzende Björn Engholm. Wenn mich im übrigen jemand fragt: Wenn der nicht will, ob ich dann Lust hätte, sage ich: Na klar habe ich Lust. Wer bin ich denn, daß ich nicht Lust hätte, gegen Kohl anzutreten?«

Klose bekam nach diesen Äußerungen kräftig den Wind von vorn, machte einen vorsichtigen Rückzieher. Wütend wurden vor allem Lafontaine und Engholm – aber auch die Partei. Partei und Engholm waren ihm zunächst aber egal. Wichtiger war der von der Saar. Mit kaum noch zu überbietender Scheinheiligkeit traten Klose und Lafontaine gemeinsam in einer Pressekonferenz in Bonn auf. In der SPD hatte die Lust auf Kanzler-Kandidatur um sich gegriffen. Und mit einem Seitenblick auf Lafontaine meinte Klose: »Da hat noch jemand Lust auf Politik.« Der unter schallendem Gelächter der Anwesenden: »Lust



»Lust« auf Macht und im Lebensstil weit weg von den Sorgen der sogenannten kleinen Leute: Die linke Genossen-Schickeria Oskar Lafontaine, Hans-Ulrich Klose, Björn Engholm. Lafontaine hatte 1987 Kloses Wahl zum SPD-Schatzmeister durchgesetzt.

habe ich zu vielem.« Lafontaine machte Klose lächerlich. Aus mit der dicken Freundschaft von einst. Die begann im Januar 1987. Damals hatte Lafontaine – ohne Rücksicht auf die »Kleiderordnung« – Kloses Wahl zum SPD-Schatzmeister durchgedrückt.

Die Journalistin Ulrike Brendlin: »Heute hat sich diese einstige Allianz in einen Kampf der Konkurrenten gewandelt. Das liegt in der Luft und an besagter Lust. Auf die Frage, ob sie nun Rivalen sind, reagiert der Schnelldenker Lafontaine mit der Gegenfrage: ›Ob er gegen mich antreten will?‹ Nach einem Augenzwinkern in Richtung Klose setzt er amüsiert hinzu: ›Der will doch wohl nicht Ministerpräsident im Saarland werden!‹ Ob er es für besser halte, den Herausforderer Helmut Kohls bald oder erst kurz vor der Bundestagswahl zu präsentieren, grinst der Saarländer verschmitzt: ›Mir fällt dazu nichts ein.‹«

Klose, der inzwischen gemerkt hat, daß die Genossen ihn nicht gern als Kanzlerkandidaten hätten, ändert seine Taktik. Er schlägt sich nicht mehr direkt vor, sondern geht den Umweg, spricht nur noch von »Früher Klarheit« – was im Ergebnis kein Unterschied ist. 1992 muß der Kandidat stehen, verkündet er. Engholm hält dagegen: Nicht vor 1993 oder vor 1994.

Klose schätzt die Lage in der eigenen Partei total falsch ein. Die Diskussion sei »völlig sinnlos«, schimpft der hessische SPD-Vorsitzende Hans Eichel. »Überflüssige Diskussion«, reagiert Engholm noch gelassen, »das Gesetz des Handelns« liege bei ihm, und er werde »zur rechten Zeit« darüber entscheiden, ob er gegen Kohl antrete oder nicht. Trotzdem: Klose hat erreicht, was er wollte. Engholm ist in Verlegenheit. Die CDU in Schleswig-Hol-

stein jubelt. In jeder Wahlkampf-Veranstaltung kommt der Spruch: »Wir wollen keinen Ministerpräsidenten auf Abruf.« Kloses Rechnung: Engholm verzichtet auf die Kanzlerkandidatur, um seine Wahlchancen in Kiel nicht zu gefährden.

Die Rechnung ging nicht auf. Engholm – dermaßen gedrängt – erklärt schließlich, daß er bei der nächsten Bundestagswahl gegen Kohl antreten wird. Aus. Lafontaine ist aus dem Rennen. Klose sowieso. Genau wie einst in Hamburg: Klose hat sich die Sympathien seiner Genossen kräftig verschert. Als er Ende Januar – Schulter an Schulter – mit Engholm in der Neumünsteraner Holstenhalle vor 3500 Besuchern beim SPD-Wahlkampfauftakt anmarschiert, gibt es ein ohrenbetäubendes Pfeifkonzert. Die Mitglieder sind stocksauer auf ihn, weil er ihren Björn so lange mit der Kandidatenfrage gequält hat, daß der schließlich gar nicht mehr anders konnte, als zu sagen: »In Ordnung. Ich trete an.« Am Rande: Heute wissen wir, daß Engholms Zurückhaltung nichts mit Amtsunlust zu tun hatte. Er ahnte wohl schon damals, daß dann seine tiefen Verstrickungen in die angebliche »Barschel-Affäre« ans Tageslicht kommen könnten.

Geschockt und farblos erfüllt Klose seine Pflicht. Herbert Wessels, Hamburger Journalist: »So trocken wie Kloses folgende Rede kann jedoch keiner der von Engholm bevorzugten Riesling-Weine sein. Statt dem gegen ihn aufwallenden Unmut mit irgendeiner launigen Bemerkung die Spitze zu nehmen, las der noch gesichtsblasser als sonst wirkende Fraktionschef von seinem Manuskript Sätze ab wie: ›Björn Engholms Kurs gibt die Marschrichtung nicht nur für Schleswig-Holstein an, sondern auch für die Bundesrepublik Deutschland.‹ Nach seinem

pflichtgemäßen Dank an Hans-Ulrich Klose, »daß er zu uns gekommen ist, um uns auf dem Weg zum Sieg zu helfen«, ließ der gut aufgelegte Engholm dann durchblicken, was er seinem Gast zuvor hinter den Kulissen vermutlich etwas harscher vorgetragen hatte: Für den Wechsel in Bonn brauche Deutschland »eine starke SPD, die sich nicht mit sich selbst auseinandersetzt, sondern mit dem politischen Gegner«. Sein »dringlicher Wunsch« an Klose, Lafontaine und andere sei, »am gleichen Ende des gleichen Taues zu ziehen«.

Geradezu meisterhaft versteht es Klose immer mehr, die Partei gegen sich aufzubringen. Die SPD-orientierten Gewerkschaften bringt er gegen sich auf, als er von einer »Verlängerung der Maschinenlaufzeiten« und damit flexibleren Arbeitszeiten spricht. Diese Forderung ist zwar wirtschaftspolitisch richtig, mußte innerparteilich aber einen Sturm auslösen. Er produziert einen weiteren »politischen Klops«: bei der großen Steuerdebatte, bei der die SPD gegen die CDU scheitert, weil Stasi-Stolpe als Ministerpräsident ausscheidet und die SPD im Regen stehenläßt.

In einer turbulenten Fraktionssitzung donnert Lafontaine-Freund Horst Ehmke wütend Klose an: »Was du da gesagt hast und bisher gemacht hast – dafür habe ich dich nicht gewählt. Und die anderen auch nicht.« Drastischer formuliert es der westfälische SPD-Abgeordnete Rudi Purps – laut »STERN« – »ein Mann wie ein Berg und mit Schuhgröße 46 ausgestattet«. Wütend dröhnt er: »Die sind doch alle bekloppt. Ich habe von den Genossen zu Hause den Auftrag, den Pfeifenheinis alle mal in den Arsch zu treten.« Engholm erklärt Springer-Redakteuren unverblümt, daß Klose weg vom Fenster ist, wenn er sich

nur noch einen einzigen Fehler erlaubt. Offen wird über die Ablösung Kloses diskutiert. Schon nach vier Monaten ist er am Ende. Schneller als Klose hat noch keiner seiner Vorgänger abgewirtschaftet. Und wie üblich stellt Klose in solchen Situationen die für ihn typische Frage: »Habe ich das denn nötig?« Was Klose schwerer fällt als alles andere – der Unmut seiner Genossen zwingt ihn dazu, die Fehler bei sich selber zu suchen.

Kleinlaut gesteht er ein: »Mein entscheidender Fehler in diesem Amt – ich habe ja erkennbar Fehler gemacht – war, nicht erkannt zu haben, daß es mit der Wahl zum Fraktionsvorsitzenden den Abgeordneten Klose nicht mehr gab. Es gab nur noch den Fraktionsvorsitzenden, der sich so äußern mußte, daß die ganze Fraktion sich darin wiederfinden konnte. Diese Einschränkung meiner eigenen Möglichkeiten habe ich am Anfang so nicht gesehen.«

Aber auch bei dieser »Selbstkritik«: Klose gesteht sich bestenfalls taktische Fehler ein. Kein Wort, daß er sich vielleicht doch menschlich oder inhaltlich geirrt haben könnte. Und auch die gegebene Antwort war wohl nur deswegen zustande gekommen, weil mehrere SPD-Abgeordnete schon nach vier Monaten Amtszeit als Fraktionschef den Rücktritt Kloses gefordert hatten. Beeindruckt haben mag ihn auch die Feststellung des »SPIEGEL«: »Herr Klose, für Überraschungen sind Sie immer gut. Vor vier Monaten tauchten Sie aus Mexico auf einmal als Kandidat für den Vorsitz der SPD-Fraktion auf. Nach Ihrer Wahl verspürten Sie plötzlich Lust auf die Kanzlerkandidatur. Neuerdings wird über Ihren Rücktritt spekuliert . . . Nach Ihrem Amtsantritt erlebten wir Sie als Power-Klose mit kessen Sprüchen wie: ›Die SPD muß

noch lernen, gewinnen zu wollen; wenn es kein anderer tut, muß ich es tun.« Keine drei Monate später sinniert der Jammer-Klose über die vermeintlich nicht sehr großen Chancen der SPD 1994 und darüber, ob er denn strukturell für den Frust-Job des Oppositionsführers der Richtige sei.«

Mit Klose, Engholm, Lafontaine und Schröder war die SPD – trotz ihrer Wahlerfolge bei Landtagswahlen – in ihrem größten Desaster seit der Adenauer-Zeit. Selbst die eher sozialdemokratisch orientierte »SÜDDEUTSCHE« faßte das am 21. August 1992 so zusammen: »Die SPD ein Fragezeichen. Es ist dem Wähler schwerlich klarzumachen, warum er eine schlechte Regierung gegen eine schlechte Opposition austauschen soll. Es gibt derzeit kein politisches Terrain, auf dem sich die Sozialdemokraten in der Offensive befinden. Das persönliche Wohlfühl unter einem schwachen Fraktionsvorsitzenden Klose ist der Bundestagsfraktion fürs erste wichtiger als die Geschlossenheit und die Arbeitsfähigkeit der Fraktion.«

Die politische Moral der Klose-SPD

Kein politisches Terrain, auf dem die Sozialdemokraten in der Offensive sind. Wie wahr. Und wenn es Klose-Offensiven gibt, dann gehen sie in die falsche Richtung. Beispiel: Jugoslawien – oder was davon übriggeblieben ist.

Grauenvolle Nachrichten erreichten die übrige Welt, das höllische Szenario flimmerte per Fernsehempfänger in die Wohnstuben. Erinnerungen an Auschwitz. Ausgemergelte Menschen hinter Stacheldraht, blutige Striemen am Rücken, schwarzgeränderte, tiefsitzende Augen. Aufgedunsene Leichen. Kinder mit durchschossenen Herzen und Köpfen, weinende Alte, unendliches Leid. Völkermord. Pol Phot aus Kambodscha läßt grüßen.

Die Welt schreit auf, als dreckige Banditen acht Waisenkinder in einem Hilfstransport erschießen, schreiende Jungen und Mädchen entführen. Die Nachrichten wurden immer grausiger: Vor den Augen der schwangeren Ehefrau wird ein Mann an den Beinen aufgehängt, in der Mitte durchgesägt, die Schwangere anschließend erschossen. Vergewaltigungen. Die Hölle, die Hölle, die Hölle.

Die Gepeinigten schreien nach Hilfe. Die feige westliche Welt erstickt die Schreie mit Freßpaketen. Jugoslawien hat kein Öl. Jugoslawien ist kein Kuwait. Das zerbombte Dubrovnik – diese herrliche Stadt – zählt weniger als eine von Saddam besetzte Ölquelle. 23 Jahre war ich alt, als ich durch die Straßen Dubrovniks lief, herrliche Gebäude, eine traumhafte Architektur bewunderte – aus dem Staunen nicht mehr herauskam. Menschen sterben, eine Kultur geht unter. Es gibt wieder Konzentrationsla-

ger in Europa. In deutschen Konzentrationslagern saßen viele Sozialdemokraten, starben erbärmlich. Mehr als von jeder anderen Partei hätte man sich wirkungsvolle Hilfe für die Gequälten erwarten können. Wirkungsvolle Hilfe – das heißt militärische Hilfe. Freßpakete – das sind nicht mehr als Henkersmahlzeiten. Die Mägen der toten Kinder sind nicht leer. Gefüllt mit Alele und Hipp. Cola-Kartons als Luxussärge. Die Humanität des Westens. Und die SPD macht sich mitschuldig. Beihilfe zum Völkermord – kann man es so nennen? Nur mühsam ringt sich die Bundesregierung dazu durch, aus »humanitären Gründen« ein Aufklärungsschiff der Deutschen Bundesmarine an die jugoslawische Adriaküste zu schicken. Und das Unfaßbare geschieht: Selbst gegen diese Aktion – das Minimum an Menschlichkeit – läuft die SPD Sturm. Die SPD ruft den Bundestag aus dem Urlaub. 500 000 Mark Kosten. Das Geld wäre für Jugoslawien-Opfer sinnvoller eingesetzt gewesen. Das Ergebnis dieser Sitzung: Die SPD kündigt an, daß sie wegen des eingesetzten Marine-Zerstörers »Bayern« an der Adria-Küste Verfassungsklage in Karlsruhe einreichen wird. Herr Klose redet davon, daß die Bundesregierung von der »bewährten Genscherschen Außenpolitik« abrückt und »eine scheibchenweise Ausdehnung der Grauzone« in der Außenpolitik erreichen will. Bedeutende sozialdemokratische Juristen raten Klose dringend von der Verfassungsklage ab. Er erklärt: »Es bleibt dabei«, nennt den Marineeinsatz »absolut verrückt, völlig blödsinnig«. Er verstoße gegen das Grundgesetz. In einer mit beißendem Spott gespickten Rede weist CDU-Fraktionsführer Schäuble die Angriffe Kloses zurück: »Die Grauzone besteht nur in den Köpfen einiger SPD-Abgeordneter.« Die SPD wird vor-

geführt – in ihrer ganzen Unmoral, ihrer ganzen Heuchelei, in ihrer Inhumanität. FDP-Außenminister Klaus Kinkel gebraucht Worte, die Vorgänger Genscher nie benutzt hätte: »Ohnmächtige Wut befällt einen. Das macht uns fassungslos, aufgebracht.« Lachhaft die Argumente Kloeses. »Mit der Wortgewalt eines wissenschaftlichen Assistenten verteidigt Klose die Einberufung des Bundestages«, kritisiert das »Hamburger Abendblatt«.

Und bei all diesem unwürdigen Gezänk geht eines fast unter: Der damalige Noch-SPD-Chef Engholm, dessen Partei die Sondersitzung beantragt hatte, erschien noch nicht einmal im Parlament. »Der serbische Extremismus« tobt weiter, vermeldet Außenminister Kinkel.

In Zeitungsberichten wird die SPD schärfstens kritisiert: »Sie wollen starr an den alten Maßstäben des ›Ohne uns‹ in der bundesdeutschen Außenpolitik festhalten. Sie wollen nicht zur Kenntnis nehmen, daß sich die Welt gewandelt hat. Und wenn ihnen einer die grausigen Bilder des Krieges im ehemaligen Jugoslawien vorhält, dann verweisen sie eifrig auf die Verfassung und auf Parteitagebeschlüsse, ganz so, als ob sie ewige Weisheiten wären.« »Fraktionsvorsitzende wachsen nicht wie Zuckerrüben auf dem Acker. Das muß man lernen« – sagte Klose einmal. Mag sein, daß man Taktik lernen kann. Aber Charakter, den hat man oder man hat ihn nicht.

Während die SPD diskutiert, sterben die Menschen weiter. Die Strategie der alten Tito-Kommunisten geht auf: Genau wie früher in Kroatien zielt die serbische Kampagne auch in Bosnien und Herzegowina darauf ab, ganze Landstriche zu zerstören und zu entvölkern. Die »gesäuberten« Gebiete können so an das geplante Großserbien angeschlossen werden. Das Grauen hat also durchaus Sy-

stem. Journalist Dr. Bruno Bandulet erkannte es völlig richtig, als er feststellte, daß die Serben zwischen Serbien und den besetzten Gebieten im südwestlichen Kroatien einen Landkorridor schaffen wollen, weil das Gebiet sonst nicht zu halten wäre.

Was nicht nur die SPD betrifft: Niemand in Bonn wagte zu sagen, daß die Ausweitung des Krieges durch Engländer und Franzosen bewußt in Kauf genommen, ja geradezu gefördert, wurde. Engländer wie Franzosen wollten sich die Sympathien ihrer alten Kriegsverbündeten in Serbien nicht verscherzen. Nur allzugern sah man zu, wie den deutschfreundlichen Kroaten immer wieder Schläge versetzt wurden. Tenor: »Das hat man davon, wenn man mit Deutschland an einem Strick zieht.« Die dutzendfach gescheiterten Friedensgespräche des früheren britischen Außenministers, Lord Carrington, waren durchaus nicht das Ergebnis der Unfähigkeit eines senilen Phantasten. Auch da steckte System hinter. Zeit für Serbien gewinnen. Das alles erinnert fatal an deutsche Nachkriegsgeschichte. Fanatische Polen brandschatzen in Pommern, Schlesien, Ostpreußen und in den besetzten Gebieten. Sie richten Konzentrationslager für Deutsche ein, vertreiben, morden, vergewaltigen, quälen die Menschen. Dann besetzen sie das geraubte Land, bezeichnen es als Eigentum – so wie die Serben heute. Ist Gras über die Greuel gewachsen, verlangt man nach internationaler Anerkennung – um im Endstadium schließlich auch noch Aufbauhilfe zu fordern. Ich gehe jede Wette ein, daß es so kommt. Es ist eine Lüge, wenn die Behauptung aufgestellt wird, daß ein militärischer Einsatz im ehemaligen Jugoslawien keinen Erfolg gebracht hätte. Eine Militäraktion aus der Luft wäre für die NATO nahezu risikolos gewesen, weil an der

serbischen Luftabwehr überhaupt nichts funktioniert. Bereits zu Beginn des Krieges hätten so die Auseinandersetzungen abgekürzt werden können.

Klose und Asyl

Ähnlich unanständig – wie bei der Jugoslawien-Diskussion: Das Verhalten der SPD und Kloses zum Thema Asylmißbrauch und deutsche Heimkehrer aus Rußland. Um es gleich vorweg zu sagen: Natürlich sind der SPD Schein-Asylanten aus aller Herren Länder lieber als die deutschen Rußland-Heimkehrer. Das Asylanten-Potential aus aller Welt bringt zukünftig neues proletarisches Wähler-Potential für die Partei. Kein Wunder, daß die SPD deswegen das Ausländer-Wahlrecht fordert. Bei der Jugoslawien-Frage so sehr auf die Einhaltung der Grundgesetz-Spielregeln bedacht – setzt sie sich hier völlig ungeniert über die Rechtsprechung hinweg und bastelt Gesetze, die Karlsruhe dann als »verfassungswidrig« stoppen muß.

Und selbst nach der klaren Entscheidung von Karlsruhe gegen das Ausländer-Wahlrecht stochert Klose weiter: »Ein kommunales Wahlrecht für Ausländer ist notwendig, aber wegen des Bundesverfassungsgerichtes derzeit nicht durchsetzbar.« Die SPD strebe weiter eine »klarstellende Verfassungsänderung« an, die es ermögliche, den Ausländern das kommunale Wahlrecht zuzuerkennen. Als weiteres wichtiges Ziel nennt Klose: »In der Bundesrepublik lebende Ausländer sollen zwei Pässe haben, einen deutschen und den ihrer Heimat.« Also eine Doppel-Staatsbürgerschaft. SPD-Chef Scharping: »Integration findet nicht dadurch statt, daß man einem Bürger einen Paß überreicht . . .«

Unglaublich dann Kloses Satz: »Von der Art, wie wir die Ausländerfrage behandeln, wird es abhängen, ob wir Deutschen in den Kreis der anständigen Völker zurück-

kehren werden.« Im Klartext: Die Deutschen sind immer noch im Kreis der »unanständigen Völker« und müssen – aus moralischer Verpflichtung (wegen Hitler) – Millionen von Schein-Asylanten aufnehmen.

Wie naiv und wenig ernst zu nehmen Klose auch in dieser Frage ist, zeigt sein ständiger Hinweis auf eine »europäische Regelung« des Asylanten-Problems. Ganz bewußt werden den Menschen mit einem imaginären Europa Hoffnungen gemacht, die sich überhaupt nicht erfüllen können. Europa ist zu einer wirtschaftlichen Zweckgemeinschaft degeneriert, die sich spätestens beim Jugoslawien-Konflikt als völlig unfähig erwiesen hat.

Was muß Klose für eine Moral haben, wenn er auf der einen Seite sagt, daß die Deutschen »spätestens in zehn Jahren« jährlich 300 000 Einwanderer benötigen, um die Zukunft des Landes zu sichern – aber zugleich den deutschen Heimkehrern aus Rußland und anderswo die Rückkehr in die Heimat ihrer Väter durch Begrenzung vergällen will. Man muß sich das einmal vorstellen. Jahrelang hielt die SPD es für völlig normal, daß Zigeuner aus Rumänien und Sozialtouristen aus Afrika, Polen, Asien und der Tschechei in ganzen Heerscharen zu uns kommen konnten. Nur unter dem Druck der Basis deutet sich allmählich ein Wandel an. Wohnungen, Hotels, Turnhallen – überall wurde Wohnraum für die Schein-Asylanten bereitgestellt. Keine drei Prozent von ihnen aber wurden wirklich verfolgt. Milliardenbeträge zur Unterstützung einer Völkerwanderung auf Kosten der Deutschen. Steigende Kriminalität in allen Bereichen. Ich möchte nicht in der Haut einer älteren Frau stecken, die beispielsweise am Hauptbahnhof in Hamburg einen Zug erreichen muß. Ausländische Rauschgifthändler, betrunkene Schwarze,

aggressiv bettelnde Zigeuner. In der Dreigroschenoper gibt es eine Szene, in der sich die Unterwelt zu einem makabren Treffen zusammenfindet. Am Hamburger Hauptbahnhof wird man daran erinnert. Nicht nur in Hamburg ist das so.

Alle Sympathien für Schein-Asylanten, eisiges Herz bei den Deutschen in Rußland dagegen. Lauthals fordern die Sozis – auch Klose – Einwanderungsquoten. Das ist beschämend. Diese Menschen haben für Deutschland gelitten – von Stalin nach Sibirien deportiert, geschunden, verachtet, beraubt. Trotzdem haben die mehr als zwei Millionen deutschen Menschen zur Heimat ihrer Väter gestanden, sich zu uns bekannt. Sie sind fleißig, sauber, wollen aufbauen, lieben Deutschland. Aus Sympathie zu diesen Menschen und weil es für Deutschland gut wäre: Ich würde – anstelle der Schein-Asylanten – all diese Deutschen nach Deutschland kommen lassen. Politisch, wirtschaftlich und moralisch – es wäre für unser Land eine großartige Bereicherung.

Warum soll man diese Deutschen als »Aussiedler« bezeichnen? Sie kehren heim, wollen zurück in »ihr« Deutschland. Deutsche Heimkehrer sind es für mich. Natürlich ist die SPD gegen die Deutschen aus Rußland. Kein Wunder: Sie haben vom Sozialismus jeder Art die Schnauze gestrichen voll, würden nie rot oder grün wählen, für sie ist unsere Deutsche Nationalhymne das schönste Lied der Welt. Das ist es, was den Linken nicht paßt.

Die Politiker in Bonn – nicht nur die SPD – belügen sich, wenn sie die Theorie verbreiten, daß diese Deutschen in Rußland bleiben wollen – vorausgesetzt, man hilft ihnen dort. Das ist eine Lüge. Ich habe enge Bindungen an die

Rußland-Deutschen, denen ich nur allzugern auch finanziell bei ihrer Kulturarbeit und der Erhaltung des Deutschtums im Ausland helfe. Ich kann und will diesen Menschen nicht zumuten, daß sie weiter in der ehemaligen Sowjetunion bleiben müssen. Es war doch immer das gleiche Schauspiel. Diese Menschen haben aufgebaut, den Boden fruchtbar gemacht, den Menschen zu essen gegeben, ein besseres Leben geschaffen. Kaum hatten sie aufgebaut, holte sie der Neid ein. Die Deutschen wurden dann vertrieben, schikaniert, unterdrückt. Was soll das ganze Gerede von der Ansiedlung der Rußland-Deutschen in Königsberg? Wer – auch auf dem rechten Ufer – so etwas fordert, der sollte sich einmal das verseuchte und verkommene Land dort ansehen. Ich weiß, wovon ich spreche, weil ich in den vergangenen zwölf Monaten mehr als ein dutzendmal dort war. Warum sollen diese geplagten Menschen noch einmal die Dreckarbeit für andere leisten?

Auf dem rechten radikalen Ufer wird nur allzugern immer wieder die Parole von der »ewigen Freundschaft« zwischen Deutschen und Russen ausgegeben. Früher betrieben die gleichen Kreise eine politisch-moralische Gleichsetzung der Vereinigten Staaten von Amerika mit dem kommunistischen Verbrecherregime Sowjetunion. Ich kenne Rußland und die Russen aus eigener Anschauung vermutlich besser als solche Utopisten. Sie faseln von russischer Kultur und sehen nicht die zum Himmel stinkenden Dreckberge des Sozialismus. Von Ausnahmen abgesehen – wo hat es seit 1917 »russische Kultur« gegeben? Die Kulturelite des Landes war von den Bolschewiken ermordet worden, ist geflüchtet oder ausgestorben. In Riga hat der russische Kommunistenpöbel in den herr-

lichen deutsch-lettischen Häusern das traumhaft schöne Stern-Parkett von den Böden gerissen und damit die Öfen geheizt. Die bis zur Decke gemauerten Kachelöfen schlugen sie heraus und ersetzten sie durch die sibirischen Blechtonnen-Öfen. Schmutzstarrend sind ihre Häuser, Ratten auf den Straßen. Moskauer Leichenhallen gleichen unheimlichen Schlachthöfen. Ich habe durch meinen Beruf die Welt gesehen und kann vergleichen.

Einer meiner engsten Freunde ist ein Russe. Aber russische Kultur im Kommunismus? Was ist daraus geworden? Sieht man einmal von den politisch bewußt geförderten Künstlergruppen ab – die meist nur aus Devisengründen gepöppelt wurden – in kaum einem Land der Welt wurde die Kultur mehr zerstört als in Rußland bzw. der ehemaligen Sowjetunion. Und wollen wir uns einer Illusion nicht hingeben: Die im Kommunismus aufgewachsenen Russen sind nicht mehr die Russen unserer Großeltern oder Ur-Großeltern. Katharina die Große, Peter der Große oder Zar Nikolaus II., der mit einer Deutschen verheiratet war – die sind seit langer, langer Zeit tot . . . und mit ihnen der russische Geist, die russische Seele, die den Deutschen die Russen so liebenswert machte.

Kein System der Menschheitsgeschichte hat Menschen mehr verdorben als der Kommunismus. Ich wiederhole das, was ich seit zwei Jahren mit der Gleichmäßigkeit einer tibetanischen Gebetsmühle predige: Der Kommunismus hat die Herzen der Menschen zu Stein gemacht, er hat ihre Gehirne eintrocknen lassen und ihre Seelen in Wüsten verwandelt. Phantasie war verboten, ist ausgestorben – und Egoismus feiert Triumphe. Das ist die heutige »russische Seele«.

Es sind naive Dummköpfe – ohne Kenntnis der Welt und der Menschen – die auf dieser Basis eine neue deutsch-russische Freundschaft aufbauen wollen. Es wird mindestens zwei Generationen dauern, bis es wieder »den Russen« gibt, von dem die Deutschen träumen.

Eine enge »Brüderschaft« zwischen Deutschland und Rußland – für die nächsten Jahrzehnte sehe ich da keine Ansätze. Die Borniertheit deutscher Rechtsradikaler wird besonders dann unerträglich, wenn sie Rußland in voller Kulturblüte und die Vereinigten Staaten von Amerika ausschließlich im Sumpf von Drogen, Kriminalität und Rassenkrawallen versinken sehen – von amerikanischer »Unkultur« gar nicht erst zu sprechen. Komisch. Als ich nachts durch die Straßen von San Franzisko ging, habe ich mich nicht gefürchtet – mußte mich auch nicht fürchten. In Moskau zu mitternächtlicher Stunde witterte ich hinter jedem Straßenbaum einen Gangster. Als ich schließlich im Hotel ankam, sah mich der Portier entsetzt an – und fragte: »Ja sind Sie verrückt geworden? Zu dieser Zeit geht doch kein normaler Mensch allein durch die Straßen Moskaus.« Nirgendwo habe ich Theater, Ballett, Musik und Kunst mehr genießen können als in den Vereinigten Staaten. Ich habe auch nirgendwo auf der Welt besser gegessen als in den USA. Dort gibt es Restaurants aus aller Herren Länder. In Moskau war das Erwerben einer Eintrittskarte für ein gutes Ballett vergleichbar mit den Chancen im Lotto auf sechs Richtige zu tippen. Vielleicht würde es überheblich klingen, wenn ich jetzt auch noch auf die Qualität russischer Restaurants zu sprechen käme. Aber ich kenne dort Restaurants, die einen Fraß produzieren, den man bei uns Schweinen vorsetzen würde.

Trotzdem sehen bornierte Rechtsradikale in Rußland die Kultur blühen und in Amerika bestenfalls eine McDonalds-Kultur. Bei aller Kritik an politischen Fehlentwicklungen in den USA – ich werde auch künftig nie verhehlen, daß ich für kaum ein anderes Land der Erde mehr Sympathie empfinde als für die Vereinigten Staaten von Amerika.

Ich denke noch an meinen ersten Aufenthalt in der »Sowjetunion«, wunderte mich nachts über die »kleinen, schwarzen Käfer« in meinem Bett. Am nächsten Morgen wußte ich es besser. Wanzen! Mein Körper war von vielleicht 100 lila-schimmernden, dicken Beulen übersät. Die russische Hotelleitung fand das »völlig normal«. »Das ist hier nun einmal so.«

»DIE SÜDDEUTSCHE« berichtete folgendes: »Eine Studentin aus Nordrhein-Westfalen ging vor einem Jahr freiwillig nach Mittelasien und arbeitet nun in Alma-Ata für die Zeitung der Deutschen in Kasachstan. Sie erzählt von immer schlimmer werdendem Druck ›gegen alle, die nicht Schlitzaugen haben«. Im Dunkeln traue sie sich nicht nach draußen, weil es an der Tagesordnung sei, daß Russen, Ukrainer und Deutsche verprügelt werden. Wenn demnächst kasachisch zur Amtssprache werde, dann müßten die Deutschen dies neben russisch als neue Fremdsprache lernen.« Und zum Unterschied zwischen Deutschen und Russen berichtet dasselbe Blatt: »Auch jeder Russe erkennt auf den ersten Blick, was die Rußlanddeutschen so ›deutsch‹ macht: Ihre Wohnungen sind ordentlicher und hübscher, ihre Gärten gepflegter und ihre Ernten höher als anderswo. ›Wir pflügen erst und säen dann – die Russen säen und gucken, was wächst.« Deutsche Hilfsgelder an die Deutschen in Rußland wer-

den oft gestohlen – von einer Mafia verwaltet. Die Deutschen dürfen oft bei ihnen nur als eine Art Sklavenarbeiter tätig sein. Ich habe das alles mit eigenen Augen gesehen, könnte Dutzende von Beispielen nennen. Diese Menschen erinnern mich allzusehr an die Siebenbürger Sachsen und die Banater Schwaben in Rumänien, denen auch mein Herz gehört und die in einer ähnlichen Situation leben mußten. Die »doofe Rechte« in Deutschland will diese Deutschen jetzt als Versuchskarnickel zur Erhaltung des Deutschtums nach Königsberg schicken, die Linken wollen sie gar nicht. Das eine ist für mich so schäbig wie das andere. Die deutschen Heimkehrer gehören zu uns. Nach München, Hamburg, Berlin, Flensburg, Garmisch, Düsseldorf. Sie sollen mitten unter uns sein. Es sind unsere Brüder und Schwestern. In vielem verkörpern sie für mich den besseren Teil Deutschlands. Schon vor Jahren hatte ich klarer als jeder andere formuliert, daß Königsberg deutsch war und deutsch bleibt. Zur gleichen Zeit verbreiteten Nachwuchspolitiker der CDU/CSU in Berlin ein Flugblatt mit der Aufschrift »Königsberg ist und bleibt sowjetische Stadt«.

Friedhelm Pflüger heißt der Mann, der das verfaßte bzw. verfassen ließ. Später bekannt geworden als Sprecher des von mir nie sehr geschätzten Bundespräsidenten von Weizsäcker. Pflüger ist heute Abgeordneter der CDU für den Bundestag in Hannover.

Natürlich muß für Königsberg eine deutsche Lösung gefunden werden – nicht nur für Königsberg. Die ehemalige »DDR« ist für mich nie etwas anderes gewesen als »Mitteldeutschland«, nicht etwa Ostdeutschland. Wenn der deutsche Bundeskanzler mit den Russen und Polen so verhandelt hätte wie die Japaner mit den Russen . . .

Deutschland könnte wesentlich größer sein – und um die Ansiedlung der Deutschen in Königsberg müßte man nicht länger streiten.

Das Verhältnis zwischen Deutschen und Russen – das hat für mich eine enorme Bedeutung. Die erste Familie meines Vaters wurde von Russen nach Sibirien verschleppt. Nach zehn Jahren kam lebend nur meine Schwester zurück. Nach 45 Jahren standen wir uns das erstemal gegenüber, brauchten einen Dolmetscher, um miteinander reden zu können. Unseren alten Familienbesitz in Lettland, geraubt von den Sowjets, haben wir zurückerhalten. Ich gehöre in Lettland als erster Deutscher nach über 50 Jahren wieder dem Parlament an, habe in Riga Firmen. In Riga leben mehr als 50 Prozent Russen. Kein Politiker in Lettland wird von der russischen Presse in Lettland mehr gehätschelt als ich. Für die meisten russischen Journalisten bin ich es, dem sie zutrauen, die Versöhnung zwischen Letten und Russen einzuleiten. Die Dummköpfe in der deutschen Links-Journaille nennen mich dagegen einen »Russenfresser«. Was verstehen die schon von russischer Seele? Die Russen lieben es, wenn man ihnen die Wahrheit ungeschminkt sagt. Mehr als 70 Jahre wurden sie belogen. Eine Freundschaft zwischen Russen und Deutschen – getragen von den Menschen beider Nationen – die kann es langfristig nur dann geben, wenn Wahrheit und Offenheit dafür die Grundlage bilden.

Verzeihen Sie mir diesen politischen Abstecher – ein wenig weg von Klose. Zurück zu ihm. Seine charakter- und grundsatzlose Politik, seine böse Einstellung zu den Deutschen in Rußland und sein Verhalten im Jugoslawien-Konflikt – das sind einige der Hauptgründe, warum ich die Politik dieses Mannes bekämpfe. Ich bin konser-

vativ. Als Sozialdemokrat würde ich sagen: Dieser Mann ist für die SPD ein Unglück.

Helmut Schmidt hatte nur allzu recht, als er davon sprach, daß man Klose in den Dreck stoßen muß – bis er erwachsen wird. Ich fürchte nur, daß das nie der Fall sein wird – das mit dem Erwachsenwerden. Zumindest nicht das charakterliche »Erwachsenwerden«.

Gerhard Schröder – Taktik und Lügen: »Ich will die ganze Macht!«

Sonntag abend, 13. Juni 1993. Das Gästehaus der niedersächsischen Landesregierung in Hannovers Lührstraße. Gerhard Schröder (49) atmet tief durch, nippt unruhig an einem Glas Weißwein. Immer wieder geht er zu einem Fax-Gerät, das ihm die neuesten Abstimmungsergebnisse liefert. Auf einer Deutschland-Karte zeichnen Mitarbeiter die gewonnenen Wahlkreise ein: Blau für Rudolf Scharping, Grün für Heidi Wieczorek-Zeul, Rot für den Hausherrn. Gegen 21.00 Uhr verfärbt sich die Karte immer mehr: Blau – Schröder hat verloren. Die erste Ur-Abstimmung in der 130jährigen Geschichte der SPD. Seine Partei ist gegen ihn als Kanzlerkandidaten; gegen den Mann, der immer wieder gegen die deutsche Einheit polemisierte; gegen den Mann, der als Anwalt Terroristen verteidigte; gegen den bekennenden Marxisten. Schröders rechte Hand ballt sich zu einer Faust, verschwindet in der Tasche der dunkelgrauen Hose. Mit der linken Hand schiebt er seine gelb-grün gemusterte Krawatte zu-recht. Foto-Kameras richten sich auf ihn, Schröder versucht zu lächeln. Doch für einen Moment verrutscht ihm das auf Sieg trainierte Gesicht zu einem Trauerzug. Mit Ehefrau Hiltrud geht er auf den Balkon der alten Villa, sie legt ihren linken Arm um ihn. Tränen schießen ihm in die stahlblauen Augen. Tränen der Enttäuschung, aber auch Tränen der Wut. Niedersachsens linker Ministerpräsident ist wieder einmal gescheitert – wieder einmal an seinen eigenen Genossen. Noch im Augenblick der Niederlage verteilt er die Schuld: »Ich kann nur raten: Vor den Geg-

nern kann man sich schützen, vor den Freunden weniger.« Der Verräter Schröder fühlt sich verraten. Er war an Engholms Sturz beteiligt, nun haben ihm die Genossen die Quittung serviert. Wenige Stunden zuvor fühlte er sich noch so siegessicher: »Das packe ich«, verkündete er mit seiner schneidenden Stimme. Kanzler-Kandidat der SPD wollte er werden, Herausforderer von Helmut Kohl, ja Regierungschef von Deutschland. Dieser 13. Juni sollte sein großer Tag werden. Wochenlang hatte er sich auf diese »Genossen-Krönung« vorbereitet, buhlte um imagefördernde Fernsehauftritte und Zeitungsinterviews, tingelte durchs Land und durch die Ortsverbände seiner Partei. »Basisarbeit« nennt man sowas. Doch diese Basis ließ den machthungrigen Ober-Sozi abblitzen. Erstmals in der deutschen Parteiengeschichte durften alle SPD-Mitglieder durch eine Art Ur-Wahl entscheiden, wer nach Willy Brandt, Hans-Jochen Vogel und Björn Engholm ihr neuer Vorsitzender und damit auch Kanzler-Kandidat werden soll. Für Gerhard Schröder wurden die Stimmzettel zu einer schallenden Ohrfeige, zu einer Abrechnung: Nur 162 173 der rund 870 000 Parteigenossen entschieden sich für den Mann, der Deutschland so gern eine rot-grüne Katastrophen-Koalition aufzwingen wollte. Spätestens jetzt wußte Schröder, warum er immer gegen die Ur-Wahl war. Dabei ließen seine Anhänger vom äußerst linken SPD-Flügel fast nichts unversucht, um ihren »Gerd« an die Partei-Macht zu bringen: Der SPD-Unterbezirk Holzminen zum Beispiel stiftete 500 Mark für »jeden besetzten Bus«, der im parteiinternen Vorwahlkampf zu einem Schröder-Auftritt anrollte – Stimmenkauf unter roten Vorzeichen. Zufall, daß eine solche Veranstaltung ausgerechnet in Hameln »Rattenfänger-Halle« stattfand?

Auch in den Medien fand Gerhard Schröder jede Menge Unterstützung. Wen wundert's – gelten doch rund 80 Prozent der deutschen Journalisten als links (da hat der rote »Marsch durch die Institutionen« oder besser: »durch die Redaktionen« bestens funktioniert). Und seitdem die norddeutschen Bundesländer mit Ausnahme Mecklenburg-Vorpommerns durchweg von Genossen regiert werden, gilt auch der öffentlich-rechtliche Norddeutsche Rundfunk (NDR) – bei dem es oftmals weder offen noch mit rechten Dingen zuzugehen scheint – endgültig als Partei-hauseigener »Rotfunk«. Aber auch unter Zeitungs-Journalisten gab es nicht wenige, die sich – bewußt oder unbewußt – für Schröder stark machten. Sogar in einigen eigentlich wert-konservativen Blättern erschienen Kommentare, die man als Werbebotschaft für den unerträglich eitlen Champagner-Sozialisten mißverstehen konnte. Bereits am 10. Mai 1992, lange bevor Engholm wegen seiner eigenen dubiosen Rolle im sogenannten Barschel-Skandal in öffentliche Bedrängnis kam, beschrieb ihn zum Beispiel die Zeitung »BILD am SONNTAG« als kommenden Mann in der SPD: »Ein Machtmensch drängt nach oben . . . Spekulanten sollten schon einmal ihre Wetteinsätze auf Engholm reduzieren und von dem Geld ein paar Schröder-Aktien kaufen.«

Drei Wochen vor der Ur-Wahl bezog dieselbe Zeitung offen Stellung gegen einen angeblich »unbeholfenen und unerfahrenen Mann wie Rudolf Scharping«. Und weil es kein Geheimnis war, daß selbst der SPD-Vorstand mehrheitlich gegen Schröder stand (und deshalb auch die Ur-Abstimmung der SPD-Mitgliedschaft ansetzte, um Schröder zu verhindern), empörte sich der Kommentator der Wochenzeitung in einer Weise, wie es sich Schröders

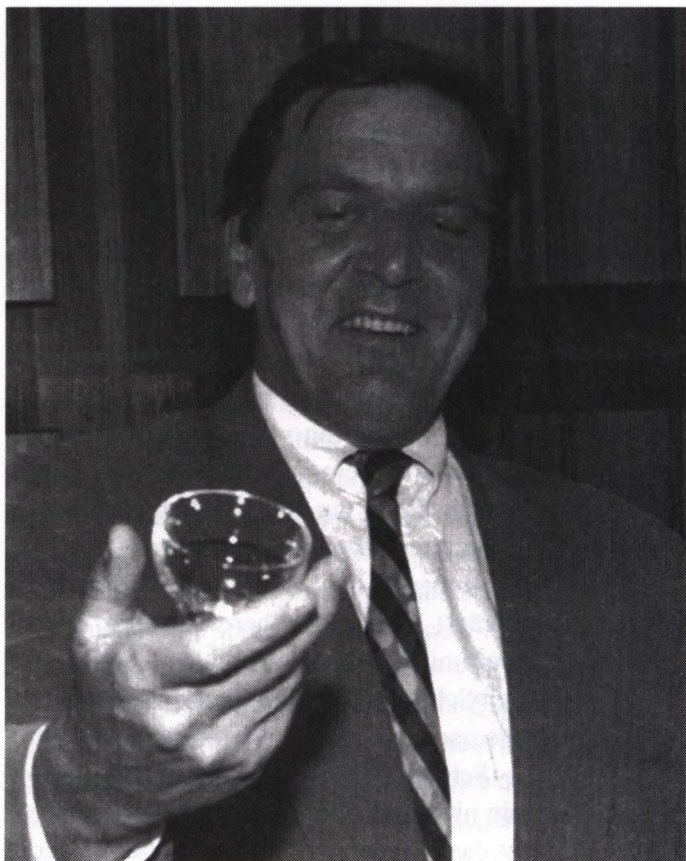
wenige Partei-Fans wohl kaum besser hätten wünschen können: »Warum macht sich eigentlich das SPD-Präsidium mehr Gedanken darüber, wie man Gerhard Schröder verhindern kann, als darüber, wie 1994 die Wahl zu gewinnen ist? Wieso gilt es in der SPD fast als ehrenrührig, wenn einer sagt, daß er Kohl ablösen und selbst an die Macht will? Warum wollen eigentlich weite Teile der SPD den Wählern eine echte Alternative zu Helmut Kohl verweigern?«

Diese Fragen hätte sich der Kommentator ganz einfach selbst beantworten können. In einer Demokratie ist es natürlich nicht ehrenrührig, den politischen Gegner ablösen zu wollen. Aber es ist unanständig, aus reiner Machtgier eigenen Parteifreunden in den Rücken zu fallen. Und genau das hat Gerhard Schröder getan. Als der damalige SPD-Chef Björn Engholm wegen seiner eigenen Verstrickung in die sogenannte »Barschel-Affäre« in die Kritik geriet – aber noch weit entfernt war von einem Sturz – zog Schröder bereits mit der Stuhl-Säge durch die Gazetten. Jedoch nicht etwa, um Verantwortung und Machenschaften der SPD bei dieser Affäre aufzuklären, sondern nur um selbst auf den Thron Engholms zu steigen. Ein »Königsmörder« im roten Gewand. Die wahrlich nicht unbedingt konservative »Berliner Zeitung« nannte das »ungezügelter Machtstreben«. Schröders eigene Genossen wurden noch deutlicher. Bundestags-Finanz-Expertin Ingrid Matthäus-Maier: »Schröder hat sich gegenüber Engholm zutiefst unsolidarisch verhalten.« Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD im Bundestag, Peter Struck, kurz und knapp zu Schröders Verhalten: »Sauerei.« Fraktions-Vize Rudolf Dreßler beschimpfte seinen niedersächsischen Genossen sogar offen als »Par-

teischädling«. Auch Björn Engholm beschwerte sich mehrfach über Schröders wenig ausgeprägte Solidarität. Zu einem Journalisten sagte Engholm wütend: »Dem Schröder müßte man die E . . . wegtreten.« Doch dem war es egal. Sein »grüner« Koalitionspartner in Niedersachsen, der Bundesratsminister Jürgen Trittin, erkannte: »Schröder ist ein Mann, der in der SPD noch etwas werden will.« Und dabei gibt er kein Pardon. Wer diesen Gerhard Schröder kennt, wer ihn über Tage, Wochen und Monate aus der Nähe erlebt, der weiß: Dieser Sozialist kennt nur einen – sich selbst.

Der »Imperator«, so nannte ihn »DIE WELT«, Gerhard Schröder ist gefährlich. Sein Machthunger hat etwas beängstigendes. Sein Hang zur selbstverliebten Eitelkeit ist fast tragisch. Sein oft diktatorischer Umgang mit Mitmenschen ist abstoßend. Sein Wille zur Wahrheit ist schwach ausgeprägt. Und sein unberechenbarer, selbstherrlicher Opportunismus ist grenzenlos. Selbst der »SPIEGEL« hielt Schröder in einem Interview direkt vor: »Ihre Machtversessenheit macht Sie anscheinend zum Opportunisten.« Schröder selbst scheint darauf noch stolz zu sein: »Ich bin nicht kalkulierbar, und das soll auch so bleiben.« Selbst das Magazin »STERN«, sicher keinerlei Linksfeindlichkeit verdächtig, schrieb im Januar 1993 erschrocken über Schröder: »Die Karriere stellt der SPD-Politiker über Grundsätze.« Und: »Gerhard Schröder gilt im labilen Machtgefüge der SPD als unberechenbarer Faktor. Hemmungslosen Ehrgeiz, prinzipienlose Profilsucht lasten ihm vor allem Bonner Genossen an. Ihm trauen sie alles zu und nie über den Weg.«

Das sind die Gründe, warum selbst die eigenen Genossen Gerhard Schröders Marsch aufs Kanzleramt verhindert



Gerhard Schröder und das Glas: »Wer nicht ordentlich einen saufen kann. . .«

haben – jedenfalls vorläufig. Beispiele für Schröders Prinzipienlosigkeit gibt es viele. An dieser Stelle nur eines – die Art, wie sich der frühere Jungsozialisten-Chef selbst zum Kanzlerkandidaten machen wollte. Dazu vorweg eine peinliche, aber wahre Geschichte: Anfang der achtziger Jahre (Schröder war gerade Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Hannover-Land geworden – auch, indem er sich der Partei selbst aufdrängte) zog Schröder nach einem durchzechten Abend mit einigen Freunden durch das nächtliche Bonner Regierungsviertel. Von seiner Stammkneipe aus lief er quer über die Adenauerallee, rüttelte mit beiden Händen am Gitterzaun des Kanzleramtes und brüllte: »Ich will hier rein!« Diese peinliche Szene taucht immer wieder in Artikeln über Schröder auf – er selbst hat sie bestätigt: »Wir hatten aber mächtig einen geladen«, entschuldigt er sich. Angetrunken oder nicht – diese Begebenheit (aber auch das »Laden«) ist typisch für ihn. Originalton Schröder: »Wer nicht ordentlich einen saufen kann, der hat es schwer.« Ob er nun besoffen am Gittertor des Kanzleramtes rüttelt oder hinter den Kulissen die roten Fäden zieht: »Schröder will Schröder mit aller Macht«, beschrieb das Magazin »Tempo« seinen nagenden Ehrgeiz. Schröder selbst gab während des SPD-internen Wahlkampfes um die Kanzlerkandidatur ein Motiv zu: »Sicherlich ist auch persönlicher Ehrgeiz im Spiel.« Daß er Kanzler werden wollte, um Politik zum Wohle des deutschen Volkes zu machen, sollte man dann vielleicht nicht unbedingt erwarten.

Lange Zeit hat Schröder sein Machtstreben ganz gut versteckt – Taktik, die er als Chef bei den Jungsozialisten gelernt hat. Die »Frankfurter Rundschau«: »Schröder ist ein

gewiefter Taktiker, der die Tricks und Kungeltraditionen der Jusos perfekt beherrscht.« Wohl deshalb erklärte er noch im Januar 1991 in der »BILD am SONNTAG« mit gespielter Treuherzigkeit sein angebliches Desinteresse am Spitzenamt seiner Partei: »Ein SPD-Vorsitzender Schröder wäre nicht hilfreich für die Partei. Meine Art, Politik zu machen, ist viel umstrittener als Björns.« Im August 1992 heuchelte er in der gleichen Zeitung: »Björn Engholm ist absolut unumstritten die Nummer eins in der SPD. Er hat einen modernen Führungsstil. Er läßt den anderen einen breiten Raum, sich zu entfalten und auch zu profilieren.« Und Schröder setzte noch einen oben drauf, wohl glaubend, daß sich an diese »alten Artikel« später niemand mehr erinnert: »Mein Platz ist und bleibt in Niedersachsen. Hier will ich 1994 die Landtagswahlen gewinnen. Nach Bonn gehe ich nicht.« Noch im Januar 1993 schrieb Schröder in seinem Buch »Reifeprüfung«: »Ich halte nichts davon, die Landespolitik als Sprungbrett für eine Karriere in Bonn zu mißbrauchen.« Sein wahres Gesicht zeigte Schröder nur wenige Monate später. Kaum kam Engholm in Bedrängnis, ließ Schröder wissen, seine bisherigen Absagen an höhere Bonner Posten »sind doch keine Dementis prinzipieller Art gewesen«. Der »SPIEGEL« dazu verwundert: »Die bislang von ihm formulierten Bekundungen, er wolle ›das Dilemma Björns‹ nicht zum eigenen Aufstieg nutzen, werden jetzt neu interpretiert.«

Lautete Schröders Karriere-Bekenntnis bislang »nach Bonn gehe ich nicht«, so hieß es jetzt: »Niedersachsen noch einmal gewinnen, aber dann soll mein Leben auch nach vorne offen bleiben.« Der verärgerte Engholm sah sich zu einer ernsten Aussprache mit Schröder gezwun-

gen. Der »SPIEGEL« über Schröders Rolle in dem Gespräch: »In einem ›fetzigem Gedankenaustausch‹ in Potsdam hat er die Empörung seines Parteifreunds Björn Engholm, der Genosse Schröder profilierte sich zielstrebig gegen ihn, auf das eigene Maß zurückgestutzt: Der Vorsitzende und Kanzlerkandidat dürfe seine ›Grundloyalität‹ einfordern, ›aber daß ich mich darüber ärgere, wenn ich nun mal selbst genannt werde, kannst Du nicht verlangen‹.« Stundenlang hatten sich Engholm und Schröder, »angefeuert durch alkoholische Getränke« (»SPIEGEL«), lautstark gestritten. Daß Schröder plötzlich von vielen Medien als Kronprinz von eigenen Gnaden gehandelt und gefeiert wurde, gefiel ihm sichtlich: »Das hilft auch meiner Eitelkeit auf«, gab er offen zu. Wozu ihn seine nahezu krankhafte Eitelkeit treiben kann, beschrieb der »STERN«: »Seinen Bekanntheitsgrad über Niedersachsen hinaus zu erhöhen, ist Schröder ständiges Anliegen. Als bei der Bonner Asyl-Klausur ein Fernsehteam das Gebäude von außen filmt, eilt Schröder sofort ans Fenster, um sich dort in nachdenklicher Pose zu inszenieren. Schon als Jungsozialist verstand er es, auf geheimnisvolle Weise immer dann zur Stelle zu sein, wenn sich in Hannover SPD-Prominenz zum Fototermin versammelte.« Für den »SPIEGEL« ist Schröder ein Mann »mit atemberaubender Versessenheit auf Wirkung«.

Die Kritik an Engholm wurde immer lauter, Schröder sah seine Chance gekommen. In Interviews übte er die Rolle des »Königsmörders«. Selbst sein Freund Oskar Lafontaine spürte wohl Mitleid mit Engholm und fühlte sich an eigene Erfahrungen mit Schröder erinnert: »(Auch) mir hat Schröder dann vier Jahre später in die Hacken getreten.« Der »SPIEGEL« (Ausgabe 13/1993) entdeckte die

Weisheit: »Der Hannoveraner Gerhard Schröder möchte Engholm beerben . . . Schröder verbirgt seinen Machtwillen nicht; gegenüber Mitarbeitern entwickelt er in diesen aufregenden Wochen seine Pläne für den Marsch auf den SPD-Spitzenplatz.« Zu diesen Plänen schien auch seine dritte Ehefrau Hiltrud (genannt »Hillu«) zu gehören. Die selbst reichlich linke Dame mit zwei Töchtern aus erster Ehe, wollte bis dahin nichts von einer Rolle als Niedersachsens »Landesmutter«, als »Frau an seiner Seite« wissen. Doch nun fand man sie plötzlich mit großformatigen Fotos in Illustrierten wieder, wenn sie verkündete: »Kanzler? Ja, mein Mann könnte das!« Da paßte es auch gut in die Pläne, daß das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) ungeniert Werbung für Gerhard Schröder machte und ihn im Januar 1993 für einige Sekunden in der Unterhaltungsserie »Der große Bellheim« auftreten ließ. Da spielte Schröder sich selbst – den Ministerpräsidenten. In Interviews dachte er dagegen schon viel weiter. Die »BILD am SONNTAG« wußte im Mai 1993: »Schröder stellt klar: Ich will die ganze Macht.« Dem »SPIEGEL« verkündete er: »Ich will Kanzler werden.« Und strotzend vor Selbstbewußtsein behauptete er: »Die Tatsache, daß ich das könnte, wird eigentlich von niemandem bestritten.« Einer der erfolgreichsten deutschen Privat-Rundfunksender »Antenne Niedersachsen – Das Radio« faßte soviel Schrödersche Eigenliebe kurz und treffend zusammen. Am 19. Mai 1993 sagte ein Moderator, der gerade aus einem zweiwöchigen Urlaub zurückgekehrt war in etwa: »Was alles passiert, wenn man mal in Urlaub ist: Die Hälfte der Politiker tritt zurück, und Gerhard Schröder will Kanzler werden. Nur auf Antenne ist Verlaß: Wir treten nicht zurück, und wir

werden auch nicht größenwahnsinnig!“

Größenwahn? Urteilen Sie selbst, ob das auf Gerhard Schröder zutrifft. Dazu drei kurze Ausschnitte mit Zitaten von Gerhard Schröder aus verschiedenen Presseorganen:

● Die Zeitschrift »Cosmopolitan« über seine Ehe mit Hiltrud Schröder: »Es sieht nicht danach aus, als könne diese Ehe langweilig werden. Gibt es so was wie Rivalität zwischen Schröder und Schröder? ›Ja‹, sagte er unerwartet rasch, ›in vielen Dingen. Weil Hillu nicht begreifen will, daß ich der Größte bin.« Die Zeitschrift weiter: »Das ist offensichtlich nicht nur komisch gemeint.«

● Das Magazin »DER SPIEGEL« mit einem Schröder-Zitat über seine Ambitionen: »Der Provinzregent orientiert sich ›im Bundesmaßstab‹. Er wisse sehr wohl, tönt er in Konferenzsälen und Hinterzimmern, daß alles ziemlich schwierig sei –, aber wenn es denn leichter wäre, könnte es ja auch ein anderer machen.«

● Noch einmal der »SPIEGEL« mit einem Schröder-Zitat über seine eigenen Karriere-Pläne: »Ich hätte ja zufrieden sein können. Aber dann sagte ich mir: Du mußt doch mal gucken, ob es nicht die ganze Grütze gibt und nicht nur einen Teller voll.«

Politische Karriere, Ministerpräsident, vielleicht Kanzler – das ist für Gerhard Schröder »die ganze Grütze«. Doch wie war das noch? »Ich gehe nicht nach Bonn«, hatte Schröder lauthals versprochen. Im »SPIEGEL« (Juni 1993) war dann nachzulesen, wie ernst man Schröders Worte grundsätzlich nehmen sollte: »Es wußte ja sowieso jeder, daß ich das wollte.« Was also ist das Wort eines deutschen Ministerpräsidenten noch wert? Aber was geht

einen echten Sozialisten schon sein Geschwätz von gestern an? Der »STERN« (Ausgabe 5/93) beschrieb Schröder wohl treffend mit den Worten eines nicht namentlich genannten Genossen, der Schröder seit 25 Jahren gut kennt: »Schröder ist eigentlich immer gleichgeblieben. Er profiliert sich mal links, mal rechts – wenn es ihm nutzt, kann er in einer ganz anderen Ecke wieder auftauchen.« Und sein nicht minder linker Bundestagskollege Freimut Duve meint: »Schröder tickt immer auf zwei Ebenen.« Die »WELT am SONNTAG« charakterisierte Gerhard Schröder mit nur sieben Worten: »Gradlinig an ihm ist nur sein Opportunismus.« Und dieser Mann sollte Kanzlerkandidat, ja vielleicht sogar Bundeskanzler werden? Ich dachte immer, nach Willy Brandt könnte es nicht schlimmer kommen . . .

Falsch, unzuverlässig und »Mit beiden Beinen fest in der Luft« – Wer ist Gerhard Schröder?

Wer ist dieser Gerhard Schröder wirklich? Was will er? Was verbirgt sich hinter dem Gesicht des »Smartie« (Berliner Zeitung »BZ«), der in Wirklichkeit ein bekennender Marxist ist? Wer ist dieser Mann, der selbst von seinem Parteifreund und nordrhein-westfälischen Umweltminister Klaus Matthiesen öffentlich als »ungeeignete Führungsfigur« und »politisches Risiko« bezeichnet wurde? Was muß man von einem Mann erwarten, dem seine ebenso linke Parteifreundin Heidi Wieczorek-Zeul bescheinigt: »Der hat mehrfach seine Meinung geändert.«? Ein Mann, über den selbst sein linker »grüner« Koalitionspartner Jürgen Trittin sagt: »Schröder steht mit beiden Beinen fest in der Luft.« Ein Mann, den selbst Willy Brandts Witwe, Brigitte Seebacher-Brandt, »auf keinen Fall wählen« würde, wie sie beim Streit über die SPD-Kanzler-Kandidatur bekannte. Ein Mann, über den sogar sein langjähriger Freund Oskar Lafontaine sagte: »Mit Schröder kann ich nicht zusammenarbeiten.« Was soll man von einem Politiker halten, der sogar nach seinen eigenen Worten keine Freunde in der eigenen Partei hat? Was droht uns von einem Machtmenschen, vor dem sich offenbar sogar Alt-Kanzler Helmut Schmidt graust: »Uneinigkeit, zuviel Ehrgeiz und zuwenig persönliche Loyalität der Führenden«, schrieb er der SPD-»Enkel-Generation« ins Stammbuch. Der »Sieger-Enkel« Rudolf Scharping wurde noch deutlicher und in der Presse wie folgt zitiert: »Der Gerd hat zu viele charakterliche Defi-

zite.« Schröder selbst gab in einem »SPIEGEL«-Interview zu: »Wer da immer forscht, der wird auf die eine oder andere menschliche Schwäche stoßen.« Doch er behauptet auch: »Charakterliche Defizite hat jeder Mensch – ich auch.« Fragt sich nur, ob er mit seinen »charakterlichen Defiziten« für ein Staatsamt mit Verantwortung geeignet ist.

Nach seiner Niederlage beim Wettrennen um das Amt des SPD-Kanzlerkandidaten und Parteichefs könnte man das Kapitel Gerhard Schröder als »abgehakt« zu den Akten legen – wenn, ja wenn dieser Mann nicht so gefährlich und unberechenbar wäre. Seine nächste Chance wird er wieder nutzen. Die Gefahr eines Kanzlerkandidaten oder gar Kanzlers Schröder ist noch lange nicht vorbei. Zwar erkannte auch die »BILD am SONNTAG«: »(Schröder) hält sich für so gut, wie er noch lange nicht ist«. Doch die Zeitung »Die Woche« vermutet wahrscheinlich richtig: »Sobald die Sozis ihre Figuren auf der großen Bühne neu ordnen, will er sich nicht übersehen lassen. Denn wenn sich einer in Selbsthypnose suggerierte, der wahre Kohl-Herausforderer zu sein, dann der geschlagene Gerd . . . Daß der Mann aus Hannover in Bonn amtiert – heute, morgen, übermorgen – steht für ihn fest.« Auch die »Bild«-Zeitung vermutete in einem Kommentar: »Lafontaine und Schröder werden nicht ewig stillhalten.« Richtig, dieser machthungrige Gerhard Schröder wird wiederkommen. Er selbst sagte: »Ich geh' da hin als Kanzler. Wartet ab, das kommt noch so!« Sollte es wirklich so kommen, sollte Gerhard Schröder sein Ziel Kanzleramt jemals erreichen, hilft nur noch: Beten für Deutschland. Denn Schröders Chancen auf einen weiteren Aufstieg in der SPD sind nicht unrealistisch. Machen

wir uns nichts vor: Die heutige SPD hat mit der Partei von Kurt Schumacher und Ernst Reuter nur noch wenig gemeinsam. Ja, nicht einmal mehr die Handschrift von Helmut Schmidt oder Hans Apel findet sich in der Parteispitze. Mag Gerhard Schröder den ersten Anlauf auf das SPD-Spitzenamt auch verloren haben – Tatsache bleibt, daß mit den Stimmen für Schröder und die »rote Heidi« Wieczorek-Zeul eine Mehrheit der Partei bei der ersten großen Mitglieder-Befragung für die linken Kandidaten gestimmt hat. Hätte einer von beiden verzichtet, hätte sich das linke Lager also nicht in zwei Gruppen gespalten, säße nicht der moderate Sozialdemokrat Rudolf Scharping auf dem Stuhl Bebels und Schumachers, sondern ein knallharter Sozialist mit »Links- und Grünschimmer«.(»Westfälischer Anzeiger«).

Werben für die Macht – Sogar Schröders Mutter mußte in die Partei

Deshalb weiß auch Helmut Kohl, was er in launiger Runde mit Schröder bei einem Messe-Rundgang in Hannover auf eine Speisekarte gekritzelt hat: »Schröder wartet bis 1998.«

Und Gerhard Schröder hat bereits bewiesen, daß er »wiederkommen« kann. Zwei Beispiele: Ein Jahr vor den Bundestagswahlen 1980 wollte der damals führende Kopf der Linken in der SPD, Peter von Oertzen, seinen Freund und Juso-Chef Schröder in den Bundestag bringen. Zunächst hielt Schröder sich bedeckt, zeigte kein Interesse an dem ihm angebotenen Wahlkreis 38 (Hannover-Land), wollte taktieren. Im Protokoll des zuständigen Partei-Unterbezirks vom 14. November 1979 hieß es: »Für Wahlkreis 38 ist niemand in Sicht.« Nun wollte die SPD-Frauenorganisation eine Kandidatin aufstellen – prompt meldete Schröder seine Kandidatur an, ließ sich von Oertzen durchpauken. Beispiel zwei: Nach den verlorenen Landtagswahlen von 1986, zu denen sich Schröder selbst als Spitzenkandidat in Niedersachsen ausrief, wagte er 1988 einen zweiten Anlauf. Mitten in der Legislaturperiode wollte Schröder den damaligen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht (CDU), der nur mit einer Stimme Mehrheit regierte, durch ein Mißtrauensvotum stürzen. Doch bei der Abstimmung am 19. Dezember 1988 kassierte Schröder ein schmerzhaftes Weihnachtsgeschenk: Die eigenen Genossen wollten ihn nicht, ein SPD-Abgeordneter stimmte für Albrecht. Auch im Sep-

tember 1989 machten Schröders eigene Genossen ihm einen Strich durch die Rechnung. Als ein CDU-Abgeordneter seinen Parteiaustritt erklärte, entstand im Landtag überraschend eine Patt-Situation. Die Regierungskoalition aus CDU und FDP hatte nur noch genauso viele Stimmen wie die Opposition aus SPD und Grünen. Schröder witterte wieder seine große Stunde – bis nur einen Tag später auch der SPD-Abgeordnete Oswald Hoch seiner Partei den Rücken kehrte. Einmal mehr sah sich Schröder in der Rolle des »betrogenen Helden« (»Die Zeit«). Trotz der Niederlagen: Zwei Jahre später gewann Schröder die Landtagswahlen gegen Albrecht – knapp, aber er gewann. Schon als Bundestags-Hinterbänkler entwarf Schröder in den achtziger Jahren Kabinettslisten, mit denen er als Kanzler regieren wollte. »Zuerst aber«, so dröhnte er damals, »muß ich Niedersachsen gewinnen« – erstes Ziel erreicht.

Nicht zuletzt deshalb soll dieses Buch auch über den Mann aufklären, der das Bundesland Niedersachsen seitdem um der Macht willen sogar hemmungslos mit antidemokratischen Verfassungsfeinden regiert. Niemand soll später mal behaupten können, er habe alles das, was Sie gleich über Gerhard Schröder lesen werden, nicht gewußt.

Der Ministerpräsident von Niedersachsen ist kein Niedersachse. Geboren wurde Gerhard Fritz Kurt Schröder am 7. April 1944, ein Jahr vor Kriegsende, im lippischen Ort Mossenberg bei Detmold (Westfalen). Seinen Vater, einen Gelegenheitsarbeiter, hat er nie gesehen (»Mein Vadder kenn ich nich', war vonne Kirmes«). Er fiel als Soldat noch vor Gerhard Schröders Geburt. Die Mutter Erika (Schröder nennt sie »Löwe«, von ihr hat er das

breite Lachen und die hervorspringende Nase geerbt) mußte als Dienstmädchen und Putzfrau schwer arbeiten, um die insgesamt sechs Kinder aus zwei Ehen durchzubringen – wie Millionen andere Kriegerwitwen auch. Die Familie lebte in ärmlichen Verhältnissen in einer Baracke auf dem Sportplatz. Regelmäßiger Besucher war der Gerichtsvollzieher, aber es gab nichts zu holen. Nach der Dorfschule begann Schröder im Alter von 14 Jahren eine Lehre in einem Haushaltswarengeschäft in Lemgo. Nebenbei ging er auf den Bau, verdiente mit 400 Mark fast doppelt soviel wie ein Kaufmannsgehilfe. Damals schwor sich der ehrgeizige junge Schröder: »Ich will mal einen Beruf haben, in dem ich viel reden und reisen kann.« Mit 16 Jahren traf er in einer Kneipe eine Gruppe junger Leute beim Skatspielen, die in Göttingen am Institut für Erziehung und Unterricht die Mittlere Reife nachmachten. Schröder schrieb sich die Adresse auf einen Bierdeckel, steckte ihn in seinen Wintermantel – und vergaß ihn. Erst im folgenden Herbst holt er den Mantel wieder aus dem Schrank, entdeckt den Bierdeckel und meldet sich zur Abendschule an: Mittlere Reife und Abitur. 1966 beginnt er sein Jura-Studium in Göttingen, besteht zwei Staatsexamen, wird Rechtsanwalt in Hannover. Warum gerade Anwalt? Schröder: »Ich wollte immer die schwarze Kutte des Anwalts haben. Die Ami-Filme mit dem Spruch ›Einspruch, Euer Ehren‹ haben mich sehr beeindruckt.«

Wie sein Freund Oskar Lafontaine kokettiert Schröder gern mit seiner »proletarischen« Herkunft – macht sich so etwas doch hervorragend im Stammbaum eines Sozialisten: »Ich habe, und ich weiß, daß alle stöhnen, wenn ich das jetzt sage, jahrelang Fensterkitt gefressen. War

aber so.« Dem US-Konsul in Hamburg hielt er sogar einmal geschmacklos vor: »Ich habe Fußball gespielt, wie Ihre Neger rennen – aus Bedürfnis nach sozialer Anerkennung.« Es gehört zu seiner wohlkalkulierten Taktik, wenn Schröder immer wieder scheinbar vor Selbstmitleid zerfließt: »Ich hatte zeitlebens eine prinzipielle Kampfsituation, mußte mich immer durchbeißen, wollte immer was erreichen.« Wie rührend – glaubt Schröder etwa, allen anderen fielen die Erfolge in den Schoß? Oder braucht der »studierte Arbeiterjunge« (so Willy Brandt alias Herbert Frahm über Schröder) diese Mitleids-Tour, um nachträglich seine marxistische Vergangenheit (und Gegenwart ?) zu entschuldigen?

So nennt er seine arme Mutter gern eine »geborene Sozialdemokratin«. Dabei schreckt der Sohn Schröder nicht einmal davor zurück, seine Mutter zu eigenen Karriere-zwecken zu mißbrauchen – auch hier eine Gemeinsamkeit zu seinem Leib-Genossen Lafontaine, der seinen Vater in mehreren Wahlkämpfen schamlos ausnutzte (siehe WPR-Buch »Genosse Kandidat«). Nur neun Tage vor der SPD-internen Ur-Wahl über den neuen Parteichef und Kanzlerkandidaten veröffentlichte der »Kölner Express« jedenfalls mit großer Überschrift die Neuigkeit, daß Mutter Schröder im Alter von 79 Jahren jetzt in die SPD eintreten wird: »Damit ich für meinen Jungen stimmen kann.« Ein Schelm, wer dahinter eine Sympathie-Werbung vermutet. Denn ansonsten scheint sich der Sozialisten-Politiker Schröder recht wenig um seine Mutter zu kümmern. Der »Express« jedenfalls wußte zu berichten: »Aber immer seltener sah seine Mutter ihren ältesten Sohn.« Immerhin gibt er selbst zu: »Wenn alte Leute aus ihrem Leben erzählen, dann denk' ich immer an Löwe

und krieg' ein schlechtes Gewissen, weil ich sie so lange nicht gesehen hab'.« An dem »sparsamen« Kontakt zu seiner Mutter dürfte Schröders linke Ehefrau Hiltrud nicht ganz unschuldig sein. Einem Journalisten erklärte sie mal ganz emanzipatorisch, ein 49jähriger Mann dürfe sich nicht über seine Mutter »definieren« lassen. Aber wie schön klagen die Sozialisten sonst immer über die »soziale Kälte« unserer Gesellschaft, über die doch angeblich fehlenden, aber so wichtigen sozialen Kontakte zu älteren Menschen – zumindest bei Schröder offenbar alles nur Theorie.

Im internationalen Munzinger-Archiv heißt es über Schröders Verhältnis zu seiner Mutter: »Wesentlich für seine spätere politische Einstellung war das Vorbild seiner Mutter . . .« Wirklich? Als er 1963 mit 19 Jahren in die SPD eintrat, war das nach Schröders eigenen Worten aber »eher ein spontaner Entschluß, noch kein Akt von sozialem Bewußtsein«. Die SPD war auch offenbar keineswegs von vornherein »seine« Partei. Schröder besuchte vor seinem Eintritt durchaus auch Veranstaltungen der Konkurrenz, um »mich zu orientieren«. Schröder: »Ich wollte sehen, wie mit jemandem umgesprungen wird, der gegen etwas ist. Ich hab' mich dauernd zu Wort gemeldet, habe ohne jeden Standpunkt herumgemosert und bin dafür von allen verbal zusammengedroschen worden.«

Den wahren Grund für seinen SPD-Eintritt hat Schröder auch schon mal verraten. Freilich klingt der viel weniger pathetisch, als seine sozialrührseligen Geschichten (die »WELT am SONNTAG« nannte das Schröders »Gerechtigkeitsphrasen«): »Wegen Helmut Schmidt. Den fand ich toll, wie der reden konnte.« Auch sein Motiv, warum

er überhaupt Politik macht, hat offenbar wenig mit dem ursprünglichen sozialdemokratischen Gedanken von sozialer Gerechtigkeit zu tun, als vielmehr mit der Absicht, selbst Karriere zu machen: »Die Politik, das war für mich ein vierter Bildungsweg, ein Stück Aufstieg.« Der »SPIEGEL« dazu: »Auch die Politik dient ihm zunächst nur als Mittel, sich persönlich Geltung zu verschaffen.« Die Wochenzeitung »Die Zeit« entblößte seine wirkliche Politik-Motivation noch deutlicher, indem sie Schröder einfach selbst zitierte. »Die Zeit«: »Was ihn an der Politik fesselt? Bestimmt nicht allein der Traum von einer gerechten Gesellschaft.« Und dann Originalton Schröder: »So was wie Eitelkeit, wie Spaß daran, öffentlich bemerkt zu werden, sich darzustellen. Natürlich auch, ein bißchen Einfluß auszuüben. Ich würde nie sagen, nur wegen der großen Sache.« Und mit dieser Einstellung wollte dieser Mann Bundeskanzler werden? Das »Hamburger Abendblatt« fragte denn wohl auch nicht zu Unrecht voller Zweifel in einer Überschrift: »Aus Eitelkeit ins Kanzleramt?« Muß man nicht wirklich Angst vor einem Mann haben, für den das Gefühl der Machtausübung über allem anderen zu stehen scheint? Schröders Eingeständnis in seinem Buch »Reifeprüfung« sollte zumindest nachdenklich machen: »Macht fasziniert mich seit jenem Moment, da ich ohne weiterführenden Schulabschluß und höhere Perspektiven im Westfälischen als Lehrling hinterm Ladentisch stand. Ich wollte da raus, etwas bewegen, und dabei blieb es . . .«

Links und zickig – Schröders »zeitweilig dritte Frau«

Eine Zuckerfabrik, das Kaliwerk Bergmannsseggen-Hugo, elf Apotheken und 182 Vereine – das ist Lehrte. Die »Eisenbahnstadt im Herzen Niedersachsens« (so heißt es im offiziellen Führer der 40 846-Einwohner-Stadt) ist das Zuhause von Gerhard Schröder. Nur rund 40 Kilometer östlich vom niedersächsischen Landtag in Hannover entfernt, nahe der Autobahn A2 Richtung Berlin und dem Eisenbahnkreuz zwischen Hildesheim und Celle, hat er hier seine 5-Zimmer-Backstein-Residenz im Ortsteil Immensen (Lüneburger Straße 36), der 1974 zu Lehrte eingemeindet wurde. Das Munzinger-Archiv gibt seine Telefonnummer mit 05175-2266 an. Doch die stimmt nicht mehr. Nachdem Schröder Ministerpräsident wurde, hat er seine Nummer gewechselt – Bürgernähe . . .

In Lehrte muß sich Schröder wohlfühlen: SPD (19 Ratsmitglieder) und Grüne (3 Ratsmitglieder) haben im Stadtrat die Mehrheit. Auch die Schuldenlast müßte dem Ministerpräsidenten aus seiner eigenen Haushaltspolitik bekannt vorkommen: Rund satte 65 Millionen Mark – bei gerade 40 000 Einwohnern. Von hier läßt sich Schröder morgens mit seinem Dienst-Mercedes abholen, abends zurückbringen. Dabei immer drei Leibwächter: »Einen für die Luft, zwei für die Bahn, drei für den Boden.« Wie hatte er seiner Mutter früher einmal versprochen: »Wart ab Löwe, eines Tages hol' ich dich im Mercedes ab.« Das Ziel hat er erreicht. Wenn er will, kann er auch eine Dienstwohnung in Hannover benutzen. Doch da war er angeblich noch nie drin: »Hab' ja das kleine Haus auf'm

Dorf, das reicht für uns.« Für uns – das sind Gerhard Schröder, seine »zeitweilig dritte Frau« Hiltrud (so der CDU-Abgeordnete Anton Teyssen) und deren zwei Töchter Franca (Gymnasiastin) und Wibke (Studentin der Tiermedizin) aus erster Ehe. Von Schröders beiden vorhergehenden Eheversuchen ist wenig bekannt. Die großen deutschen Archiv-Sammlungen wissen nur, daß seine zweite Frau Anne Lehrerin war, von seiner ersten fehlt sogar der Name. Vielleicht liegt der Grund in einem geheimen 50-Seiten-Dossier über Schröders Privatleben, das im niedersächsischen Innenministerium erstellt worden sein soll und über das der »SPIEGEL« 1988 berichtete. Darin wird ein böser Verdacht ausgesprochen. Der »SPIEGEL«: »Die Akte, berichtete der Beamte, gebe unter anderem präzise Auskunft über den zum drittenmal verheirateten Schröder: Der habe seine Frauen geschlagen.«

Seine dritte Frau Hiltrud lernte Schröder 1981 bei einer Wahlkampf-Veranstaltung kennen. Die SPD bot ihren Wählern auf Plakaten eine »Radtour mit ihrem Kandidaten« an. Doch die Umworbenen zeigten wenig Interesse – die kastanienbraun-haarig gefärbte Hiltrud (»ich habe die grauen Strähnen gefärbt, weil ich nicht wie Indira Ghandi aussehen will«) war die einzige, die kam. So radelten die beiden zwei Stunden bei Nieselregen und Wind durch die Gegend. Schröder hielt sich offenbar nicht lange mit höflichem Geplauder auf und lieh ihr gleich seine Jacke und seine hellblauen Wollsocken gegen die Kälte. Die Jacke gab die Genossin später zurück, die Socken hat sie heute noch. Drei Jahre später war Hochzeit. Zwei Genossen hatten sich gefunden. Hiltruds Mutter war nach ihren eigenen Worten »eine Anarchistin«,



Zwei Linke haben sich gefunden: Hiltrud und Gerhard Schröder. Er ließ »früher wenig anbrennen«.

ihr Vater auch ein Linker. So war es wohl mehr als ein Scherz, daß Gerhard Schröder zu seiner Hochzeit von Bonner Journalisten ausgerechnet eine Mao-Mütze mit rotem Stern geschenkt bekam.

Hiltruds Einfluß auf Gerhard Schröder (er nennt sie »Engel«) ist groß – wie der von Hillary Clinton auf ihren Mann, den schwachen US-Präsidenten Bill Clinton. Beide Schröders vergleichen sich auch gern mit dem in den deutschen Medien so hochgejubelten, peinlichen linksliberalen Präsidenten-Pärchen. Das war natürlich, bevor alle Welt feststellte, daß die Amerikaner sich da einen der größten Versager des 20. Jahrhunderts an die Spitze gewählt haben. Dabei sind sich Bill Clinton und Gerhard Schröder in ihrer Machtgier und mit ihren ausgelebten Star-Allüren tatsächlich nicht unähnlich. Auch mit dem Wort »Treue« schienen die beiden es nicht immer so genau zu nehmen: Bill Clinton mußte mitten im Präsidentschaftswahlkampf eine Geliebte eingestehen – und Gerhard Schröder (»BILD am SONNTAG«: »der früher wenig anbrennen ließ“) sah sich in einem Zeitungs-Interview 1991 offenbar gezwungen, auf seine neuerliche eheliche Treue hinzuweisen: »Seit einem Jahrzehnt lebe ich monogam. Wenn das anders wäre, dann würde mein Haus in Flammen stehen.«

Wie Hillary hat auch Hiltrud ihren Mann modisch verändert. Früher sagte eine Schröder-Nachbarin laut »Stern«: »Ich denke immer, sein Hund ist schicker als er.« Nicht mehr Juso-Jeans und Schlapphemden, sondern Marken-Zweireiher sind jetzt angesagt – aber auch wieder nur aus wahltaktischen Gründen. Hiltrud Schröder zur »Bild«-Zeitung: »Ich mag meinen Mann am liebsten in Rollkragenpullis und Jackets. Doch das ist nicht die Kleidung

eines Ministerpräsidenten. Deshalb trägt er Hemd und Krawatte. Die Menschen erwarten ein gepflegtes Auftreten. Man sollte sie nicht enttäuschen.“

Vielleicht kommt Gerhard Schröder, der seit seiner Ehe mit Hiltrud regelmäßig Frauenzeitschriften liest, ja auch noch wie Bill Clinton auf die Idee, seiner Frau einen Job im Kabinett zu geben. Die Illustrierte »BUNTE« wagte die Frage, ob sie sich vorstellen könnte, ein Ministeramt anzunehmen. Ihre Antwort: »Durchaus. Ich hätte nur Probleme, mich für ein Ressort zu entscheiden, ich interessiere mich für vieles.« Tatsächlich. Hiltrud Schröder läßt sich zwar kaum noch bei SPD-Veranstaltungen in ihrem Wohnort sehen, doch in der Politik mischt sie kräftig mit. Zum einen zuhause. Dort ist sie, »seit Gerd Ministerpräsident ist und ihn alle umschleimen«, zu seiner härtesten Kritikerin geworden. So kann es passieren, daß er voller Stolz nach einem aus seiner Sicht gelungenen Fernsehauftritt Lob hören will. Doch statt Bewunderung erntete er schon mal die Antwort: »Nichts als Gelaber wie bei allen anderen auch.« Gerhard Schröder: »Eine unerbittlichere Kritikerin gibt es nicht. Manchmal macht mich das verrückt, daß gerade dann, wenn mich alle mal gut finden, sie sagt: ›Ja, du warst wie all diese anderen geölten Dutzendtypen auch.‹« Hiltrud Schröder zu ihrer Rolle: »Der wird doch in der Partei gehätschelt, geschleimt und hofiert, da kann er ja zu Hause nicht auch noch gehätschelt, geschleimt und hofiert werden. Wir brauchen schließlich keine kleinen Sonnenkönige.«

Von einer Rolle als »Landesmutter«, »First Lady« oder »Frau an seiner Seite« hält Hiltrud Schröder nichts. Noch vor Schröders Wahl 1990 zum Ministerpräsidenten machte sie klar, daß sie – im Gegensatz zu ihren Vorgän-

gerinnen – auch keinerlei soziale Verpflichtungen übernehmen wollte, die mit dem Amt ihres Mannes zusammenhängen. Also keinerlei Aktivitäten oder Schirmherrschaften für gemeinnützige Stiftungen, Krankenhäuser oder Vereine. Bei einer offiziellen Feier der rot-grünen Landesregierung wurde sie einmal von einem Fotografen um ein gemeinsames Vierer-Foto von ihr, Gerhard Schröder, seiner Justizministerin Heidi Alm-Merk und deren Ehemann gebeten. Die Ministerin warnte schon vorher: »Das macht die bestimmt nicht, die ist immer so zickig.« Tatsächlich – Hiltrud Schröder lehnte das Foto barsch ab: »Dafür werde ich, im Gegensatz zu meinem Mann, ja schließlich nicht bezahlt.« So sieht das Engagement einer Sozialistin aus . . .

Hiltrud Schröder zeigt ihre linke Gesinnung auf eine besondere Weise. Als die USA und die gesamte westliche Welt um den Jahreswechsel 1990/91 endlich gegen den irakischen Diktator und Massenmörder Saddam Hussein vorgingen, entwarf Hiltrud Schröder ein Flugblatt und ging damit auf die Straße: »Aufruf zum Frieden.« Gleich alle vier Ministerinnen aus dem rot-grünen Schröder-Kabinett (die Grüne Frauenministerin Waltraud Schoppe, die SPD-Justizministerin Heidi Alm-Merk, die Ex-FDP-Politikerin und nunmehr Kultusministerin Helga Schuchardt, die SPD-Umweltministerin Monika Griefahn) schlossen sich mit Unterschriften an. Kern-Aussage der »First Lady« von Niedersachsen: »Auch der grausamste Diktator kann keine Rechtfertigung für einen Krieg sein.« Frau Schröder meinte also, die Welt sollte weiterhin unbekümmert zusehen, wie auf Befehl Saddam Husseins kleine Kinder als »lebende Schutzschilder« vor Panzer gebunden wurden? Sollte niemand eingreifen, als der Irak

aus taktischen Gründen das an diesem Golf-Krieg völlig unbeteiligte Israel mit Raketen angriff? Man muß ganz sicher nicht mit allem einverstanden sein, was Israels Politiker in der Vergangenheit gemacht haben – aber konnte sich Hiltrud Schröder wirklich nicht vorstellen, wie das ist, wenn Tausende Kinder Nacht für Nacht aus Angst vor irakischen Gift-Bomben-Angriffen mit Gasmasken in Kellern und Bunkern sitzen? Weiß denn die Pazifistin Hiltrud Schröder nicht, daß nach einer Untersuchung des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts allein 1992 auf der Welt 30 Kriege gezählt wurden – oft angezündelt von Verbrechern wie Saddam Hussein?

Der Gipfel: Die NDR-Funkhauschefin in Hannover, die ultra-rote Ex-Fernseh-Talk-Dame Lea Rosh, stellte für eine »Friedens-Dialog«-Veranstaltung des rot-grünen Damen-Quintetts sogar einen Saal des NDR bereit. Die Landes-CDU empört: »Der NDR verhält sich, als gehören die vom Gebührenzahler finanzierten Einrichtungen des Senders der rot-grünen Landesregierung, ihren Ministerinnen und der Ehefrau des Ministerpräsidenten privat.« Wer nun erwartet hatte, daß Gerhard Schröder eingreift und sich von den peinlichen Machenschaften seiner Frau und seiner Ministerinnen lossagt, dem ist nicht zu helfen – denn derjenige hat nicht begriffen, welch Geistes Kind Schröder ist. Während CDU und FDP im Landtag einen Antrag einbrachten, mit dem sich das ganze Parlament von dem Hiltrud-Schröder-Aufruf distanzieren sollte, ließ der Regierungschef seinen Sprecher mitteilen: Ihr Ehemann sehe die Aktivitäten der First Lady »mit großer Freude«. Schröder forderte sogar selbst zu Friedens-Demonstrationen auf. Die folgten auch fast täglich – vorrangig gegen die USA und das westliche

Bündnis. CDU-Oppositionschef Jürgen Gansauer stellte denn auch kopfschüttelnd fest: »Die demonstrieren gegen die USA und nicht vor den irakischen Botschaften, wo sie hingehören.«

Daß dieser »Irrtum« der Demonstranten kein von Schröder unbedachter Zufall gewesen sein kann, beweist eine seiner größten Peinlichkeiten. Am 31. Januar 1991 riefen alle Landtagsparteien (außer den Grünen) gemeinsam mit der jüdischen Gemeinde zu einer besonderen Friedens-Demonstration auf: »Wir hoffen auf ein baldiges Ende des Blutvergießens. Aber wir wollen auch klarstellen, wer an dem Grauen schuld ist: Der irakische Diktator Saddam Hussein. Alle Bürger, die sich von den bisherigen Demonstrationen nicht richtig vertreten fühlen, sollten kommen.« Viele Kirchenvertreter (zum Beispiel die beiden Landesbischöfe), Künstler, Politiker und Journalisten schlossen sich dem Aufruf an.

Dann das Unfaßbare: 15 000 Menschen kamen auf den Opernplatz von Hannover – nur Gerhard Schröder nicht. Unter der Überschrift »Großdemo für Israel – nur MP Schröder im Abseits« erschien in der »Bild«-Zeitung dazu zum Beispiel folgender Artikel, der eigentlich alles sagt: »Ein Meer aus deutschen, israelischen und amerikanischen Fahnen wehte vor der Oper, junge Menschen mit Gasmasken hielten Transparente: ›Solidarität mit Israel und USA‹. 15 000 Hannoveraner zeigten nach den wochenlangen Anti-USA-Demonstrationen endlich das andere Gesicht unserer Stadt. Doch die erste große Kundgebung für die alliierten Truppen am Golf und das bedrohte Israel begann mit einer Enttäuschung: Die Spitzen von SPD, CDU und FDP aus Stadt und Land waren da – nur Ministerpräsident Schröder, der noch vor zwei Wo-

chen selbst zu Kundgebungen aufrief, kam nicht. ›Wo ist Gerhard Schröder?‹ riefen Demonstranten, als SPD-Landeschef Johann Bruns (58) ans Mikro trat. ›Es gibt keinen Zweifel, wo wir stehen‹, stellte er fest – fast so, als müsse er sich für den Regierungschef entschuldigen. Auch andere SPD-Spitzenpolitiker hatten für Schröder wenig Verständnis: Innenminister Glogowski ließ sich extra zwischen zwei Terminen aus Wolfsburg per Hubschrauber einfliegen, Kultusminister Wernstedt stellte sich demonstrativ in die Menge. Landtagspräsident Horst Milde (57) wurde nach der Kundgebung deutlich: ›Ich kann Schröders Entscheidung schwer nachvollziehen.‹ Hannovers Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg (SPD): ›Er hätte kommen sollen.‹ Selbst Alt-Ministerpräsident Alfred Kubel ließ durch seine Frau Grüße überbringen.« Soweit der Artikel.

Doch der regierende Ministerpräsident Gerhard Schröder zeigte sein wahres Gesicht: links-ideologisch verbohrte, gefährliche. Landesrabbiner Henry Brandt zeigte sich verbittert: »Schröders Fehlen ist eine verpaßte Chance, Zeichen zu setzen. Ich hoffe aber, daß die Beziehungen zu ihm in Zukunft wärmer werden.«

Diese Hoffnung haben auch andere vergeblich gehabt. Doch der Mann, der im Wahlkampf einen »neuen, besseren und anständigeren politischen Stil und Umgang miteinander« versprochen hatte, stieß als »Landesvater« schon viele vor den Kopf.

Termine, Bundeswehr und Schützenfest

– Schröder spielt lieber Tennis

Schröder redet oft und gerne von »menschlicher Wärme« – dabei ist er selbst eiskalt, berechnend und unkalkulierbar. Daß ihm Regieren »Spaß macht«, hat Schröder schon häufiger öffentlich verraten. Doch es gibt Dinge, die sind ihm wichtiger, machen ihm noch mehr Spaß – und das zeigt gleichzeitig, wie wichtig ihm politische Verantwortung wirklich ist.

Dabei mag man für das folgende Beispiel vielleicht noch Verständnis haben: Kurz nach der gewonnenen Landtagswahl 1990 ließ Schröder überraschend für einen Tag alle politischen Termine streichen. Die »BILD am SONNTAG« verriet »Schröders Geheimnis«: »Gerhard Schröder (46), künftiger Ministerpräsident von Niedersachsen, ließ vorgestern alle politischen Termine absagen. Sein Terminkalender war, wie seit Monaten nicht mehr, weiß wie der Schnee am Kilimandscharo. Mitarbeiter rätselten, ob ihr Chef mal wieder nach Saarbrücken müsse, zwecks Seelenmassage beim Kanzlerkandidaten Lafontaine. Nein, nichts dergleichen. Schröder hatte Hochzeitstag, den 6., mit Ehefrau Hillu. Den wollte er ganz vertraut feiern, ohne Genossen. Er lud seine Frau in sein Lieblingsrestaurant ›Roma‹ in Hannover ein. Beim Essen schenkte er ihr einen Ring.« Dafür mußten halt andere Gesprächspartner ihre vielleicht längerfristig geplanten Termine umschmeißen.

Bei Schröders nächster Aktion dieser Art war er über die Hintergründe schon viel weniger auskunftsfreudig. Es ging um das größte Schützenfest der Welt, das alljährlich in Niedersachsens Hauptstadt gefeiert wird. Dazu muß

man wissen, daß dieses Fest für die Hannoveraner, wenn nicht sogar für viele Niedersachsen, ein Ereignis ist, das sich in seiner regionalen Bedeutung nur mit dem Karneval für die Rheinländer vergleichen läßt. Also auch eine Pflichtveranstaltung für alle Politiker – die wiedergewählt werden wollen. Doch gleich beim ersten Schützenfest nach seiner Wahl verprellte der neue »Landesvater« alle Gäste: Er kam einfach nicht – und er entschuldigte sich auch nicht. In den Medien wurde spekuliert: Ist ihm ein wichtiger politischer Termin dazwischengekommen? Oder ist der neue Regierungschef erkrankt? Nein, nichts dergleichen. Ein Bericht der »Bild«-Zeitung förderte die Wahrheit ans Tageslicht (über die Schröders Staatskanzlei diesmal augenscheinlich nicht so offen Auskunft geben mochte wie noch bei seinem Hochzeitstags-Blau-machen): »Der war in Barsinghausen – dort hatte Frau Hillu ein wichtiges Tennis-Punktspiel.« Kommentar überflüssig.

Unbeliebt hat sich Schröder auch bei der Bundeswehr gemacht. Nach der Teil-Wiedervereinigung Deutschlands mußte die Armee ihre Stärke auf 370 000 Mann reduzieren. Folge: Standorte mußten geschlossen werden.

Verteidigungsminister Volker Rühe (CDU) bat deshalb Anfang März 1991 alle Bundesländer um Stellungnahmen und »Wunschlisten«. Bis Ende März hatten alle Bundesländer geantwortet und um ihre Standorte gekämpft – nur Niedersachsen nicht. General Ernst Lissina, der Kommandeur der 1. Panzerdivision und »Chef« von 15 000 Soldaten in Niedersachsen in einem Artikel: »Dabei bedeuten geschlossene Standorte auch Verlust von Arbeitsplätzen.« Doch Schröder schien das nicht zu kümmern – seine offenbar ideologisch verworrene Ein-

stellung zur Bundeswehr setzte sich durch. Auch bei einer Gesprächsrunde zum Thema Abrüstung, zu der das Außenministerium alle Bundesländer gebeten hatte, fehlte wieder nur ein Land – Niedersachsen. Die »Bild«-Zeitung stellte die Frage, ob Schröder die Sitzung verpennt hat: »Hat Rot-Grün geschlafen?« Die Antworten von Regierungsseite waren wirklich druckreif – dreifach: 1. Schröders Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye (SPD): »Wir haben bewußt auf eine Teilnahme verzichtet.« 2. Ein Sprecher des niedersächsischen Innenministeriums: »Die Einladung ist nicht angekommen.« 3. Der SPD-Abgeordnete Dieter Möhrmann: »Unser Vertreter ist unterwegs nach Bonn mit einer Autopanne hängengeblieben.« Wer log denn nun?

Was Schröder, immerhin ein deutscher Ministerpräsident (ob es einem gefällt oder nicht . . .), von der Bundeswehr hält, von den Berufssoldaten und Wehrpflichtigen, die für uns alle unsere Freiheit und Demokratie sichern, zeigte er wenige Monate später noch einmal. Beim alljährlichen »Sommer-Biwak«, ein großes Fest, zu dem die Bundeswehr zugunsten eines guten Zwecks in Hannovers Innenstadt einlädt, ließ sich Schröder im Juni 1991 – wieder im Gegensatz zu seinen Vorgängern – auch nicht sehen. Wieder erfuhr die »Bild«-Zeitung, was Schröder stattdessen machte:

»Ministerpräsident Gerhard Schröder fuhr lieber mit seiner Frau zu einem Konzert.« Nun wurde es langsam auch einigen Kabinetts-Kollegen von Schröder zu bunt. Nicht alle seine Minister sollte man unbedingt auch zu seinen Freunden zählen. Zum Beispiel Landesinnenminister Gerhard Glogowski, der frühere Oberbürgermeister von Braunschweig. Er gilt als »rechter« Sozi, der durchaus

kritisch zu Schröders Kurs steht. Als Schröder dann nach seinen oben genannten Eskapaden auch noch einen »schon vor Wochen mit Schröder abgestimmten« Besuch zum feierlichen Truppen-Appell anlässlich des Kommandowechsels beim Wehrbereich II wegen angeblich »unaufschiebbarer Termine« absagen ließ, ging stattdessen Glogowski demonstrativ zu den Soldaten. Sein Sprecher in deutlicher Anspielung auf Schröder: »Dieser Besuch ist für den Minister selbstverständlich.« Übrigens: Möchten Sie jetzt wissen, was für einen »unaufschiebbaren Termin« Schröder hatte? Er gab lieber ein Interview und nahm einen Spendenscheck für die Hungerhilfe entgegen. Das ist »der neue Stil«, mit dem Sozialist Gerhard Schröder das zweitgrößte Flächenland der Bundesrepublik regiert – er macht halt, was ihm »Spaß« macht.

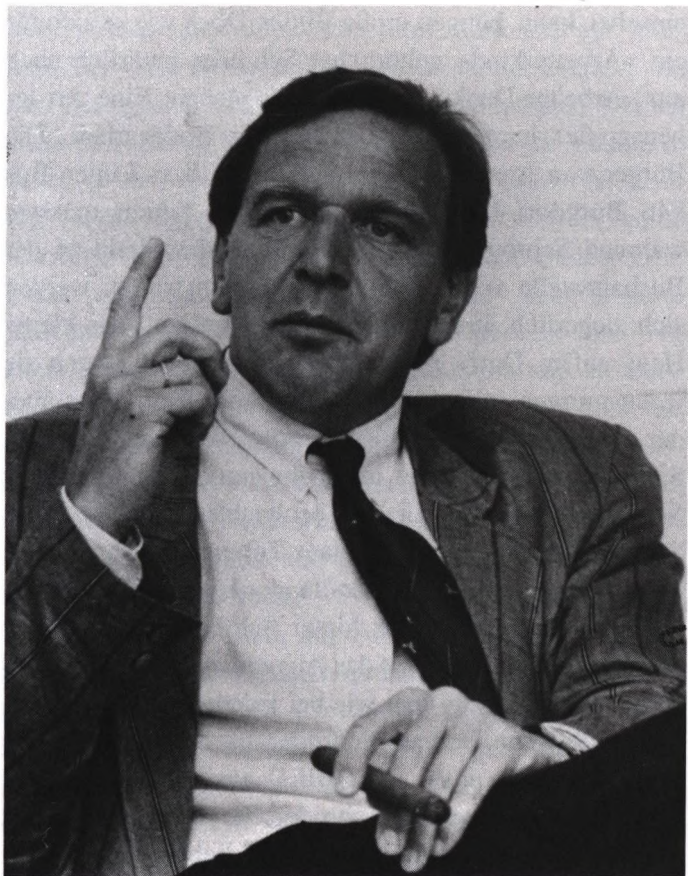
Daß er sich dabei auch recht wenig um demokratische Grundregeln schert, macht Gerhard Schröder gefährlich. Bei der Diskussion um UNO-Blauhelm-Einsätze der Bundeswehr, im Streit um das Asylrecht oder sogenannte »Lauschangriffe« für den Kampf gegen das organisierte Verbrechen, pocht der frühere Rechtsanwalt gern auf das Grundgesetz, spielt sich als Hüter des Rechtsstaates auf (wobei die Frage erlaubt sei, was es noch mit Rechtsstaat zu tun hat, wenn Politiker ungerührt zuschauen, wie Millionen Scheinasylanten oder Mafia-Kriminelle eben dieses Recht aushöhlen?). Da, wo es ihm aber in den politischen Kram paßt, setzt sich Schröder einfach über alles hinweg. Oder wie ist es sonst zu erklären, daß die Fraktionsvorsitzenden der niedersächsischen Landtags-SPD und der Landtags-»Grünen« an den Kabinettsitzungen der Landesregierung teilnahmen? Laut unserem Demokratieverständnis gibt es eine strikte Trennung von Parla-

ment und Regierung, schließlich soll das Parlament die Regierung ja kontrollieren. Umgeht Schröder diesen Grundsatz also absichtlich – oder sollte er als Jura-Student bei der Vorlesung dieser demokratischen Grundregel auch wieder »blaugemacht« haben? Wie ernst die rot-grüne Gesellschaft Recht, Gesetz und demokratische Grundregeln nimmt, hat sie aber schon bewiesen, bevor sie in Niedersachsen die »Macht« übernahm. Als SPD und »Grüne« im Dezember 1988 erfolglos versuchten, den damaligen CDU-Ministerpräsidenten Ernst Albrecht durch ein Mißtrauensvotum zu stürzen, gaben die Abgeordneten der »Grünen« gekennzeichnete Stimmzettel ab, um zu beweisen, daß sie geschlossen für Schröder gestimmt hatten. Die Kreuze waren »erkennbar gestrichelt«, wie sie nach der Abstimmung stolz zugaben. Schon mal was von »geheimer Abstimmung« gehört, Ihr »Grünen«?

Wie beschrieb Gerhard Schröder selbst seinen Regierungsstil: »Unkonventionell, aber vernünftig.« Welch ein Glück, daß Niedersachsen nicht ganz Deutschland ist. Taktieren und heucheln – das ist eine der hervorstechendsten Eigenschaften des Gerhard Schröder. Niedersachsens CDU-Oppositionsführer Jürgen Gansäuer sagt es noch deutlicher: »Einer der versiertesten Intriganten in der SPD.«

Schröders Liebe zum Luxus: Links reden – rechts leben

Zu seiner Heuchelei gehört auch der dauernde Hinweis auf seine Herkunft als angeblich »Fensterkitt fressendes« Arbeiterkind und sein öffentlich beweintes Selbstmitleid, das Schröder wie ein Plakat vor sich herträgt. So spricht er zum Beispiel von seinem 5-Zimmer-Besitz immer nur bescheiden vom »kleinen Haus auf'm Dorf« – in der Öffentlichkeit stapelt Schröder gerne tief. Und dafür hat er einen guten Grund: Sein Lebensstil paßt (wie bei so vielen Linken) nicht zu seinen Sprüchen (zum Beispiel: »Links sein heißt besser sein«). Schröders Motto: Links reden, aber im Luxus leben. Deshalb wohl lassen Hiltrud und Gerhard Schröder auch ungern Journalisten zu sich ins Haus. Der wahre Gerhard Schröder, der »machtgeile Opportunist« und »berechnende Karrierist« (so zitierte der »SPIEGEL« Parteifreunde über ihn), liebt nämlich das schöne Leben, »die vitale Lust am Luxus« (so die Zeitschrift »Cosmopolitan« über Schröder). Wer genau hinsieht, erkennt die Heuchelei seiner sozialen Schwafeleien, mit denen Schröder (Jahreseinkommen: 320 000 Mark) so gern auf Stimmenfang geht, um den Werftarbeitern in Papenburg und den Heide-Bauern weiszumachen: Ich bin einer von Euch! Der »STERN« dagegen hat Schröders tatsächlichen Charakter (wenn er denn einen hat) erkannt: »Den Blick fest nach vorn auf Besitzerwerb und Besitzerhalt gerichtet. Ehrgeiz und Machtwille sind da hilfreich.« Und wie: So ist sein »kleines Haus auf'm Dorf« vollgestopft mit Kunst: Graphiken, Skulpturen, Bildern. Selbst im weißen, mit Panzerglas gesicherten Wintergarten, in den jedermann von der Straße aus hin-



Links reden – im Luxus leben. So sieht sich Gerhard Schröder am liebsten: Moralischer Zeigefinger und dicke Zigarre.

einsehen kann, hängen große Bilder. Doch wie es sich für ein »Arbeiterkind« gehört, hat Schröder natürlich auch ein »Arbeiter-Denkmal« im Garten stehen: Eine Art lebensgroßer kupferner Bauer bei der Bodenarbeit. Die Bürger von Immensen, die täglich mit dem Linien-Bus 946 Burgdorf–Lehrte–Elze zur Arbeit fahren müssen, während Schröders gepanzerter Mercedes direkt an der Bushaltestelle vor seinem Haus auf ihn wartet, werden sich sicherlich ihre eigenen Gedanken über »das kleine Haus auf'm Dorf« machen. Besonders dann, wenn sie jeden morgen von einer der sechs auf einem Mast über der Bushaltestelle installierten Polizeikameras oder den Sicherheitsbeamten, die in einem grauen Container vor Schröders Haustür sitzen, beobachtet werden. Zum Schröder-Haushalt gehören laut Zeitungsberichten auch zwei Ponys und ein Neufundländer-Hund – keine ganz billigen Vergnügen. Aber hinter Schröders Haus liegen nur grüne Wiesen, soweit das Auge reicht. Viel Platz also für solche Hobbys – halt wie bei jedem »von uns«.

Und auch wenn Gerhard Schröder essen geht, bestellt er »wie einer von uns«. Die »BILD am SONNTAG« beschrieb so eine typisch Schrödersche Tafelrunde: »Der Ministerpräsident von Niedersachsen liebt dieses italienische Restaurant namens ›Roma‹ in der Hannoveraner Goethestraße. Hier hat er vor sechs Jahren seine (dritte) Hochzeit gefeiert – mit seiner Hillu gerufenen, Hiltrud getauften Ehefrau. Man kann hier eine simple Pizza für neun Mark essen oder das, was Gerhard Schröder auf-tischen läßt: verschiedene Vorspeisenhappen wie Carpaccio – dünn geschnittenes mariniertes Rindfleisch, Kalbfleisch in Thunfischsoße, Mozzarella mit Tomaten, gebratene Zucchini, gedünstete Pilze; dann gibt es zwei

Sorten Pasta, mal mit scharfer roter Soße, mal mit Trüffeln. Der Wein ist ein feiner Weißer aus der Gegend von San Gimignano und hat den gaumenkitzelnden Namen Terre di Tuffo (Trüffelerde).« Vorbei auch die Zeiten, in denen er »bei seiner ersten Rede im Deutschen Bundestag Unionsabgeordnete in Rage bringt, weil er keine Krawatte trägt, und zum Schrecken seiner Genossen in Jeans und Sandalen auf heimische Schützenfeste schlappt« (»SPIEGEL«). Jetzt trägt der Ex-Juso vor allem maßgeschneiderte Kaschmir-Sakkos und Armani-Krawatten. Zwischen seine Zähne läßt »der von uns« nur edle kubanische Havanna-Zigarren der Luxusmarke Cohiba. Und an seinem Arm baumelt . . . – aber lesen Sie dazu eine kleine Geschichte, die unter der Überschrift »Schröder, die Rolex und der alte Wein . . .« in der »Bild«-Zeitung erschien:

»Was ist das? Es tickt, hat zwei Zeiger und hängt am Handgelenk unseres Ministerpräsidenten. Wenn Sie jetzt auf Gerhard Schröders Armbanduhr tippen, ist das zwar nicht falsch, aber zu wenig. Denn es geht nicht um irgendeine Uhr, sondern um eine 60 Jahre alte Rolex – und die beschäftigt seit Wochen alle Klatschtanten und -onkel. Warum? In »Leo's«-TV-Magazin erlaubte der Landesvater zum ersten Mal einen Blick auf seinen Schick: Maß-Lederweste und ebensolche Schuhe für 750 Mark. Bis dahin war die sozialdemokratische Welt noch in Ordnung. Doch dann, oh Graus, packte ein »Spiegel«-Reporter aus: Schröders Uhr sei doch viel schicker, schließlich koste sein rechteckiger »Zeitangeber« 30 000 Mark. Das reizte den Ex-Juso-Chef denn doch zu Widerspruch. In einem Leserbrief verkündete er »überrascht«: »Dem Setzer ist eine Null zuviel in den Text geraten« –

und bot das Geburtstagsgeschenk seiner Frau Hillu zum Verkauf an. Die Hälfte des Erlöses wolle er dann spenden. Und wer hätte das gedacht? Ein Interessent hat sich gefunden. Der bekannte Wein- und Uhrensammler Hardy Rodenstock aus Monte Carlo: ›Ich schlage ein!‹ Bei einem Glas Lafite aus eigenem Keller (Jahrgang 1858) könne man alles besprechen, den Wert genau feststellen – so steht's im neuen ›Spiegel‹. Bleibt jetzt die Frage, die sicher alle interessiert: Was kostet Schröders Uhr denn nun – und an wen wird er spenden?« Nebenbei: Diese Frage ließ er in dem Bericht der Zeitung unbeantwortet. Typisch – denn wenn Schröder bei seinem exklusiven Lebensstil erwischt wird, spielt er schnell den Beleidigten. So berichtete die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« (FAZ) schon mal: »Wieder einmal wegen seines genußfreudigen Lebensstils kritisiert, ließ sich Niedersachsens Ministerpräsident Gerhard Schröder die Butter nicht vom Brot nehmen: ›Ich hasse es, wenn Politiker so tun, als ob sie sich nicht einmal ein warmes Essen kaufen könnten, und ihr soziales Gewissen mit einer Ballonmütze zur Schau tragen.« Ach, nein? Wie war das noch mit dem immer wiederkehrenden Spruch vom »Fensterkitt fressen«? Genießer Schröder lenkt den Blick dann auch gerne auf andere: »Wer ständig bloß Selbstlosigkeit predigt, der muß sein Verhältnis zur Wirklichkeit überprüfen.« Was wird da wohl Schröders »engster Vertrauter und Berater« (»SPIEGEL«) Oskar Negt sagen – der marxistische Soziologie-Philosoph?

Selbstkritik ist Schröders Sache sicher nicht. Aber vielleicht hat er sich ja doch ausnahmsweise einmal selbst gemeint, als er den schönen Satz prägte: »Ich glaube nicht, daß Leute nur Politiker schätzen, die vor Selbstge-



Fettige Haare, Alternativ-Pulli: Gerhard Schröder als Chef der linken »Jungsozialisten« mit dem Genossen Egon Bahr auf dem Juso-Kongress in Aschaffenburg (April 1979). Schröder über sich: »Ich bezeichne mich als Marxist.«

rechtigkeit und Selbstgewißheit kaum noch gehen können.« Wenn dem so wäre, müßte sich »der von uns« nämlich im Rollstuhl durch Niedersachsen schieben lassen. Zum Glück haben das – im Gegensatz zu vielen Journalisten – durchaus nicht wenige SPD-Genossen erkannt. Sie haben wenig Verständnis für einen Politiker, der wichtige Termine »sausen« läßt, um sich lieber auf dem Tennisplatz zu vergnügen. Der »SPIEGEL«: »Seine Parteilfreunde im Wahlkreis Lehrte bei Hannover hegen für die schicken sportlichen Ambitionen ihres ersten Mannes allerdings nur wenig Verständnis. Sie waren so erbost über die Selbstdarstellung, daß sie sich weigerten, in seinem Wohnort Plakate von ihm zu kleben.« Wer also ist denn nun dieser Gerhard Schröder? Einer »von uns« – oder einer von den Abgehobenen »da oben«? Noch einmal der »SPIEGEL«: »Mal führt er in einer Fernseh-Show fröhlich seinen Anzug vor. Dann wieder präsentiert er sich in einer Zeitungsanzeige zu Ostern ganz pastoral, als gelte es, den Posten eines Oberkirchenrats zu erklimmen. In TV-Spots lernt ihn das Wahlvolk als leidenschaftlichen Tennisspieler kennen, ein wenig später aber als Staatsmann im grauen Anzug mit rotweißer Krawatte, in einer Pose, in der er so unwirklich und starr wirkt, als habe jemand den ehemaligen Juso-Chef in eine Zwangsjacke gesteckt.«

Der eitle Champagner-Sozialist Schröder selbst meint: »Das bin alles ich.« Sein grüner Koalitionspartner Jürgen Trittin weiß es besser: »Den Staatsmann nimmt ihm keiner ab.« Wohl wahr!

Der »konsequente Marxist« – was die Medien uns verschweigen

Der grüne Trittin scheint es besser zu wissen als viele rot-verblendete Journalisten in Deutschlands Medienstuben, die uns Bürgern diesen Gerhard Schröder so gern als »junge Hoffnung« oder als »neuen Kennedy« verkaufen wollen. In Wahrheit ist der frühere Jungsozialisten-Chef Gerhard Schröder kein Staatsmann, sondern ein knallharter Sozialist, der sich als Ministerpräsident den Staat zur Beute macht. Und dabei ist Schröder so skrupellos wie wohl kaum ein anderer. Er kann sich tarnen wie ein gezähmtes Chamäleon und mit gespaltener Zunge reden wie eine staatsmännische Schlange. Doch manchmal verrät er sich doch.

»Die Wurzeln meines Tuns und Erfolges liegen in meinen politischen Jugenderfahrungen«, erklärt Gerhard Schröder gern in Interviews. Oder: »Meine heutigen politischen Sichtweisen und Entscheidungen beeinflusst gerade diese Lebensphase überaus intensiv.« Zwei harmlose Sätze, so scheint es. Doch in diesen Bekenntnissen steckt politischer Sprengstoff. Daß Gerhard Schröder in seinen politischen Jugendjahren Bundesvorsitzender der linksradikalen Jusos war, ist bekannt – und regt merkwürdigerweise kaum jemanden auf. Doch wer weiß schon, daß Schröder sich noch Ende der 70er Jahre zum Marxismus bekannte?

Beispiele gefällig? Bitte sehr, Original-Ton Gerhard Schröder: »Ich bezeichne mich als Marxist. Das ist die korrekte Bezeichnung für meine politische Situation.« Schröder definierte sich auch schon mal selbst als »konsequenten Marxisten« und Repräsentanten einer »soziali-

stischen Minderheit in einer sozialdemokratischen Massenpartei«. Das sind erschreckende Bekenntnisse, die jeder deutsche Journalist mit ein bißchen Recherche-Mühe in alten Berichten, Artikeln und Reden des Gerhard Schröder finden könnte – wenn er es denn wollte. Doch merkwürdig: über diese Tatsachen, die sicherlich viele Wähler in Niedersachsen, aber auch viele Deutsche über den künftigen Vielleicht-Kanzler wissen sollten, stand so gut wie noch nie etwas in den Zeitungen der jüngsten Zeit. Aber welche Journalisten sollten darüber auch berichten? Etwa die in den öffentlich-rechtlichen Medienanstalten von NDR, WDR bis ZDF, die alle fest in parteipolitischen Händen sind – und wo es heißt, eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus? Oder die wenigen Polit-Magazine im privaten Fernsehen, an deren entscheidenden Positionen oft auch schon wieder die ach so aufgeklärten Liberalen sitzen? Oder die vielen privaten Radiosender, die auch im Zeitalter der Medien-Herrschaft ihre Hauptaufgabe mehr im verdummenden Runterdudeln englischer Lärm-Musik als in der Vermittlung von Informationen zu sehen scheinen? Oder etwa die vielen Zeitungsjournalisten, die sich heute zu Hofberichterstatern der einen oder der anderen gerade an den Regierungstöpfen hockenden Partei machen?

In mehr als 40 Jahren hat es kaum ein Journalist gewagt, die Deutschen über das wahre Gesicht und die wahre Vergangenheit von Willy Brandt alias Herbert Frahm, seinen Verrat an Deutschland und seine politischen und menschlichen Unanständigkeiten, aufzuklären (Ausnahme sind die Bücher »Willy Brandt – Das Ende einer Legende«, »Willy Brandt ohne Maske« und »Verbrecher und andere Deutsche – das Skandalbuch Willy Brandts«, erschienen

bei WPR, Hamburger Straße 3, 22083 Hamburg). Im Gegenteil: Nach seinem Tod wurde aus diesem Mann, der in jedem anderen Land mit verbliebenem Rest-Stolz wahrscheinlich auf der Anklagebank, niemals aber auf der Regierungsbank gesessen hätte, auch noch ein Heiliger, ja sogar »ein großer Deutscher« gemacht. Warum sollten wir da erwarten, daß irgendein Vertreter der linken deutschen Meinungs-Mafia sich an die volle Wahrheit über einen Sozialisten wie Gerhard Schröder wagt? Noch dazu, wo doch dieser Sozialist ausgerechnet (aber naheliegender Weise) eben diesen Willy Brandt zu seinen Vorbildern zählt. Verdummen ist im Deutschland der Nachkriegszeit nun einmal einfacher und einträglicher als Aufklären. Es muß also einen Grund haben, warum die Deutschen nicht wissen sollen, welche üblen Sprüche Gerhard Schröder noch vor wenigen Jahren ganz öffentlich von sich gab.

Im Februar 1978 wurde Gerhard Schröder als Vertreter des sogenannten Anti-Revisionistischen Flügels der SPD-Junggenossen zum Bundesvorsitzenden der Jungsozialisten gewählt. Jener Organisation, die, wie der »STERN« (dessen Markenzeichen durchaus auch hin und wieder an die roten Sterne auf dem Moskauer Kreml erinnern darf) spottete, »die Spargroschen umverteilen und die Vorgärten enteignen« will. Das Magazin erklärte aber auch – wenn auch nur kleingedruckt in einer Fußnote – was Schröders »Anti-Revisionisten« wollten: »Marxismus-orientiert, sehen den Weg zum Sozialismus nur durch eine grundlegende Änderung der Gesellschaft.« Das »Hamburger Abendblatt« machte es deutlicher: »Die Anti-Revisionisten wollen in der SPD einen an Arbeitnehmerinteressen orientierten ›sozialistischen Flügel‹ zur

Wiederbelebung marxistischer Traditionen aufbauen.« Die »Bild«-Zeitung warnte folglich zu Recht: »Die Jusos wählten den Hannoveraner Rechtsanwalt Gerhard Schröder (33) zum neuen Vorsitzenden. Er gehört zum äußersten linken Flügel.« Immerhin schon 33 Jahre alt, fertiger Rechtsanwalt, war Schröder zu diesem Zeitpunkt. Selbst der wohlwollendste unbelehrbare Schröder-Freund kann ihm seine linksradikale Gesinnung also kaum als »Jugendsünde« abtun.

Schröder wußte genau, was er sagte und was er wollte. Und wie sein Vorbild Karl Marx schmarotzte sich auch Gerhard Schröder durchs Leben – auf Kosten seiner damaligen zweiten Frau Anne. Der »STERN« druckte im März 1979 unter der Überschrift »Auch mal in den Arsch treten« unter anderem ein Foto, das Schröder und seine Frau am Mittagstisch zeigte. Dazu die Bildunterschrift: »Zu Hause bei Schröders verdient das Geld Frau Anne, die Lehrerin.« Im Text noch deutlicher: »Schröders Einkünfte sind indessen wahrhaft jungsozialistisch: Für den Partejob bekommt er nur die Spesen ersetzt, und aus der Kanzlei-Kasse entnimmt er jeden Monat ganze 500 Mark. Den Rest trägt seine Frau Anne mit ihrem sicheren Studienrats-Gehalt zum Lebensunterhalt bei. Schröder: »Die Leute, die in mein Büro kommen, denken sich, der ist ja Sozialist und schreibt keine Rechnungen.« Ein schöner Sozialist: Er bastelt an seiner politischen Karriere, seine Frau muß dafür arbeiten – und zum Dank suchte er sich eine neue Partnerin.

Damit nun niemand auf die Idee kommen kann, in diesem Buch würde Gerhard Schröder unrecht getan, lassen wir ihn doch einfach einmal selbst reden. Den Mann, der jetzt Ministerpräsident in einem System ist, das er ei-

gentlich abschaffen wollte. Zitate aus Schröders politischer Vergangenheit: »Da, wo ich herkomme, zweifeln einige an unserem Gesellschaftssystem« (»STERN«, März 1979). »Je mehr ich von Politik erfuhr, desto prononcierter wurde meine linke Position« (»SPIEGEL«, Februar 1978). »Jungsozialisten . . . wollen ihre sozialistischen Positionen formulieren und verbreiten. Das ist ihr Ziel . . . Im übrigen hat die Parteiführung begriffen, daß marxistische Positionen zum Spektrum der SPD gehören. Dies macht Zusammenarbeit möglich« (»Vorwärts«, Juli 1978). »Im Bereich der Ökonomie scheint mir eine Politik formuliert zu werden, die nicht einmal den Ansprüchen einer Alternative einer sozialdemokratischen Politik im Kapitalismus genügt« (»SPIEGEL«, März 1979). »Über den bürgerlichen Staat (kann man) nicht das Kapitalverhältnis aufheben (. . .), also nicht die grundlegenden Veränderungen der Gesellschaftsordnung erreichen« (»Frankfurter Rundschau«, Juni 1978). »Als Sozialisten kämpfen wir für eine grundlegende Veränderung der kapitalistischen Wirtschafts- und Sozialordnung. Unsere historische und nach wie vor geltende Aufgabe ist die Beseitigung der unmenschlichen Strukturen dieser Ordnung« (»Frankfurter Allgemeine Zeitung«, April 1979).

Revolutions-Vokabeln, Putsch-Sprüche, Kommunisten-Geschwafel – das war und ist der wahre Gerhard Schröder. Selbst der »SPIEGEL« warnte bereits im August 1977: »Schröder tritt für die Vergesellschaftung aller wichtigen Wirtschaftszweige ein . . .« Originalton Schröder: »Ich fordere die Verstaatlichung der gesamten deutschen Mineralölindustrie.«

Linke Lehrer – Schröder und der Terrorist

Schröders Freunde standen damals wie heute ganz weit links. Sein Herz schlug und schlägt links-außen. So übernahm Schröder sogar als Rechtsanwalt im Juni 1978 die Verteidigung des Terroristen und neben Andreas Baader und Ulrike Meinhof Mitbegründers der verbrecherischen »Rote-Armee-Fraktion« (RAF), Horst Mahler – wohl teilweise aus reiner Gier, um in die Öffentlichkeit zu kommen. Der »SPIEGEL« damals: »Schröder war klar, daß die Übernahme eines solchen Mandates durch den Bundesvorsitzenden der Jungsozialisten öffentlich beachtet werden wird . . .« Ansonsten nannte Schröder die Verteidigung der »Symbolfigur des bewaffneten Kampfes« (»SPIEGEL«) lediglich eine »Nagelprobe« des Rechtsstaates. Was mag Schröder mit Horst Mahler, der vom Berliner Landgericht wegen einer Reihe von Straftaten bis zu Beihilfe zum Mordversuch zu insgesamt 14 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wurde, verbunden haben? Vielleicht die Tatsache, daß Mahler in der kommunistischen »Freien Deutschen Jugend« (FDJ) und im »Sozialistischen Deutschen Studentenbund« (SDS) aktiv war? Was muß in einem Menschen vorgehen, der freiwillig einen Terroristen verteidigt, der vor Gericht höhnte: »Für jeden von uns werden zehn dran glauben. Wir sind nicht so blöd, daß uns das Herz bricht, wenn einfache Polizisten in ihrem Diensteifer sterben«? Was müssen eben diese einfachen Polizeibeamten empfinden, wenn der Verteidiger eines solch brutalen Terroristen heute – (noch) zum Glück nur in Niedersachsen – ihr oberster Dienstherr ist? Wenn es um Linksradikalismus geht, darf man sich bei

Gerhard Schröder grundsätzlich über nichts wundern – man muß nur Bescheid wissen! Zum Beispiel darüber, daß im rot-grünen Schröder-Niedersachsen DKP-Mitglieder wieder Beamte und Lehrer werden dürfen. Bereits auf ihrer zweiten Kabinettsitzung nach der gewonnenen Wahl 1990 hatte die rot-grüne Landesregierung den sogenannten »Radikalen-Erlaß« abgeschafft – also keine automatische Überprüfung der Verfassungstreue von angehenden Beamten mehr. Schröder damals stolz: »Die Praxis der Berufsverbote hört auf.« Grundlage war ein rot-grüner Beschluß: »Die Regelanfrage wird abgeschafft, der Radikalen-Erlaß wird aufgehoben, die Opfer der Berufsverbote werden soweit möglich rehabilitiert.« Ja, Sie haben richtig gelesen: »Die Opfer der Berufsverbote«! Diese angeblichen Opfer sind Gegner dieses demokratischen Staates. Sie wollen ein anderes System. Wie das aussehen soll, wissen wir: Gerade die inoffizielle Jugendorganisation der DKP (»Deutsche Kommunistische Partei«), die SDAJ (»Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend«), hatte in der Vergangenheit mehr als einmal ihre »unverbrüchliche Treue zur heldenhaften Sowjetunion und zur DDR« geschworen. Und bei den angeblichen »Opfern« handelte es sich um Lehrer, die jeden Tag auf Kinder einwirken und sie manipulieren könnten; um Staatsdiener, die ein Parteibuch der DKP in der Westentasche trugen oder sogar für die Kommunisten kandidierten. Glaubt der Marxist Schröder wirklich, daß ein Demokratie-Feind von morgens um 8 Uhr bis zur Schulglocke mittags um 14 Uhr im Sinne eines freiheitlichen Rechtsstaates lehrt – und erst dann seine rote Fahne gegen eben diesen Staat schwenkt? Darf es sich eine Demokratie nicht erlauben, ihre tödlichsten Gegner wenig-

stens nicht auch noch durch Besoldung und Pension zu finanzieren? Gerhard Schröder hat dazu seine ganz besondere Meinung. In einem Interview mit dem »Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt« erklärte er im Oktober 1978 zum Thema Beamte ganz unverblümt: »Wir sind der Meinung, daß man die ganze abstrakte Treuepflicht an ebenso einen abstrakten Begriff wie ›Staat‹ auflösen muß.« Eine absurde, ja geradezu irre Vorstellung, daß dieser Mann Bundeskanzler werden wollte und irgendwann werden könnte!

Schröder setzte sich ja sogar schon mal selbst in den Verdacht, den Verfassungsschutz abschaffen zu wollen – bei seiner Vergangenheit allerdings auch verständlich. In seiner Amtszeit als Regierungschef in Hannover wurde die Mitarbeiterzahl des niedersächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz bereits kräftig reduziert. Noch 1986, vier Jahre vor seinem Amtsantritt, erklärte der heutige Ministerpräsident: »Beamte des Verfassungsschutzes sind eine Versammlung von Idioten.« Offen gestanden: Diese Aussage von Gerhard Schröder ist so ziemlich die einzige, der ein Konservativer zustimmen kann. Aber aus einem ganz anderen Grund: Macht-Politiker wie Schröder sind es nämlich, die den Verfassungsschutz zu ihren ganz eigenen parteipolitischen Zwecken mißbrauchen. Diese Behörde wird kaum noch dazu gebraucht, wirkliche Gegner der Demokratie abzuwehren, sondern dazu benutzt, aufkommende lästige Konkurrenz zu den großen etablierten Parteien so früh wie möglich zu behindern. So werden völlig seriöse, konservative Persönlichkeiten, Verbände, Gruppen und Parteiengründungen, die das in Deutschland klaffende »politisch-demokratische Loch« rechts von CDU und CSU ausfüllen wollen (denn wo ist

die Union mit Süßmuth, Weizsäcker, Biedenkopf, Geißler denn noch »konservativ«?), kurzerhand zu »Rechtsradikalen« abgestempelt oder zu »Objekten der Beobachtung« gemacht. Im liberalistischen Nachkriegs-Deutschland ist dies das sicherste »Totschlag-Argument«, der wirkungsvollste Rufmord. Wer weiß denn schon, daß die Verfassungsschutzämter nichts weiter als Befehlsempfänger der jeweiligen Innenminister sind? Das bedeutet im Klartext: Die jeweils regierende Partei und ihre Funktionäre bestimmen, wer und was in den gefürchteten Verfassungsschutz-Bericht kommt, wer als »radikal« oder »extrem« abgestempelt wird. Oder halten Sie, liebe Leserin und lieber Leser dieses Buches, es etwa für einen Zufall, daß kurz nach der Ankündigung dieses jetzt vor Ihnen liegenden kritischen (und für einige Politiker hoffentlich unangenehmen) Buches bei den beteiligten Autoren und Mitarbeitern polizeiliche Hausdurchsuchungen stattfanden? Es ist eine traurige, aber nachweisbare Tatsache, daß dieser demokratische Staat längst zur Beute der großen Parteien geworden ist – dank Leuten wie Gerhard Schröder.

Ihm und seinen Geistes-Genossen verdanken wir es, daß Deutschland immer mehr zu einem Land der Skandale und der Angst wird. Wohin hat uns denn der falsch verstandene Liberalismus gebracht, der den Deutschen seit Ende der 60er Jahre wie ein irdisches Paradies eingehämmert wird? Im Fernsehen wurde Gewalt zur gesellschaftsfähigen Dauereinrichtung – wer dagegen protestiert, der muß sich gefallen lassen, als »Spießer« abgetan zu werden. In diesem angeblich christlichen Land werden jedes Jahr 500 000 ungeborene Kinder »im Namen der Selbstbestimmung« durch Abtreibung umge-

bracht – wer sich dagegen engagiert, wird zum »unbelehrbaren Reaktionär« erklärt. (Lesen Sie dazu eines der eindrucksvollsten und meistdiskutierten politischen Bücher: »Der stumme Schrei – Babymord im Mutterleib« mit einem Vorwort von Friedensnobelpreisträgerin Mutter Teresa, Universitas-Verlag, von Michael Stange mit vielen Enttarnungen über Machenschaften der linken Medien.) Täglich werden in Deutschland acht Menschen Opfer von Mord oder Totschlag, jeden Tag werden 17 Frauen vergewaltigt, stündlich wird in 23 Wohnungen eingebrochen, die Kriminalität nimmt in erschreckender Weise zu (allein 1992 rund 6,2 Millionen Straftaten) – doch wer sich darüber empört und bessere Gesetze fordert, wird zum »kalten Krieger« gestempelt. Und wer dann auch noch wagt festzustellen, wie hoch der Anteil der Ausländerkriminalität ist (in manchen Bereichen nämlich fast jede zweite Straftat, in Hamburgs Gefängnissen ist schon jeder zweite Häftling ein Ausländer), der wird dann sofort als »Rechtsradikaler« diffamiert. Das (!) alles sind Ergebnisse des deutschen FDP-Liberalismus, des SPD-Sozialismus und der Feigheit der Geißlers und Süßmuths in der CDU. Wen wundert es? Hohe Kriminalität – was geht das unsere Politiker an? Wann ist denn Herr Kohl wohl zuletzt mal nachts mit der Frankfurter U-Bahn gefahren? Wann ist Herr Schröder zuletzt ohne Leibwächter mit seiner Frau bei Dunkelheit in Hannovers Eilenriede-Park spazierengegangen? Wann stand zuletzt bei Herrn Kinkel ein Einbrecher im Schlafzimmer? Wann wurde der Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger zuletzt ihr privates Auto gestohlen? Wann bauen die Behörden dem saarländischen SPD-Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine ein Asylantenheim vor die Nase? Wer

hinter Panzerglas und mit Leibwächtern hinter hohen Mauern wohnt, der kann leicht über die Angst gerade vieler alter Menschen hinwegsehen. Wer sich mit 15 000 Mark Diäten im Monat Luxusvillen in Prominenten-Vierteln kauft oder mietet, wirkt aber nicht besonders glaubwürdig, wenn er die Deutschen in Hamburg-St. Pauli oder Berlin-Kreuzberg zu mehr »Ausländer-Freundlichkeit« ermahnt – in Stadtteilen, in denen Deutsche oft schon in der Minderheit sind. Der ehemalige CDU-Bundespräsidenten-Kandidat Steffen Heitmann, hatte völlig recht, als er sagte: »Die von Nächstenliebe reden, kommen doch meist nur aus der Ferne mit dem Ausländerproblem in Berührung. Das sind nicht die, denen täglich die Wäsche von der Leine geklaut wird.«

Das beste Beispiel dafür, daß die Schutz-Mechanismen dieser Demokratie ausgehöhlt wurden, ist Gerhard Schröder selbst. Er wollte »das System« überwinden, die Gesellschaft verändern, holt Kommunisten in den Staatsdienst – warum steht er dann eigentlich nicht namentlich im Verfassungsschutz-Bericht? Nein, dieser Mann steht zur Belohnung auf der Gehaltsliste des Steuerzahlers! Warum wollen die doch angeblich so kritischen und objektiven deutschen Links-Journalisten ihre Leser, Zuhörer und Zuschauer nicht über das wahre Gesicht solcher Machtpolitiker aufklären? Ganz einfach: weil die zu ihrer politischen Clique gehören.

Wie weit muß eine Partei wie die SPD gesunken sein, wenn sie Leute wie Gerhard Schröder zum Ministerpräsidenten macht? Was für ein Glück, daß so wirklich große und achtenswerte Sozialdemokraten wie Ernst Reuter oder Kurt Schumacher nicht mehr erleben mußten, daß charakterlose Opportunisten wie Schröder in ihrer frühe-

ren Arbeiterpartei das Heft an sich reißen. Wahrscheinlich hätte der große Schumacher, der Kommunisten nur als »rot lackierte Nazis« definierte, Schröder aus der Partei geworfen. Doch was macht die »Enkel-Generation«? Sie paktierte mit den roten Lumpen, die Deutschland fast ein halbes Jahrhundert geteilt gehalten haben, die unter dem Banner der roten Fahne im Paradies »DDR« 17 Millionen Deutsche hinter Stacheldraht und Mauer in eine moderne Sklaverei zwangen.

Wollen sich Schumachers Nachfolger wirklich nicht mehr daran erinnern, was Schröder als Juso-Chef sagte? Wie Schröder mit Kommunisten paktierte? Schröders Vorgänger bei den Jusos, Klaus-Uwe Benneter, wurde seinerzeit aus der Partei geschmissen, weil er eine zu große Nähe zu Kommunisten propagierte. Doch was sagte Schröder damals: Er sah sich »in der Tradition früherer Vorsitzender, Benneter ausdrücklich eingeschlossen«. Für Schröder war es »keine Frage, ich bin von den gleichen Leuten gewählt, die Benneter gewählt haben«. Und die Krönung – Originalton Schröder: »Ich glaub', inhaltlich ist nix anders.«

Wie wahr: In einem Interview mit der Zeitschrift »Wirtschaftswoche« im Februar 1978 erklärte Schröder: »... wenn etwa an einer Hochschule ein AStA gebildet werden muß, und die Jusos können ihn nur in Zusammenarbeit mit Kommunisten bilden, dann werden sie dies tun.« Und noch einmal Schröder: Die Zeitung »DIE WELT« berichtete im Mai 1978, was SPD-Mann Schröder von den Kommunisten, den Feinden unserer Demokratie, wirklich hält: »Er jedenfalls gehe davon aus, daß »jedes Mitglied der SDAJ und der DKP auf dem Boden der Verfassung steht«, und: er habe »keinen Zweifel an der de-

mokratischen Legitimität der DKP und der SDAJ«. Kurzum, was übrigbleibt, ist lediglich die Feststellung, daß die SDAJ als »konkurrierende sozialistische Organisation« verstanden werden müsse. Man tut dem Juso-Vorsitzenden wohl nicht unrecht, wenn man seine Worte so auslegt, daß die Kommunisten nicht schlechtere Demokraten als die Jusos seien – oder, umgekehrt, die Jusos nicht bessere.« Soweit »DIE WELT«. Kommentar eigentlich überflüssig.

Wo bleibt da der Aufschrei der Empörung? Gerhard Schröder, ein heutiger Ministerpräsident, ein Mann, der Kanzler werden wollte, hat »keinen Zweifel an der demokratischen Legitimität der DKP und der SDAJ«? Dann allerdings sind Zweifel an seiner eigenen demokratischen Gesinnung dringend geboten. Der auch nicht gerade konservative Kabarettist Scheibner sagte es im August 1993 in der ARD-Sendung »Nachschlag« zwar etwas billiger, aber vielleicht nicht ganz unbegründet: »Was passiert, wenn ein Manta-Fahrer eine Fliege verschluckt? Klar – dann hat er mehr Gehirn im Bauch als im Kopf. Da sag' ich, soll doch euer Ministerpräsident Schröder mal 'ne Fliege schlucken, sonst hat er überhaupt nirgendwo ein Gehirn!«

So kämpfte Gerhard Schröder also noch vor gerade mal 16 Jahren (!) Seite an Seite mit den Kommunisten gegen die angeblichen »Berufsverbote«. Schröder wörtlich in einem »SPIEGEL«-Interview: »Wir sind gegen Berufsverbote für Kommunisten . . .« Es wird Sie überraschen, Herr Schröder: Ich bin auch gegen »Berufsverbote« für Kommunisten. Es stört mich nicht besonders, wenn der Privatmann Gerhard Schröder sein Privatauto gegen Geld von einem Staatsfeind polieren lassen würde. Es stört

mich auch nur mäßig, wenn die Privatperson Hiltrud Schröder einen Demokratiegegner für den privaten Rasen als Gärtner einstellen würde. Ich habe aber eine Menge dagegen, daß sich Feinde dieser (obwohl von den großen Parteien schon reichlich deformierten) Demokratie von unseren Steuergeldern als Beamte auch noch bezahlen lassen. Wer dies zuläßt, wie Gerhard Schröder, der wird selbst zum Totengräber der demokratischen Idee. Der Jurist Schröder muß sich überdies auch noch vorwerfen lassen, daß er das Gesetz nicht zu kennen scheint – oder nur dann, wenn es ihm in seinen persönlichen politischen Karriere-Plan paßt (siehe UNO-Blauhelm-Einsätze oder Asyl-Streit). Weiß er wirklich nicht, daß nach Artikel 33 des Grundgesetzes in Verbindung mit den Beamten-gesetzen für jeden Beamten die Pflicht gilt, »seine Aufgaben unparteiisch und gerecht zu erfüllen, bei seiner Amtsführung auf das Wohl der Allgemeinheit Bedacht zu nehmen und sich durch sein gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Erhaltung einzutreten«? Will uns der Marxist und Möchtegern-Systemveränderer Schröder wirklich weißmachen, daß Kommunisten sich ausgerechnet für die Grundordnung eines Staates einsetzen, den sie doch eigentlich abschaffen wollen?

Schröders Verhältnis zu Demokratie und Toleranz wird auch überdeutlich, wenn man weiß, mit welcher Brutalität er seine Ziele durchsetzen wollte und wohl auch heute noch durchsetzen will. So verlangte er noch 1978 den Parteiausschluß für SPD-Mitglieder, die nicht – wie er – zulassen wollten, daß Kommunisten in den Staatsdienst kommen und Lehrer werden könnten. Die »Bild«-

Zeitung meldete am 18. Oktober 1978: »Sozialdemokraten, die die Lockerung des Radikalen-Beschlusses kritisch beurteilen, sollen »aus der Partei rausgeschmissen werden«, forderte der Juso-Bundesvorsitzende Schröder.« Am liebsten hätte Gerhard Schröder wohl auch gleich den ganzen damals konservativen Axel Springer Verlag verbieten lassen. Er ärgerte sich jedenfalls maßlos über Parteigenossen, die anderer Meinung waren als er und die es wagten, dies auch in der Presse mitzuteilen. In einem Interview mit dem »Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt« meinte er entscheiden zu müssen, wer ein »guter« und wer ein »schlechter« Sozi ist: »Diejenigen, die die Springerpresse munitionieren, sind nach meiner Meinung keine Sozialdemokraten.« Und: »Also, diese Leute gehören meiner Meinung nach rausgeschmissen.« Diesen Satz sollte sich vielleicht so mancher Journalist, der Schröder heute hofiert, zweimal durchlesen, um Schröders Verständnis von Pressefreiheit zu begreifen.

Als Ministerpräsident konnte Schröder ohne große Medienkritik seinen alten Kommunisten-Plan durchführen. Seit 1990 ist Niedersachsen ein Bundesland, in dem Kommunisten auch Beamte sein dürfen. »DIE WELT« meldete schon am 6. November 1991: »Mehr als ein Drittel der einst unter Anwendung des sogenannten Radikalerlasses zwischen 1972 und 1990 aus dem Schuldienst Niedersachsens entlassenen oder nicht zugelassenen Lehrkräfte sind in Niedersachsen wieder eingestellt worden.« Schlimmer noch: Schröder dachte sogar über einen »Gnadenakt« oder ein Amnestiegesetz nach, was bedeutete, daß den kommunistischen Staatsgegnern sogar ihr Gehalt nachgezahlt werden sollte.

Doch auch das war noch längst nicht alles. Marxisten-Freund Gerhard Schröder wollte nicht nur DKP-Genossen, sondern sogar SED-Spezies zu Lehrern machen. Einer der wenigen mutigen Kommentare dazu stand in der »Bild«-Zeitung: »Niedersachsens neue rot-grüne Regierung hat erwartungsgemäß den Extremistenbeschluß abgeschafft, DKP-Mitglieder können nun also auch Lehrer werden. Doch das genügt SPD-Ministerpräsident Schröder nicht. Er will auch ehemaligen SED-Lehrern die Schulen öffnen. Man mag darüber streiten, wie gefährlich Anhänger der Sekte DKP sind. Nicht aber darüber, daß jene, die im SED-Staat tagtäglich die Jugend ideologisch traktiert haben, grundsätzlich als Gefahr für unsere Kinder einzustufen sind. Schröder sollte bei seinem Parteifreund, dem Ost-Berliner Innenstadtrat Krüger, Nachhilfe nehmen. Der will erst mal alle SED-Bonzen feuern. Die dürfen sich zwar neu bewähren. Aber nicht als ›Lokomotivführer‹, sondern ›weiter hinten, auf dem Kohlenwagen‹.«

Schröder war die »Gefahr für unsere Kinder« scheinbar völlig egal. Wer aber ganz offensichtlich nicht einmal Zweifel an der demokratischen Gesinnung von hundertprozentigen SED-Genossen hat, – kann man einem solchen Politiker überhaupt trauen? Oder sollte es da noch alte »Verpflichtungen« geben, die diesen Gerhard Schröder zu einem fast »sentimentalen« Umgang mit den Alt-Genossen zwingen? Immerhin war seine Zusammenarbeit mit den Herrschern des Archipel Gulag schon immer von der feineren Sorte. So berichtete die linke »Frankfurter Rundschau« noch im März 1980: »Gerhard Schröder, Vorsitzender der Jungsozialisten, ist am Montag in Moskau mit dem Vorsitzenden des Komitees der Jugend-

organisationen der UdSSR, Wladimir Axjonow, zusammengetroffen. Nach einer Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS wurden bei dem Gespräch die Möglichkeiten für eine engere Zusammenarbeit der beiden Organisationen . . . erörtert.« Doch damit nicht genug. Der Herr Juso-Vorsitzende war sich auch nicht zu schade, Beiträge für das Zentralorgan des nicht gerade demokratie-vorbildlichen sowjetischen Jugendverbandes »Komsomolskaja Prawda« zu schreiben. Man beachte: SPD-Politiker, die mit Zeitungen des konservativen Axel Springer Verlages Umgang hatten, wollte Schröder aus der Partei ausschließen lassen – er selbst schrieb unterdessen für Kommunisten-Blätter. Noch Fragen?

Von Castro bis Moskau: Wenn Schröder reist, geht's ostwärts

Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« berichtete am 6. Dezember 1976 wie folgt über die Arbeit der Nachwuchsorganisation SDAJ der deutschen Kommunisten: »Wenn SDAJler reisen, so ist das Ziel gewöhnlich die DDR oder die Sowjetunion. Freundschaftsbesuch im ersteren, Studienaufenthalt im letzteren Fall.« Wie ist das wohl beim SPD-Genossen Gerhard Schröder? Unter dem Stichwort »Reisen« vermerkt ein Auszug aus einem großen deutschen Politiker-Archiv bei Gerhard Schröder nur vier Reisen – bis auf eine nach Israel (1993) ging es stets in Richtung Hammer und Sichel: »1985 (Dezember) Kuba, 1985 (16. bis 18. Dezember) DDR, 1991 (Februar) Russische Republik/UdSSR«. Nur ein Zufall?

Als Schröder im Dezember 1985 auf Einladung des »Polit-Tour-Unternehmens« Friedrich-Ebert-Stiftung (Illustrierte »BUNTE«) nach Havanna flog, glänzten seine Augen vor Begeisterung für den kommunistischen Diktator Fidel Castro. Schröder wörtlich: »Denn der Fidel und der Che, die waren doch die Traumfiguren für uns Linke in der Zeit um 1968, als ich Politik zu lernen begann.« Folgerichtig nannte der Menschenrechtsverletzer Castro seinen sozialistischen deutschen Gast stets »meinen Freund«. Die Illustrierte »BUNTE« zu dem Besuch: »Schröder war so angetan von Castro, mit dem er zwei Stunden und 35 Minuten sprach – länger als je mit dem Ministerpräsidenten seines Landes Niedersachsen –, daß er den Revolutionär spontan in die Staatskanzlei in Hannover einlud.« Es kümmerte Schröder wenig, daß seine niedersächsischen Parteifreunde »den Abstecher ihres

Kandidaten ohnehin mißbilligen« (»SPIEGEL«). Auch, daß die Kommunisten das Inselreich Kuba heruntergewirtschaftet haben, die Regale in den Geschäften leer sind und Castro auf Flüchtlinge, die die Nase voll von dem »roten Paradies« haben, schießen läßt – alles das schien Gerhard Schröder nicht zu kümmern. Im Gegenteil. Nach seinem Besuch verkündete Schröder, Castro sei für ihn »eine großartige Figur«. Keine Lobhudelei für den kommunistischen Insel-Diktator war Schröder zu dumm. So erklärte er: »In der marxistischen Geschichte gibt es positive Beispiele. Was sich etwa gegenwärtig in Kuba an gesellschaftlicher Entwicklung ereignet, ist sicher ein Modell für die Länder der Dritten Welt.« Schröders Forderung deshalb: »Kuba verdient mehr Entwicklungshilfe aus Bonn.« Man faßt sich an den Kopf! Fidel Castro als »großartige Figur«, das kaputte Kuba als »positives Beispiel« in der »marxistischen Geschichte« – das alles ist erst neun Jahre her. Keine fünf Jahre nach diesen schlimmen Sprüchen wurde Schröder mitten in Deutschland Ministerpräsident. Armes Niedersachsen!

Die Zeiten scheinen vorbei, als sich die SPD in ihrem Godesberger Grundsatzprogramm von 1959 noch zum Anti-Kommunismus bekannte: »Die Kommunisten unterdrücken die Freiheit radikal . . . Auf dem Rücken ihrer Völker errichten sie eine . . . Macht, die zur wachsenden Bedrohung der Freiheit wird.« Lang, lang ist's her! Heute stehen die Marxisten nicht mehr auf der Liste der Gegner der SPD – heute sitzen sie in ihren Führungsetagen. Kein Wunder: Im SPD-Grundsatzprogramm unserer Zeit (Stand 1990, nicht etwa 1890) kommen die Begriffe »Sozialismus«, »Sozialisten« oder »sozialistisch« gleich dreizehnmal vor. Davon allein neunmal im Kapitel »Die

Grundlagen unserer Politik« . . . So ist es wohl auch kein Zufall, daß namhafte SPD-Genossen seit 1990 selbst nicht davor zurückschrecken, mit Vertretern der kommunistischen SED-Nachfolgepartei PDS über eine mögliche Zusammenarbeit zu verhandeln – wie die »Frankfurter Allgemeine« am 8. Dezember 1993 enthüllte. Das Ziel dieser Zusammenarbeit laut »FAZ«: Die Formation einer »neuen Linken« . . .

Schröder und Erich – viel Lob für Honecker

Der Marxist Gerhard Schröder setzt wohl auf die naive Vergeßlichkeit der Deutschen und auf die raffiniert-gefährliche Unterstützung seiner Gesinnungsfreunde in den roten Medien. Aber: Das beste Mittel gegen Vergeßlichkeit ist die Erinnerung; und die beste Waffe gegen das Totschweigen bestimmter Wahrheiten durch die linken Medien ist die Aufklärung. Darum soll dieses Buch nicht nur daran erinnern, daß Gerhard Schröder seine politischen Freunde offenbar bei den Kommunisten von Moskau bis Kuba hatte. Es soll auch darüber aufklären, daß dieser Gerhard Schröder, der Bundeskanzler des teilweise vereinigten Deutschlands werden wollte, immer gegen die Einheit unseres Landes war.

Und auch dieses Kapitel über Gerhard Schröder beginnt – wie sollte es bei ihm auch anders sein – mit einem Besuch im kommunistischen Arbeiter- und Bauernparadies. Es war im Dezember 1985, als der SPD-Politiker Gerhard Schröder in den damaligen Ostteil von Berlin fuhr. Vom SED-Regime offiziell eingeladen als »stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes Niedersachsen der SPD« und Ministerpräsidenten-Kandidat. Die Zeitungsberichte über diesen Besuch und Schröders Verhalten bei den Mauermördern sind so ungeheuerlich, daß man Gerhard Schröder selbst mit dem Abstand von mehreren Jahren auch mit den schlimmsten Unterstellungen – wahrscheinlich nicht Unrecht antun würde. Schröders Reise zu Erich Honecker, der ihm später auch das vertrauliche Genossen-»Du« anbot, war ein einziger Skandal.

An dieser Stelle mache ich es mir einmal ganz leicht und zitiere einfach aus einem Blatt, das außerhalb jeden Verdachts stehen dürfte, Schröder feindlich gesonnen zu sein – dem SPD-eigenen »Vorwärts« vom 21. Dezember 1985. Ein Ausschnitt, bei dem jedem Demokraten und Anti-Kommunisten der Atem stillstehen müßte: »Als Gerhard Schröder am Mittwoch von seinem Besuch bei Erich Honecker berichtet, ist er ernst. ›Das ist ein zutiefst redlicher Mann‹, sagt er, und das Kompliment für den Staatsratsvorsitzenden der DDR klingt nicht weniger bewundernd als das für Kubas Maximo Leader.« Ja, Sie haben richtig gelesen. Der Mann, der 1994 so gerne Bundeskanzler des teilvereinigten Deutschlands werden wollte, nannte den obersten Mauermörder und zweiten Diktator der deutschen Geschichte einen »zutiefst redlichen Mann«. Noch einmal zur Erinnerung: Bei dieser abenteuerlichen Aussage war Schröder nicht etwa ein 16jähriger Jugendlicher, der noch nach seiner politischen Überzeugung suchte. Nein, da war dieser Mann Spitzenkandidat der SPD in einem westdeutschen Bundesland! Ob Gerhard Schröder diesen Satz von Honecker als dem »redlichen Mann« wohl auch einem der vielen politischen Häftlinge von Bautzen ins Gesicht gesagt hätte? Oder einer Frau wie der unvergessenen Mutter Fechter, deren Sohn als erstes Maueropfer am Berliner Todesstreifen von den Schergen dieses »zutiefst redlichen Mannes« erschossen wurde? Oder einem der Menschen, die sich unter Todesangst in doppelte Böden unter Lastwagen einschweißen ließen, um dem Gangster-Staat dieses »redlichen Mannes« zu entkommen? Hat Gerhard Schröder niemals vor den Gedenkkreuzen am ehemaligen Todesstreifen hinter dem Berliner Reichstag gestanden?

Hat er sich nie das Leichenfoto von Chris Gueffroy angesehen, der am 5. Februar 1989 mit gerade mal 20 Jahren als letztes Maueropfer in Berlin von den Genossen bei einem Fluchtversuch erschossen wurde? Wodurch hat denn Honecker seine angebliche Redlichkeit bewiesen? Durch die Minen auf dem Todesstreifen, die jeden, der von Deutschland nach Deutschland wollte, in Stücke rissen? Oder mit dem Schießbefehl, der dafür sorgen sollte, daß kein Mitteldeutscher lebend die Schandmauer überwindet? Oder mit den Quälereien in den »DDR«-Gefängnissen, mit denen die SED-Verbrecher jede Kritik mundtot machen wollten? Muß man nicht Angst vor einem Mann wie Gerhard Schröder haben, der so einen Diktator für »zutiefst redlich« hält? Ja, ich habe Angst vor solch einem Mann! Denn im Unterschied zu Gerhard Schröder hat Erich Honecker wenigstens nie einen Hehl daraus gemacht, daß er Marxist war. Schröder dagegen tarnt heute seine wahre Gesinnung mit dem sozialdemokratischen Verschleierungsmäntelchen eines Möchtegern-Staatsmannes.

Die Menschen, die 40 Jahre lang unter der kommunistischen Knute in der »DDR« leben mußten, hassen Honecker und seine Frau. Die beiden und ihre Genossen haben Schicksale zerstört, Menschen in den Tod getrieben. Im freien Westen wollten das viele nicht sehen, nicht wahrhaben. Sie haben den SED-Staat verniedlicht, den Stasi-Terror schöngeredet. Vergessen wir nicht: Das alles ist erst wenige Jahre her. Deshalb wohl sagte man nicht umsonst: In der Bundesrepublik gab es 40 Jahre lang mehr überzeugte Sozialisten als in der gesamten damaligen »DDR«. Einer von diesen »überzeugten« war (und ist?) wohl Gerhard Schröder.

Wohl kaum ein anderer SPD-Mann (vielleicht noch Lafontaine, Willy Brandt und Egon Bahr) hat das Regime so hofiert, die SED-Genossen so in Schutz genommen, die deutsche Einheit so offen bekämpft wie Gerhard Schröder. Viele seiner Aussagen müßten eigentlich ausreichen, um diesen Mann wegen Hochverrats auf die Anklagebank zu setzen.

Immerhin forderte unser Grundgesetz in seiner Präambel, die »nationale und staatliche Einheit zu wahren«. Wörtlich: »Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.« Und das Bundesverfassungsgericht hatte Bonns Politiker 1973 gemahnt: »Kein Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland darf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit als politisches Ziel aufgeben, alle Verfassungsorgane sind verpflichtet, in ihrer Politik auf die Erreichung dieses Ziels hinzuwirken – das schließt die Forderung ein, den Wiedervereinigungsanspruch im Inneren wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten – und alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung vereiteln würde.« Gerhard Schröder tat und sagte genau das Gegenteil. Freilich: Auch in der CDU gab es nicht wenige hochrangige Vertreter (auch der angebliche »Kanzler der Einheit« Helmut Kohl!), die am 17. Juni, dem Tag der Deutschen Einheit, im Bundestag Sonntagsreden über die Wiedervereinigung hielten – aber nichts, wirklich nichts, für die Wiedervereinigung unternahmen. So mancher angebliche »Christdemokrat« plante hinter den Kulissen sogar schon die Anerkennung der damaligen »DDR«. So mancher, der sich heute mit der Einheit brüstet, war in Wahrheit schon dem linken Zeitgeist auf den Beifahrersitz ge-

sprungen (atemberaubende Beispiele und viele bisher unbekannte Tatsachen zur Bonner Deutschland- und auch zur Asylpolitik – siehe Buch »Bilanz«, WPR-Verlag, Hamburger Straße 3, 22083 Hamburg).

Wer für die Einheit war – war »rechts-radikal«

Verrückt: Wer sich tatsächlich für die Wiedervereinigung engagierte, wer sich zu unserem deutschen Vaterland als eine Nation bekannte und damit den Auftrag des Grundgesetzes erfüllen wollte, mußte sich von vielen Medien als »Reaktionär« oder »Rechtsradikaler« diffamieren lassen, wie die Zeitung »DIE WELT« zu Recht empört feststellte. Diejenigen aber, die nichts für die Einheit unternahmen, die sie sogar trotz fast heiliger Versprechen teils vor und teils hinter den Kulissen bekämpften, die sitzen heute auf den Stühlen von Ministerpräsidenten, Bundesministern, Kanzlern und Präsidenten. Was für ein Staat . . .

Wer gegen Erich Honecker und seine Menschenrechtsverletzungen demonstrierte, mußte im angeblich souveränen und freien Teil Deutschlands sogar damit rechnen, hinter Gitter zu kommen. So geschehen zum Beispiel am 7. September 1987. Das war der Tag, an dem der Diktator von der Kohl-Regierung in Bonn wie ein Staatsgast empfangen wurde: Zu seinen »Ehren« wehten vor dem Kanzleramt acht schwarz-rot-goldene Flaggen mit Hammer und Zirkel, die Hymne-Ost »Auferstanden aus Ruinen« wurde gespielt, der rote Teppich ausgerollt. Während Kohl und Honecker mit Sekt anstießen, demonstrierten Mitglieder der »Deutschen Konservativen/Konservative Aktion« und der »Konservativen Jugend Deutschlands« draußen vor der Tür gegen den Empfang. Es durfte einfach nicht wahr sein, daß ein freigeählter Bundeskanzler den Mann mit Handschlag und Hymne willkommen heißt, der an der Mauer Deutsche wie Karnickel abknallen ließ. Die Folge der Demonstra-

tion: Die Gruppe wurde festgenommen – ja, Sie haben wieder richtig gelesen: festgenommen. Sechs Stunden in den Zellen einer Bonner Polizeistation – solange, bis Honecker und die Spitzen der verfilzten Bonner Parteidemokratie auf Kosten der Steuerzahler zu Ende gespeist hatten. Die mehr als abenteuerliche Begründung der Behörden: »Der würdige Ablauf des Besuchs eines ausländischen Staatsoberhauptes soll nicht durch Demonstrationen gestört werden« und »Verdacht auf Beleidigung eines ausländischen Staatsoberhauptes«. Auch jetzt haben Sie wieder richtig gelesen: In den Augen der Bonner Herren war Honecker ein »ausländisches Staatsoberhaupt« – noch Fragen zur wahren Deutschlandpolitik von Kohl, Waigel, Lafontaine und Co.? Natürlich wurde nach der Festnahme Anzeige gegen den Bonner Polizeichef erstattet – und genauso natürlich ohne Erfolg. Das Verfahren wurde »mangels öffentlichen Interesses« eingestellt. (Siehe auch vorherige Kapitel.)

Über Gedanken an die Einheit konnten viele linke Medien und noch mehr linke Staatsanwälte und Richter (auch da hat der sozialistische Marsch durch die Institutionen funktioniert) damals nur lachen. Keine zehn Jahre danach wurde derselbe Honecker, das frühere »ausländische Staatsoberhaupt«, in Berlin vor Gericht gestellt. Daß der Honecker-Prozeß nur eine Farce, ein geschickt inszeniertes Schauspiel mit garantiertem Ticket nach Chile war, steht auf einem anderen Blatt. Denn viele, allzu viele Bonner Politiker konnten kein Interesse daran haben, daß dieser Mann über sein Hintergrundwissen »auspackt«. Dann wären die Köpfe von so manchem heutigen Einheitsheuchler gerollt, die sich dank Honeckers Schweigen heute ihrer hohen Staatsämter erfreuen können. Der

großartige frühere Münchner Strauß-Anwalt und Vertraute des unvergessenen CSU-Vorsitzenden, Dr. Günther Ossmann, erklärte bei einer Tagung der »Deutschen Konservativen« im April 1992 in Grainau: »Ich habe zu dieser bundesdeutschen Justiz schon lange kein Vertrauen mehr.« Dr. Ossmann, der selbst lange Staatsanwalt war, weiß, wovon er spricht. Die ehemalige »DDR«-Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley denkt wohl genauso – ihr Urteil über die verkrustete und in weiten Teilen verkommene deutsche Politik und Justiz ist wie ein Fausthieb: »Wir wollten Gerechtigkeit, aber bekommen haben wir den Rechtsstaat.«

Ja, dieser »Rechtsstaat« . . . Er zeigte sich auch am 17. Juni 1989, als die »Konservative Jugend Deutschlands« wie im Karneval die Ladefläche eines offenen Lastwagens mit Kissen und Laken zu einem riesigen Bett umfunktionierte. In dieses Lastwagen-Bett legten sich vierzehn junge Leute, verkleidet mit Nachthemden, Nachtmützen – Masken von Kohl, SPD-Vogel, Genscher. So fuhren sie vor den Bundestag, wo »unsere« Volksvertreter zur üblichen Sonntagsreden-Sitzung zusammenkamen. Auf einem Transparent warfen die mutigen jungen Leute ihnen »Tiefschlaf« in der Deutschlandpolitik vor und verteilten bunte Schokoladen-Drops als »Schlafpillen«. Die Folge: Strafanzeige wegen »Verletzung der Bannmeile«. In manchen Zeitungen las sich das so: »Eine Gruppe rechtsradikaler Jugendlicher randalierte vor dem Parlament« – so dachten die Medien über die Einheit Deutschlands.

Noch deutlicher war es am 17. Juni 1985. An diesem »Tag der Deutschen Einheit« zogen die Jugendlichen mit Spitzhacken und Vorschlagshämmern zur Berliner Mauer

in der traurig-berühmten Bernauer Straße – und schlugen unter dem Beifall einiger tausend Passanten ein Loch in das Schandmal, mit dem sich »die in Bonn« doch längst abgefunden hatten. Nach kurzer Zeit waren englische, amerikanische und französische Fernsehteams an der Mauer, um in ihren Ländern über diese damals ja nicht ganz ungefährliche Aktion zu berichten. Sogar im japanischen Fernsehen wurde zur besten Sendezeit in den Nachrichten gezeigt, wie die allerersten »Mauerspechte« abgeführt wurden – von West-Berliner Polizei. Nach fünfzehn Minuten konnten alle wieder gehen – Berlins damaliger konservativer Innensenator und Bürgermeister Heinrich Lummer hatte sich eingeschaltet. Auch die Berliner Presse war voll von der Aktion. Doch von anderen Blättern, wie dem »SPIEGEL«, mußte man sich später als »Rechtsradikaler« verunglimpfen lassen.

So ist das nun mal in diesem »Rechtsstaat«: Was Demokraten sind, bestimmen die Linken. Immer, wenn es gerade in die politische Taktik paßt, wird die angebliche »Gefahr von rechts« an die Wand gemalt – obwohl es die in Deutschland gar nicht gibt. (Von der Gefahr von links spricht keiner.) Eine Handvoll Spinner mit kahlgeschorenen Köpfen und ein paar Verbrecher, die Ausländer angreifen und Feuer legen, werden dann schnell zum Argument, um anständige Konservative und demokratische Rechte mit diesem verblödeten Pöbel in einen Topf zu werfen. Dabei haben diese meist jugendlichen Brandstifter, die so gern als »Neo-Faschisten« tituiert werden, weder etwas mit »rechten«, geschweige denn mit konservativen Idealen zu tun. – Sie wissen ja meist noch nicht einmal, wie man »konservativ« schreibt. Und ihr angebliches »Idol«, die Faschisten, wären wahrscheinlich die

ersten gewesen, die mit diesen Wirrköpfen das einzig richtige gemacht hätten: Vor Gericht stellen und hart bestrafen. Nein, der wahre Grund für den immer wiederkehrenden Aufschrei und das öffentlich-aufgeschreckte Gefasel von der angeblichen »rechten« Faschisten-Gefahr ist ein ganz billiges Ablenkungsmanöver. Denn jedes Schulkind sollte eigentlich wissen, daß es in Deutschland niemals einen Faschismus gegeben hat. Es hat deshalb auch seinen Grund, daß meist nur von »Nazis« oder »Neo-Nazis« gesprochen und geschrieben wird – die linke Medien-Mafia vermeidet das ganz ausgeschriebene oder ausgesprochene Wort, weil dann der wahre Charakter dieser mörderischen Ideologie entlarvt wird: National-»Sozialismus«. Dazu schrieb das seriöse »Deutschland Magazin« sehr richtig: »Schon der Begriff des Faschismus ist eine Lüge. Der Nationalsozialismus, dessen Wiedererweckung man damit behaupten will, hat mit Faschismus überhaupt nichts zu tun. Dieser war und ist eine italienische und in romanischen Ländern verbreitete Ideologie. Daß man nicht von Nationalsozialismus spricht, hat auch seinen guten Grund. Das Wort ›Sozialismus‹ ist anders besetzt. Und es erweckt auch in Verbindung mit national peinliche Assoziationen, die nicht ganz ohne Realitätsbezug sind. Schon Hitlers Propagandachef Goebbels verkündete 1931: ›Der Idee der NSDAP entsprechend, sind wir die deutsche Linke. Nichts ist uns verhaßter als der rechtsstehende nationale Bürgerblock.« Und weiter das »Deutschland Magazin«: »Ähnlich analysierte zur gleichen Zeit Willy Brandt fast anerkennend die ›sozialistische Grundidee der Nazis‹.«

Warum berichtet darüber keiner der doch angeblich so aufgeklärten und unabhängigen Fernsehsender in

Deutschland? Ist das den linken Genossen peinlich? Warum wird nicht endlich einmal klar gesagt, daß beide deutsche Diktaturen, die unser Land nacheinander zugrunde gerichtet haben, im Namen des »Sozialismus« wüteten? Warum scheuen wir uns, einmal in aller Deutlichkeit die Gemeinsamkeiten dieser beiden Gewaltsysteme herauszustellen? Oder war etwa die Honecker-FDJ nur deshalb besser als die Hitler-Jugend, weil sie blaue statt braune Hemden trug? War Erichs Stasi etwa angenehmer, wenn sie morgens um sechs Uhr bei ihren Opfern klingelte, als Adolfs Gestapo? Warum sagt nicht endlich jemand, daß es nicht nur große und mutige Sozialdemokraten wie Otto Wels oder Kurt Schumacher waren, die sich der Hitler-Diktatur in den Weg zu stellen versuchten, sondern auch Konservative und Bürgerliche? Warum sagt nicht endlich mal einer, daß nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch bürgerliche Rechte von den National»Sozialisten« verfolgt wurden? Die Antwort ist ganz einfach: Weil es nicht in das politische und von interessierter Seite aufgebaute historische Bild der heutigen Linken paßt. Will denn wirklich keiner begreifen, daß das Diffamieren von Konservativen als »Rechtsradikale« nur den parteimachterhaltenden Grund hat, keine (fehlende) demokratische Partei rechts von der Union zuzulassen? Glaubt denn wirklich jemand, daß die vielen konservativen ehemaligen CDU-, FDP- und sogar SPD-Mitglieder bei den »Deutschen Konservativen«, der »Christlichen Mitte« oder der wiedergegründeten »Deutschen Partei« (DP) des früheren Bundesministers Heinrich Hellwege alles »Radikale« sind? Wenn die CDU und Bayerns CSU zum Beispiel die »Republikaner«-Partei, in der auch viele hochanständige Konservative mitarbeiten genau wie in

der CSU selbst, vom Verfassungsschutz beobachten lassen will, dann macht sie dies nicht aus Sorge um die Demokratie (dann müßte sie auch ihre »Amigo«-Skandal-Politiker von dem Amt beobachten lassen), sondern um sich eine lästige Konkurrenz vom Leib zu halten. Man muß einen windschnittigen Opportunisten wie Franz Schönhuber, der mit wert-konservativen Idealen nur recht wenig zu tun hat, nicht unbedingt mögen, um dies zu verstehen. Der Herausgeber des »Deutschland Magazin«, Kurt Ziesel, schrieb ganz richtig: »Wir leiden nicht an einem sogenannten Faschismus, sondern an einer Zerstörung unserer Werteordnung durch die falschen Demokratiehüter.«

Schon das Bundeskanzleramt unter dem damaligen SPD-Amtsinhaber Helmut Schmidt beteiligte sich an solchen Kampagnen. Nach einer in Auftrag gegebenen Umfrage wurde kurzerhand behauptet, daß 30 Prozent der Deutschen potentielle Rechtsextremisten seien. Die Kriterien, die für diese Feststellung angelegt wurden, sollte man schon zweimal lesen: Rechtsextrem ist danach nämlich, wer »Liebe zu Volk, Vaterland und Familie« besitzt, wer für ein Volk »natürliche gesunde Lebensgrundlagen für wesentlich hält«, wer »stolz darauf ist, Deutscher zu sein und dies mit Fleiß, Strebsamkeit, Disziplin, Ordnung und Pflichtbewußtsein begründet«, wer »den Abbau von Rechten und die Übernahme von mehr Pflichten propagiert«, wer »die Existenz unserer Bundeswehr und die allgemeine Wehrpflicht positiv beurteilt«, wer »soldatische Tugenden achtet«, wer »für die Wiedervereinigung Deutschlands eintritt«, wer »die Auflösung der Familie, die Verweigerung gesellschaftlicher Verpflichtungen zugunsten materiellen Luststrebens verurteilt«, wer »den

Massenmord an ungeborenen Kindern als Skandal anprangert«, wer »die Kinderfeindlichkeit bekämpft, gegen die Sex- und Pornowelle und die Liberalisierung der Sexualmoral angeht und vor allem den Kommunismus bekämpft« (zitiert nach »Deutschland Magazin«). Nanu, wenn das alles »Beweise« für »Rechtsradikalismus« sein sollen – dann sind Millionen Deutsche »radikal«, nur weil sie sich nicht vom linksliberalen Zeitgeist verwirren lassen. Wie sagte der frühere konservative US-Präsident Ronald Reagan (schon deshalb ein guter Präsident, weil ihn die deutschen Links-Medien so massiv bekämpften): »In meinen jungen Jahren war ich auch ein überzeugter Liberaler. Dann aber wurde ich erwachsen und hörte auf mit solchen kindischen Vorstellungen.«

Schröders »Lebenslüge« – immer gegen die Deutsche Einheit

Zu den »falschen Demokratiehütern«, von denen das »Deutschland Magazin« schrieb, gehört zweifelsfrei auch Gerhard Schröder. Mit ihm als Ministerpräsident oder gar Bundeskanzler macht man den sprichwörtlichen Bock zum Gärtner. Nicht nur, daß er Erich Honecker zum »zutiefst redlichen Mann« ernannte – nein, dieser gelernte Rechtsanwalt (!) stand auch gegen den Wiedervereinigungsauftrag des Grundgesetzes und gegen die Urteile unseres höchsten Gerichts. Noch 1987 war für Schröder die »Hoffnung auf Wiedervereinigung eine Lebenslüge«. Seiner Meinung nach war sie »illusionär und nicht visionär«. Schon das Wort »Wiedervereinigung« ließ seinen Blutdruck ansteigen: »Reaktionär und hochgradig gefährlich, untauglicher Begriff«. Außerdem sei sie »rückwärts gerichtet«. Fünf Monate vor der Maueröffnung meinte Schröder in einem Interview der »Bild«-Zeitung: »Nach 40 Jahren Bundesrepublik sollte man eine neue Generation in Deutschland nicht über die Chancen einer Wiedervereinigung belügen. Es gibt sie nicht.« Wie für einen Marxisten selbstverständlich, trat Schröder für die volle Zweistaatlichkeit ein: »Wer die Einheit der Nation als historische Möglichkeit behaupten will, der muß die staatliche Trennung akzeptieren und den Gedanken an bloße Wiedervereinigung aufgeben.« Sein Wunsch: »Wenn man das . . . konsequent durchhalten wollte – die kulturelle Einheit auf der Basis der Akzeptanz staatlicher Trennung ohne Wenn und Aber –, müßten wir auch die DDR-Staatsbürgerschaft anerkennen.« In der SPD-Zeitung las sich das nach Schröders Honecker-Besuch so:

»Es ist die gemeinsame Kultur, die nach Schröders Überzeugung auch ›ein Element von Wiedervereinigung‹ sein kann, – ein Element zudem, an dem sich schon heute Gemeinsamkeiten weiterentwickeln lassen, ›wenn man nur die staatliche Trennung akzeptiert.« Die Deutsche Einheit wollte Gerhard Schröder offenbar nur im kulturellen Sinne – entgegen dem Grundgesetz. Eine Frage muß da erlaubt sein: Wie verfassungsfeindlich, wie linksextremistisch ist dieser Herr Schröder eigentlich? Wieso stehen vor seinem »kleinen Haus auf'm Land« heute rund um die Uhr Leibwächter – und nicht Beobachter des niedersächsischen Verfassungsschutzes?

Noch ein Originalzitat dieses späteren Ministerpräsidenten gefällig? Bitte sehr: »Derjenige ist ein Tor, der glaubt, Wiedervereinigung könne bedeuten, daß die DDR in der Bundesrepublik in irgendeiner Form aufgeht. Das ist Unsinn, das werden wir nicht erreichen, und wenn wir davon reden, dann stiften wir damit nichts als Unfrieden.« Der »Frieden« mit einem Mörderregime war diesem Herrn Schröder also wichtiger als die Freiheit von Millionen Deutschen – ein feiner Sozialist! Oder wie wäre es mit diesem Schröder-Ausspruch: »Ob es jemals wieder einen deutschen Einheitsstaat geben wird, ist eine futurologische Frage, mit der man sich nicht sonderlich zu beschäftigen braucht.« Ach nein Herr Schröder? Genau das aber haben das Grundgesetz und das Bundesverfassungsgericht verlangt.

Wen wundert es bei dieser Liebesdienerei Schröders gegenüber den Kommunisten noch, daß er umgekehrt auch bei Honecker hoch im Kurs stand? Besser als durch diesen Gerhard Schröder hätte sich die SED noch nicht einmal von der DKP vertreten fühlen können. Dazu wieder



Das waren noch Zeiten: Lächelnd Händeschütteln mit Mauermörder Erich Honecker. Schröder über den Diktator: »Ein zutiefst redlicher Mann.«

Originaltext der SPD-eigenen Zeitung »Vorwärts« vom 21. Dezember 1985 – verräterisch: »Überraschend war schon die Einladung an den ›stellvertretenden Vorsitzenden des Landesverbandes Niedersachsen der SPD‹ gewesen. Mehr ist Schröder nämlich im strengen DDR-Protokoll nicht. Für Blaulichtfahrten auf abgesperrten Straßen mag das ausreichen (. . .) Schröder aber war mehr. Sein Gespräch mit Honecker war Aufmacher im ›Neuen Deutschland‹ und Spitzenmeldung in der ›Aktuellen Kamera‹. Seine Gesprächspartner waren durchweg hochrangig.« Waren das noch Zeiten, als die Sozis auf Händeschüttel-Termine mit Erich auch öffentlich stolz sein durften. Aber wieso war die Schröder-Einladung für den »Vorwärts« überraschend? Einen besseren Partner als Gerhard Schröder, der im Westen das Geschäft der Diktatur auf dem Rücken der Mitteldeutschen betrieb, konnten sich Honecker und seine Schergen doch gar nicht wünschen.

Schließlich stellte der »Vorwärts« doch selbst fest: »Wichtiger aber noch: Man fand auch im Gespräch Gemeinsamkeiten (. . .) Schröder seinerseits nannte es ›berechtigt‹, wenn die DDR die Grenze zu Niedersachsen endlich auch offiziell in der Mitte der Elbe markiert haben möchte, bevor sie in Verhandlungen über die Reinhaltung dieses Flusses eintritt.« Unglaublich: Während Niedersachsens damaliger Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) und die Bundesregierung wenigstens stets darauf beharrten, daß die innerdeutsche Grenzlinie am »DDR«-Ufer verläuft, fiel Gerhard Schröder auch in dieser Frage dem Terror-Regime regelrecht in die Arme.

Vertuschen und verschweigen – Schröder und die »Salzgitter-Akten«

Doch es kam noch schlimmer. Wieder der »Vorwärts«: »Schröder versprach, nach einem Wahlsieg die Initiative zur Auflösung der Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter zu ergreifen (. . .)« Es verschlägt einem den Atem: Gerhard Schröder »versprach« der »DDR«-Führung – wie ein artiger kleiner Junge, der von seinem Vater einen Auftrag abholt. Im Westen posaunte er »auftragsgemäß«: »Die (Erfassungsstelle) kann man wirklich ohne Verlust für irgendwen auflösen. Das wäre ein Stück Respekt vor der Staatsbürgerschaft der DDR.« Und: »Die Erfassungsstelle ist ein Relikt des Kalten Krieges und politisch und juristisch überflüssig und schadet der notwendigen Verständigung mit der DDR.« Nicht zu fassen: Nicht etwa die Morde an der Mauer oder die Schikanen an der Zonengrenze schaden der »notwendigen Verständigung« – nein, für Marxist Schröder waren diejenigen, die diese Verbrechen und das Unrecht anprangerten und dokumentierten, die Übeltäter. Wie sagte Schröder so »weitsichtig« über die Arbeit der Erfassungsstelle: »Jeder weiß, daß diese Informationen nie zu Strafverfahren führen werden.« Wie schön, daß sich dieser Herr auch in diesem Punkt so gewaltig »geirrt« hat (im Interesse der Bürger Niedersachsens kann man nur hoffen, daß er – solange er leider Ministerpräsident ist – wenigstens in der Alltagspolitik nicht so fatal danebenliegt).

Wie wir heute wissen (und damals wissen konnten), war die Erfassungsstelle in Salzgitter ein schmerzender Dorn in der Haut der SED-Bonzen: Sie war 1961 von den Justizministern der Bundesländer eingerichtet worden, um

»die in Ost-Berlin und der SBZ begangenen Gewaltakte festzuhalten und dafür Sorge zu tragen, daß sie zu gegebener Zeit gesühnt werden können«. Genau dies passiert heute. Von 1961 bis 1989 registrierte die Erfassungsstelle 40288 Gewaltakte des »Arbeiter- und Bauernstaates«, davon allein 4415 sogenannte »Tötungshandlungen«. Viele der in Salzgitter gesammelten Akten sind heute Grundlage für Gerichtsprozesse gegen die Täter. Aber Gerhard Schröder versprach Honecker nicht nur in die hohle Hand, diese so wichtige Behörde abzuschaffen (so wie dieser es schon 1972 in seinen »Geraer Forderungen« verlangte) – die Genossen stellten auch tatsächlich ihre Zahlungen für die Arbeit der Erfassungsstelle ein: Das Saarland unter Oskar Lafontaine, Bremen (Bürgermeister Klaus Wedemeier), Hamburg (Bürgermeister Henning Voscherau), Nordrhein-Westfalen (Ministerpräsident Johannes Rau, der jetzt gesamtdeutscher Bundespräsident werden will), Schleswig-Holstein unter Björn Engholm, Berlin unter Walter Momper.

Das Unglaubliche: Im November 1990 (ein Jahr nach der Maueröffnung) versuchte Schröders SPD-Justizministerium sogar, die Veröffentlichung eines Buches über die schlimmsten in Salzgitter gesammelten »DDR«-Verbrechen zu verhindern. In diesem Buch hatte der Leiter der Erfassungsstelle, Oberstaatsanwalt Heiner Sauer, Todeschüsse an der Mauer, Terrorurteile und Mißhandlungen zusammengetragen. Doch die Schröder-Regierung wollte nicht, daß dieses Buch an die Öffentlichkeit kommt. Warum wohl? Die »Bild«-Zeitung vermutete: »Wenn es nach der rot-grünen Landesregierung geht, sollen die Untaten des SED-Regimes möglichst im stillen Kämmerlein behandelt werden.« Die offizielle Begründung für das

einmalige Buch-Verbot: »Unvereinbar mit dem Datenschutz.« Dazu kommentierte die »Bild«-Zeitung: »Ganz schön peinlich. Datenschutz, Rechtssicherheit – das Justizministerium hat wichtige Gründe für das Verbot des ›Salzgitter-Reports‹. Aber ist das wirklich alles? 41000 Akten mit SED-Untaten werden nun aufgearbeitet. Dabei hat Ministerpräsident Gerhard Schröder (SPD) immer lautstark Honeckers Forderung nach Abschaffung der Erfassungsstelle unterstützt, die SPD-Länder strichen das Geld. Jetzt beweist ein Buch, auf welchem Holzweg die Genossen waren. Es ist einigen wohl sehr peinlich, daß dieser Beweis ausgerechnet aus einem SPD-Ministerium kommt.«

Denn das Tollste: Während Schröder ja selbstgefällig verkündete, daß doch »jeder weiß, daß diese Informationen nie zu Strafverfahren führen«, begründete sein Justizministerium das Buch-Verbot im November 1990 ausgerechnet damit, die Daten der Erfassungsstelle jetzt selbst nutzen zu wollen: »Das Material wird für die Überprüfung der Richter und Staatsanwälte, für Strafverfolgung und Rehabilitierung gebraucht.« Da kann man nur verlangen: Zahlen Sie Ihre Beiträge für die Erfassungsstelle Salzgitter nach, Herr Schröder – und zwar aus eigener Tasche!

Die Mehrheit der Mitteldeutschen lehnt Gerhard Schröder laut Umfragen ab – da (und nicht nur da) sind unsere Landsleute, die sich nach Jahrzehnten der erst braun-sozialistischen und dann rot-sozialistischen Diktatur ein gesundes Mißtrauen gegenüber Sozialisten aller Art bewahrt haben, aufgeklärter als viele wohlstandsmüde Westdeutsche. Die »WELT am SONNTAG« zum Verhältnis der Mitteldeutschen gegenüber Schröder: »Dort

hat man (noch) nicht vergessen, daß der westdeutsche Politiker Gerhard Schröder noch bis ins Frühjahr 1990 hinein buchstäblich nichts von der deutschen Wiedervereinigung wissen wollte.« Auch die »ZEIT« beschrieb Schröders nationale Einstellung mit einem zwar kurzen, aber vernichtenden Satz: »Unschwer zu überhören, daß ihm die staatliche Einheit keine Herzensangelegenheit ist.« Die Zeitschrift »Max« beschrieb Schröder sogar als einen Mann, »dem Flaggen und Vaterlandsliebe höchst verdächtig sind«. Und der »STERN«, der über Schröder schon mal als »gut gekleideten politischen Windbeutel« schrieb, zitierte ihn mit dem Bekenntnis, daß ihm bei nationalen Fragen »das ganze emotionale Pathos abgeht«. Doch wer von diesem Gerhard Schröder erwartet, daß er sich nun vor eine Kamera stellt (der er sonst selten aus dem Wege geht) und seine »Fehleinschätzungen« eingesteht – der kennt ihn nicht. Schröder spielt stattdessen den Beleidigten, den Un- und Mißverstandenen. So heuchelte er in einem »SPIEGEL«-Interview auf entsprechende Kritik: »Aber der Vorwurf geht ja tiefer. Ich hätte zur Frage der Einheit keine innerliche Beziehung. Der Vorwurf ist unberechtigt.« Tatsächlich? Selbst der sicher nicht besonders Schröder-kritische »SPIEGEL« nannte sein Verhalten immerhin »deutschlandpolitische Ungeschicklichkeiten«. Die linken Magazin-Macher sagten ihm sogar auf den Kopf zu: »Als Vorkämpfer der Einheit sind Sie nicht aufgefallen.« Schröders aalglatte, aber dennoch sehr verräterische Antwort: »Ich gehöre zu einer Generation, die im Westen politisch aufgewachsen ist und Deutschland nicht vor der Teilung gekannt hat. Mich hat Einheit immer viel stärker unter dem Aspekt des Sozialen als dem des Nationalen bewegt.«

Ganz abgesehen davon, daß auch dieses Bekenntnis des Juristen und Regierungschefs Schröder im Gegensatz zum Grundgesetz stand – selbst mit dieser Aussage heuchelt er. Wenn ihn das »Soziale« so beschäftigt, warum diskutieren er und viele seiner Spitzengenossen das Jahrhundertereignis der Teil-Wiedervereinigung Deutschlands dann vorwiegend unter finanzpolitischen Aspekten? Ginge es nach Schröder, Lafontaine und ihren Freunden, hätten wir den 3. Oktober 1990 gar nicht erleben dürfen, weil niemand vorhersagen konnte, »was das kostet«. Diese Genossen gehören zu den vielen Linken in Politik und Medien, die bis heute nicht begriffen haben, welch großartige Entwicklung unsere Generation miterleben darf – vom Zusammenbruch des Kommunismus bis zum Ende der »DDR«.

Nein, Gerhard Schröders »Aspekt des Sozialen« beschränkt sich auf das Schüren von Neid und Mißgunst. So riet er, der »Sozialdemokrat«, den Mitteldeutschen voller Kaltschnäuzigkeit: »Wer später kommt, muß sich hinten anstellen.« So, als könnten die Deutschen, die unter Honeckers Knute leben mußten, etwas dafür, daß sie 40 Jahre lang um ihr Leben und um die Früchte ihrer Arbeit betrogen wurden. Ausgerechnet der »soziale« Herr Schröder, der zwar offensichtlich Deutschlands Tore für schmarotzende Asylbetrüger aus aller Welt offenhalten will, verkündete für die Deutschen zwischen Elbe und Oder: »Die DDR-Bürger müssen sich für den Aufbau selbst krummlegen.« Für Asylbewerber hat Herr Schröder dagegen jede Menge (Steuer-)Geld übrig. Doch wenn es um die Kosten der Einheit geht, wird er plötzlich ganz sparsam: »Weiteres Geld können wir nicht geben. Es ist ohnehin wenig genug da. Und das brauchen wir, um

unser anspruchsvolles Bildungsprogramm durchzusetzen.« Niedersachsens »Bildungsprogramm« ist für Schröder also scheinbar wichtiger als der Wiederaufbau Deutschlands – nicht zu fassen. Die Kosten der Einheit waren auch offiziell ein Grund, warum Niedersachsen unter der rot-grünen Schröder-Regierung im Bundesrat dem Staatsvertrag mit der damaligen »DDR« nicht zustimmen wollte und gegen die Einigung war. Original-Heuchelton Gerhard Schröder vom 22. Mai 1990: »Man kann glühend für die Einheit sein und trotzdem gegen den Staatsvertrag.« Ausgerechnet Schröder »glühend für die Einheit« – wenn Wendehälse geschmiert würden, müßte dieser Gerhard Schröder stets mit einer Ölkanne herumlaufen. Die Deutsche Presseagentur (dpa) meldete jedenfalls am 22. August 1990: »Niedersachsens Landesregierung will dem Einigungsvertrag mit der DDR in der vorliegenden Form im Bundesrat nicht zustimmen. Das sagte Regierungssprecher Heye heute in Hannover. Die SPD-Grünen-Koalition kritisiert an dem Vertragsentwurf vor allem die finanziellen Auswirkungen für Niedersachsen (. . .)« Was Schröder auf der anderen Seite gern verschweigt: Für das Land Niedersachsen war die Einheit auch ein Geschäft. Sachsen-Anhalts damaliger Ministerpräsident Werner Münch erinnerte Schröder öffentlich daran, daß Niedersachsen allein 1991 durch die Einheit rund 800 Millionen Mark Mehreinnahmen verbuchen konnte. Schröder und seine Genossen, die immer nur von den Kosten der Einheit faseln, verschweigen auch gern, daß schon fast die Hälfte der Aufschwung-Milliarden, die von Westen nach Mitteldeutschland fließen, als Steuern zurückkommen. Erlauben Sie mir an dieser Stelle deshalb ein persönliches und deutliches Wort: Als Journalist, der

ich mich immer mit vielen politischen Freunden für die Einheit Deutschlands eingesetzt habe (und dies auch weiter tun werde, bis wirklich ganz Deutschland wiedervereinigt ist), zahle ich lieber mehr Steuern für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes als für ein Heer von Scheinasylanten oder höhere Politikerdiäten!

Besonders jede Mark, die auf das Ministerpräsidenten-Gehaltskonto von Gerhard Schröder fließt, tut weh. So denken mit Sicherheit auch viele der Tausenden ehemaligen politischen Häftlinge, die unter der SED-Terrorherrschaft eingesperrt wurden. Ihre Berichte über Quälereien in den vergammelten Haftanstalten waren erschreckend. Menschenrechtsorganisationen wie die »Internationale Gesellschaft für Menschenrechte« (IGFM) prangerten die Machthaber im Osten Berlins dafür immer wieder mutig an – obwohl auch dies von vielen Medien in Westdeutschland meist genauso »mutig« totgeschwiegen wurde.

Geschenke für den Diktator – Hohn für die Opfer

Darum ist auch ein besonderer Ausspruch von Gerhard Schröder zum Thema »DDR«-Gefängnisse in der Öffentlichkeit kaum bekannt – ein Satz, mit dem Schröder die grausamen Haftbedingungen und die Unrechtsjustiz der »DDR« – ob bewußt oder unbewußt – verniedlichte; eine Behauptung, für die jeder, der schon mal als »Politischer« in einem »DDR«-Knast sitzen mußte oder mit einem Betroffenen über seine Erlebnisse gesprochen hat, nur tiefe Verachtung empfinden kann. Originalton Schröder: »Sicher sind die Zuchthäuser in der DDR keine erfreulichen Orte, aber auch bei uns gibt es unerfreuliche Orte und unerfreuliche Tendenzen.«

Mein Gott, weiß dieser Mann wirklich nichts über das »Gelbe Elend«, den Schreckensknast der Stasi in Bautzen? Von dem berüchtigten Gefängnis, das nicht einmal in den Stadtplänen der sächsischen Stadt eingezeichnet war? Will er nicht wissen, wie »Republikflüchtlinge« und Kritiker des »zutiefst redlichen Mannes« Erich Honecker in den »unerfreulichen Orten« wie Bautzen, Brandenburg, Cottbus, Hoheneck mißhandelt, geschlagen und gefoltert wurden? Weiß er wirklich nicht, daß in Bautzen seit der Wende ständig neue Massengräber entdeckt werden – Gräber von Menschen, die dort ihr Leben lassen mußten? Weiß Schröder nicht, daß Experten die Zahl der toten Bautzen-Opfer auf die unvorstellbare Zahl von 16 000 schätzen? Das, was Schröder »keine erfreulichen Orte« nennt, war »so ziemlich das Schlimmste, was einem Menschen in der DDR passieren konnte«, schreibt die auch nicht unbedingt konservative »Berliner Zei-

tung«: »Im ›gelben Elend‹ wurden Menschen in Arrestkellern isoliert oder zu viert in nur acht Quadratmeter großen Zellen wie Tiere gehalten. Schlafen, essen, trinken, arbeiten und zur Toilette gehen, das ganze Leben spielte sich in diesen ›Verwahräumen‹ ab. Nachts krochen Ratten in die Zellen. Viele Häftlinge wurden geschlagen, gefesselt und vom Gefängnispersonal gequält.« Allein in Sachsen ermittelt die Staatsanwaltschaft in 1500 Fällen gegen Ex-Gefängniswärter, die Häftlinge mißhandelt haben.

Einer von ihnen ist der Dreher Josef Kneifel aus Chemnitz, heute 50 Jahre alt. Er bekam lebenslänglich, weil er 1980 aus Protest einen als Denkmal aufgestellten russischen Panzer sprengen wollte. In der Haft wurden ihm beide Nasenflügel aufgerissen – mit dem Stasi-»Rindergriff«. Ihm wurde der Kiefer zertrümmert. Noch heute hört man ein merkwürdiges Knacken aus seinem Mund, wenn er beim Essen kauen muß. Ein Gefängnisarzt zerstückte ihm die Schleimhäute in Hals und Rachen. Immer wieder mußte er in den Arrestkeller: »Dieses Loch war bis zur Decke feucht, im Halbdunkeln vegetierte ich ein Jahr, überall Schimmel, Fenster zugenanagelt, von außen Matratzen davor. Immer wieder wurde ich mit Eiswasser überschüttet.« Oder der Fall von Paul Böhm, heute 56 Jahre alt. Er ist teilweise gelähmt, weil trotz lauter, stundenlanger Hilferufe nach einem Herzanfall kein Stasi-Gefängnisarzt zu erster Hilfe bereit war. Weiß Schröder das alles wirklich nicht? Weiß er auch nichts von den Menschenversuchen, die die Stasi auf Befehl von Erich Mielke und mit Wissen des »zutiefst redlichen Mannes« in ihren Knästen durchgeführt hat? Weiß er nicht, daß die Stasi den politischen Häftlingen neuentwickelte Gifte

spritzte, um zu testen, ob sie später im Körper nachweisbar sind? In einer Zeitungsserie packte ein ehemaliger »Schläger von Bautzen« aus. Darin heißt es: »Das Leipziger Institut für Gerichtsmedizin untersuchte 1991 Ex-Häftlinge. Es fand Arsen, Insulin (für Menschen, die nicht zuckerkrank sind, lebensgefährlich), unbekannte Gifte. Die Liste der Opfer ist unbekannt. Die Leichen wurden heimlich im Görlitzer Krematorium verbrannt.« Zur Erinnerung: Das alles ist erst wenige Jahre her – und es passierte mitten in Deutschland. Wieso regt sich darüber eigentlich kaum jemand auf? Wieso berichten all die Klaus Bednarz' und Lea Rosh's darüber nicht jede Woche? Sollte da etwa eine Medien-Seilschaft am Werke sein, die die Untaten der National-Sozialisten zu Recht zu Verbrechen erklärt – die Untaten der SED-Sozialisten aber nicht?

Wußte Schröder all das wirklich nicht, obwohl doch sogar Honeckers Ex-Hauszeitung »Neues Deutschland« immerhin im Mai 1990 forderte, die »Geschichte beider Bautzener Anstalten« aufzuarbeiten und von »Hinweisen über Todeszahlen dieser Jahre und mögliche Massengräber« berichtete? Kann Gerhard Schröder wirklich so uninformiert oder naiv gewesen sein, wenn selbst das SPD-Blatt »Sozialdemokratisches Magazin« von »150 000 bis 200 000 in vierzig Jahren DDR politisch Verurteilte« zu berichten wußte? »Bautzen ist das Symbol des Martyriums Deutschlands und Europas«, stand in der Zeitung »DIE WELT« – doch für den angeblichen Sozialdemokraten« Gerhard Schröder, der so gern das Herz für die sogenannten »kleinen Leute«, die »Unterprivilegierten« und Entrechteten wie ein Banner vor sich herträgt, waren solche Symbole scheinbar nur »unerfreuliche Orte«.

Für die einen Spott, für die anderen Respekt – so ist Gerhard Schröder: Spott für die Opfer, Respekt für die roten Täter. Für die einen gibt es hochnäsige Ratschläge, für die anderen mit Liebe ausgesuchte Geschenke und Lob. Auch dazu noch einmal einfach ein Zitat aus dem SPD-Blatt »Vorwärts« zu Schröders Honecker-Besuch: »Auf-fallend oft redet Schröder in diesen Tagen von ›Respekt‹ und ›Vertrauen‹. Respekt vor allem vor diesem ›wirklich bedeutenden Mann‹ und vor dessen ›historisch bedeuten-der Leistung, die deutsch-deutschen Beziehungen in einer Zeit des schlechter werdenden Klimas zwischen den großen Machtblöcken eisfrei gehalten zu haben‹. ›Ver-trauen‹ heißt eine kleine Bronze-Skulptur, die während des Gesprächs in der Mitte des Konferenztisches steht: Zwei Menschen, entspannt auf einem Stein sitzend, einer an den Rücken des anderen gelehnt, einer auf den ande-ren angewiesen. Hiltrud Schröder hat die symbolträchtige Plastik selbst als Geschenk ausgesucht, weil sie nicht ›ir-gend so ein nichtssagendes Buch‹ mitbringen wollte. Die neunjährige Tochter Franca hat ein Bild für Erich Honecker dazugemalt, eine Friedenstaube mit Sonne (. . .)«

Kein Wunder, daß Schröder bei den Genossen in Ost-Berlin gern gesehen war. Wie gerne, das beschrieb die linke »Frankfurter Rundschau« am 21. Dezember 1985. Sie zitierte unter anderem den heutigen Parlamentari-schen Geschäftsführer der SPD im Bonner Bundestag und niedersächsischen Bundestagsabgeordneten Peter Struck, der Schröder seinerzeit zu Honecker begleitet hatte. Er beschrieb die Behandlung der Schröder-Delega-tion durch die damalige »DDR«-Führung voller Über-schwang mit nur drei Worten, die alles deutlich machen:

»Fast wie Staatsgäste.« Die »Frankfurter Rundschau«: »Beeindruckt war Struck nicht nur von der ›hochrangigen‹ Behandlung, sondern auch von der ›betont freundlichen Atmosphäre‹, die von der DDR bei diesem Besuch geschaffen wurde. Ständiger Begleiter der Gäste aus Niedersachsen war Gunther Rettner, Leiter der Abteilung für internationale Politik und Wirtschaft beim Zentralkomitee der SED – ein alter Bekannter Schröders aus jenen Zeiten, als Rettner führender Funktionär der Freien Deutschen Jugend (FDJ) und Schröder Vorsitzender der Jungsozialisten war.«

Der Diktator und Mauermörder Erich Honecker – noch 1985 war er für den Marxisten Gerhard Schröder also ein »zutiefst redlicher« und ein »wirklich bedeutender Mann«, für den seine Frau Geschenke aussuchte und seine Stieftochter bunte Bildchen malte. Bei einer Telefonaktion, über die in der »Bild«-Zeitung im Mai 1990 berichtet wurde, warf ihm ein Anrufer vor: »Sie haben Honecker immer hofiert!« Schröders peinliche Antwort: »Das haben alle gemacht (. . .).« Das ist leider wahr – aber so schlimm wie dieser Gerhard Schröder war wohl kaum einer. Wenn er sich schon nicht selber schämt, sagen wir es an dieser Stelle: Wir schämen uns für Sie, Herr Schröder!

Schröder und die »Grünen« – was uns allen droht

Stellen Sie sich vor, Sie werden morgens wach und im Radio hören Sie folgende Nachricht: »Bundesverkehrsminister Joschka Fischer (Grüne) erließ heute ein generelles Sonntags-Fahrverbot für alle privaten Kraftfahrzeuge und setzte den Benzinpreis auf fünf Mark pro Liter fest. · Bundesfrauenministerin Waltraud Schoppe (Grüne) setzt ein neues Gesetz zur völligen Freigabe von Abtreibungen und Kostenübernahmen durch den Steuerzahler durch. · Bundesverteidigungsminister Thomas Ebermann (Grüne, Ex-Kommunist) hat mit einem Erlaß die Bundeswehr abgeschafft. · Und Bundesinnenminister Jürgen Trittin (Grüne, Ex-Kommunist) ließ alle Gefängnisse schließen, den Drogenhandel freigeben und die CSU und alle Vertriebenenverbände verbieten.«

Verrückt? Natürlich – aber möglich. Denn so etwas ähnliches könnte uns allen blühen, wenn Gerhard Schröder tatsächlich eines Tages Bundeskanzler werden sollte. Sein erklärtes Ziel ist eindeutig: Gerhard Schröder will mit den linksradikalen »Grünen« an die Macht und ganz Deutschland mit einem Kabinett aus Sozialisten und Müsli-Alternativen regieren. Seine rot-grüne Koalition in Hannover beschrieb er bereits unverhohlen als »mein erklärtes Vorlaufmodell«. Eine solche Koalition machte er im SPD-internen Kampf um die Kanzlerkandidatur gegen Scharping sogar zu einer Bedingung – weswegen er möglicherweise auch die Parteiabstimmung verlor. Selbst Schröders Parteifreund, der eher konservative niedersächsische SPD-Vorsitzende Johann Bruns, kritisierte seine Scheuklappen-Treue zu den ultralinken »Grünen«:

»Die Festlegung auf eine rot-grüne Koalition in Bonn war wenig hilfreich.« Im Gegensatz zum Sozialisten Schröder behielt sich der aus Ostfriesland stammende Sozialdemokrat immer eine gesunde Skepsis gegenüber den »Grünen«, mit denen er nun – dank Schröder – in einem Boot sitzt. Bruns hatte nach eigenen Worten immer einen »Horror« bei der Vorstellung, mit »dieser grünen Mischung aus Chaos und Idylle« zusammenarbeiten zu müssen. Und: Eigentlich müßten sie »raus aus dem Landtag«. Wie wahr!

Doch Gerhard Schröder holte sie lieber an den Regierungstisch. Jedoch sollte man ihm auch bei seinem rot-grünen Lieblingsthema nicht allzu weit über den Weg trauen. Wie bei anderen Themen auch, ändern sich seine öffentlichen Aussagen und Meinungen fast über Nacht. Eine klare Linie ist eigentlich nirgends zu erkennen. Selbst einer der Schröder-Vorgänger im Amt des niedersächsischen Ministerpräsidenten, der Sozialdemokrat Alfred Kubel, machte sich einmal über Schröder lustig: »Schröder-Kurs – was ist das?« Auch Bayerns SPD-Vorsitzende und Bundestags-Vizepräsidentin, Renate Schmidt, weiß ein Lied von Schröders Zuverlässigkeit zu singen: »Auf Schröder habe ich mächtig Wut. Er kennt Absprachen nur vom Hörensagen, hält sich an nichts.« Schröder scheint nach dem Motto zu leben: Was geht mich mein Geschwätz von gestern an? Das gilt auch für seine eigenen Aussagen über die Grünen. Zwar verkündete er selbst mal im Jahre 1987: »Man kann nicht alle Nase lang seine Ansicht über die Grünen ändern.« Doch wenn es um das Ändern seiner eigenen Meinung geht, dann scheint er in dieser Hinsicht eine ständig nachwachsende Pinocchio-Nase zu besitzen.

Noch 1979 verfaßte Schröder für den Vorstand der Jungsozialisten ein Positionspapier, in dem er sich »gegen den Versuch der Partei-Rechten« wehrte, »die Grünen/Alternativen zu diskreditieren«. In diesem Papier zeigte sich, daß ihm die ultralinken »Grünen« (bei denen er selbst »linkssozialistische Kräfte« sieht) näherstehen als seine eigenen Parteifreunde vom konservativen SPD-Flügel. Original-Ton Schröder: »Mit den linkssozialistischen Kräften muß ein offener Dialog begonnen werden. Dieser Dialog darf sich nicht nur auf die Frage der Kernenergie und der politischen Demokratie beziehen, sondern muß sich auf alle innen- und außenpolitischen Themen erstrecken (. . .). Den Dialog mit den linkssozialistischen Kräften bei den Grünen/Alternativen können glaubwürdig nur die Jungsozialisten führen (. . .). Es gibt ein hohes Maß an inhaltlichen Gemeinsamkeiten zwischen den Jungsozialisten und linkssozialistischen Kräften in dieser Bewegung (. . .).«

Wenig später, im April 1980, ändert Schröder seine Meinung über die »linkssozialistischen Kräfte«. Statt Lob ernteten sie jetzt Tadel. Schröder im »Vorwärts«: »Die Grünen verfügen über keine schlüssige Strategie zur Durchsetzung ihrer Ziele.« Die »Frankfurter Rundschau« zitierte Schröder unter der Überschrift »Chef der Jungsozialisten wirft den Grünen Unredlichkeit vor«: »Sie verhalten sich viel opportunistischer, als das die Jungsozialisten je getan haben.« Trotzdem peilte Schröder im Landtagswahlkampf 1985 eine Koalition mit diesen Opportunisten an. Der »SPIEGEL« Nummer 41/1985: »Partner sollen, nach bisheriger Lesart, »nur« die Grünen sein.« Kurze Zeit später erteilte er dem rot-grünen Bündnis aber schon wieder eine Absage, nannte die »Grünen«

nicht »bündnisfähig«. Der »SPIEGEL«: »In steter Steigerung hielt er die Grünen für »nicht koalitionsfähig«, »nicht bündnisfähig«, schließlich nicht einmal mehr für »politikfähig«.« Dabei warb er kurz zuvor noch für ein »Reformbündnis« mit den Linksradi kalen, um »die Probleme der letzten 20 Jahre des 20. Jahrhunderts zu lösen«. Nun aber verkündete Schröder: »Ich brauche die Grünen nicht.« Doch auch diese Schrödersche Wende hatte mehr machttaktische als Überzeugungsgründe. Nachdem Willy Brandt nämlich noch 1983 eine linke »Mehrheit diesseits der Union« herbeireden wollte, hatte sich der Wind in der Bundes-SPD inzwischen gedreht – und Schröder mußte sich mitdrehen (was ihm ja nicht schwerfällt), um im Spiel um die Macht dabeizubleiben. Wieder der »SPIEGEL«: »Tatsächlich sieht er sich zur Absage an die Grünen genötigt, weil, seit Johannes Rau zum Kanzlerkandidaten kandidiert, rot-grün in der SPD nicht sonderlich gefragt ist (. . .).« Und: »Schröder (hat) Angst, rot-grüne Extratouren könne er sich nicht mehr leisten.« Der »SPIEGEL« zitierte Schröder dazu: »»Es hat keinen Druck, wohl aber einen Entwicklungsprozeß bei mir gegeben«, beteuert Schröder und fügt hinzu: »Wenn einer das Opportunismus nennt, kann ich dagegen nichts machen.« Die Grünen glauben, die letzte Wende sei das immer noch nicht. Antje Vollmer, frühere Fraktionssprecherin, ist sicher, »daß auch Schröder sich nach dem Wahlkampf nicht mehr an das Geschwätz von heute erinnert.« Soweit der »SPIEGEL«.

Und richtig – schon bald drehte sich das »Grüne-Meinungs-Karussell« des Gerhard Schröder von neuem: »Ich wäre ja verrückt, wenn ich sagen würde, nur weil ein paar Grüne mich wählen könnten, kandidiere ich nicht« und

»Ich kann doch kein Schild vor mir hertragen: Bitte keine Unterstützung von den Grünen.« Im Landtagswahlkampf 1986 versprach er dann (aber was sind Schröders Versprechungen schon wert?): »Es wird keine Koalition SPD/Grüne geben.« Und 1988 verkündete er sogar: »Mit den Grünen ist nichts mehr zu machen, die sind völlig kaputt.« Trotzdem versuchte Schröder im Dezember 1988 den CDU-Ministerpräsidenten Ernst Albrecht zu stürzen – mit eben diesen »kaputten« »Grünen«. Vor den Landtagswahlen 1990 wackelte er dann wieder – nach der Wahl wurde das rot-grüne Bündnis geschmiedet. Seitdem will Schröder nach seinen eigenen Worten dafür sorgen, daß »Rot-Grün« »etwas ganz Normales« in der deutschen Politik werde.

Schröder macht offensichtlich alles, um an die Macht zu kommen. Selbst der »SPIEGEL« griff Schröder deshalb in einem Interview während des SPD-internen Wahlkampfes um die Kanzlerkandidatur 1993 an: »Ihre Machtversessenheit macht Sie anscheinend zum Opportunisten. Sie waren früher strikt gegen Rot-Grün, regieren aber jetzt in Hannover mit den Grünen. Sie propagieren auch für Bonn Rot-Grün, sind aber auch zur Großen Koalition bereit, wenn Rot-Grün nach der Wahl keine Mehrheit findet.« Schröders neue Antwort: »Die Grünen haben sich weit fortentwickelt von den Grünen der achtziger Jahre, was Realitätssinn und Stabilität in ihrer Partei angeht. Sie sind heute uneingeschränkt regierungsfähig.« Gegenüber der Zeitschrift »Wirtschaftswoche« erklärte Schröder sogar fast liebevoll: »Die Grünen sind inzwischen eine Partei, die nicht nur Ängste freisetzt, sondern auch Hoffnungen. Und die überwiegen.« Schon 1991 verkündete er, Rot-Grün sei jetzt »uneingeschränkt

ein Modell für einen Wechsel im Bund«. Armes Deutschland! Stefan Zweig muß Gerhard Schröder gemeint haben, als er sagte: Wahrhaftigkeit und Politik wohnen selten unter einem Dach.

»Leute bescheißen« und mit Kommunisten regieren

Aber wozu Stefan Zweig zitieren, wenn die SPD selbst zugibt, wie sie mit ihren Wählern umgeht? So zitierte die Zeitung »WELT am SONNTAG« am 5. September 1993 den SPD-Bundesgeschäftsführer Günter Verheugen mit einem ungeheuerlichen Eingeständnis: »Auch in meiner Partei ist die Einschätzung verbreitet, daß man mit der Wahrheit nicht gewinnen kann, daß man die Leute bescheißen muß.« Noch deutlicher machte ein Wortwechsel im niedersächsischen Landtag im August 1993, was die SPD von den Bürgern hält. Der CDU-Oppositionsabgeordnete Kurt-Dieter Grill warf der rot-grünen Regierung empört vor: »Sie täuschen massiv die Öffentlichkeit.« Antwort des SPD-Abgeordneten und Schröder-Genossen Wilfried Adam: »Aber erfolgreich.« Leider kein Witz . . .

Besonders witzig wäre auch nicht, was die Deutschen von einer rot-grünen Regierung unter Gerhard Schröder zu erwarten hätten. Ein Blick nach Niedersachsen genügt, um jedem Demokraten einen kalten Schauer über den Rücken laufen zu lassen. So regiert der Sozialist Gerhard Schröder zum Beispiel gemeinsam mit einem knallharten Kommunisten: Einer der beiden »grünen« Minister im Schröder-Kabinett, Bundesrats- und Europa-Minister Jürgen Trittin (39), hat seine Vergangenheit allem Anschein nach beim linksradikalen »Kommunistischen Bund« (KB). Auffällig: Jürgen Trittin, eine der Schlüsselfiguren in Schröders Regierung und Wortführer der »Grünen«, »pflegt Fragen nach seiner politischen Vergangenheit nicht zu beantworten«, so die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« (FAZ). Mehrfach drohte er Journalisten, die

seine Mitgliedschaft bei den Kommunisten veröffentlichen wollten, mit juristischen Folgen. Die FAZ: »Dann aber ließ er es doch unwidersprochen, daß er 1979 in Göttingen als Mitglied des KB in den Asta der Universität gewählt worden sei. Im Verfassungsschutzbericht des Landes kam der KB als Untergrundorganisation vor, deren Anhänger ›die Zerschlagung des Staates‹ betrieben und mit militanten Gruppierungen zusammenarbeiteten.« Als die Zeitung »WELT am SONNTAG« bei Trittin nachfragte, wann er Mitglied beim »Kommunistischen Bund« war, wandt sich dieser wie ein Aal: »Da ich das Ob Ihrer Frage nicht bestätigen kann, bin ich nicht in der Lage, das Wann zu beantworten . . .«

Tatsache: In den siebziger Jahren hatte der »Kommunistische Bund« seine Hochburg in Göttingen – wo der »Kriegsdienst«-Verweigerer Jürgen Trittin Sozialwissenschaften studierte und bei Studentendemonstrationen »Anweisungen gegeben haben« soll, »wie die ›Bullen‹ am besten zu schlagen seien« (»Frankfurter Allgemeine Zeitung«). Laut Verfassungsschutz kämpfte diese Organisation »für die Beseitigung des kapitalistischen Ausbeutersystems und die Zersetzung des Staatsapparates, für den Aufbau des Sozialismus unter der Klassenherrschaft des Proletariats«. Die »WELT am SONNTAG«: »Der Einsatz von Gewalt galt als legitimes Mittel zur Durchsetzung dieser Ziele. Zur Taktik von KB-Mitgliedern gehörte auch, daß sie andere Bewegungen oder gar Parteien, wie die Grünen, zu unterwandern und zu dominieren suchten. Jürgen Trittin trat 1980 den Grünen bei. Was er vom demokratischen Rechtsstaat hält, auf den er immerhin seinen Minister-Eid geschworen hat, ließ er beispielsweise im Frühjahr 1990 erkennen, als er die

Festnahmen von RAF-Terroristen in der DDR kritisierte. Die früheren Terroristen, so wurde er seinerzeit zitiert, hätten sich doch ins friedliche Leben zurückgezogen. Ihrer Verfolgung durch die Justiz liege nichts Rechtsstaatliches, sondern nur Rache zugrunde. In den Koalitionsverhandlungen mit der SPD im Frühjahr 1990 wollte Trittin, als Wortführer der Grünen, die Abschaffung des Verfassungsschutzes in Niedersachsen durchsetzen.« Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« wußte noch im Februar 1993 über Schröders Regierungspartner zu berichten: »Gewalttätige Göttinger Autonome nahm er noch als Minister gegen einen »unverhältnismäßigen Einsatz der Polizei« in Schutz.«

Asylanten rein – deutsche Vertriebene raus

Die Gefährlichkeit eines solchen Mannes in einer Regierung machte die »WELT am SONNTAG« im September 1992 deutlich – denn Gerhard Schröder hat dem »grünen« Kommunisten Jürgen Trittin ausgerechnet die Kompetenzen für Niedersachsens Asylpolitik übertragen. Die Zeitung in ihrer Überschrift: »Der hannoversche Minister Trittin (Grüne) setzt die Gemeinden des Landes unter Druck, immer mehr Ausländer aufzunehmen – Steuert ein Ex-Kommunist Niedersachsens Asylpolitik?« Weiter hieß es in dem Blatt, Trittin beeinflusse »maßgeblich den derzeit sensibelsten Bereich deutscher Politik, und zwar auf eine Weise, die den Zustrom von Asylanten nach Deutschland fördert (. . .) Trittin . . . hat kein Hehl daraus gemacht, daß er . . . möglichst vielen Ausländern einen möglichst dauerhaften Aufenthalt in Deutschland gewähren will.«

So ließ Schröders Minister im Frühjahr 1992 in vielen Zeitungen (auf Kosten der Steuerzahler!) großformatige Anzeigen mit dem Slogan »Niedersachsen für humane Asylpolitik« schalten, in denen Sammellager für Asylbewerber strikt abgelehnt wurden. Der Präsident des Niedersächsischen Städtetages, Jürgen Schneider (SPD), sah darin eine Aufforderung an Asylbewerber, gezielt nach Niedersachsen zu kommen. Folge: Während die Zahl der Asylbewerber im ersten Halbjahr 1992 im Durchschnitt »nur« um 100 Prozent stieg, sprang sie in Niedersachsen um 150 Prozent. In einem Erlaß forderte Trittin die Städte und Gemeinden sogar auf, die Aufnahme der Asylanten »endlich als Daueraufgabe« zu sehen. Die »WELT am

SONNTAG«: »Im übrigen, so meinte der grüne Minister, könne Deutschland ohne weiteres 350 000 Zuwanderer im Jahr verkraften.«

Dies gilt für Trittin und Schröder aber offensichtlich nur dann, wenn diese »Zuwanderer« Ausländer sind. Deutschen Aussiedlern (gemeint sind hier natürlich nicht Polen oder Russen, die sich für diesen Zweck eine deutsche Uroma oder einen deutschen Großonkel ausdenken!), die jahrzehntelang in ihrer ostdeutschen Heimat unter den Knüppeln der Kommunisten ausgeharrt haben, will das rot-grüne Gespann nämlich die deutsche Tür vor der Nase zuknallen. Ausgerechnet die, die am meisten unter Moskaus Roter Armee und der anschließenden Besatzungsmacht gelitten haben, die oft in der eigenen Heimat nicht mehr ihre deutsche Muttersprache sprechen durften, die von Russen, Tschechen und Polen schikaniert wurden – ausgerechnet die wollen die roten Sozialisten und »grünen« Kommunisten ausgrenzen. So reichte Schröders Regierung im September 1992 im Bundesrat einen Gesetzentwurf ein, der eine angeblich »völkische Zuwanderungspolitik« (Trittin) beenden sollte. Nach Schröders und Trittins Vorstellungen sollten die Ostdeutschen (auch wenn es vielen linken Medienvertretern nicht paßt: Ostdeutschland beginnt erst hinter Oder und Neiße) nur noch bis 1999 im heutigen Staatsgebilde Bundesrepublik Deutschland aufgenommen, entsprechende Anträge nur noch bis Ende 1993 zugelassen werden. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, für eine »sozialverträgliche Eingliederung« (»Frankfurter Rundschau«) zu sorgen und Einreise-Quoten für deutsche Aussiedler festzulegen. Die Zeitung »DIE WELT« entlarvte die Genossen: »Das Problem der Aussiedler und das der Asylbe-

werber wurde parteipolitisch dabei gegeneinander ausgespielt. 1990 kamen 400 000 Aussiedler aus Osteuropa nach Deutschland. Die SPD behauptete daraufhin, nicht die 200 000 Asylbewerber 1990, sondern die doppelte Zahl an Aussiedlern sei das Problem. Fast unbemerkt verschwand das »Aussiedlerargument« aus der Parteipolitik, als sich das Zahlenverhältnis 1991 umkehrte. Für 1992 werden nun 400 000 Asylbewerber erwartet, aber gerade noch 200 000 Aussiedler.« Unfaßbar: Hunderttausende Asyl-Schmarotzer wollen Schröder und sein Kommunist Trittin fast ungehindert nach Deutschland reinlassen, wehrten sich sogar mit Händen und Füßen gegen eine Änderung der Asylregelung im Grundgesetz, spielten sich als Retter des Rechtsstaates (ausgerechnet die beiden!) auf und verlangen sogar Wahlrecht und doppelte Staatsbürgerschaft für Ausländer. Schröder in der Zeitung »Die Woche«: »Ich habe mehrfach darauf hingewiesen, daß ich die Erleichterung der Einbürgerung von Ausländern für notwendig halte, auch die Doppelstaatsangehörigkeit (. . .)« – doch deutsche Aussiedler werden von ihm verhöhnt.

Die »Braunschweiger Zeitung« verlieh Schröders rotgrüner Clique dafür zu Recht das Prädikat »deutschfeindlich«. Chefredakteur Arnold Rabbow empörte sich in seinem Blatt über »die vom Grünen Trittin dominierte« Landesregierung, die den »Zustrom ghanaischer Rauschgifthändler« hinnehme, aber andererseits »die Rußlanddeutschen ausgrenzen« würde.

Aber auch Schröder selbst, der Mann, der Deutschland regieren wollte, hat wenig für Deutschland übrig. Unter seiner Niedersachsen-Herrschaft wurden zum Beispiel der Landsmannschaft der Schlesier, die alle zwei Jahre

ihre von Hunderttausenden Landsleuten besuchten »Schlesier-Treffen« in Hannover abhielt, sämtliche Zuschüsse gestrichen. Schröders Regierungssprecher, der frühere ZDF-Journalist Uwe-Carsten Heye (SPD), machte sich sogar über die Vertriebenen lustig: »Die stellen doch nur schlesische Erde in Glasvittrinen.« Im Gegensatz zu seinem CDU-Vorgänger war sich Herr Schröder sogar für kurze Grußworte bei den Vertriebenen zu schade. Auch zu einem Treffen von 5000 Rußlanddeutschen in Hannover im Sommer 1993 verweigerte die Schröder-Regierung einen Zuschuß von gerade mal 5000 Mark. Aber auf die vier Milliarden Mark, die der deutsche Steuerzahler allein 1991 für Unterbringung und Sozialhilfe ausländischer »Flüchtlinge« aufbringen mußte, ist der Kommunist Trittin »stolz«, wie er in der »Frankfurter Rundschau« verriet. Kein Wunder, erklärte dieser Schröder-Minister doch noch im Dezember 1989, er ließe sich lieber einen vaterlandslosen Gesellen schimpfen, als für die deutsche Einheit einzutreten.

Folgerichtig weigerte sich Schröders Trittin auch im September 1990, an der traditionellen »Ehrenmalfeier« der Landsmannschaft Ostpreußen in Göttingen teilzunehmen. Begründung: Die Landsmannschaft habe die »polnische Westgrenze« (wo soll die sein?) nicht anerkannt. Vier Wochen zuvor verlangten Schröders »grüne« Koalitionspartner sogar, daß zwei Landkarten, die seit fast 30 Jahren in Niedersachsens Landtag hingen und Deutschland in den berechtigten Grenzen von 1937 (also selbstverständlich mit Ostpreußen, Schlesien, Pommern) zeigten, abgehängt werden. »Grüne« Begründung: »Die Dinger müssen weg. Es gibt kein deutsches Ostpreußen und Schlesien.« Prompt kündigte der von der SPD gestellte

Landtagspräsident Horst Milde eine neue Landkarte an – mit Sicherheit nicht, ohne vorher von Schröder »grünes Licht« geholt zu haben.

Den Gipfel der Geschmacklosigkeit erreichten Schröders rot-grünen Freunde ausgerechnet am Tag der teilweisen Wiedervereinigung, dem 3. Oktober 1990. Als nach einer Feierstunde im Niedersachsen-Landtag das Deutschland-Lied gesungen werden sollte, zogen die »Grünen« unter Protest aus dem Saal – auch Schröders Ehefrau Hiltrud verließ vorzeitig ihren Platz in der Ehrenloge. Und diese Frau als Gattin eines Bundeskanzlers – was für eine Vorstellung . . .

Schröder, ein Lügen-Minister und der böse »Rassismus«

Den größten rot-grünen Skandal erlebten die Niedersachsen, als Jürgen Trittin am 2. Februar 1993 in seiner Eigenschaft als Schröder-Minister auf Einladung des Londoner Goethe-Instituts eine Rede zum Thema »Rassismus in Deutschland und die Festung Europa« hielt. Denn diese Rede sorgte sogar bei eher linken Medien für einen empörten Aufschrei. Trittin soll nämlich behauptet haben, Deutschland sei ein »in allen Gesellschaftsschichten und Generationen rassistisch infiziertes Land«. Die Schuld daran gab Trittin »insbesondere CDU/CSU, aber auch weite Teile der SPD«. Sie hätten mit ihrer Asylpolitik »Rassismus durch gezielte Kampagnen oder vorauseilenden Gehorsam überhaupt erst hoffähig gemacht«. In bezug auf die künftige Militärrolle Deutschlands sei man nun außerdem dabei, »die Bevölkerung kriegsführungswillig zu machen«, erklärte Trittin. Den Franzosen und Briten empfahl Schröders Minister allen Ernstes, sie sollten sich Sorgen machen, wenn die politische und ökonomische Hegemonialmacht Deutschland sich nun militärisch komplettieren wolle (zitiert nach FAZ vom 6. Februar 1993).

Es gehört schon eine gehörige Portion Unverfrorenheit dazu, eine solche Rede im Ausland zu halten – doch noch mehr Frechheit gehört dazu, hinterher zu bestreiten, diese Rede wirklich gehalten zu haben. Nach seiner Rückkehr erklärte Trittin, er sei von seinem vorliegenden Redemanuskript sehr weit abgewichen. So habe er nur der Union, nicht aber der SPD Rassismus unterstellt. Diese Aussage Trittins war schon schlimm genug, aber auch offensicht-

lich gelogen – was aus dem Protokoll hervorgeht, das die deutsche Botschaft in London nach Bonn geschickt hatte. Das Auswärtige Amt empörte sich.

Doch wie reagierte Gerhard Schröder? Er stellte sich hinter seinen kommunistischen Minister, gab ihm sogar in Teilen recht: Auch er sei der Meinung, daß die CDU »das Asylthema mißbraucht und damit Fremdenfeindlichkeit mit heraufbeschworen hat«. Er wehrte sich nur gegen entsprechende Vorwürfe an die Adresse der SPD. Doch genau da wären die Vorwürfe ein Volltreffer. Wer ist denn verantwortlich für eine angebliche Fremdenfeindlichkeit? Diejenigen, die versuchen, den hunderttausendfachen Mißbrauch des Asylrechts zu verhindern – oder diejenigen, die ungerührt zuschauen, wie sich Hunderttausende unberechtigte Asyl-Schmarotzer (gemeint sind hier nicht echte Flüchtlinge, die tatsächlich um ihr Leben fürchten müssen) auf Kosten der deutschen Steuerzahler durchs Leben schlagen? Haben die Hamburger Werftarbeiter oder die Kali-Kumpel von Bischofferode nicht das Recht, sich aufzuregen, wenn sie täglich auf dem Weg zur »Malloche« sehen, wie es sich mit Goldkettchen behangene, angeblich an Leib und Leben »verfolgte« Asylbewerber beim zweiten Frühstück bequem machen? Dürfen sich die Trümmerfrauen, die unser zerstörtes Land nach dem Krieg wieder aufgebaut haben und oftmals nur mit einer Mini-Rente weit unter 1000 Mark im Monat auskommen müssen, nicht aufregen, wenn mancher Asylbewerber allein durch das staatliche »Taschengeld« plus Schwarzarbeit oder Drogenhandel mehr Geld zur Verfügung hat? Manchmal hat man das Gefühl, das Schicksal der deutschen Rentner kümmert unsere Parteipolitiker weit weniger als die Interessen von Asylbewerbern.

Jedenfalls: Nach Trittins Ausrede, die SPD habe er in der tatsächlich gehaltenen Rede angeblich gar nicht genannt, erklärte Schröders Regierungssprecher, mit dieser »Klarstellung« sei für den Ministerpräsidenten die Sache erledigt. Ansonsten übte Schröder Nachsicht mit seinem Trittin und dessen unglaublicher Rede, die an Hochverrat grenzt: Sowas könne »bisweilen passieren«.

Wie bitte, Herr Schröder? Eine solche Entgleisung eines deutschen Ministers, der die Deutschen im Ausland pauschal zu Rassisten abstempelt – das kann »bisweilen passieren«? Nicht nur die Zeitung »WELT am SONNTAG« fragte sich, wieso solche Aussagen »eigentlich nicht den Tatbestand der ›Volksverhetzung‹ erfüllen«! Doch Gerhard Schröder hielt seine schützende Hand über seinen kommunistischen Minister – für den Erhalt seiner Macht scheint Schröder wirklich alles zuzutrauen zu sein. Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« wurde besonders deutlich: »Die ganze SPD zahlt einen hohen Preis dafür, daß Schröder seine politische Existenz mit einem offensichtlich linksradikalen Partner verkettet hat.« Freilich, darüber las man während des SPD-internen Wahlkampfes um die Kanzlerkandidatur nichts in den linken Medien. Denn dann hätte ja jemand auf die Idee kommen können, zu fragen: Sind das etwa die Leute, mit denen Gerhard Schröder Deutschland regieren wollte?

Rot-grüne Feste und Schröders Schreierei

Wie sehr sich der Sozialist Gerhard Schröder mit diesen »offensichtlich linksradikalen Partnern verkettet hat«, bewies sein Verhalten am ersten Jahrestag der rot-grünen Koalition im Juni 1991. Es zeigt auch viel über seinen menschlichen Umgang – und darüber, wie er mit Kritik umgeht. Schröder lud – natürlich auf Steuerzahler-Kosten – zu einem Riesen-»Geburtstagsfest« in das feine Restaurant »La Provence« in Hannover. Eingeladen waren alle seine Mitarbeiter, alle Abgeordneten und Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst. Es ist schon ziemlich einmalig, daß eine Regierung ihr einjähriges »Jubiläum« groß mit Sekt und Lachsschnittchen begeht. Selbst die Speisen wurden in roten und grünen Farben serviert, es gab grüne und rote Servietten, grün und rot gefärbten Sekt, rot-grünen Wandschmuck. Ein Journalist wollte wenige Tage vor der Feierei wissen, was denn dieser Spaß den Steuerzahler genau kosten wird – doch das wußte in Schröders Staatskanzlei niemand so genau. Nur Restaurant-Chef Jürgen Piquardt verriet: »Pro Kopf unter 100 Mark.« Bei mehreren hundert Gästen teuer genug. Doch Schröders Regierungssprecher witzelte lediglich: »Wer hart arbeitet, darf auch feiern« – sicherlich, aber bitte auf eigene Kosten!

Entsprechend lautete ein Artikel, der am Tag der großen Schröder-Party erschien. Doch noch mehr traf Schröder offenbar ein Bericht, der am Tag zuvor veröffentlicht wurde. Als »Geburtstagsgeschenk« an die rot-grüne Regierung legte nämlich die CDU-Opposition eine Bilanz der ersten 365 Tage vor – in Form einer Karikaturen-

Sammlung: Sie zeigte Schröder mal in roter Jacke auf einem grünen Frosch, als Hausmann, der aus roter und grüner Wolle »Filz-Maschen« strickt, als Steuermann, der mit seinem grünen Beifahrer auf den »Pleiten-Sumpf« zusteuert. Dazu rechnete die Union vor, daß im ersten Jahr nicht eine einzige neue Wohnung aus dem von Schröder versprochenen Programm gebaut wurde und statt »versprochener tausend zusätzlicher Lehrer« jährlich nur 460 Pädagogen eingestellt würden. Diese Kritik-Bilanz druckten viele Zeitungen. Doch die »Bild«-Zeitung veröffentlichte dazu kein »normales« Schröder-Foto, sondern eine der CDU-Karikaturen: Gerhard Schröder als kleine »Ja-Sager«-Puppe in der Hand des »grünen« Ministers Trittin. Schröders Reaktion: Am späten Abend bat ihn ein Journalist auf der Feier um ein »rot-grünes« Gruppenbild. Der »grüne« Trittin willigte sofort ein. Doch Schröder hatte – wie häufiger bei solchen geselligen Veranstaltungen – schon eine Menge getrunken. Erst ging er wortlos, nur mit der rechten Hand abwinkend, vorüber. Nach drei, vier Metern blieb er plötzlich stehen, drehte sich auf dem Absatz mit hochrotem Kopf um und schrie sich seine wohl wahre Meinung zum Thema Presse-Freiheit von der Seele: »Fotos? Fotos? Die Zeitungen können ja wieder Bildchen von mir als Puppe drucken. Ich habe die Nase voll von der dauernden Kritik. Es reicht, ich werde mich beschweren. Ich kenne alle Chefs, dann werdet Ihr alle rausgeschmissen! Jawohl, rausgeschmissen!« In dieser Szene zeigte sich, daß man mit kritischem Journalismus mehr Respekt erzielt als mit dem Kriechen in ein gewisses Hinterteil von irgendwelchen Amtsträgern – was viele deutsche Journalisten so gerne machen. Schröders Auftreten war jedenfalls sogar

einigen Ministern seines Kabinetts höchst peinlich. Schließlich hatte er seine offenen Drohungen gegen die Journalisten so laut gepöbelt, daß die Feier-Gesellschaft verstummte und wohl alles mithörte. Eine Ministerin entschuldigte sich bei einem Journalisten für Schröder: »Das ist so typisch für ihn – besonders, wenn er wieder mal was getrunken hat!«

Schon bei anderer Gelegenheit, bei einem Fest in Hannovers Rathaus, hatte sie über Schröder verraten: »Was meinen Sie, was wir mit dem schon alles in der Fraktion erlebt haben. Oder auch im Kabinett. Der spielt sich auf, als sei das alles seine Firma. Der braucht Minister nur, weil das so in der Verfassung steht. In Wahrheit möchte er am liebsten alles alleine machen, und am besten noch ohne Kontrolle. Wenn er was getrunken hat, brüllt er alle nieder. Ich selbst habe schon Riesenkräche mit ihm gehabt.« Auf die Nachfrage: »Was, vor Kabinettsitzungen getrunken?« wurde die Ministerin dann kleinlaut: »Ich habe aber nichts gesagt.« Es tut mir leid – aber das müssen die Deutschen wissen. Schließlich wollte dieser Mann sogar Kanzler werden . . .

Gerhard Schröder, der Alkohol und das »falsche Gesicht«

In Hannover ist es kein Geheimnis, daß er gerne mal tiefer ins Glas schaut. Er ist unkontrollierbar, jähzornig, aggressiv. Als er bei einer Diskussion um den sogenannten Streikparagraphen 116 im Bundestag nicht von seiner SPD-Fraktion auf die Rednerliste gesetzt wurde, warf er früher schon mal voller Wut in seinem Büro eine Kaffeekanne gegen einen Heizkörper. Als seine Justizministerin Heidi Alm-Merk sich erlaubte, öffentlich eine andere Meinung zum Thema Asyl zu vertreten als ihr »Chef«, brüllte der: »Die schmeiß' ich raus!« Der »STERN«: »So brüllend, wie nur einer brüllt, der sich im Unrecht weiß.« Auch das renommierte »Munzinger-Archiv« weiß ein abschreckendes Beispiel des menschlichen Umgangs von Schröder als Fraktionschef der Niedersachsen-SPD mit seinen eigenen Parteifreunden: »Unzufrieden mit Schröder zeigte sich auch die SPD-Fraktion, die ihrem Vorsitzenden den Führungsstil sowie einen rüden Ton im Umgang mit ›Hinterbänklern‹ ankreidete.« Un-Prominente Parteifreunde, die ihm im Moment nicht persönlich nützen können, werden von Gerhard Schröder abgebürstet – so sieht das wahre Gesicht eines Mannes aus, der vorgibt, für die »Kleinen und Schwachen« dazusein. Genausowenig nimmt Schröder in Wahrheit die Bürger auf der Straße ernst – er braucht sie höchstens als Stimmvieh, um sich selbst an der Macht zu halten. Das »Hamburger Abendblatt« veröffentlichte am 12. August 1993 ein Beispiel. Am Tag zuvor trafen sich der Sieger um das Amt des SPD-Kanzlerkandidaten, Rudolf Scharping, und der Verlierer Gerhard Schröder auf einem Bauernhof im süd-

niedersächsischen Reinhausen. Sie wollten sich aussprechen, hieß es. Das machten sie dann natürlich nicht unter vier Augen, sondern sehr presssewirksam vor laufenden Kameras und Hunderten Schaulustigen. Der Termin wurde ja schließlich extra dafür allen Zeitungen und Sendern bekanntgegeben. Und solange Kameras surren, Blitzlichter zucken und Zeitungsreporter mitschreiben, setzt Gerhard Schröder immer sein freundliches Konfirmanten-Gesicht auf. Er verstellt sich, spielt den »Arbeiterjungen«, spekuliert auf die Sympathie der Menschen, indem er kumpelhafte Sprüche herauspreßt, an deren Satzbau man immer Gerhard Schröder erkennt: »Ich will mal sagen, was das meint.« Doch sobald die Kameras abgeschaltet sind, die Journalisten scheinbar abrücken, zeigt sich der echte Schröder – der Mann, der sich nur ungern mit den Sorgen der wirklich »kleinen Leute« aufhält. Das »Hamburger Abendblatt« beschrieb eine Szene auf dem Bauernhof: »Die Jungwählerin Friederike Venus, noch 17, nutzt die Chance zum direkten Vergleich und spricht erst Schröder, dann Scharping zum selben Thema an: das Duale System der Müllverwertung. ›Das wird doch bald abgeschafft‹, bescheidet Schröder sie bündig und wendet sich Autogrammjägern zu: Friederike fühlt sich nicht ernstgenommen. Scharping ist ausführlicher, er wartet mit Modellversuchen aus Rheinland-Pfalz auf, in denen eine gewichtsabhängige Abfallgebühr mit Waagen für die Tonnen getestet wird.« Auch gegenüber Scharping blieb Schröder bei diesem Treffen – das ja eigentlich ein Versöhnungstreffen werden sollte – deutlich unterkühlt. Das »Hamburger Abendblatt« in seiner vernichtenden Charakterisierung Schröders: »Der Eindruck bleibt, daß es in der SPD zu echter menschlicher Nähe wohl wenig

Gelegenheit gibt oder daß sie mit einem wie Gerhard Schröder besonders schwierig ist.«

Gerhard Schröder ist nicht nur schwierig – er ist falsch. Aber er versteht es, sich bei den Menschen einzuschmeicheln. Da stellt er sich schon mal vor die Volkswagen-Mitarbeiter in Wolfsburg und spricht diese vor fast jeder Applaus-Pause mit »liebe Kolleginnen und Kollegen« an – so als käme das VW-Aufsichtsratsmitglied in seinem Kaschmir-Anzug nicht aus der entsprechenden Chef-Sitzung, sondern direkt vom Golf-Fließband. Doch den meisten Zuhörern scheint es zu gefallen, wenn Schröder wieder einmal so tut, als sei er »einer von uns«. Doch auch das ist nur Taktik: Denn der »liebe Kollege« Schröder war bei seiner Ankunft in Wolfsburg zu feige, durch den Haupteingang zu kommen. Da standen nämlich VW-Demonstranten – seine »lieben Kolleginnen und Kollegen«.

Schröder verträgt keine Kritik und keine Niederlagen. Vielleicht ist dies auch der Grund, warum er einen guten Tropfen und manchmal eben auch einen Tropfen zuviel schätzt. Zwar stellt er sich dann nicht gleich wie früher an das Gitter des Kanzleramtes und brüllt: »Ich will hier 'rein!« Doch sogar auf offiziellen Dienstreisen erlebt man Gerhard Schröder schon mal mit ein paar Promille zuviel. So bei einem Besuch 1991 in Moskau. Vor dem Abflug ließ Schröder seine Presseabteilung großartig verkünden, daß er von Boris Jelzin zum Gespräch geladen sei. Viele Zeitungen berichteten darüber vorab. Doch bei der Ankunft in Moskau holte die Realität den deutschen Provinzpolitiker wieder ein. Den mitreisenden Journalisten wurde offiziell erklärt, Jelzin habe das Schröder-Treffen aus dringenden Termingründen überraschend absagen müssen, er habe Moskau verlassen. Wer es glaubte . . .

Schon vor dem Abflug nach Moskau gab es Krach, weil Schröder zu der sogenannten Wirtschaftsreise ausgerechnet seinen Wirtschaftsminister Peter Fischer nicht mitnahm. Stattdessen mit dabei – Sie können es sich schon denken – der Kommunist Jürgen Trittin. Gleich am ersten Abend lud Schröder die mitgereisten Wirtschaftsvertreter (zum Beispiel den Keksfabrikanten Lorenz Bahlsen) und Journalisten in die Kellerbar seines Hotels ein. Nach nicht einmal einer halben Stunde hatte Schröder, stets ein Bierglas in der Hand, »einen im Tee«.

Typisch auch der Wahlabend im Mai 1990. Als die letzten Hochrechnungen immer deutlicher machten, daß Gerhard Schröder die Landtagswahlen gewonnen hatte, kletterte er bei der Wahlparty im SPD-Fraktionssaal auf den Tisch, um eine kurze Rede an seine Genossen zu halten. Da reichte ihm ein Mitarbeiter ein Telefon – sein Freund Oskar Lafontaine wollte gratulieren. Schröder: »Na, das hat geklappt, was? Jetzt geht's erst richtig los!« Wie das losgehen sollte, machte er fünf Minuten später deutlich: Als Schröder wieder vom Tisch herunterstieg, baten zwei eher konservative Journalisten um ein kurzes Interview. Schröder grinste nur, schüttelte den Kopf, drehte sich zu einem Fernsehteam des roten Senders »Radio Bremen« und sagte: »Aber mit Euch mache ich ein Interview. Ihr seid ja wenigstens ein richtig linker Sender.«

Der rote NDR:

Wie Schröder die Medien benutzt

Es gibt eigentlich nur einen politischen Bereich, in dem ein Kanzler Schröder nicht viel anrichten könnte: im Medien-Bereich – sollte man jedenfalls meinen. Da rund 80 Prozent der deutschen Journalisten bei Zeitungen, Funk und Fernsehen ohnehin schon zur roten Seilschaft gehören, brauchen Schröder und seine Genossen da nicht mehr allzuviel Zeit für den »Marsch durch die Redaktionen« zu investieren. Doch Irrtum! Schröder schaffte es sogar, den sowieso linkslastigen NDR (Spitzname: nicht Norddeutscher Rund-, sondern Rotfunk) weiter nach linksaußen zu verschieben. Daraus machte er nicht einmal ein Geheimnis. Originalton Gerhard Schröder: »Aufräumen will ich gerade beim NDR-Funkhaus Hannover und neue Mitarbeiter handverlesen auswählen.« Merke, was der Marxismus lehrt: Wer die Macht will, muß die Presse mit seinen Leuten besetzen.

Wenn nicht von Marx, dann hat Gerhard Schröder wahrscheinlich von seinem anderen politischen Idol, Fidel Castro, gelernt. Kubas Diktator hatte seinem deutschen Besucher Schröder nämlich im Dezember 1985 geraten: »Man muß die Medien benutzen!« Genau das macht Schröder. Kaum hatte er 1990 die Niedersachsen-Wahlen gewonnen, forderte er einen neuen Staatsvertrag für den öffentlich-rechtlichen Sender. Wichtigste Forderung: Die Anzahl der Sitze für sogenannte gesellschaftsrelevante Interessenverbände im Rundfunkrat des NDR sollte von 16 auf 32 verdoppelt werden. Was »gesellschaftlich relevante« Verbände waren – das bestimmten natürlich die SPD und Gerhard Schröder. So sollten die Vertriebenen,

die Bundeswehr und der Reichsbund ihre Sitze in dem Aufsichtsgremium verlieren. Stattdessen wollte Schröder Ausländervertreter, den linken Schriftsteller-Verband und die Umweltschutz-Gruppe Greenpeace in dem von allen Gebührenzahlern finanzierten Gremium sehen. Der Bund der Vertriebenen (allein in Niedersachsen mit 143 000 Mitgliedern nach den Gewerkschaften der zweitgrößte Verband – doch für Schröder offenbar nicht »gesellschaftlich von Bedeutung«) kündigte eine Klage an. Auch beim Bundeswehrverband (50 000 Mitglieder) machte sich verständliche Empörung breit. Soldatensprecher Josef Schöninck erkannte glasklar: »Jetzt zeigt Herr Schröder, wie er zu uns Soldaten steht.« Und die CDU witterte sofort: »Schröder versucht, den NDR mit der SPD-Parteizentrale gleichzuschalten.«

Der neue rote Ministerpräsident ließ eilig dementieren. Sein Regierungssprecher Uwe-Carsten Heye verkündete: »Wir wollen den NDR von parteipolitischer Bevormundung befreien.« Doch das Gegenteil passierte: Der eher konservative Intendant Dr. Peter Schiwy wurde kurzerhand in die Wüste geschickt. Sein Nachfolger: Jobst Plog – richtig geraten – natürlich SPD-Mitglied. Und auch der nicht-linker Chef des NDR-Funkhauses in Hannover wurde »gegangen« – auf seinem Stuhl sitzt stattdessen wohl nicht zuletzt auf Betreiben Schröders die rote Fernseh-Talk-Tante Lea Rosh (natürlich auch Mitglied der SPD). Schröder: »Sie wäre eine Bereicherung für Hannover.«

Bereicherung für Hannover – oder doch mehr für Gerhard Schröder und seine Genossen? Denn die »linke Lea« (rund 20 000 Mark Monatsgehalt aus dem Topf der Gebührenzahler) kehrte mit rotgetränktem Besen durch den

Sender. Als eine ihrer ersten Amtshandlungen verbot sie die Niedersachsen-Hymne »Wir sind die Niedersachsen, sturmfest und erdverwachsen« als angeblich »faschistoid«. »Landesvater« Schröder zustimmend: »Ich muß das auch nicht unbedingt haben.« Beim NDR darf seitdem das Lied nur noch instrumental, also ohne Text, gesendet werden – Honecker und sein »Auferstanden aus Ruinen« lassen grüßen. Folgerichtig ließ Lea Rosh auch die Deutschland-Fahne vom Dach des Funkhauses holen – sie darf nur noch zu ganz besonderen Anlässen wehen (vielleicht zu Schröders Geburtstag?). Wie ernst es Schröder mit der Befreiung des NDR aus der »parteipolitischen Bevormundung« wirklich war, beweisen auch Lea Roshs personelle Entscheidungen: Sie ersetzte den nicht-linken Landtagskorrespondenten, holte neue Studio- und Ressortleiter. Niedersachsens FDP-Fraktionschef Martin Hildebrandt rechnete nach: »Fünf Führungsstellen wurden mit SPD-Leuten besetzt.« Die Wochenzeitung »DIE ZEIT« stellte fest, welch gute Erfahrungen insbesondere linksstehende SPD-Mitglieder im Sender machen: »Lea Rosh holte sie aus der Versenkung hervor und ließ sie moderieren.« Die Zeitung »BILD am SONNTAG« zitierte einen NDR-Redakteur: »Gegen den Willen des Hörfunkchefs setzte sie ihre sozialkritischen Lieblingsthemen und ellenlangen Wortbeiträge durch.« Folge: Hörfunkchef Jürgen Köster (auch kein Linker), ein bundesweit bekannter Radio-Profi, verließ den Sender unter Protest. Der NDR-Moderator Michael Thürnau zeigte sich besonders mutig und verschoß einen spitzen Pfeil gegen den Schröder-Rosh-Linksruck des Senders: »Bis vor einem Jahr haben wir ein Programm für die Gebührenzahler gemacht. Jetzt möchten einige ein Pro-

gramm machen, das ihnen selbst gefällt – auch wenn bald keiner mehr einschaltet.«

Genau das passierte: Unter der Parteigenossin Lea Rosh verlor der Landessender eine halbe Million Hörer, die Einschaltquote der täglichen Fernseh-Regionalsendung »Hallo Niedersachsen« sackte von zwölf auf acht Prozent. Wofür wohl jeder andere Chefredakteur oder Intendant in Deutschland fristlos gefeuert würde – Parteigenossin Lea Rosh kassiert für ihr Versagen weiter ihre 20 000 Gebühren-Mark im Monat. Eine sozialistische Krähe hackt der anderen nun mal kein Auge aus. Und schließlich verbindet die linke Lea und den roten Gerhard ja nicht nur das SPD-Parteibuch – beide waren auch gegen die Wiedervereinigung der beiden Staaten in Deutschland (nicht: der »zwei deutschen Staaten« – völker- und staatsrechtlich ein wichtiger Unterschied!). Noch am 8. Dezember 1989, vier Wochen nach dem Mauerfall, verriet Lea Rosh in einem Interview der Programmzeitschrift »Hörzu«, warum sie gegen die Einheit war – und sie machte zugleich wieder einmal deutlich, wie weit Deutschlands linke Medien-Mafia und ihre veröffentlichte Meinung von der tatsächlichen öffentlichen Meinung der Deutschen entfernt ist: »Wenn ich nicht irre, will die DDR-Bevölkerung die Wiedervereinigung gar nicht (. . .) Und ich fände 80 Millionen wiedervereinigte Deutsche furchtbar (. . .) Nehmen wir die Teilung doch als Bürde der Geschichte hin.« Noch deutlicher zitierte die Zeitung »DIE WELT« Lea Rosh am 23. November 1989: »Ich meine, es ist die letzte Chance in Europa, daß Sozialismus verwirklicht werden kann. Wenn es jetzt hier nicht gelingt in der DDR, dann ist die letzte Chance wirklich vorbei (. . .) Wir haben bei uns darüber geredet, daß

die DDR erhalten bleiben muß als ein demokratischer sozialistischer Staat.« Noch einmal die Frage: Sind das die Leute, mit denen uns ein Kanzler Gerhard Schröder regieren würde?

Keine Ahnung von Wirtschaft – aber dicke Aufsichtsratsposten

Wer jetzt noch immer nicht verstanden hat, daß Gerhard Schröder zu den Sozialisten gehört, die sich den Staat und die Medien zu ihrer Beute machen wollen, dem ist nicht zu helfen. Auch die wichtigen Wirtschaftsvertreter haben verstanden, daß Gerhard Schröder eine Gefahr ist. Es ist schließlich noch nicht allzu lange her, als dieser Gerhard Schröder, der als Juso-Chef immer so tat, als habe er alle linken Theoriebücher von Karl bis Marx studiert, in Wirklichkeit aber nach eigenem Bekenntnis immer nur die Klappentexte gelesen hat, von der Beseitigung des kapitalistischen Wirtschaftssystems faselte und »die Vergesellschaftung« forderte. Einer der bekanntesten deutschen Unternehmer, Keks-Fabrikant und Niedersachsens Unternehmer-Präsident Hermann Bahlsen, warnte Schröder deshalb gleich zum Amtsantritt: »Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Niedersachsen haben sich in den vergangenen Jahren spürbar verbessert. Das darf nicht durch Fehler bei den Rahmenbedingungen wieder verspielt werden.« Schröder machte sich über solche Sorgen der Wirtschaft vor rot-grün lustig: »Da haben wohl manche Leute gedacht, ich würde zum Frühstück jeden Tag drei Unternehmer zerlegen.« Unternehmer zerlegen? Nein, Schröder macht es geschickter – er zerlegt gleich die ganze Wirtschaft. Kein Kunststück für jemanden, der Wirtschaft vor allem von Flüssigkeiten her kennt. Nicht ohne Grund wußte schon Ludwig Erhard: »Die Sozialisten können nicht mit Geld umgehen.«

Wenn es dafür eines Beweises bedurfte – Schröder hat ihn erbracht. Der Mann, der ganz Deutschland regieren

wollte, fuhr schon Niedersachsen in die tiefroten Zahlen. Die damalige CDU-Finanzministerin und heutige Treuhand-Chefin, Birgit Breuel, erklärte beim Machtwechsel 1990: »Wir hinterlassen unseren Nachfolgern eine solide finanzielle Basis: Rücklagen von 1,4 Milliarden Mark, rund vier Milliarden Mark, die im Haushalt noch nicht fest gebunden sind, Steuer-Mehreinnahmen bis 1993 von insgesamt 3,8 Milliarden Mark. Damit läßt sich ja wohl was machen.« Doch auch die anerkannte Finanz-Expertin wußte, daß Schröder nichts von solchen Zahlen versteht, und bot ihm deshalb an: »Ich bin gerne bereit, Herrn Schröder die Finanzpolitik zu erklären.« Das Angebot nahm Schröder nicht an – die Folge: Der Schuldenberg Niedersachsens wuchs auf über 48 Milliarden Mark.

»DIE WELT« berichtete am 3. August 1993 von einem Wirtschaftsgutachten des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI), das in Schröders Ohren wahre Alarmglocken-Stürme ausgelöst haben mußte: »Nahezu dramatisch habe sich bereits die Investitionsquote im Niedersachsen-Haushalt verschlechtert. Seit dem Antritt der rot-grünen Regierung 1990 ist dieser Wert von 12,8 auf 11,6 Prozent gesunken. Würden die Planzahlen bis 1996 zugrunde gelegt, sei die Investitionsquote dann auf 9,4 Prozent geschrumpft. Anderswo liege diese Quote bei elf bis zwölf Prozent. Auch die Investitionen in der Infrastruktur gehen drastisch zurück.« Das RWI kritisierte auch die Aufblähung der Verwaltung unter Schröder. »DIE WELT«: »Gravierend sei dabei der hohe Anstieg ineffizienter Ausgaben. Von 1990 bis Mai 1993 habe die Verwaltung 7500 Stellen neu eingerichtet, davon allein 420 als Folge des politischen Wechsels in



Arbeit, Arbeit, Arbeit – das versprach Schröder den niedersächsischen Wählern. Mit diesem Versprechen wird er baden gehen.

den Ministerien. Daraus resultierte die Zunahme der Personalausgaben um 6,9 Prozent pro Jahr. Während in den anderen Flächenländern die Pro-Kopf-Belastung für ›Personalkosten im Bereich Politische Führung und Zentrale Verwaltung‹ bei 192 Mark liegt, zahlt jeder Niedersachse dafür 235 Mark (. . .) Ausgereizt sei zudem der Verschuldungsspielraum. Ohnehin habe das Land die ›Anstandsregel‹ (Zuwachs der Neuverschuldung um drei Prozent) verletzt.« Der Bund der Steuerzahler rechnete Schröder denn auch empört seine »ungehemmte Personalaufblähung« vor, »um reihenweise Spitzenbeamte zu spazierengehenden Frührentnern« mit Super-Pensionen zu machen. Ob Schröder so auch in Bonn oder Berlin regieren würde? Immerhin gestand er zum Thema Wirtschaftspolitik: »Das macht mir ungeheuren Spaß.« Wirtschaftspolitik ist aber nicht dazu da, um Ihnen Spaß zu machen, sondern um Arbeitsplätze und Deutschlands Wirtschaftskraft zu sichern, Herr Schröder!

Als Sozialist hat Schröder aber nun einmal ganz eigene Vorstellungen von Wirtschaftspolitik. Im Juli 1990 meldete die »Börsen-Zeitung« entsetzt, Schröder werde das Land Niedersachsen selbst im Aufsichtsrat des Autokonzerns Volkswagen vertreten, der zu 20 Prozent Niedersachsen gehört. Die »Börsen-Zeitung« empört: »Noch nie hat ein Ministerpräsident selbst nach einem Entsendungsmandat gegriffen.« Doch Schröder, der »SPD-Politiker, der das Lesen von Büchern und Akten nicht eben zu seinen Lieblingsbeschäftigungen zählt« (»SPIEGEL«), griff sogar gleich dreimal zu: Außer bei VW setzte er sich auch gleich bei der Deutschen Messe AG in Hannover und bei der Norddeutschen Landesbank an den Aufsichtsratstisch.

Durchschnittliches Zusatzeinkommen pro Posten im Jahr: 12 000 Mark. Doch wenn sich Laien-Wirtschaftler Schröder selbst aktiv in die Wirtschaftspolitik einmischt, geht es schlicht in die Hose – oder, wie der »SPIEGEL« schrieb: » . . . trat Schröder ins Fettnäpfchen.« Gleich in seinem ersten Amtsjahr als Ministerpräsident ließ er sich zum Beispiel vom italienischen Reifenhersteller »Pirelli« fast über den Tisch ziehen. Schröders »Freund« Leopoldo Pirelli nämlich wollte den deutschen Reifenriesen »Continental« (Hannover) schlucken. Nach einem (oder mehreren?) Gläsern Prosecco war Schröder dann überzeugt, die Fusion der beiden bedeutenden Reifenhersteller sei »vernünftig« und »richtungsweisend«. Ein Aufschrei der Empörung machte sich Luft, von »Ausverkauf« eines Traditionsunternehmens war die Rede. So schnell wie immer kippte Schröder sofort um, »vollzog«, wie der »SPIEGEL« schrieb, »eine Wende«: »Plötzlich wollte er ›gewährleisten, daß aus Conti kein unselbständiges Unternehmen wird«. Prompt organisierte die Regierung die Übernahme der Pirelli-Anteile durch niedersächsische Investoren, denen das finanzschwache Land aber alle Kursrisiken abnimmt. Daraus kann ein Gesamtverlust von 472 Millionen Mark entstehen.« Über soviel wirtschaftliche Inkompetenz des Sozialisten spottete der »SPIEGEL« denn auch selbst: »Schröder nennt das ›aktive Industriepolitik‹.« Verständlich, daß der Präsident beim Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels, Michael Fuchs, im Mai 1993 in der Fachzeitschrift »Wirtschaftswoche« vor einer rot-»grünen« Bundesregierung unter Gerhard Schröder warnte: »Dieses Experiment möchte ich nicht erleben.« Wir auch nicht . . .

»Im Auftrag« – Die U-Boot-Lüge

Das Gefährliche an Gerhard Schröder ist nicht nur, daß er nichts von Wirtschaft versteht – nein, das Gefährliche ist, daß dieser Mann trickst, heuchelt und lügt.

Diese Erfahrung mußten sogar schon seine eigenen Genossen und auch die »Grünen« mehrfach machen. So platzte zum Beispiel im Januar 1993 Schröders größtes »Milliarden-Ding« (Magazin »Focus«) wie eine Seifenblase – Schröder hatte sich selbst ausgetrickst. Es ging um ein großes Geschäft. Taiwan wollte in Deutschland zehn U-Boote und zehn Fregatten im Wert von zwölf Milliarden Mark kaufen. Für die norddeutschen Werften ein wichtiger Auftrag, der Arbeit für mehrere Jahre und damit sichere Arbeitsplätze garantiert hätte. Das sah wohl auch Gerhard Schröder so – schließlich wollte er ein gutes Jahr später wieder gewählt werden. Doch er hatte ein grundsätzliches Problem, das der »SPIEGEL« wie folgt beschrieb: »Wie schafft man es, den sozialdemokratischen Werftarbeitern an der Küste ihre Rüstungsaufträge zu besorgen und gleichzeitig den sozialdemokratischen Lehrern im Frankfurter Westend das Gefühl zu geben, gute Menschen zu sein, die gegen Rüstungsexporte sind?« Wahrlich eine schwierige Aufgabe, denn immerhin gibt es SPD-Parteibeschlüsse, die solche Geschäfte verbieten. Schröder selbst ließ sein rot-»grünes« Kabinett einen Beschluß fassen, wonach Rüstungsexporte außerhalb der NATO als verfassungswidrig erklärt werden sollten. Noch während des Golfkrieges beschimpfte Schröder deutsche Waffenexporteure als »gewissenlose Geschäftemacher«. Doch wie schon einmal hier geschrieben: Was kümmert einen Sozialisten sein

Geschwätz von gestern? Was interessieren ihn demokratisch gefaßte Regierungs- oder Parteibeschlüsse? Wie sagte schon seine Parteifreundin Renate Schmidt, die bayerische SPD-Vorsitzende: »Schröder kennt Absprachen nur vom Hörensagen, er hält sich an nichts.« Oder – etwas vornehmer – der »SPIEGEL«: »Schröder hat beim Blick auf die Welt wechselnde Perspektiven.«

Also teilte Schröder nach einem Treffen mit den anderen norddeutschen SPD-Regierungschefs im September 1992 dem schwarzen Bundeskanzler Helmut Kohl mit, daß »alle« vier roten Ministerpräsidenten und Bürgermeister das U-Boot-Geschäft befürworten würden. Er habe den Auftrag, dies nach Bonn zu übermitteln. Als Schröders Bonn-Vorstoß im Januar 1993 (also vier Monate später) durch eine Bundestagsrede des damaligen Bundeswirtschaftsministers Jürgen Möllemann bekannt wurde, fielen nicht nur seine Genossen und Koalitionspartner in Hannover fast vom Stuhl. Denn die wußten überhaupt nichts von Schröders Aktivitäten. Sein eigener Wirtschaftsminister, Peter Fischer, zum Beispiel hielt sich eisen an den rot-»grünen« Beschluß gegen Rüstungsexporte und lehnte solche Geschäfte auf vielen öffentlichen Veranstaltungen fleißig ab – während sein Chef hinter den Kulissen sein eigenes Süppchen kochte. Die »Grünen« drohten sogar mit Koalitionsbruch – in diesem Fall blödsinnigerweise. Denn warum sollten Rüstungsexporte aus Deutschland moralisch schlechter sein als die der Amerikaner, Engländer, Franzosen oder Russen? Das schlechte Gewissen wird uns Deutschen von unseren ausländischen »Partnern« doch seit einem halben Jahrhundert nur eingeredet, damit sie ungestört ihre eigenen Geschäfte machen können. Wenn wir keine U-Boote, Flug-

zeuge oder Panzer liefern – dann machen es halt die anderen.

Doch Gerhard Schröder meinte es ja wieder einmal nicht ganz so ernst mit seiner versteckten Zustimmung zu dem U-Boot-Geschäft. Er hatte wohl darauf spekuliert, das Taiwan-Geschäft hinter den Kulissen einfädeln zu können, ohne daß seine Genossen daheim etwas davon merken. Nach dem Motto: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß! Oder: Indianerhäuptling Schröder – der Mann mit der gespaltenen Zunge. Denn: Wäre seine Taktik aufgegangen, hätte Möllemann ihn nicht zufällig »verpiffen«, dann hätte er sich hinter den Kulissen mit dem Erhalt von Arbeitsplätzen brüsten, vor dem Vorhang aber weiter gegen solche »unmoralischen« Geschäfte wettern können. Aber er wurde wieder einmal bei seinen Machtspielchen erwischt – Pech gehabt, Herr Schröder!

Besonders peinlich wurde es für den roten Ministerpräsidenten, als selbst seine Kollegen Björn Engholm (damals Ministerpräsident von Schleswig-Holstein) und Hamburgs Bürgermeister Henning Voscherau von ihm abrückten. Hatte Schröder doch in Bonn dreist behauptet, er habe den Auftrag, die Zustimmung aller SPD-Regierungschefs zu dem U-Boot-Geschäft mitzuteilen. Engholm hielt dagegen: »Ich habe mich in diese Geschichte nie eingemischt.« Der damalige Bundesvorsitzende der SPD machte sogar klar, daß Schröder keinen »Verhandlungsauftrag« mit der Bundesregierung gehabt habe. Daraufhin machte Schröder einen Rückzieher. Fortan wählte er vorsichtshalber die Version, er sei in Bonn nicht als Beauftragter der anderen Länder, sondern nur in seiner Eigenschaft als niedersächsischer Ministerpräsident vorgestellt geworden. Später, bei seiner Vernehmung im U-

Boot-Untersuchungsausschuß des Niedersachsen-Landtages im März 1993, spielte Schröder seine Rolle noch weiter runter: Die Bundesregierung habe »davon ausgehen können, daß ich persönlich sie unterstützen würde«. Vom »Beauftragten« zur »persönlichen Unterstützung« – so schnell geht das bei Gerhard Schröder. Glaubwürdigkeit läßt grüßen. Selbst die linke »Frankfurter Rundschau« wunderte sich über die »gehäuften Widersprüche«: »Kaum mehr als dies blieb in der Zeugenvernehmung von dem ›Auftrag‹ übrig, den Schröder angeblich erfüllt hatte.«

Die hannoversche »Neue Presse« durchschaute Schröders taktisches Spiel vom »einerseits zustimmen« und gleichzeitig »andererseits ablehnen«: »Was er öffentlich kundtun wollte, hat er getan. Die Industrie dürfte das Signal verstanden haben . . . Bei seinen linken Parteifreunden und bei Rüstungsgegnern hat er dafür an Glaubwürdigkeit verloren. Bei der nächsten Friedensdemonstration sollte er sich besser nicht sehen lassen.« Auch der »SPIEGEL« (»Schröder hat erreicht, was er erreichen wollte«) und das »Hamburger Abendblatt« enttarnten Schröders wahres Gesicht: »Schröder war gleichwohl fein raus. Hatte er sich doch – sympathisch, sympathisch – für die Arbeitsplätze seiner Niedersachsen stark gemacht, ohne dann im Ergebnis den linken Grundsätzen untreu werden zu müssen.«

Schröders eigenes Eingeständnis klingt wie so oft eher geschwollen: »Die Frage, ob man eine prinzipielle Auffassung in jeder aktuellen Situation durchhalten kann, muß differenziert gesehen werden.« Im Klartext: Grundsätze hängen bei Gerhard Schröder immer nur so hoch, daß er notfalls darunter durchkriechen kann.

Wie versprach Gerhard Schröder, der Mann, der einen »neuen politischen Stil« für sich in Anspruch nimmt, einmal so treuherzig: »Ich scheiße keinen an, ich bin nicht hintertückisch.« Doch nachdem er in der U-Boot-Affäre bei seinem Doppelspiel erwischt wurde, erklärte er gleich vorsichtshalber, es könne auch in Zukunft passieren, daß er sich nicht an Regierungsbeschlüsse halte: »(Kann) immer mal vorkommen.« Er verriet auch gleich in wohlüberlegten Worten, was er von Kalkulierbarkeit und Berechenbarkeit eines Koalitionspartners hält, wie er selber einer ist: »Das ist mir scheißegal.« Wenn Gerhard Schröder in einem zuverlässig ist – dann in seiner Unzuverlässigkeit. Und so ein Mann wollte allen Ernstes Bundeskanzler werden?

Lotto, Toto, Pferdchen – wie Schröder Steuergeld verschwendet

So »großzügig«, wie Gerhard Schröder mit der Wahrheit umgeht, so großzügig ist er auch im Verteilen unserer Steuergelder und bei Pöstchen-Schiebereien. Da werden nicht nur auf unser aller Kosten rot-grüne Jubiläums-Partys veranstaltet und die Wasserkopf-Verwaltung mit immer mehr »parteieigenen« Beamten besetzt. Nein, Herr Schröder läßt auch schon mal 100 000 Mark für Zeitungsanzeigen springen, nur um bei Wählern, Lehrern, Eltern und Schülern um »Vertrauen« für seine Politik zu werben. Als »Aufklärung für die Betroffenen« verteidigte Schröder solche teuren Kampagnen, wenn in den Anzeigen »jährlich mindestens 1000« neue Lehrer versprochen wurden. Der »Bund der Steuerzahler« empört: »Völlig überflüssig, das stand doch schon in allen Zeitungen. Für das Geld hätten die Herren lieber Schulbücher kaufen sollen.« Wohl kaum ein anderer Politiker sitzt beim Bund der Steuerzahler so oft auf der öffentlichen Anklagebank wie Gerhard Schröder.

Zu Unrecht? Wohl kaum! Kein halbes Jahr nach seinem Amtsantritt erlaubte sich Schröder eine Aktion, über die halb Deutschland lachte – und die steuerzahlenden Niedersachsen weinten. Gerhard Schröder, der nach eigenen Worten »keine besonders entwickelte Beziehung zu nationalen Symbolen« hat und unsere Nationalhymne vor dem Absingen »immer erst noch einmal nachlesen muß« (wie empfängt so einer als Kanzler eigentlich ausländische Staatsgäste?), fand keinen Gefallen mehr an dem Wappentier des Landes Niedersachsen, dem weißen Roß auf rotem Grund. Also wurden acht internationale Agen-

turen mit dem Entwurf eines neuen »visuellen Erscheinungsbildes« beauftragt, das künftig auf allen Regierungsbriefköpfen verwendet werden sollte. Und was für ein Zufall: Den Zuschlag bekam dann im Dezember 1990 ausgerechnet die hannoversche Agentur »Odeonzwo« – sie hatte auch Schröders Wahlkämpfe geführt und hat ihren Sitz in derselben Straße wie die SPD. Ihr Siegerentwurf sah so aus: Ein blauer Balken, ein gestreckter lila-gelber Bogen, ein orangefarbener Punkt, aus dem man einen »modernen« Pferdekopf in Kombination mit dem Buchstaben »N« für Niedersachsen erkennen sollte. Schröder begeistert: »Graphisch gelungen.« Aber – oh, wie peinlich – eine Woche später wurde Schröder ganz kleinlaut: Stellte sich doch heraus (»Bild«-Zeitung: »Zum Wiehern! Rot-grünes Roß geklaut?«), daß das neue Symbol offenbar bei einem österreichischen Reitverein »abgekupfert« war – nur ein Strich länger. Jetzt traute sich Schröder nicht mehr an die Öffentlichkeit, schickte seinen Sprecher: »Ähnlich ist nicht dasselbe.« Entwicklungskosten für den Steuerzahler für diese Punkte und Balken: 64 000 Mark – dazu noch einmal der Kaufpreis für die Rechte an dem Zeichen (geschätzt wurden 150 000 Mark).

Vielleicht läßt sich mit diesem Roß-Reinfall auch entschuldigen, warum Gerhard Schröder nicht nur mit Freude zusieht, wie der NDR mit Genossen »durchseucht« wird. Schröder macht auch bei anderen Institutionen nicht halt, auf die er als Ministerpräsident Zugriff hat. So sorgte er im März 1991 dafür, daß Niedersachsens Lotto- und Toto-Chef, Hans Ewald Zapfe, nach zwanzig Jahren seinen Stuhl räumen mußte. Sein Nachfolger wurde (wieder so ein »Zufall«) ausgerechnet Schröders

Vertrauter, Wahlkampf-Manager und Staatssekretär Reinhard Scheibe (natürlich mit SPD-Parteibuch in der Tasche). Eine Zeitung: »Schröder hatte sich persönlich eingeschaltet.« Vielleicht brauchte er nach der Pleite mit dem neuen Niedersachsen-Symbol dringend Geld – und Herr Scheibe räumt den rot-grünen Freunden doch bestimmt einen Mengenrabatt beim Lottospielen ein . . . Oder hat diese Schröder-Aktion vielleicht einen ganz anderen Hintergrund? Die »Bild«-Zeitung berichtete jedenfalls von einem Geschäft der besonderen Art: »Ausgerechnet die frühere Anwaltskanzlei von Schröder hat sich den Auftrag für einen Teil der Notarsarbeiten bei Lotto-Toto geangelt. Für 750 Mark überwacht ein Ex-Schröder-Kollege die wöchentliche Gewinnauswertung, öffnet und schließt den Tresor mit den Spielscheinen.«

Doch eigenartig: Während die linken Blätter »STERN«, »SPIEGEL« und »Abendzeitung« im Münchner Oberbürgermeister-Wahlkampf (September 1993) dem konservativen CSU-Kandidaten Peter Gauweiler eine »Kanzlei-Affäre« vorhielten (er soll während seiner Zeit als bayerischer Umweltminister die Mandanten seiner Anwaltskanzlei gegen Geld »verpachtet« haben), scheint dies bei Gerhard Schröder kein Grund zur Kritik gewesen zu sein. Obwohl amtierenden Regierungsmitgliedern alle Nebentätigkeiten und entsprechende Werbungen verboten sind, meldete sich der Anrufbeantworter der früheren Schröder-Rechtsanwaltskanzlei noch Monate nach seinem Amtsantritt mit dem Namen »Schröder«. Doch darüber berichteten weder die oben genannten ach so objektiven und kritischen Blätter noch die selbsternannten Demokratiehüter bei Funk und Fernsehen. Im Gegenteil: In einem NDR-Beitrag während des SPD-internen Kanz-



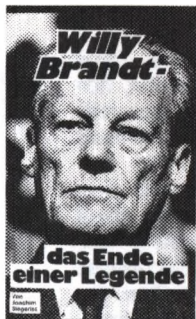
Genossen-Freundschaft: Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder lieben das Luxusleben, waren gegen die Einheit Deutschlands, haben beide je zum dritten Male geheiratet – ob Bebel und Schumacher solche »Enkel« in der ehemaligen Partei der »kleinen Leute« hätten haben wollen?

lerkandidaten-Wahlkampfes wurde Schröder als »dynamischer Politiker ohne Affären« verklärt. Es ist halt noch lange nicht dasselbe, wenn zwei fast das gleiche tun.

Doch am allerwenigsten sollten sich die verschlafenen Politiker von CDU und CSU darüber aufregen – schließlich haben sie jahrzehntelang untätig zugesehen, wie die Redaktionsstuben der Zeitungen, Radiostationen und Fernsehsender von der linken Medien-Mafia unterwandert wurden. Und was nützen private Sender, wenn sich auch dort inzwischen überwiegend rote Seilschaften tummeln? Das Ergebnis ist eine regelrechte rote Medien-Diktatur. Und schuld daran sind nicht zuletzt machthungrige, offensichtlich skrupellose Sozialisten wie Gerhard Schröder, die den Staat für ihre Ideologie mißbrauchen. Zur Erinnerung: Schon Rudolf Scharping wußte von Schröder: »Der Gerd hat zu viele charakterliche Defizite.«

Der Mann mit diesen »charakterlichen Defiziten« ist unehrlich, heimtückisch und gefährlich. Für ihn gilt, was der Historiker Arnulf Baring im Mai 1993 in der Fernsehsendung »Talk im Turm« über die ganze SPD sagte: »Die Entfernung von der Realität ist nach 1989 ganz besonders schlimm geworden. Sie sind heute vollkommen weg von dem, was die wirklichen Probleme unseres Landes ausmacht. Wenn ich höre, daß jemand . . . den demokratischen Sozialismus noch für eine Formel hält, da habe ich doch das Gefühl, ich rede mit dem späten 19. Jahrhundert.«

Das sollte jeder Deutsche wissen, der alle vier Jahre sein Kreuz zu vergeben hat. Denn, sollte dieser Gerhard Schröder, ein Oskar Lafontaine oder ein Hans-Ulrich Klose wirklich eines Tages Bundeskanzler werden, dann hilft uns nur noch beten mit Heinrich Heine: Denk' ich an Deutschland in der Nacht . . .



1.

Siegerist ging mit Brandt durch etliche Gerichtsprozesse. Das Buch konnte nicht verboten werden. Mit diesem Buch wurde Siegerist bekannt.
29,50 Mark



3.

1946 schrieb Brandt das Skandal-Buch „Verbrecher und andere Deutsche“, bestritt später den Titel. Bislang nur norwegisch. Siegerist grub das Original aus, übersetzte und kommentierte es in deutsch.
49,80 Mark



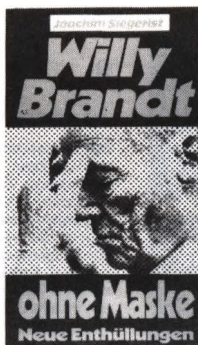
5.

Gab es in der ehemaligen DDR überhaupt noch jemanden, der dieses Buch noch nicht gelesen hat? In der 6. Auflage demaskiert Siegerist den listigen Gregor Gysi.
38 Mark



7.

Mit diesem Buch demaskierte Joachim Siegerist schon vor der Bundestagswahl den unseriösesten Kanzlerkandidaten, den die SPD je hatte. Siegerist: „Auch nach der verlorenen Wahl wird Lafontaine die Politik der SPD maßgeblich mitbestimmen.“ Ein sachliches, erstklassiges Buch.
29,80 Mark



2.

Darf man so weit gehen und Liebesabenteuer eines Politikers veröffentlichen? Siegerist: „Ja. Denn dafür ging eine Frau bei Ulbricht ins Zuchthaus. Der Staat war betroffen.“ Einschüchtern läßt Siegerist sich nicht.
37,80 Mark



4.

Siegerist weist nach, daß Barschel ermordet wurde, nennt Motive und Hintermänner. Siegerist war mit Barschel befreundet, verteidigt den Toten.
39,50 Mark



6.

Das beste Siegerist-Buch. Der spannendste (aber wahre) Polit-Krimi dieses Jahrzehnts. Ein journalistisches Meisterwerk.
49,80 Mark



8.

Geschimpft wurde genug auf Kohl. Siegerist schildert hier als CDU-Insider alle Vorzüge des Kanzlers. Ein erstklassiges Buch für Kohl-Anhänger.
36,00 Mark



9.

Über Kriegsverbrechen der Deutschen wurde viel geschrieben. An Deutschen begangene Verbrechen aber wurden verschwiegen. Siegerist deckt sie auf. Auch Katyn. Ein General der Roten Armee packte aus.

32,80 Mark

Alle Bücher sind stark bebildert, hervorragend geschrieben und erstklassig gedruckt. Sie können nur mit dem Coupon auf dieser Seite bestellt werden. Die Bücher werden nicht über den Buchhandel vertrieben.

✂ Coupon zum Ausschneiden ✂

Ich bestelle hiermit folgende Bücher:

1. Willy Brandt – Das Ende einer Legende, Preis: 29,50 Mark . ☐
2. Willy Brandt ohne Maske, Preis: 37,80 Mark ☐
3. Verbrecher und andere Deutsche, Preis: 49,80 Mark . . ☐
4. Das Testament des Uwe Barschel, Preis: 39,50 Mark . . ☐
5. Vertuschte SED-Verbrechen, Preis: 38,00 Mark ☐
6. Ceausescu – Der rote Vampir, Preis: 49,80 Mark ☐
7. Genosse Kandidat, Preis: 29,80 Mark ☐
8. 10 Jahre Kanzler Kohl, Preis: 36,00 Mark ☐
9. Schreie aus der Hölle, Preis: 32,80 Mark ☐

Name

Vorname

Straße

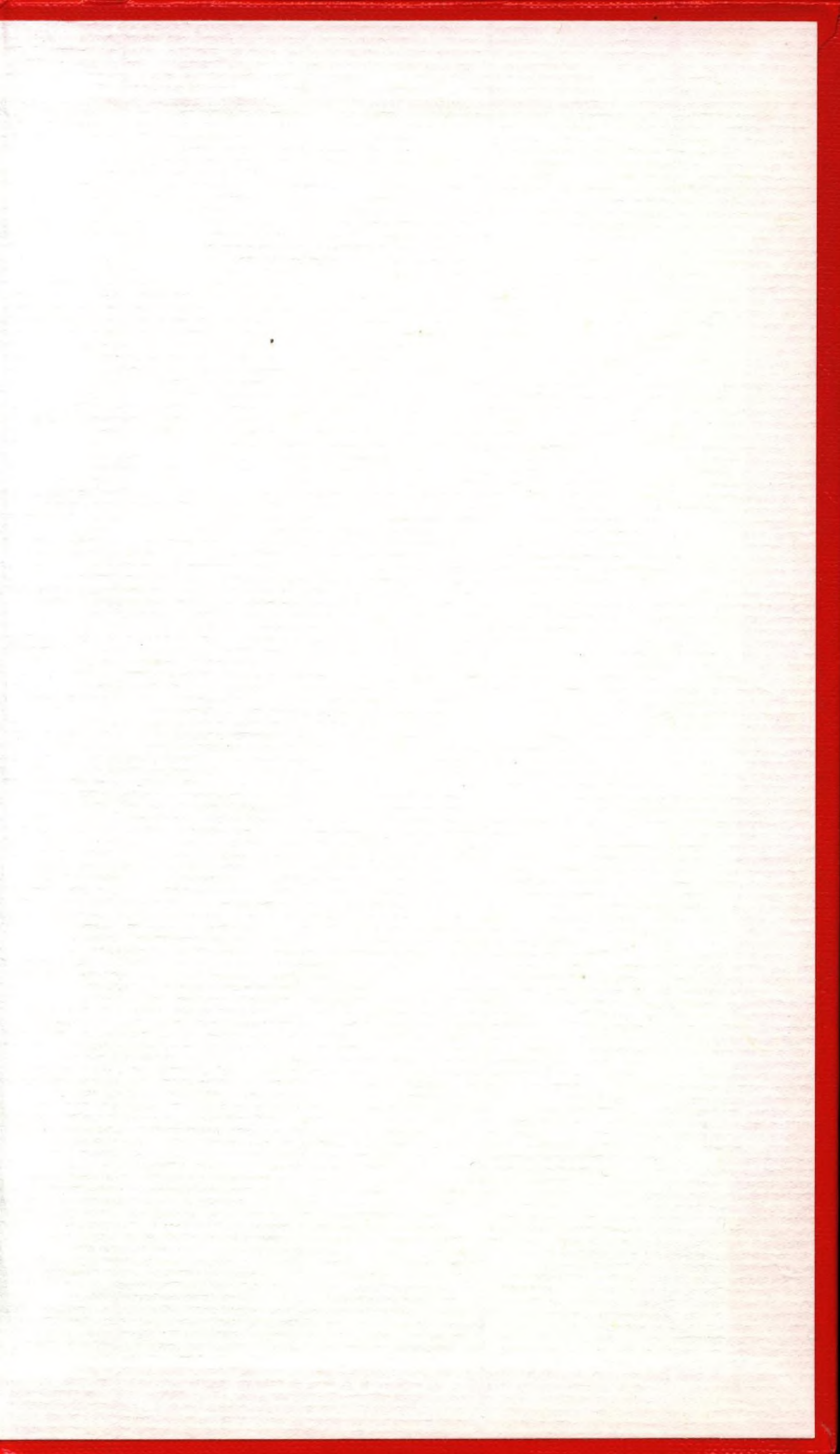
Ort mit PLZ

Unterschrift

WPR Wirtschafts- und Verbands PR GmbH

22083 Hamburg · Hamburger Straße 3 · Tel.: 040/22 44 58 oder
040/22952 12, Telefax 040/227 7592

Auch telefonische Vorbestellungen sind möglich · Beim Ausfüllen des Coupons bitte deutlich schreiben



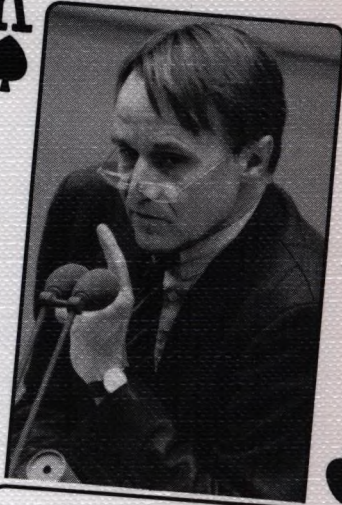
Das rote Quartett

Joachim Siegerist

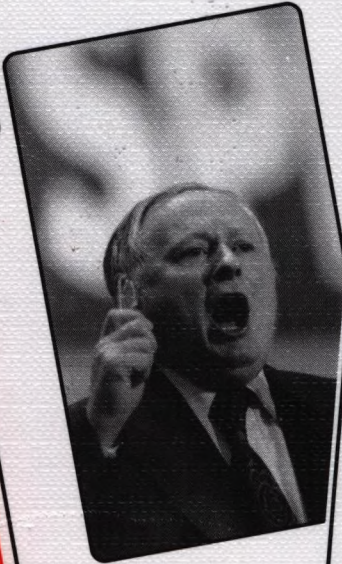
Q



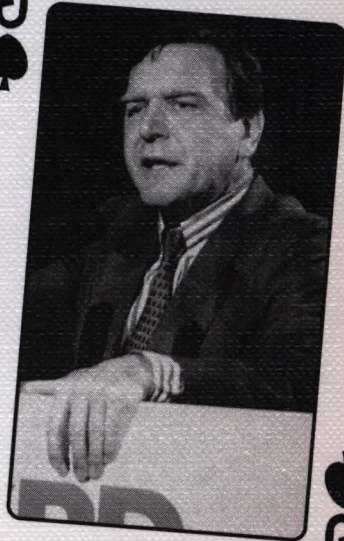
K



A



J



10